Montag, 27. Juni 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 80 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 90,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 146 - 26.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf.10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 · 10 11

Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 80 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,60 sfr. Spanien 110 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Bush–Kohl in Krefeld: Krawalle von „ungeahnter Brutalität" (NRW-Innenminister Schnoor) beim deutsch-amerikanischen Freundschaftstreffen: 134 Festnahmen, 32 Verletzte. Brandt entschuldigt sich bei Bush „im Namen der SPD". Etwa 150 000 Festbesucher, nur etwa 15 000 Gegendemonstranten. Kohl und Bush bestätigen Nachrüstungs-Entschlossenheit.

Vatikan–Walesa: Nach Artikel im Vatikan-Blatt, der Rückzug Walesas andeutet, tritt Autor Virgilio Levi als stellvertretender Chefredakteur zurück. Im Vatikan ist von „offensichtlich absurder These" die Rede. Walesa erklärt, er ziehe sich erst nach „befriedigendem Ergebnis" zurück.

Rau-Wiederwahl: SPD-Parteitag Nordrhein-Westfalen wählt Ministerpräsident Rau mit 92,8 Prozent als Vorsitzenden wieder.

SPD-Nachrüstung: Der Vorstand der SPD Baden-Württemberg hat sich einstimmig gegen Mittelstrecken-Nachrüstung ausgesprochen. Die Verbände Bremen und Mittelrhein haben bereits entsprechende Beschlüsse gefaßt. – In Mannheim sagte Vogel ein mögliches SPD-„Nein" zur Nachrüstung voraus.

PLO: Arafat warnt in Prag vor einem „neuen Massaker" an PLO-Streitkräften durch Syrien. Seine PLO-Kräfte in Libanon bleiben durch Syrer eingekesselt. Arafats Rivalen Habasch und Hawatmeh haben die politische und militärische Führung ihrer Organisationen innerhalb der PLO zusammengelegt.

Tschad: Rebellen haben mit libyscher Hilfe die Stadt Faya Largeau erobert und kontrollieren angeblich ein Drittel des Landes.

Afghanistan: Freiheitskämpfer melden Angriff auf den größten sowjetischen Luftstützpunkt, Shindan (Provinz Herat), mit mehreren zerstörten Flugzeugen. – Der bisherige US-Geschäftsträger in Kabul, Dunbar, sagt „langes Patt" voraus. Die Freiheitskämpfer hätten einen „unglaublichen Waffenvorrat". Er sieht eine „Scheinpräsenz des Regimes" inmittenn einer „See guerrillakontrollierter Gebiete".

Chile: Der Generalstreik ist praktisch zusammengebrochen. Sieben Gewerkschafter wurden aus der Haft entlassen. Chiles katholische Bischöfe setzten sich für Meinungs- und Gewerkschaftsfreiheit ein.

Heute: In Italien gehen die Parlamentswahlen zu Ende. – In Japan wird das Ergebnis der Oberhaus-Wahl erwartet, man rechnet mit einem Erfolg der Regierungspartei. – Asean nimmt in Bangkok eine Konferenz mit westlichen Industrienationen auf, Shultz – mit einem Hilfsversprechen für Asean – und Genscher nehmen teil.

Neutronenwaffe: Frankreichs Verteidigungsminister Hernu hat erstmals bestätigt, daß Frankreich die Neutronenbombe bereits getestet hat.

ZITAT DES TAGES

» Es gibt genügend Anhaltspunkte dafür, daß sich in den nächsten Jahren eine starke Dissidentenbewegung auf der Basis illegaler Organisationen bilden wird. «

Der jugoslawische Regimekritiker Mihajlo Mihajlov über die Lage in der UdSSR (s. Kultur)

VIOUJARD/STUDIO X

WIRTSCHAFT

Volkswagen-Chrysler: Die Dementis zu den Gerüchten über eine Übernahme der VW-Produktionsstätten in den USA durch Chrysler werden an der Wall Street nicht akzeptiert. Die Chrysler-Aktie schnellte um 1,50 auf 35,25 Dollar hoch.

Exportkredite: Erst im Herbst will die Bundesregierung endgültig über die Prämienerhöhung der Exportkredit-Versicherung (Hermes-Deckung) entscheiden. Die Prämien sollen wegen wachsender Inanspruchnahme der Bürgschaften um durchschnittlich 50 Prozent erhöht werden.

Steuerreform: Die Bundesregierung will noch vor Ultimo 1983 eine Grundsatzentscheidung darüber treffen, ob noch in dieser Legislaturperiode eine Steuerreform stattfindet.

Financial Times: Die Mehrheit der Drucker votierte für eine Fortsetzung des Streiks diese Woche.

Ost-Kooperation: Der Lada-Hersteller Wolga-Automobilfabrik in Togliatti (UdSSR), bisher eng mit Fiat verbunden, hat einen Lizenzvertrag mit Wankel und entwickelt mit Porsche ein neues Grundmodell für 1984.

KULTUR

Filmförderung: Nach der Kritik am geförderten Achternbusch-Film „Gespenster" kündigt Bundesinnenminister Zimmermann bei Verleihung der Bundesfilmpreise eine Änderung der Filmförderung an: Filme „für viele" sollen unterstützt werden.

„DDR"-Schulwesen: Der Auseinandersetzung mit dem „Klassenfeind" soll im Unterricht an den „DDR"-Schulen ein noch höherer Stellenwert eingeräumt werden, kündigte der Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften, Riechert, an.

SPORT

Dressur: Die deutschen Reiter gewannen in Aachen bei der zehnten Europameisterschaft ihren zehnten Mannschaftstitel. In der Einzelwertung aber wurden sie von einer Dame geschlagen: Anne-Grethe Jensen aus Dänemark gewann vor Weltmeister Rainer Klimke.

Tennis: Eva Pfaff (Frankfurt) und Claudia Kohde (Saarbrükken) haben in Wimbledon das Achtelfinale erreicht. Sylvia Hanika ist ausgeschieden. Claudia Kohde spielt heute gegen Martina Navratilova.

Schwimmen: „Die besten Meisterschaften, die es je gab" erbrachten in Hannover außer einem Welt- und einem Europarekord von Michael Groß gleich 24 Landesrekorde. Alle Meister wurden für die Europameisterschaft in Rom nominiert.

Leichtathletik: Hans-Peter Ferner, der in Athen vor Sebastian Coe Europameister im 800-m-Lauf wurde, wurde nicht deutscher Meister, sondern Willi Wülbeck schaffte es zum zehnten Mal bei der Meisterschaft in Bremen.

AUS ALLER WELT

Kieler Woche: Rund 300 000 Menschen aus 44 Ländern haben die diesjährige Kieler Woche besucht.

Shuttle: Die Challenger-Experimente haben große militärische Bedeutung. Fremde Satelliten können ausgeforscht, zum Abstürzen gebracht oder „entschärft", in die Ladeluke gepackt und zur Erde gebracht werden.

Wetter: Der Ausläufer eines Islandtiefs bringt von Nordwesten kühleres Wetter. Im Norden wechselnd bewölkt mit Schauern; sonst stark bewölkt und Regen.

Außerdem heute in der WELT:

Kohl: Die Krawalle in Krefeld hätten verhindert werden können

Reagan und Bush bekräftigen die deutsch-amerikanische Freundschaft

D.W. **Bonn**

Nach den schweren Ausschreitungen einiger hundert militanter Demonstranten am Rande des Besuchs des amerikanischen Vizepräsidenten George Bush in Krefeld hat die Bundesregierung von den zuständigen Stellen des Landes Nordrhein-Westfalen Auskunft über die Sicherheitsplanung verlangt.

Bundeskanzler Helmut Kohl hatte den amerikanischen Gast am Samstag bei den offiziellen Feierlichkeiten zum 300. Jahrestag der ersten Auswanderung von Deutschen aus Krefeld nach Amerika begleitet. Auf die Wagenkolonne des US-Vizepräsidenten wurden Pflastersteine und Farbbeutel geschleudert. In der Innenstadt lieferten sich mehrere hundert Schläger Straßenschlachten mit der Polizei. Sie waren mit Hämmern, Molotow-Cocktails und Eisenstangen bewaffnet und trugen schwarze Helme. 34 Polizeibeamte wurden verletzt, 134 Randalierer festgenommen.

Mit deutlicher Anspielung auf den nordrhein-westfälischen Innenminister Herbert Schnoor bemängelte der Kanzler, das „unwürdige Schauspiel" hätte vermieden werden können, wenn man es gewollt hätte. Regierungssprecher Peter Boenisch erklärte gegenüber der „Bild"-Zeitung: „Von 15 000 Demonstranten waren nur etwa 400 gewalttätig. Es ist kein Ruhmesblatt für die Organisatoren, wenn man mit Chaoten so schlecht und zu spät fertig wird. Unsere Gäste wurden behindert, angepöbelt und angegriffen. Wir alle haben uns für diese Verletzung der Gastfreundschaft geschämt."

Zur möglichen Gefährdung des US-Vizepräsidenten und des Bundeskanzlers nahm Boenisch wie folgt Stellung: „Wenn Steine auf eine Autokolonne fliegen, weiß kein Mensch, was da sonst noch fliegt oder fliegen könnte. Außerdem sind Chaoten vor Bushs Auto gerannt. Wenn sein Fahrer nicht so schnell reagiert hätte, wäre einer von den jungen Leuten unter die Räder gekommen. Die Kolonne fuhr zu diesem Zeitpunkt ziemlich schnell." Boenisch berichtete, ein Sicherheitsbeamter habe kopfschüttelnd gesagt: „Ich glaube, diese Fanatiker wollen einen Toten."

SEITE 4:
Weitere Beiträge

Während die Randalierer Straßenschlachten lieferten, feierten mehr als 150 000 Besucher in Krefeld ein deutsch-amerikanisches Bürgerfest. Bei der Festveranstaltung im Seidenweberhaus sagte Vizepräsident Bush, die Werte der Bundesrepublik Deutschland und der USA – Frieden, Freiheit und Menschenwürde – seien die gleichen. In einem Interview mit dem ZDF meinte er am Sonntagabend, die aggressiven Demonstrationen hätten ihn nicht berührt: „Die Menschen in Krefeld haben alles getan, daß wir uns hier zu Hause fühlen, daß wir uns hier an etwas Erhabenes, etwas Gutes erinnern." Der Bundeskanzler habe sich am 6. März „einer unbestreitbar freien Wahl" gestellt und gesiegt. „Auch die Opposition kann die Gewalt nicht gutheißen."

Bush unterstrich, daß „uns der Respekt vor Andersdenkenden, auch vor Protest, verbindet". Aber die gewalttätigen Demonstranten hätten versucht, „einen Tag zu trüben, der für uns trotz allem erfreulich war. Wir sind in den Vereinigten Staaten auch nicht immun. Wir haben dies alles erlebt. Wir haben

● Fortsetzung Seite 4

Nicht Walesa, Autor Levi muß gehen

Rätselraten über politischen Nachruf in der Vatikan-Zeitung „Osservatore Romano"

F. MEICHSNER, **Rom**

Ein Leitartikel im hauseigenen offiziösen „Osservatore Romano" hat den Vatikan erschüttert. Das ist ein bisher einmaliges Ereignis in der Geschichte des Papst-Staates. Weil er in einem am Freitagabend auf der ersten Seite veröffentlichten Schlußkommentar zur päpstlichen Polenreise weltweit den Eindruck erweckte, als habe die Kirche den polnischen Arbeiterführer Lech Walesa fallengelassen, mußte der stellvertretende Chefredakteur des „Osservatore Romano", Don Virgilio Levi, am Samstag zurücktreten.

Levi, der das dem Staatssekretariat unterstellte Vatikan-Organ in letzter Zeit de facto leitete und als der kompetenteste Polenexperte des Blattes galt, hatte in seinem namentlich gezeichneten Artikel u. a. geschrieben: „Lech Walesa ist einmal die Ehre eines feierlichen Empfangs des Vatikans zuteil geworden. Er war damals begleitet von seinen engsten Mitarbeitern und von einem Vertreter der (polnischen) Regierung. Gestern mußte er sich als Privatperson mit dem Heiligen Vater treffen, insgeheim, ohne Anspruch, in der gegenwärtigen Lebensphase seines Landes noch etwas zu zählen ... Offiziell tritt Lech Walesa einmal mehr von der Szene ab. Wir können sagen, daß er seine Schlacht verloren hat. Diesem unerschrockenen und bescheidenen Mann muß die Waffenehre erwiesen werden ... Manches Mal ist das Opfer unbequemer Personen für das höhere Wohl der Gesellschaft notwendig."

Levi war daraufhin am Samstagmorgen ins Staatssekretariat zitiert worden. Nach einem Gespräch mit Substitut Martinez Somalo und Monsignore Re hatte er seinen Artikel als Ausdruck seiner persönlichen Betrachtungen hingestellt und seinen Rücktritt erklärt. Gegen Mittag gab der Vizedirektor des vatikanischen Pressesaals, Don Pastore, die folgende Erklärung ab:

„Hinsichtlich des gestern im Osservatore Romano unter dem Titel ‚Ehre dem Opfer' veröffentlichten Artikels des stellvertretenden Chefredakteurs Don Virgilio Levi bestätige ich, was der Autor schon selbst erklärt hat: daß es sich dabei um seine persönlichen Betrachtungen als Journalist handelte. In Anbetracht der dem Artikel gegebenen Interpretationen hat es Don Levi für angezeigt gehalten, seinen Rücktritt als Chefredakteur des Osservatore Romano zu erklären. Der Rücktritt wurde angenommen."

SEITE 3:
Alte und neue Symbolfigur

Da Chefredakteur und stellvertretender Chefredakteur des „Osservatore Romano" vom Papst persönlich ernannt werden, wurde offensichtlich auch die Entscheidung über die Annahme des Rücktritts von Johannes Paul II. selbst getroffen.

Über die Hintergründe der Leitartikel-Affäre hüllen sich die offiziellen vatikanischen Kreise in striktes Schweigen. Levis Erklärung, daß er nur seine persönlichen Betrachtungen zu Papier gebracht und veröffentlicht habe, gilt hier allgemein als wenig glaubwürdig. Nie zuvor in der 123jährigen Geschichte des Vatikan-Organs ist es geschehen, daß der „Osservatore Romano" in einer derart heiklen Situation an so prominenter Stelle einen solch explosiven Kommentar seines stellvertretenden Chefredakteurs ohne Anregung, wenn nicht sogar Plazet „von oben", publiziert hat. Nach der in inoffiziellen Vatikankreisen vorherrschenden Überzeugung liegen Levis „persönlichen Betrachtungen" Informationen zugrunde, die er vielleicht nur zu weitgehend und allzu direkt interpretiert hat.

Manche vatikanische Beobachter gehen sogar so weit, zu behaupten, Levi habe dafür büßen müssen, daß er die Wahrheit geschrieben habe. Der Vatikan und der polnische Episkopat, so meinen sie, seien tatsächlich zu der Überzeugung gelangt, daß man im Interesse eines dem polnischen Volk dienlichen Dialogs zwischen Kirche und Regime Walesa und die Gewerkschaft „Solidarität" in ihrer alten Form opfern müsse.

„Symbol und Führer der Solidarität"

Walesa: Rückzug erst bei befriedigendem Ergebnis, es bleibt bei den alten Forderungen

dpa/rtr/AP/AFP, **Warschau**

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa will sich erst dann vom öffentlichen Leben und der Führung der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" zurückziehen, wenn er ein „befriedigendes Ergebnis" erzielt hat. Dies äußerte Walesa gestern in einem Telefongespräch mit der Deutschen Presse-Agentur zu Spekulationen über seinen möglichen völligen Rückzug ins Privatleben. Die Debatte war durch einen Leitartikel der Vatikan-Zeitung „L'Osservatore Romano" ausgelöst worden.

Zu einem möglichen Rückzug sagte Walesa: „Das habe ich niemals gesagt. Manchmal habe ich natürlich davon gesprochen, daß ich mich nach einem befriedigenden Finale unserer Dinge darum bemühen würde, daß jemand anders diesen Platz einnimmt, denn ich bin müde, aber nicht eher, bis wirklich ein befriedigendes Ergebnis erzielt wird." Walesa versicherte, er werde sich an den Eid halten, den er seiner Gewerkschaft bei der Wahl zum Vorsitzenden geleistet habe. Er werde sich weiterhin an den 21 Forderungen orientieren, die von den Arbeitern während des Streiks auf der Danziger Werft im August 1980 gestellt wurden. Erster Punkt war damals die Gründung unabhängiger Gewerkschaften.

Gegenüber „Bild am Sonntag" erklärte Walesas Beichtvater Henryk Jankowski: „Lech Walesa bleibt, was er seit 1980 war und ist: Symbol und Führer der ‚Solidarität'. Von einem Rückzug Walesas aus dieser öffentlichen Rolle kann keine Rede sein."

In einem Interview mit der US-Fernsehgesellschaft NBC hatte Walesa solchen Spekulationen allerdings auch selbst Auftrieb gegeben: „Die Frage ist nicht, wer verhandelt, sondern über was verhandelt wird", sagte er. „Es ist nicht wichtig, wer die Probleme löst. Wenn es bessere Leute gibt, o. k., dann sollen sie es machen." Künftig würden „viele Dinge ohne meine Beteiligung geregelt werden".

Das polnische Partei-Organ „Trybuna Ludu" und die „Zycie Warszawy" kündigten unter Berufung auf den „Osservatore Romano" triumphierend den Rückzug Walesas aus dem politischen Leben Polens an. Den Leitartikel der Zeitung, den sie als „offizielles Organ des Vatikan" bezeichneten, legten die polnischen Blätter so aus, daß Walesa „nicht mehr die geringste Rolle in der derzeitigen Etappe des Lebens seines Landes spielen" wolle.

In Warschau beriet am Samstag das Politbüro der Partei über den Papst-Besuch. Wie verlautete, habe der harte Parteiflügel den Parteichef Jaruzelski wegen des Papst-Besuchs scharf kritisiert.

In Prag suchte Arafat Hilfe Moskaus

Nach Ausweisung aus Damaskus will PLO-Chef Syrien isolieren / Rivalen formieren sich

rtr/dpa, **Prag/Beirut**

PLO-Chef Yassir Arafat ist offenbar um politische Unterstützung der Sowjetunion im Streit um seine Vormachtstellung gegenüber meuternden Palästinensergruppen und im Konflikt mit Syrien bemüht. In einer Rede auf dem Prager „Weltfriedenskongreß" warf Arafat am Wochenende den USA und nicht genannten arabischen Staaten Versuche der Spaltung der PLO vor. Zugleich sprach er sich für einen sowjetischen Vorschlag aus, eine internationale Nahost-Konferenz abzuhalten und nannte die UdSSR einen „prinzipiellen Freund".

Arafat, der am Freitag aus Damaskus ausgewiesen worden war, flog über Tunis nach Prag. Zuvor hatte er Syrien beschuldigt, den Meuterern militärische Unterstützung zu gewähren. Den Präsidenten Assad rief er auf, „alles daranzusetzen, ein neues Massaker an den palästinensischen Streitkräften zu vermeiden". Sonst würde „die Arbeit vollendet, die im vorigen Jahr von den Israelis bei der Invasion Libanons begonnen wurde".

Beobachter in Tunis sehen in Arafats Aufruf einen Versuch des PLO-Chefs, Syrien in der arabischen Welt zu isolieren. „Er hat nicht mehr viele Karten zu spielen, vielleicht ist das die letzte", meinten Diplomaten. Arafats Lage sei nach seiner Ausweisung aus Damaskus „sehr ernst".

US-Kommentatoren verwiesen darauf, daß die PLO mit der Ausweisung aus Syrien ihre eigentliche Basis verloren habe. Arafat könne die im Bekaa-Tal und im nordlibanesischen Tripoli liegenden Palästinenserstützpunkte nur noch auf dem See- oder Luftweg von Zypern aus erreichen, da ihm jetzt die Flughäfen von Beirut und Damaskus verschlossen seien.

In Beirut wurde betont, Arafat habe keine andere Wahl, als einen Kurs der Mäßigung einzuschlagen, da 6000 bis 10 000 seiner Kämpfer syrischer Kontrolle unterständen.

Die beiden Rivalen Arafats um die PLO-Führung, George Habasch und Najeh Hawatmeh, haben gestern eine gemeinsame politische und militärische Führung ihrer Organisationen gebildet. Dabei handelt es sich um die „Demokratische Front zur Befreiung Palästinas" (DFLP) und die „Volksfront für die Befreiung Palästinas" (PFLP).

Der mit Israel verbündete libanesische Milizkommandeur, Major Haddad, hat inzwischen dem PLO-Chef Arafat „aus humanitären Gründen" Asyl in Südlibanon angeboten.

Seite 2: Aufgeflogen

DER KOMMENTAR

Der Ahnungslose

Von HERBERT KREMP

Ein ungetrübtes Freudenfest war es nicht, obwohl die hundertfünfzigtausend Krefelder Bürger, die für die deutsch-amerikanische Freundschaft demonstrierten, den ersten Platz in der Bewertung verdienen. Die Mehrheit ist der Maßstab. Die Minderheit der Gegner und Feinde präsentierte sich abstoßend. Sie ist nicht lernbereit, kaum dialogfähig, eher borniert. Die Reden und Interviews aus den Reihen der „Friedensfreunde" hatten ein beklagenswert niedriges Niveau. Die Bildungskatastrophe entläßt ihre Kinder.

Man bräuchte dieser vom Kopf und von der Kopfzahl her gescheiterten „Generalprobe" für den angekündigten „heißen Nachrüstungs-Herbst" keine angestrengte Betrachtung zu widmen, zöge die Mischung aus unscharfem Denken und überhitzten Emotionen nicht, einem Magnet gleich, die Gewalt an. Die paar hundert militanten Anarchisten fuhren auf dem Trittbrett in Krefeld ein. Sie verwendeten die zuströmende und sich entfaltende Protestmenge als Unterschlupf und als Transporter, um im geeigneten Augenblick nach Stadtguerrilla-Art hervorzubrechen und zuzuschlagen. Friedensdemonstranten und Pflasterkrieger bilden also insofern eine taktische Einheit.

Der nordrhein-westfälische Innenminister Schnoor ist offenbar nicht in der Lage, diese Taktik zu erkennen. Dabei hat er Erfahrung. Bei der Atom-Demonstration von Kalkar im vergangenen Herbst ereignete sich nämlich haargenau dasselbe. Die Trittbrettfahrer waren da und brachen aus. So war es auch bei der Gelöbnisfeier in Bremen, und so wird es in Berlin seit Jahren praktiziert. Es ist daher völlig unerfindlich, was den Minister veranlaßt, die Krawallmacher von Krefeld „ungeahnt brutal" zu nennen. Die Ahnungslosigkeit bezieht sich ausschließlich auf den Minister.

Schon nach den Gewaltszenen von Kalkar erwies sich Schnoor vor dem Landtag in Düsseldorf als hilfloser Brüter. Seine Antworten bestanden in Schulterzucken. Mit solchen Politikern ist kein Staat zu machen und zu schützen. Aus der gefährlichen taktischen Einheit von Friedensdemonstranten und Gewaltanarchisten muß eine Schlußfolgerung gezogen werden: Man darf die Einheit nicht entstehen lassen. Im Herbst wird es sich als entscheidend erweisen, ob es den Ordnungskräften gelingt, die rundreisenden Kriminellen vor dem Eintauchen in die Masse abzufangen. Der Erfolg muß ihnen versagt bleiben. Sonst wird der Terrorismus stärker.

Neue Vorschläge der USA für Zwischenlösung

dpa/AP, **Bonn/Boston**

Die USA haben in den Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen konkrete Vorschläge für Zwischenlösungen unterbreitet, die aber von der Sowjetunion nicht akzeptiert werden. Dies berichtete der amerikanische Chefunterhändler Paul Nitze auf einer sicherheitspolitischen Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Danach sollen die USA den Sowjets Lösungsmodelle von einem vollständigen Verzicht auf Mittelstreckenraketen bis zu einer Begrenzung dieser Waffen beider Seiten in Europa auf bis zu 450 atomare Sprengköpfe vorgeschlagen haben. Das Angebot, das von amerikanischer Seite als Ausdruck hoher Flexibilität bezeichnet wurde, liegt damit weit unter den 572 Pershing-2-Raketen und Marschflugkörpern, die entsprechend dem NATO-Beschluß in Westeuropa aufgestellt werden sollen, wenn es zu keiner Einigung in Genf kommen wird.

Bei den ebenfalls in Genf laufenden Verhandlungen über eine Reduzierung der strategischen Waffen (START) wollen die USA nach einem Bericht der amerikanischen Zeitung „Boston Globe" einen formalen Vertragsentwurf vorlegen, in dem jeder Seite die Begrenzung auf 1250 Interkontinentalraketen zugestanden werde. Moskau soll Kompromißbereitschaft gezeigt und erstmals die Stationierung der amerikanischen Trident-2-Raketen auf U-Booten akzeptiert haben. Der Vertragsentwurf soll während eines Geheimtreffens zwischen US-Außenminister Shultz und dem sowjetischen Botschafter Dobrinyn vom amerikanischen Chefunterhändler bei den START-Verhandlungen, Rowny, vorgelegt worden sein.

Genscher: KSZE soll Spaniens Anregung folgen

dpa, **Bonn**

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat an die Teilnehmerstaaten der KSZE-Folgekonferenz in Madrid appelliert, den Kompromißvorschlag Spaniens für den Abschluß der Konferenz zu akzeptieren. Dieser Vorschlag zeige den Weg, „um das Treffen wenige Meter vor dem Ziel aus einer gefährlichen Sackgasse zu führen", erklärte Genscher gestern.

Die Bonner Delegation habe für die westlichen Teilnehmerstaaten dem Vermittlungsvorschlag unter der Voraussetzung zugestimmt, „daß alle Teilnehmer das gleiche tun", äußerte der Minister. Die meisten neutralen und nicht paktgebundenen Staaten hätten ebenfalls ihre positive Haltung zum Ausdruck gebracht. Genscher verwies darauf, daß sich die Sowjetunion noch nicht geäußert habe, und fügte hinzu: „Es darf jetzt der Augenblick nicht verpaßt werden, der über Erfolg oder Scheitern dieser für das Netz-Werk des Entspannungsprozesses so wichtigen Konferenz entscheidet."

Nach dem Vorschlag des spanischen Ministerpräsidenten Felipe Gonzalez soll die Europäische Konferenz über vertrauensbildende und sicherheitsschaffende Maßnahmen und Abrüstung statt am 15. November dieses Jahres am 17. Januar 1984 beginnen. Ein Expertentreffen über die Verbesserung menschlicher Kontakte zwischen Ost und West soll am 16. April 1986 in Bern stattfinden.

Nach Ansicht Genschers kann sich das bisher in Madrid durch Anstrengungen aller Beteiligten Erreichte sehen lassen. „Auch die Sowjetunion hat dazu beigetragen", heißt es in seiner Erklärung.

Als Minister wollte Apel im August '83 stationieren

Aufstellungsplan von SPD-Regierung für Pershing 2

S. HEYDECK/M. SCHELL, **Bonn**

Die Bundesregierung unter dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) hat in einem internen Aufstellungsplan der möglichen Zulieferung und Montierung von Teilen der Pershing 2 bereits für August 1983 zugestimmt. Ein entsprechender Vermerk stammt aus der Zeit von Bundesverteidigungsminister Hans Apel im Jahre 1981.

In Regierungskreisen heißt es dazu, der Vermerk sei auch von Kanzler Schmidt abgezeichnet und damit befürwortet worden. Die Bundesregierung hatte dies Hans-Jochen Vogel noch vor der Sicherheitsdebatte im Parlament in der letzten Woche mitgeteilt. Damit sollte dem Oppositionsführer deutlich gemacht werden, daß die Sozialdemokraten mit ihrer jetzigen Haltung im Widerspruch zur Festlegung ihrer früheren Regierung stünden. Dennoch hatte die SPD-Bundestagsfraktion in einem Entschließungsantrag gefordert, daß vor einer Stationierungsentscheidung des Parlaments „auf keinen Fall" auch nur Teile der Waffensysteme Pershing 2 oder der Marschflugkörper in die Bundesrepublik Deutschland gebracht werden dürften. Die Bundesregierung hat erklärt, mit der Stationierung werde nicht vor dem 15. November 1983 begonnen.

Andeutungen von Staatsminister Möllemann über die Existenz eines solchen Vermerkes vor dem Auswärtigen Ausschuß des Bundestages hatte die SPD-Abgeordneten irritiert. Die Bundesregierung zeigte sich verärgert darüber, daß die SPD-Führung offenkundig die eigenen Abgeordneten nicht über die Festlegungen des früheren Verteidigungsministers Hans Apel unterrichtet hat. Der FDP-Abgeordnete Uwe Ronneburger hatte diese Frage verklausuliert in der Bundestagsdebatte vorgehalten: „Warum haben Sie zur Begründung Ihrer Formulierung nicht den ehemaligen Bundeskanzler oder den ehemaligen Verteidigungsminister hier aufs Podium geschickt?" Die Bundesregierung ist mit ihrer Zusage, vor dem 15. November keine Stationierung vorzunehmen, somit bei der Zusage von Apel geblieben.

Seite 5: SPD hofft auf Kompromiß



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Sieger Rau

Von Wilm Herlyn

Willy Brandt und Johannes Rau, die Führungsspitze der SPD, haben bestätigt, woran die Partei krankt. Die Wahlniederlage des 6. März, die heute noch zu Unsicherheit und zu gelähmtem Schweigen führt, ist nur ein Datum. Die Wurzeln der Sprachlosigkeit sind die lange zuvor aufgebrochenen und nicht gelösten internen Konflikte über den Weg, den die Sozialdemokratie einschlagen sollte.

Das Schiff SPD schlingert seither dahin, und die Mannschaft klammert sich jetzt angstvoll an den Steuermann, der es wieder auf geraden Kurs bringen könnte. Der Hoffnungsträger ist Johannes Rau. Denn der Mann scheint zu haben, was ein Politiker besitzen muß: Fortune.

Als ihn die eigenen Genossen schon verloren glaubten, als er selbst schon resigniert hatte, rettete ihn vor vier Jahren eine Idee: die Ruhr-Konferenz. Er trieb Bund und Land zu einem Aktionsprogramm zusammen, das das Revier zumindest zeitweise aufatmen ließ.

Und jetzt macht dieser Johannes Rau aus seiner ersten schweren Niederlage, dem Rücktritt seines Ziehvaters Hans-Otto Bäumer, einen Sieg. Bäumers Abgang aus dem Kabinett entsprang nicht nur einem Streit über die richtige Umweltpolitik, sondern vor allem aus seinem Vorwurf, Rau verweigere sich der ihm übertragenen Führungsaufgabe. Die Kritik wurde öffentlich ausgetragen, kein Genosse konnte sie überhören. Dennoch hat jetzt der Landesparteitag in Duisburg Rau demonstrativ auf das Siegerpodest gestellt – mit fast schon anomalen Zustimmungsquoten. Die SPD-Basis will sich ihren Hoffnungsträger offenkundig von niemandem abspenstig machen lassen.

Freilich steht Rau nun unter dem Erwartungsdruck, aus der modellhaften sozialdemokratischen Alleinregierung nun endlich etwas zu machen, etwas zu bewirken. Die Chance dazu hat er, wenn er nach der Sommerpause eine frische Führungsmannschaft vorstellt. An den Namen wird man ablesen können, ob Rau jetzt gewillt ist, seine Politik der Zuwendung durch eine Politik der Führung zu ergänzen. Den Beweis muß er noch antreten.

Aufgeflogen

Von Peter M. Ranke

Es gibt manchmal auch Ermutigendes aus Beirut zu berichten: Bald werden nicht nur die geständigen Mörder des gewählten Präsidenten Beschir Gemayel und seiner Tochter Maya abgeurteilt, wobei ihre Beziehungen zum syrischen Geheimdienst und zur PLO zur Sprache kommen werden, sondern der libanesischen Sicherheitspolizei ist überdies ein folgenschwerer Schlag gegen ein neues Terrorzentrum der Palästinenser gelungen.

Folgenschwer, weil der Betrug der PLO mit Diplomatenpässen und anderen Tarnmitteln entlarvt worden ist. Jetzt weiß man, wie es der PLO gelang, seit dem Abzug vor einem Jahr wieder mit Terrorkadern in West-Beirut Fuß zu fassen, ohne daß die internationale Überwachungsstreitmacht der Amerikaner, Franzosen und Italiener eine Ahnung hatte oder etwas ausrichten konnte.

Als Terrorzentrale hat sich das „Forschungszentrum" der Palästinenser erwiesen, wo die Polizei Sprengstoff, Waffen und Funkzünder für Autobomben fand und wo die Anschläge auch geplant worden sind. Unter den zahlreichen Verhafteten befinden sich der Leiter dieser angeblichen Forschungsstätte, Sabri Elias Geries, und zwei hohe PLO-„Offiziere". Alle drei besaßen Diplomatenpässe eines arabischen Staates und konnten nach Syrien, Libyen oder Tunesien reisen, sooft sie wollten. Bezahlt wurden sie von einem Palästinenser in Beirut, bei dem man über hunderttausend Dollar beschlagnahmte.

Daß die Libanesen diese Terrorzentrale aushoben, ist ein gutes Zeichen für ihren Abwehrwillen. Daher wird man aber auch die Gebiete, die vielleicht bald von den Israelis geräumt werden, nicht nur einer internationalen und leicht zu täuschenden Streitmacht überlassen dürfen, sondern auch der libanesischen Armee und Polizei. Sonst bleibt der Kampf gegen den Terror erfolglos.

Blindflug

von Cay Graf Brockdorff

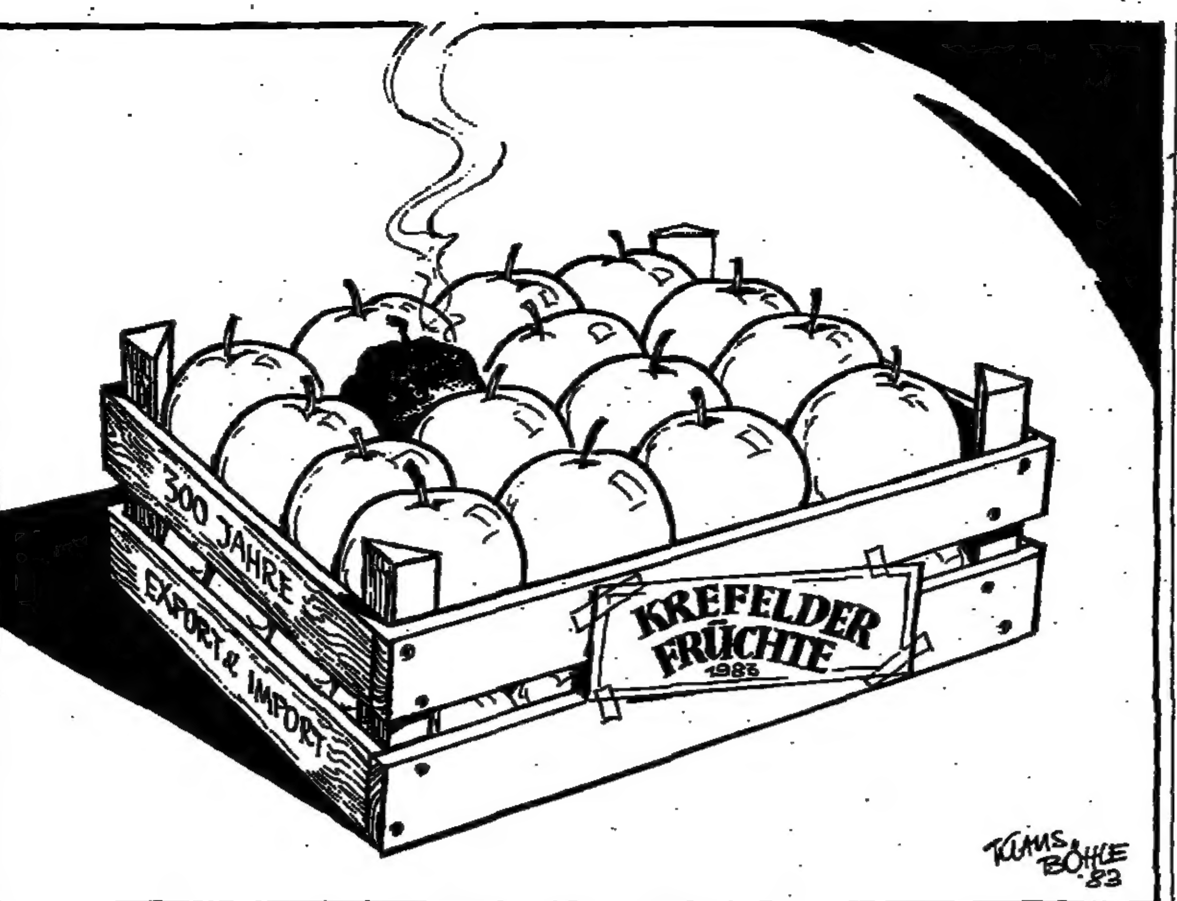
Mit bemerkenswerter Zielstrebigkeit verfolgt Hans-Jochen Vogel die Linie, die Sicherheitspolitik der einstigen Regierung Schmidt und der jetzigen Regierung Kohl anzugreifen. Mit viel Überlegung und viel Vernunft erarbeitete Standpunkte verläßt er, um dafür chaotisch anmutende eigene Sicherheitsvorstellungen anzubieten.

Erst verlangte Vogel, die USA sollten in Genf die Anrechnung der französischen und britischen strategischen Nuklearwaffen im Rahmen des angestrebten Abkommens über die Begrenzung der Mittelstreckenwaffen akzeptieren. Würde Washington das gegen den ausdrücklichen Wunsch der europäischen NATO-Partner tun, wäre die Abtrennung Europas von der atlantischen Schicksalsgemeinschaft gewiß. Eben deshalb macht Moskau diese Forderung unentwegt zur Bedingung eines Genfer Abkommens.

Jetzt will Vogel die Zusammenlegung der Genfer START-Verhandlungen zur Begrenzung der Interkontinentalraketen mit den INF-Mittelstreckengesprächen. Was INF-Delegationschef Paul Nitze abgelehnt hat, soll START-Delegationschef Edward Rowny nun offenbar akzeptieren. Vogel ist gescheit genug zu wissen, daß man Rüstungskontrollverhandlungen nicht wie ein Staubsaugervertreter führen kann, der es an der Hintertüre versucht, wenn man ihn an der Vordertür abgewiesen hat.

Was also will Vogel eigentlich? Sicher will er nicht ein Genfer Ergebnis auf Jahre hinaus verschoben sehen, obwohl dies fraglos das Resultat einer Zusammenlegung zweier überaus komplizierter Verhandlungsrunden wäre. Persönlich will Vogel auch sicherlich nicht eine prosowjetische Linie, um den Sowjets einen strategischen Sieg zu geben.

Er opfert allerdings elementare deutsche und westliche Sicherheitsinteressen, weil dies seinen parteipolitischen Zielen dienlich scheint. Dies eigentlich bestürzt an diesem Mann, der immerhin Oppositionsführer geworden ist. Die Frage stellt sich, ob diesen Blindflug in Wirklichkeit nicht andere Leute lenken.



Ansteckend oder nicht . . .?

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Mehr Mut zum Risiko!

Von Peter Gillies

Wer Geld anlegt, will auch verdienen." Dieser Ausspruch stammt nicht aus dem Schatzkästlein deutschen Börsenhumors, sondern vom Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Chemie, Hermann Rappe. Er wendet sich damit gegen die Vorschläge grüner oder linker Hauptversammlungsbesucher, die Dividenden von Aktiongesellschaften zugunsten von Sozial- oder Umweltausgaben streichen wollen.

Ein Gewerkschafter ficht für die Dividende? Lange haben wir solches nicht vernommen. Auf die Dividende seien nicht nur Tausende von Belegschaftsaktionären und ihrer Hinterbliebenen angewiesen, meint Rappe, sondern ihr Ausfall berühre die Bonität des Unternehmens, letztlich gefährde dies die Arbeitsplätze.

Nun, diese Erkenntnis ist so sensationell nicht, wiewohl sie von Gewerkschaften selten vernommen wurde. Ihre (und andere) Truppen streuten jahrelang die Verheißung aus, es gehe auch ohne Gewinne. Es sei Sache des Staates, für Wohlfahrt, Sicherheit und Arbeitsplätze zu sorgen. Risiko sei eine Sache, die andere zu tragen hätten, niemals die sogenannte breite Masse. Das führte dazu, daß genau diese breite Masse von der vollen Wucht des Risikos getroffen wurde.

Nachdem auch die Gewerkschaften den Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Arbeitslosigkeit erkannt haben und zumindest teilweise durch konkludentes Handeln respektieren, liegt die Vermutung eines Wandels durch Einsicht nahe. Sollte gar die Freiheit der Wirtschaft – o Gipfel der Kühnheit! – eine Renaissance erleben, sollte die Gesellschaft ihrem Vollkasko-Ideal abschwören und das Risiko wiederentdecken?

Die Freiheit der Wirtschaft, das sind die millionenfachen Entscheidungen, dies oder jenes zu kaufen (oder auch nicht), zu investieren und zu wagen (oder auch nicht). Diese vielen „kleinen Freiheiten" des Wohlstandes sind verzahnt mit den „großen Freiheiten" der Demokratie, von der Rede- bis zur Reisefreiheit. Wer die Freiheit der Wirtschaft abschafft, schafft die Demokratie ab. Dieses Modell ist ohne Dynamik und Risiko nicht zu haben, alle gegenteiligen Verheißungen haben sich nirgendwo erfüllt.

Ein Lehrstück in Sachen Risiko ist in der Tat die Aktie, jenes Wertpapier, mit dem sich Unternehmen Kapital beschaffen, das hohe oder manchmal keine Dividenden abwirft, dessen Kurs steil in die Höhe schießen oder in den Keller stürzen kann. Bürger wie Unternehmen haben jedoch gleichermaßen Berührungsängste gegen diese Art von Risikokapital. Die einen stößt vielleicht das rätselhafte „Börsenroulette" ab, die anderen schrekken vor den steuerlichen Hürden der Eigenfinanzierung zurück. Sicher aber wirkt auch das Risiko abstoßend; man möchte hohe Erträge, aber alles bombensicher.

Beides ist ein Widerspruch, den wir freilich außer Kraft setzen wollten. Jahrzehntelang rentierten sich Aktieneinlagen nur mager, festverzinsliche Wertpapiere dagegen üppig. Niemand empfand es als anstößig, wenn der zinsrobuste und hochverschuldete Staat das Sparkapital der Bürger mit zweistelligen Zinsen anlockte; jedermann glaubte sich dagegen in der Nähe der Unsittlichkeit, würde auch eine risikobehaftete Aktie ähnliche Renditen abwerfen.

Die weltweite Rezession ist deswegen auch eine Folge gigantischer Fehllenkung von Kapital: belohnt wurde die statische Beharrung, bestraft das kühne Risiko. Es wurde planmäßig verschreckt – mit ihm Millionen von Arbeitsplätzen, mit ihm im Grunde auch ein Stück Zukunft. Wer das Risiko nicht mehr einzugehen lernt, vermag weder soziale Sicherheit noch Hilfe für die Hungernden oder die lebenswerte Umwelt zu garantieren.



Abkehr vom Vollkasko-Ideal: Börsianer in Aktion

FOTO: JUPP DARCHINGER

Die schlichte Wahrheit ist, daß die Arbeitsplätze bei Daimler sicher und bei AEG unsicher sind, weil die einen Gewinne und die anderen Verluste machen. Das beginnt sich herumzusprechen, vielleicht sogar in einer ältlichen Partei, die von Akademikern aus dem öffentlichen Dienst beherrscht wird, eher aber vielleicht von denen, die die schlichte Wahrheit erfahren: von den Arbeitnehmern, vielleicht von Gewerkschaftsfunktionären, siehe Rappe.

Während auch die neue Bundesregierung das Wort „Gewinn" noch immer verschämt, wenn überhaupt, in den Mund nimmt, lehren uns Exoten Mores. Ölscheichs haben sich in deutsches Unternehmenskapital eingekauft. Man munkelt, daß Exoten jetzt auch Aktien deutscher Großbanken und Autofirmen sammeln, was die Aktienhausse mit speist. Die Kuwaitis beispielsweise haben es vorgemacht: Bei Daimler plazierten sie ein glänzendes Investment, bei Korf-Stahl steckten sie eine Pleite weg.

Warum nicht mehr Wagnis, mehr Kleinkapitalismus? Mangelt es an Kapital und Vermögen? Keineswegs. Die Deutschen sind vermögend wie nie in ihrer Geschichte, engagieren sich jedoch in windigen Abschreibungsgesellschaften, fernen Bohrlöchern und Bauherrenmodellen. Eine falsche Steuerpolitik- und -wirtschaft verstellt ihnen jedoch den Weg in das wirklich Produktive: in die Beteiligung an der Zukunft, von der Hyper- bis zur Gentechnologie und anderen Wachstumsbranchen.

Das Risiko aber darf nicht an Kapitalmangel austrocknen. Es ist zu fördern und zu belohnen, wenn sich ein Handwerksmeister selbständig macht, wenn neue Energien erschlossen werden oder wenn schlicht jemand etwas mehr leistet als sein Kollege. In zaghaften Ansätzen ist erkennbar: Das Risiko ist zur Wiederentdeckung freigegeben.

IM GESPRÄCH Jaime Gama

Nonchalance und Präzision

Von Rolf Görtz

Auf einer Tagung von NATO-Parlamentariern in Lissabon, es ist schon einige Jährchen her, wunderte sich einer der jüngeren Teilnehmer über das geringe Verständnis der deutschen Abgeordneten gegenüber der atlantischen, der „Meeres-Politik", um einen etwas hilflosen Bonner Ausdruck zu gebrauchen. „Sie betrachten die Dinge immer nur vom Kontinent, vom Festland her, nicht auch von der See, wie es die Russen als die neue Seemacht ganz konsequent tun – selbst die Untergrundarbeit auf den Inseln betreiben die Sowjets nach atlantischen Gesichtspunkten." So ungefähr drückte sich damals der sozialistische Delegierte Jaime Gama aus, der kürzlich zum Außenminister seines Landes ernannt worden ist.

Geboren auf der Azoreninsel Sao Miguel, weiß der 36 Jahre alte Portugiese ganz genau, wovon er spricht, wenn er die Kette sowjetischer Bemühungen von der Westsahara über die Kanarischen Inseln nach Madeira bis hin zu den Azoren beschreibt. Moskaus Aktivitäten zielen auf das strategische Sicherheitsdreieck der NATO vor dem Eingang zum Mittelmeer.

Jaime Gama gehört zu jenen Glücklichen unter den politisch tätigen Menschen, die der Streß freundlich, rundlich und nicht dünn und nervös gemacht hat. In der studentischen Opposition der Salazar-Zeit war er einer von jenen 30 Sozialisten Portugals, die damals in der Bundesrepublik ihre Partei gegründet haben. Sein Chef, Mario Soares, hat den Parteijüngling seither nahezu alles machen lassen: Jaime Gama leitete den auswärtigen Ausschuß, er wurde zum Verteidigungsexperten, und er gab wesentliche Anstöße für den Neubeginn einer sozialistischen Gewerkschaftspolitik. Ihn holte sich später Soares als Innenminister in sein zweites Kabinett; er leitete das Organisationskomitee zu den Wahlen. Jaime Gama knüpfte 1977 die Bande zur ersten Koalition – damals mit den Christdemokraten – und verhalf der jetzigen Koalition mit den Sozialdemokraten zum Erfolg. Er gehört zum Führungskreis um Soares, kann aber auch gut mit dem Ex-Sekretariat der Linken.



Vom Typus her ein Kronprinz: Portugals Außenminister Gama

FOTO: DIE WELT

Was Wunder, daß Soares ihn von Anfang an als seinen Dauphin betrachtete. Nicht zuletzt eint beide auch die beruhigend füllende Liebe zur portugiesischen Küche der kleinen und großen Restaurants in Lissabon, wo der Politiker einen für sein Alter erstaunlichen Weinverstand entwickelt hat. Bei einer guten Flasche sagte er mir einmal unvermittelt, aber wohl nicht absichtslos: „Übrigens, ich habe euren Strauß kennengelernt. Der ist wirklich ein Demokrat." Der Portugiese, dessen Fingerspitzengefühl die ost-westliche Gratwanderung der portugiesisch sprechenden Gebiete Afrikas ganz entscheidend beeinflussen kann, weiß sehr präzise zu arbeiten. Das Sympathischste an ihm aber ist wohl seine Nonchalance, etwa wenn er die Vorstandssitzung seiner Partei morgens wissen läßt: „Ich habe die ganze Nacht unser Baby beruhigt, jetzt will ich schlafen." Inzwischen zählt die Familie Gama vier Mitglieder, aber die junge Mutter sehnt sich gelegentlich immer noch nach der studentischen Szenerie zurück.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE RUHR ZEITUNG

Das Essener Blatt schreibt über die deutsch-amerikanischen Beziehungen:

Es ist eine eindrucksstarke Bilanz, die von Amerikanern und Deutschen in der Erinnerung an die 300 Jahre gezogen werden kann, ohne die Belastungen durch zwei Weltkriege verschweigen zu müssen. Die heutige und in den über 30 Jahren Nachkriegszeit bewährte Partnerschaft bezieht ihre Stärke aus dem Gleichklang der Grundwerte: der Freiheit, der Demokratie, der unabhängigen Justiz. Für die deutsche Politik gibt es seit drei Generationen zwei Eckpfeiler: die europäische Verankerung und die Beziehungen und das Bündnis zu und mit den USA. Beide sind miteinander verzahnt, beide sind für Freiheit und Sicherheit der Bundesrepublik unverzichtbar. Wenn jetzt der ersten Landung deutscher Einwanderer in Amerika gedacht wird, so schließt ein solcher Festakt auch und gerade an den Grundwert Freiheit an.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Die Zeitung befaßt sich mit Meldungen über die Berufung eines dritten Bonner Regierungssprechers:

Ob Peter Boenisch gut beraten war, als er gestern Pressemeldungen über die bevorstehende Berufung eines CSU-Mannes zum dritten Regierungssprecher als „Quatsch" abtat, darf bezweifelt werden. Der Kanzler ist bei Franz Josef Strauß offenbar im Wort. Tatsächlich ist auch nicht recht einzusehen, warum grundsätzlich nur der FDP das Privileg zustehen sollte, „stellvertretend" für Regierung und Kanzler zu sprechen. Die CSU betrachtet sich, wie man weiß, als eigenständige Partei und hat – berücksichtigt man die Zahl ihrer Abgeordneten – mindestens das gleiche Anrecht darauf, dies zu demonstrieren, wie die Liberalen ... Peter Boenisch hat offenbar weder Lust, sich demontieren noch konterkarieren zu lassen. Nach seinen flotten Anmerkungen freilich ist ein erster Gesichtsverlust wohl unvermeidlich: dann, wenn Kohl sein Wort einlöst und der neue dritte Mann inthronisiert wird.

Lübecker Nachrichten

Hier heißt es über den Koalitionsentwurf zur Parteienfinanzierung:

Bedenklich ist insbesondere, daß der Entwurf die politischen Vereinigungen mit gemeinnützigen Organisationen wie Rotem Kreuz oder Caritas gleichstellen will. Auf diese Weise würden alle Spenden für Parteien steuerlich voll abzugsfähig sein. Das erhöht die Gefahr, daß entsprechende Gelder mit politischen Auflagen verbunden werden. Ein Nebeneffekt dieses Vorschlages könnte darin bestehen, daß es zu einer Amnestie durch die Hintertür für jene Politiker und Großspender kommt, die derzeit in staatsanwaltliche Ermittlungen verwickelt sind. Diese Verfahren sind jedoch ordnungsgemäß zu beenden. Im übrigen müssen die politischen Organisationen, wie das Bundesverfassungsgericht urteilt, den überwiegenden Teil ihrer Einnahmen selbst aufbringen.

Neue Zürcher Zeitung

Hier heißt es über die Polen-Reise des Papstes:

Wenn auch die eindrückliche Demonstration gegen den Totalitarismus nach Moskauer Art, die Polen in diesen Sommertagen erlebte, keine direkt faßbare politische Wirkung haben wird und aller Voraussicht nach nicht Ausgangspunkt gewaltsamer Entwicklungen sein wird, so stellt sie eine klare Zäsur in Polen unter dem zum Teil aufgehobenen Kriegsrecht dar. Der Eindruck von Demoralisierung und Hoffnungslosigkeit, den man in den letzten Monaten auf Grund vieler Berichte gewinnen mußte, hat demjenigen von einem Volk Platz gemacht, das neue Zuversicht und Hoffnung geschöpft hat.

ARD und ZDF und der Kampf um den (Werbe-)Konsumenten

Warum die Mainzer Anstalt das Koordinationsabkommen mit dem Ersten Programm aufkündigte / Von Peter Dittmar

Wen rühren nicht das Mitleid und die Fürsorge, die aus dem Brief des ZDF-Intendanten an den ARD-Vorsitzenden sprechen. Man spürt, wie schwer ihm der Entschluß fiel, das Koordinationsabkommen zu kündigen. Denn die Herren an der Spitze der öffentlich-rechtlichen Anstalten haben stets nur das Wohl der Zuschauer (und Hörer) im Auge, sonst nichts. Und dazu gehört, daß sich möglichst viele durch die „heute"-Sendung über das aktuelle Geschehen informieren lassen. Wenn also im Bereich des WDR durch Veränderungen des Regionalprogramms die Zuschauerzahl um ein Fünftel gemindert wird, muß das ZDF natürlich etwas unternehmen.

Doch leider gibt es auch Kritiker, die die Medienpolitik als institutionalisierten Zynismus betrachten. Sie behaupten doch allen Ernstes, dieser Brief (wie andere Verlautbarungen in Sachen Programmkoordination zwischen ARD und ZDF) sei ein Meisterwerk des „Doublespeak". Während die Sender vom mündigen Bürger redeten, meinten sie in Wirklichkeit den bevormundeten Zuschauer. Das zeige sich schon in der Grundstruktur dieses Abkommens. Es gehe nämlich davon aus, daß man den Fernsehkonsumenten vor seinen eigenen Wünschen schützen müsse, damit er sich nicht anschaue, was er wolle, sondern was er soll.

Nicht zufällig wurde das Abkommen 1964 von zwei Intendanten (Prof. Holzamer für das ZDF, Klaus von Bismarck für die ARD) unterzeichnet, die sich, bevor sie die Chefetagen öffentlich-rechtlicher Anstalten erklommen, auf pädagogischen Feldern tummelten. Sie hatten längst ein tiefes Mißtrauen gegen die Entscheidungsfähigkeit des Bürgers verinnerlicht. Also beschlossen sie, daß nicht Unterhaltung mit Politik konkurrieren dürfe, sondern daß sich die Wahlmöglichkeit auf zwei Sorten Unterhaltung oder zwei Sorten Politik zu beschränken habe, damit keine Fluchtmöglichkeit ins Seichte gegeben sei.

Dieser Einigkeit stand jedoch von Anfang an auch ein tiefes Mißtrauen untereinander zur Seite. Denn jeder glaubte sich sofort vom anderen übervorteilt, wenn die Meinungsumfragen Veränderungen in den Zuschauerzahlen signalisierten. So versuchte jede Programmgruppe schon bald, sich durch größere oder kleinere Korrekturen – die stets als koordinationskonform oder koordinationsneutral erklärt wurden – Platzvorteile zu verschaffen. Das ZDF als Spätergekommener mit dem Trauma des Zuspätgekommenen war da besonders erfindungsreich. Die Rochaden mit „heute" und der Vorverlegung des Abendprogramms sind nur ein Beispiel dafür.

Aber auch die ARD war um Einfälle nicht verlegen. Sie verließ sich dabei auf ihre Werbetöchter, die alles andere als Töchter der Unschuld sind, denn sie liefern den Mutterhäusern mit dem Sündengeld der kommerziellen Werbung eine finanzielle Manövriermasse, mit der trefflich das Wohlwollen des jeweiligen Bundeslandes (durch Zuschüsse für kulturelle Einrichtungen, die den Kulturetat des Landes entlasten) gefördert werden konnte. Und zugleich konnte man argumentieren, daß die zwei Stunden vor 20 Uhr sowieso nicht zum koordinationspflichtigen Teil des Programms gehörten.

Aber gerade um diese Zeit geht der Streit. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten, die uns gern die Schreckensbilder eines „Kommerzfunks" vor Augen führen, tun nämlich zwischen 18 und 20 Uhr selbst nichts anderes. Der Unmut des ZDF entstand deshalb auch nicht aus den geringeren Zuschauerzahlen bei „heute", sondern bei den Werbeblökken davor und danach. Das ist nämlich direkt im Portemonnaie zu spüren. Und das Westdeutsche Fernsehen ist da nicht der einzige Kundenfänger. Auch die Bayern, besonders mit ihrem populären Dritten, machen sich bemerkbar.

Deshalb hatte das ZDF erst im vorigen Jahr sein Vorabendprogramm umgebaut. Die „Drehscheibe" beispielsweise konnte zwar hohe Zuschauerzahlen vorweisen, doch – wie die Werbewirtschaft vorrechnete – waren es meist ältere Leute mit geringer Kaufkraft. Also wurde stattdessen die „Tele-Illustrierte" installiert, die auf jüngere Schichten zielt. Denn auf das Werbegeld ist man angewiesen. Und vor allem muß man für künftige, härtere Zeiten vorsorgen. Das ZDF spricht da von dem 1985 „zu erwartenden Auftreten dritter Konkurrenten", während die ARD zum Ziel erklärt, die „Zuschauer an das ARD-Gemeinschaftsprogramm zu binden".

Beide Anstalten haben dabei nicht eine autonome Persönlichkeit im Auge, die es zu bedienen gilt, sondern den Werbungskonsumenten, dessen man sich bedient.

Der Schuhverkäufer mit Lehrer-Examen

[...]mer wieder kommen [...]en darüber, daß [...]beitslose Lehrer nicht [...] sind, Angebote aus der [...]schaft anzunehmen. Eine [...]e des Instituts der [...]chen Wirtschaft hat dies [...]jetzt wieder belegt. Ein [...]spiel aus Baden-[...]ttemberg zeigt, daß es [...] anders geht.

Von XING-HU KUO

Heute geht es recht streßig zu", entschuldigt sich der Sportlehrer Helmut Zeeh (29). Im „Sport-Schuhladen" am Markt zu Plochingen verpackt der stellvertretende Filialleiter Trainingsschuhe in große Kartons. Zeeh ist einer von zwölf – jetzt nicht mehr arbeitslosen – Lehrern in Baden-Württemberg, für die der oft geäußerte Vorwurf mangelnder Flexibilität nicht gilt. Sie hatten ein im August 1982 gegenüber dem Kultusministerium gemachtes Angebot der Schuh-Einzelhandelskette Mayer angenommen, den „Traumberuf" (Zeeh) aufzugeben und sich ins Abenteuer Schuhverkauf zu begeben. Und offensichtlich haben sie diesen Schritt nicht bereut. Im Gegenteil.

Zeeh beispielsweise, der in Tübingen Sport und Englisch studierte, war im Januar 1982 mit der Referendarausbildung fertig. Ein Jahr hatte er in England an zwei Schulen Deutschunterricht als „Assistent teacher" erteilt, auch in Tübingen hatte er als Vertragslehrer gearbeitet. „Ich war gerne Lehrer", sagt der heutige Schuhverkäufer.

„Die einjährige Praxis in England wurde mir zum Verhängnis. Ich kam drei Monate zu spät zurück, um als Lehrer eingestellt zu werden. Sonst wäre ich heute Beamter auf Lebenszeit in meinem Beruf." Trotz dieser „Riesenenttäuschung" zog der verheiratete Lehrer (1 Kind) sich nicht in den Schmollwinkel zurück. Im November 1982 begann der Sportlehrer, selber aktiver Tennisspieler, Skilan und Waldläufer, eine neue Karriere als Schuh- und Sportartikelverkäufer.

„Es macht mir großen Spaß, mit den Kunden zu sprechen, sie zu beraten. Als aktiver Sportler wußte ich schon vor meiner neuen Tätigkeit in Sachen Sportutensilien gut Bescheid", versichert er. Nach einer praktischen und theoretischen Ausbildung in Eßlingen und Kirchheim/Teck wurde Zeeh stellvertretender Filialleiter in Plochingen. Und die weiteren Aussichten sind nicht schlecht: Filialleiter, Bezirksverkaufsleiter (4 bis 5 Filialen unterstehen ihm dann) oder gar Verkaufsleiter für 25 bis 30 Filialen. Das bringt einkommensmäßig mindestens dasselbe, wahrscheinlich jedoch mehr als im Staatsdienst.

Eine Handreichung für Verkäufer

Wie sieht aber der Einsatz eines Lehrers aus, der sich während des Studiums in Göttingen und Heidelberg (Germanistik und Anglistik) auf Poesie und pragmatische Linguistik spezialisiert hat? Rainer Gräber (32), heute Filialleiter von Schuh-Mayer in Spaichingen: „Ich handelte nach dem Motto, wer Arbeit sucht, der findet auch welche." Und in der Welt des Schuhverkaufs findet Gräber sein Studium keineswegs nutzlos: „Im Gegenteil, ich profitiere sowohl von den rhetorischen, pädagogischen als auch psychologischen Kenntnissen in der Menschenführung." Er hält ferner, „meinen Mitarbeitern wertvolle Anregungen bei der Arbeit am Kunden vermitteln zu können". Konkreter Ausdruck dieser Fähigkeiten: Gräber arbeitet zur Zeit an einer „Handreichung für Verkäufer".

Die Einarbeitungszeit erforderte für den poetisch interessierten Pädagogen allerdings eine „hohe Flexibilität": „So machte ich mehrere Filial-Eröffnungen des expandierenden Unternehmens mit und lernte unter der Leitung eines erfahrenen Filialleiters das Verkaufen und die ganze Organisation im Hintergrund kennen." Eine Urlaubsvertretung lehrte ihn, „die Engpässe des akadämlichen Denkens zu überwinden", meinte Gräber ironisch.

Französisch und Geschichte wollte die 28jährige Sabine Plöger unterrichten. Diese Fächer hatte sie in Heidelberg und Würzburg studiert. Heute ist sie im Textileinkauf der Mayerschen Tochterfirma WM-Sport tätig. Auch ihr mache die Arbeit, bei der sie voll gefordert werde, „Spaß". Und Fremdsprachen würden auch dort benötigt. Sie habe jetzt eine „interessante leitende Position im Sportartikel-Einkauf" bekommen.

Heftige Kritik von anderen Lehrern

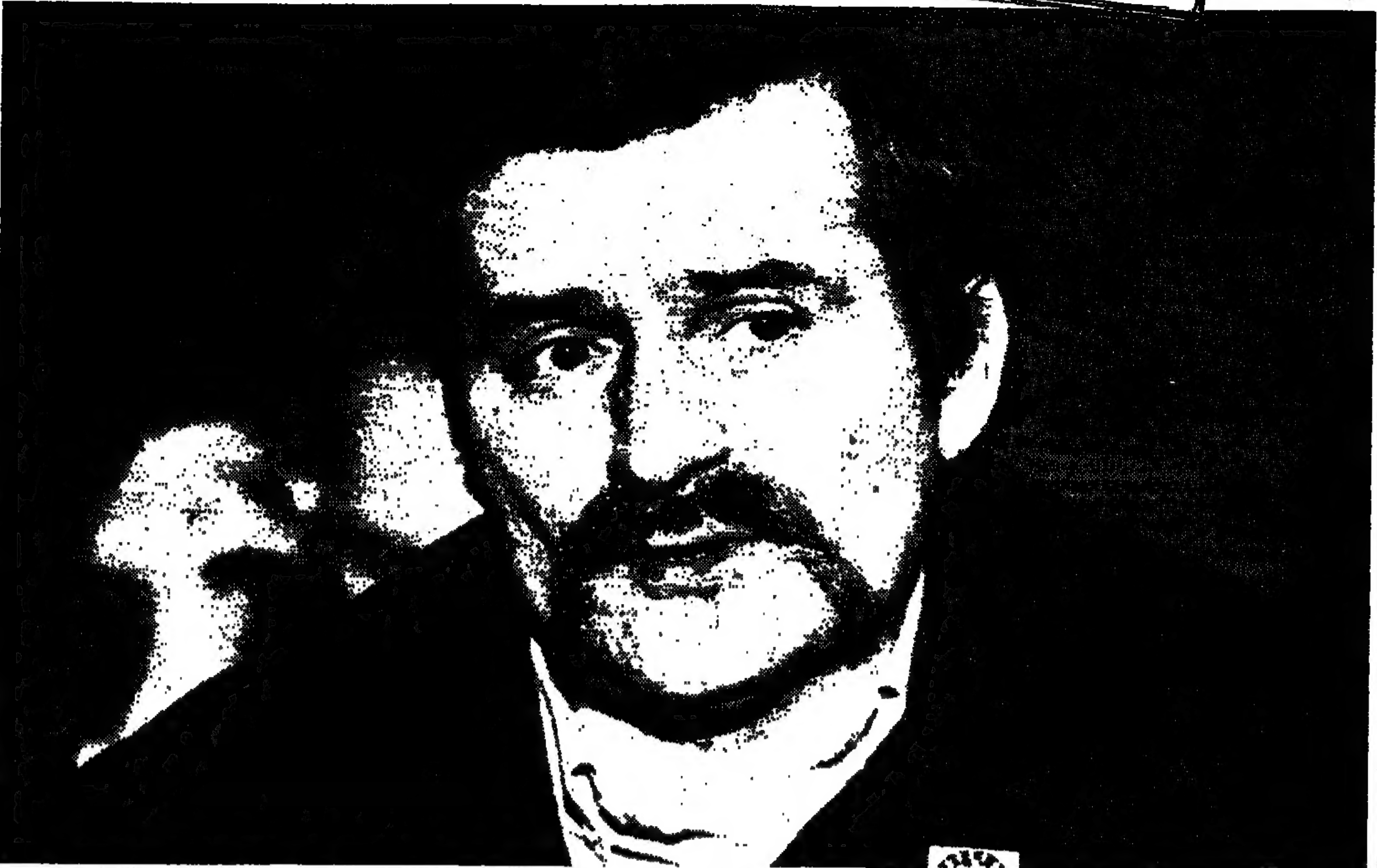
Diesen positiven Erlebnissen und Erfahrungen gegenüber stehen kritische Äußerungen von anderen Lehrern. Ein Sprecher von Lehramtsanwärtern aus Sindelfingen schrieb zu der Beschäftigung der Kollegen im Schuhhandel, Pädagogen liebten es nicht, „marktwirtschaftlich-logisch zu denken". Ihr Handeln sei eher „genau entgegengesetzt, nämlich marktwirtschaftlich-unlogisch".

Der Realschullehrer Hans Sieber erinnerte in einem Leserbrief daran, daß der Beruf „irgendwann einmal etwas mit Berufung zu tun hatte: und diese sei ja wohl „nicht für jeden austauschbar wie abgetragenes Günstig-Schuhwerk". Sieber führte weitere Konsequenzen an, sollte dieses Experiment Schule machen: „Wäre es tatsächlich Flexibilität, ‚Erweiterung von Kenntnissen auf andere Gebiete', würde ein angenommen arbeitsloser Arzt Filialleiter in der Zigarettenbranche, ein arbeitsloser Theologe Verkaufsleiter einer Kosmetikfirma." Fazit des entrüsteten Kollegen: „Auch für Schuhverkäufer gilt: Nicht jeder Schuh paßt! Und manchen gar hindert er am aufrechten Gang!"

Ganz anders sieht dies das betroffene Unternehmen. Prokurist Oskar Kottmann: „Es ist gerade für Einzelhandelsfirmen schwierig, geeignete Führungskräfte zu finden. Deshalb kamen wir auf die Idee, arbeitslose Lehrer einzustellen."

Dabei ging das Unternehmen von folgenden Überlegungen aus: Pädagogen müßten Führungseigenschaften, Schulungsfähigkeiten und Verantwortungsgefühl gegenüber der ihnen anvertrauten Ware (nicht selten in Millionenhöhe) haben. Aufgrund ihrer akademischen Ausbildung, so kalkulierte der clevere Schwabe Mayer weiter, höre wahrscheinlich bei Lehrern der „Horizont nach Erreichen des Status eines Filialleiters nicht auf".

Und Lehrer passen offenbar ins Konzept der „Firmenphilosophie". Die Verkäuferin, so Prokurist Kottmann, die unverdientermaßen heute in der Sozialskala ziemlich weit unten stehe, erfülle mit ihrer Tätigkeit eine wichtige „soziale Funktion". Sie müsse einen „intensiven Kontakt" mit den Kunden haben, vor allem bei „Problemverkäufen", etwa bei Kindern, Frauen oder Personen mit Fußkrankheiten. Deshalb sei es wichtig, im mittleren und höheren Management Pädagogen als Führungskräfte zu beschäftigen.



Lech Walesa, Vorsitzender der Gewerkschaft „Solidarität", ist auch nach seinem Treffen mit dem Papst mehr als eine „Privatperson". FOTO: SVEN SIMON

Walesa – alte und neue Symbolfigur

Lech Walesa ist nach seinem Treffen mit dem Papst wieder in die Schlaglichter geraten. In einem Kommentar der Vatikanzeitung „L'Osservatore Romano" heißt es, Walesa trete offiziell von der Szene ab. Viel spricht gegen diese Interpretation.

Von CARL G. STRÖHM

Hat es zwischen Papst Johannes Paul II. und dem Chef des polnischen Militärregimes, General Jaruzelski, ein Abkommen gegeben – etwa nach dem Muster: Aufhebung des Kriegsrechts auf der einen, dafür Verzicht auf Wiederzulassung der Gewerkschaft „Solidarität" und Rückzug Lech Walesas ins totale Privatleben auf der anderen Seite? Oder handelt es sich beim Kommentar des „L'Osservatore" um ein Vorpreschen gewisser vatikanischer Kreise, die nach der Methode der „Self fulfilling prophecy" handeln, indem sie ein Ereignis ankündigen, das sie sich persönlich wünschen, das aber vom Papst gar nicht oder zumindest nicht in dieser Form vorgesehen war?

Sogar wenn ein solches Übereinkommen zwischen Papst und Militärchef wirklich existieren sollte, könnte es auf erhebliche praktische Schwierigkeiten stoßen. Die Tatsache allein, daß das polnische Regime um das Treffen Walesas mit Johannes Paul II. einen solchen Eiertanz aufführen mußte, um jegliche Beteiligung oder auch nur Zeugenschaft des Volkes an diesem Treffen zu vermeiden, zeigt, daß der Vorsitzende der suspendierten Gewerkschaft „Solidarität" eben doch nicht nur ein Privatmann ist. Bei allen Demonstrationen, auch während des Papst-Besuches, wurde immer wieder sein Name gerufen. Nach Johannes Paul II. ist er heute der bekannteste und beliebteste Pole im eigenen Land wie in der ganzen Welt. Um ihn aus dem Bewußtsein der Menschen ganz verschwinden zu lassen, bedürfte es einer langen Zeit und einer totalen Isolierung von seiner Umwelt.

Nun gibt es in der Geschichte kommunistischer Systeme gewiß Beispiele, wie populäre Politiker und Volkstribunen plötzlich zu „Unpersonen" absanken und in totaler Isolierung zum Schweigen gezwungen wurden. Alexander Dubcek, der 1968 und 1969 in der ganzen Tschechoslowakei umjubelt und gefeiert wurde, wurde zum kleinen Angestellten degradiert und vor einiger Zeit pensioniert. Niemand außer der Geheimpolizei hat sich noch um ihn gekümmert – und niemand wagte es, sich um ihn zu kümmern. Allerdings: Dubcek war, bei all seiner Beliebtheit, niemals Führer einer unabhängigen, eigenständigen Gewerkschaft von 10 Millionen Mitgliedern, sondern eben ein Funktionär aus dem Apparat der Kommunistischen Partei.

Der Bewachungsring wurde perfektioniert

Läßt es sich vorstellen, daß Walesa ein ähnliches bevorsteht? Der populäre Gewerkschaftsführer ist bereits seit seiner „Freilassung" aus der Internierung eigentlich nichts als ein Gefangener. Er kann keinen einzigen Schritt tun, ohne von Geheimpolizisten beschattet zu werden. Um sich mit den Führern der Untergrund-„Solidarität" zu treffen, mußte er verschiedene Tricks anwenden, um den Aufpassern doch noch zu entgehen. Jetzt allerdings scheint man den Bewachungsring um ihn perfektioniert zu haben. Daß gelegentlich ausländische Journalisten zu ihm vorzudringen vermögen, ist zwar auf den ersten Blick paradox, entspricht aber gleichfalls wohl taktischen Überlegungen des Regimes.

Walesa ist geradezu die Symbolfigur eines Arbeiters – kein Intellektueller, kein politischer Taktiker. Dennoch hat er vom ersten Augenblick seines öffentlichen Wirkens an – damals 1980, als er zum Streikführer der Leninwerft in Danzig wurde – einen sicheren Instinkt und eine politische Naturbegabung an den Tag gelegt. Auch als Vorsitzender der „Solidarität" hat er sofort die Spaltungs- und Teilungstaktik der kommunistischen Seite durchschaut, die ja immer wieder versuchte, ihn von seinen Beratern zu trennen und einen Keil zwischen den „Arbeiterführer" und die „Studierten" zu treiben.

Walesa hat sich selber immer wieder als „treuen Sohn der Kirche" bezeichnet. Nach dem 13. Dezember 1981 – dem Tag der Verkündung des Kriegszustandes – gab es allerdings einige Hinweise darauf, daß der Gewerkschaftsführer gewissen – sicher nicht allen und wahrscheinlich nicht den meisten – katholischen Würdenträgern unbequem zu werden begann. Einigen kompromißbereiten katholischen Kreisen stand der Arbeiterführer im Wege, wenn es um einen Kompromiß mit dem Militärregime ging. Manche Andeutungen aus dem Munde Walesas klangen auch ein wenig nach Enttäuschung und konnten so ausgelegt werden, als fühle er sich von der Kirche beziehungsweise einzelnen Mitgliedern der kirchlichen Hierarchie nicht genügend verstanden und unterstützt. Hier allerdings wurde eine gewisse Differenzierung sichtbar, die durch den jüngsten Papst-Besuch zwar überbrückt, aber wohl nicht aus der Welt geschafft werden konnte: Ein deutlicher Meinungsunterschied zwischen Teilen der eher auf einen Kompromiß zusteuernden polnischen Hierarchie (Glemp und der Sekretär der polnischen Bischofskonferenz, Dabrowski) – und andererseits dem aktivistischen, niederen Klerus vor Ort, der den Druck und die Stimmung der Bevölkerung deutlich spürt und widerspiegelt.

Walesa hat sich auch deshalb als ein eher untypischer Gewerkschaftschef erwiesen, weil er in der Zeit, als er legal Vorsitzender dieser großen Organisation war, keine bürokratischen Machtallüren an den Tag legte. Er hat auch damals mehrfach erklärt, er werde zurücktreten, sobald er seine Aufgabe als erledigt betrachte. Allerdings, an einen Rücktritt, wie er ihm jetzt zugemutet werden könnte, hat er wohl nicht gedacht.

Angesichts der beim Papst-Besuch zutage getretenen Kraft der in die Illegalität abgedrängten „Solidarität" birgt ein Verschwinden Walesas von der Bildfläche die nicht ganz ungefährliche Möglichkeit, daß der Einfluß radikaler Strömungen in der Untergrund-Gewerkschaft noch zunimmt. Immerhin galt Walesa bisher stets als „Gemäßigter".

Es läßt sich kaum vorstellen, daß es in der Absicht des Papstes liegen könnte, Walesa, wie es so schön heißt, „fallenzulassen". Johannes Paul II. weiß, daß ein solches Verhalten nach den bewegenden päpstlichen Appellen für Recht und Moral bei den Polen geradezu desintegrierende Auswirkungen hervorrufen könnte. Die durch den Papst-Besuch gestärkte Autorität der Kirche könnte somit einen Rückschlag erleiden.

Ein Problem wie die Quadratur des Kreises

Andererseits will sich das kommunistische Regime unter gar keinen Umständen einen nichtkommunistischen Volkstribun als gleichberechtigten Dialogpartner zumuten. Damit aber sind wir bei der Quadratur des Kreises und bei einem fast unauflöslichen Dilemma der polnischen Situation. Nicht in den großen Perspektiven der Geschichte, die der Papst aufgezeichnet hat – im Detail steckt die Schwierigkeit. Lech Walesa, der Mann, der das Danziger Abkommen unterzeichnete (also das Abkommen, dessen Wiederherstellung Johannes Paul II. gegenüber Jaruzelski gefordert hat), ist, ob er nun als Privatmann bezeichnet wird oder nicht, erneut zur Symbolfigur für Polen geworden: für ein Land, das aus „geopolitischen Gründen" nicht jene Regierungs- und Gesellschaftsform haben darf, wie es eigentlich möchte.

Damit aber sind, ob mit oder ohne Walesa, kommende Konflikte vorgezeichnet. Denn auch das mit einer Erkenntnis aus dem jüngsten Papst-Besuch: Polen zu „normalisieren" – das heißt: es in einen Zustand wie vor dem August 1980 oder vor dem Sommer 1979 (dem Termin der ersten Papst-Reise) zu versetzen, erscheint so gut wie ausgeschlossen. Die polnische Frage wird zum Dauer-Thema des kommenden Jahrzehnts.

WIE WAR DAS?

Als Kennedy sagte: „Ich bin ein Berliner"

Von HERBERT KREMP

Vor zwanzig Jahren besuchte der amerikanische Präsident John F. Kennedy Berlin, die letzte Station eines Deutschland-Besuches. Es war der Höhepunkt der Zustimmung, der größte und herzlichste Empfang, der je einem Amerikaner in Deutschland bereitet wurde. Wie war das? War damals alles rosig?

Keineswegs. Die Mauer, am 13. August 1961 durch die Stadt geschoben, war noch keine zwei Jahre alt. Man sprach nicht übermäßig emphatisch von der „atlantischen Gemeinschaft". Zwischen Bundeskanzler Adenauer und dem jugendlich wirkenden, nicht sehr erfahrenen Präsidenten knisterte Spannung. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, drehte und wendete die bisherige Politik voller Zweifel. Er wirkte steif am Tage des Besuchs: „Brandt hatte keinen guten Tag", schrieb ein Reporter.

Dafür war es seit langem der beste Tag der Berliner. Mehr als eine Million Spree-Athener säumten die Straßen; um das Schöneberger Rathaus drängten sich 400 000. Dann hielt Kennedy seine berühmt gewordene Rede:

„Vor zweitausend Jahren war der stolzeste Satz, den ein Mensch sagen konnte: Ich bin ein Bürger Roms; heute ist der stolzeste Satz, den jemand in der freien Welt sagen kann: Ich bin ein Berliner.

Wenn es in der Welt Menschen geben sollte, die nicht verstehen oder nicht zu verstehen vorgeben, worum es heute in der Auseinandersetzung zwischen der freien Welt und dem Kommunismus geht, dann können wir ihnen nur sagen, sie sollten nach Berlin kommen.

Es gibt Leute, die sagen, dem Kommunismus gehöre die Zukunft: Sie sollen nach Berlin kommen.

Und es gibt wieder andere in Europa und in anderen Teilen der Welt, die behaupten, man könne mit dem Kommunismus zusammenarbeiten. Auch sie sollen nach Berlin kommen ...

Alle freien Menschen, wo immer sie leben mögen, sind Bürger dieser Stadt Berlin, und deshalb bin ich als freier Mann stolz darauf, sagen zu können: Ich bin ein Berliner."

Der Jubel kannte keine Grenzen mehr. Wer die heute schon vergilbenden Photographien anschaut und die Berichte der Chronisten nachliest, wird sich der tiefen Veränderungen bewußt, die sich in der Zwischenzeit vollzogen haben. Als Präsident Reagan im vergangenen Jahr die deutsche Hauptstadt besuchte, präsentierte er sich einer geladenen Auswahl von Berlinern im Garten des Charlottenburger Schlosses. Zur gleichen Zeit lieferte die Gewaltszene am Nollendorfplatz eine wilde Schlacht. Als vor dem Präsidenten der damalige Außenminister Haig in Berlin weilte, kam es auf dem Zufahrtweg zum Schöneberger Rathaus zu gefährlichen Tumulten.

Sind die Gemeinsamkeiten von damals, sind die Hoffnungen geschwunden? Der Vergleich der Szenen-Photos vermittelt nicht die ganze Wahrheit. Berlin ist nüchterner geworden, Berlin hat einen Vertrag. Aber wie damals hängt seine ganze Zukunft an der Entschlossenheit des Westens, sich mit dieser Stadt und ihren Bürgern zu identifizieren.

Kohl legt vor EG-Parlament Rechenschaft ab

AP/dpa, Bonn/Hamburg

Zum Abschluß der halbjährigen Präsidentschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Gemeinschaft wird Bundeskanzler Helmut Kohl am 30. Juni in einer Sondersitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg seinen Rechenschaftsbericht abgeben. Unterdessen hat der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Wilhelm Haferkamp, vor einer Zahlungsunfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft gewarnt. Die EG werde 1984 zahlungsunfähig, wenn der Ministerrat bei seiner Tagung am 6. Dezember in Athen abermals keine Entscheidung treffe.

Kohl: Krawalle hätten verhindert werden können

● Fortsetzung von Seite 1

die häßlichen Gesichter gesehen, die zersplitterten Scheiben. Aber die sind nicht von Dauer. Sie bedeuten nicht viel in der Geschichte. Für uns zählt die Freundschaft, an die wir heute erinnern. Eine Handvoll verwegener, bezahlter Söldner da draußen – wer immer sie sind – kann einen so schönen Tag und die sehr guten Beziehungen zwischen unseren Ländern nicht trüben."

Kohl wies in der ZDF-Sendung darauf hin, daß „die Demonstranten zum Teil von weit her, zum Teil aus den benachbarten Niederlanden, gekommen sind, wie wir wissen. Ein Großteil ist gekommen, um für seine Vorstellungen von Frieden zu demonstrieren. Eine militante Minderheit ist gekommen, um Krach zu machen, um das Bild der Bundesrepublik zu schädigen, um unseren amerikanischen Freunden einen Eindruck zu vermitteln, der mit der Wirklichkeit des Landes überhaupt nichts zu tun hat."

In den Vereinigten Staaten sagte Präsident Reagan in einer Rundfunkrede, von vier Amerikanern bezeichne sich heute zumindest einer als deutschstämmig. Reagan erinnerte die Deutschen an ihre Verantwortung, in lebenswichtigen Fragen „hinter vereinfachenden Parolen die Wahrheit zu sehen". An die Adresse der Gewalttäter in Krefeld richtete er die Worte: „Die jungen Leute in der Bundesrepublik und in den USA sollten keinen Zweifel an unserer Entschlossenheit haben, den Frieden zu erhalten. Wir teilen mit ihnen den Traum, daß eines Tages die Zeit kommt, in der es nirgendwo auf der Erde mehr Atomwaffen geben wird."

In der ZDF-Sendung „Perspektiven" erinnerte Bundeskanzler Kohl mit Blick auf die Krefelder Demonstrationen daran, daß „das alte Parlament noch auf Vorschlag der Vorgängerregierung von Herrn Schmidt beschlossen hat, ja zu sagen zum NATO-Doppelbeschluß.

Dies gilt selbstverständlich auch heute. Wir verhandeln ja in Genf mit dem Ziel, Frieden zu schaffen mit weniger Waffen. Aber da gehören zwei Seiten dazu. Wenn die Sowjetunion hier nichts tut, werden wir auch zum anderen Teil des NATO-Doppelbeschlusses stehen, also wir werden stationieren. Und wir werden uns ganz gewiß nicht dann diktieren lassen von Demonstrationen, was zu tun ist."

Vizepräsident Bush meinte, gegen die Zweifel am amerikanischen Verhandlungswillen jener „Handvoll Leute da draußen, die Steine und Eier werfen", könne man kaum etwas tun.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Pannen beim Besuch des US-Vizepräsidenten / Bush appelliert an die Deutschen:

„Auch im Wohlstand wachsam bleiben"

NORBERT KOCH, Krefeld

Bundeskanzler Kohl bedankte sich bei dem amerikanischen Gast für die „herzliche, warme Art", mit der er den Einfluß der deutschen Einwanderer und Nachkommen auf die Entwicklung der USA gewürdigt hatte. „Es war das Band der Freundschaft, das wir spürten", rief der Kanzler Vizepräsident Bush unter Beifall zu.

Bei dem Festakt im Seidenweberhaus zur Erinnerung an die ersten deutschen Auswanderer nach Amerika vor 300 Jahren wies Bush darauf hin, daß heute 60 Millionen Amerikaner, mehr als jeder vierte, Nachkommen deutscher Einwanderer sind: „Sie bewohnen ein Land, das zu einem großen Teil durch die Arbeit deutscher Hände blühend und frei gemacht wurde." Dann zog er den Bogen zur aktuellen Politik: „Die Geschichte unserer Länder ist also zutiefst miteinander verbunden. Unsere Werte – Frieden, Freiheit und Menschenwürde – sind die gleichen."

Mit Nachdruck sprach sich Bush für den Erhalt der Verteidigungskraft des Westens aus. Beschwörend sagte er: „In Zeiten des Friedens und des materiellen Wohlstandes wie den heutigen vergißt man nur zu leicht, daß die Freiheiten, derer wir uns erfreuen, von unserer Wachsamkeit abhängen. Laßt uns die notwendigen Opfer bringen, um unsere Verteidigung zu erhalten." Die Sowjetunion sei nach wie vor die Hauptbedrohung der Demokratien. Um eine feste Verteidigung gegen diese sowjetische Herausforderung zu errichten, sei das NATO-Bündnis geschlossen worden.

Bundespräsident Carstens würdigte die USA als einen lebenswichtigen Partner für die Bundesrepublik. Auch wenn Deutsche und Amerikaner in manchen Einzelfragen verschiedener Meinung seien, in der entscheidenden Frage stimmten sie überein: in dem Engagement für die Freiheit. Die große Mehrheit der Deutschen bejahe das Nordatlantische Bündnis, weil es der Erhaltung des Friedens in Freiheit diene. „Sie weiß, daß ohne die Allianz mit den USA Westeuropa und West-Berlin nicht zu verteidigen wären." Unter Beifall rief Carstens dem Vizepräsidenten zu: „Wir vergessen es den Millionen von Amerikanern nicht, die aus ethischer und religiöser Überzeugung dem zerstörten und geteilten Deutschland geholfen haben. Besonders den jüdischen Emigranten sei heute, wo wir uns der deutschen Auswanderer erinnern, hierfür Dank ausgesprochen."

Besonders imponierte dem Bundespräsidenten, wie er sagte, daß die USA immer das Wagnis der Freiheit auf sich genommen hätten. Im entscheidenden Punkt hätten die Vereinigten Staaten „immer Courage gezeigt". „Sie haben das Wagnis der Freiheit auf sich genommen. Sie sind niemals der Versuchung erlegen, in ihrem Lande die Freiheit des Menschen einer vermeintlichen Staatsraison zu opfern."

In Anwesenheit von Vertretern der US-Streitkräfte dankte Bundeskanzler Kohl für das amerikanische Engagement in Deutschland und Europa, das keine Selbstverständlichkeit sei. Das Bündnis freier demokratischer Staaten werde eine Garantie dafür sein, „daß wir auch in Zukunft nicht erpreßbar werden". Die Verhandlungen über Mittelstreckenraketen in Genf machten deutlich, wie wichtig der innere Zusammenhalt des Bündnisses sei. Wörtlich sagte der Kanzler: „Nur wenn die Partner des Bündnisses geschlossen und solidarisch zu beiden Teilen des Doppelbeschlusses stehen, wird es in Genf zu einer erfolgreichen Lösung kommen."

Grundlage aller Bemühungen, mit dem Osten ins Gespräch zu kommen und eine Politik der Entspannung zu gestalten, sei die feste Verankerung im Atlantischen Bündnis. Direkt an Bush gewandt sagte der Kanzler: „Herr Vizepräsident, wir sind keine Wanderer zwischen den Welten. Das werden Sie merken, wenn ich in einigen Wochen in Moskau bin."

Der Kanzler bedauerte, daß die junge Generation, die sich jetzt anschicke, die Verantwortung zu übernehmen, die Anfänge der deutsch-amerikanischen Freundschaft nach dem 2. Weltkrieg nicht mehr miterlebt hat. Für sie hätten Marshall-Hilfe, Care-Pakete und Schulspeisung keinen sinnlichen Bezug mehr. Deshalb sei es dringend erforderlich, den Jugendaustausch zu verstärken. Er kündigte an, daß künftig Mittel bereitstehen würden, damit statt bisher 6000 Schüler in Zukunft 10 000 jährlich die Chance bekommen, in den USA Erfahrungen zu sammeln, die durch Unterricht und Medien nicht vermittelt werden könnten.

Anstelle von Ministerpräsident Rau, der wenige Kilometer weiter in Duisburg auf dem SPD-Landesparteitag präsent sein mußte, richtete Finanzminister Posser Grußworte im Namen der nordrhein-westfälischen Landesregierung an Vizepräsident Bush. (Seine Rede mußte er zum großen Teil mit der Taschenlampe ablesen, da es einen Kurzschluß gegeben hatte.) Er appellierte an Bush, in dem Widerstand gegen die Aufstellung amerikanischer Raketen keine antiamerikanische Haltung zu sehen.

„Wir sind alle für den Frieden"

STEFAN HEYDECK, Krefeld

Die Zwischenfälle waren nur ein Teil des Bildes. Denn seit Freitag herrscht in Krefeld vorrangig eine Volksfest- und fast schon Karnevalsstimmung. Aus Anlaß der Auswanderung von 13 Familien der Stadt vor 300 Jahren in die Neue Welt findet bis heute in der gesamten City ein Bürgerfest, die Philadelphiade, statt. Allein am Samstag während des Besuchs von US-Vizepräsident George Bush war die Innenstadt nach Schätzungen mit bis zu 150 000 Menschen überfüllt. Sie wollten mit ihrer Teilnahme ein klares Bekenntnis zur deutsch-amerikanischen Freundschaft abgeben. In Gesprächen an Bierständen und Buden auf den für die Dauer der Philadelphiade gesperrten Straßen zeigten sich Krefelder immer wieder empört und verärgert über die gewalttätigen Demonstranten.

Schon im Vorfeld, nach dem Bekanntwerden der gegen Bonn und Washington gerichteten Demonstration der Friedensbewegung, hatten es die Organisatoren abgelehnt, zusätzlich zu einer Pro-Amerika-Kundgebung aufzurufen. Denn, so meinte ein Teilnehmer vor dem aus Sicherheitsgründen abgeriegelten Seidenweberhaus: „Wir sind alle für den Frieden. Warum muß da demonstriert werden?"

Deshalb wurde auch ein Unterhaltungs- und Kulturprogramm auf die Beine gestellt, mit dem den Krefeldern Amerika ein Stück näher gebracht werden sollte. So gab es eine Mini-Steuben-Parade mit Majoretten, Tanz- und Folkloregruppen. Mitten in der Stadt hatte der Sioux-Montana-Club aus Rheinhausen einen Wigwam aufgeschlagen und begeisterte mit Square-Dance-Aufführungen. Außerdem wurde mit Blick auf das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten" mit Superlativen aufgewartet: So wurde zum Beispiel eine Passage über gut 400 Meter mit der längsten Fahne der Welt dekoriert, zwölf Mann radelten in einem Umzug auf einem Fahrrad mit, und 70 Kutschen, deren Insassen historische Kostüme trugen, beteiligten sich an einem Korso. Daneben fehlten natürlich Cowboys, Indianer, Mickey Mouse und Figuren aus der Muppet-Show genausowenig wie ein Rodeo oder Jogging-Veranstaltungen.

In einem Nonstop-Programm unterhielten am Tag des Bush-Besuches auf dem Theaterplatz neben dem Seidenweberhaus Volkstanzgruppen und amerikanische Kapellen.

Innenminister Schnoor muß sich nach Krawallen Vorwürfe gefallen lassen

WERNER KAHL, Krefeld

In einer Mischung aus Verachtung, Entrüstung und Mitleid sahen Einwohner der Seidenweberstadt auf die in Schwarz gehüllten Sturmtrupps der linksradikalen Szene. In uniformer Verwahrlosung aus mehreren Gegenden der Bundesrepublik angereist, waren sie am Vormittag vom Hauptbahnhof aus zu Krawallaktionen ausgeschwärmt. Ihre schwarzen Fahnentücher mit dem roten Stern schwingend – als wären sie Vorboten eines sozialistischen Deutschland – boten die „Anti-Impis" ein Bild, das die Vorstellung der bereits durch Fernsehen und Printmedien gehärteten Bürger live doch bei weitem übertraf.

Autonome Gruppen der linksradikalen Szene und Anti-Imperialisten, unter denen auch die meisten Anhänger aus dem terroristischen Umfeld zu finden sind, hatten sich um 10 Uhr am Krefelder Bahnhof eingefunden. Andere Gruppen und Initiativen kündigten „phantasievolle Aktionen" im Rahmen des Volksfestes an. Die „Initiative Krefelder Appell", von der DKP beeinflußt und unterstützt, lud als eigentlicher Regisseur der Gegendemonstration während des Besuches von US-Vizepräsident George Bush zu einem Fest von 20 000 Personen ein. Denn Großdemonstrationen lassen sich in der Bundesrepublik anscheinend nur noch als Volksfeste mit Rock und alternativem Jahrmarktzauber arrangieren.

Skandal nach dem Festakt

„Bush kommt nach Krefeld. Wir auch" lautete die Propagandaparole in der linken Medienlandschaft. Der nordrhein-westfälische Innenminister Schnoor (SPD) gab sich unterdessen gelassen; die Polizeiführung hatte starke Einheiten aufgeboten, um zu verhindern, daß die Taktik angereister Berufsdemonstranten, an Stellen, an denen Überfälle nicht vermutet wurden, anzugreifen, vereitelt werden konnte. Die Polizei sollte nach Meinung Schnoors „auch und gerade dann, wenn Emotionen hochgehen, besonnen und differenzierend einschreiten". Aber das Konzept des Innenministers, vor jungen Polizeibeamten in Brühl verkündet, entsprach nicht der Lage. Die Bilanz, die Polizeipräsident Ulrich Nordbeck schließlich zog: 134 Festnahmen, 32 verletzte Polizisten, etwa 100 Verletzte der Gegenseite, sichergestellte Molotow-Cocktails, Steine, Hämmer, Eisenstangen, Krampen und „Krähenfüße".

Vizepräsident Bush, Bundespräsident Karl Carstens und Bundeskanzler Helmut Kohl hatten kaum im Seidenweberhaus Platz genommen, als die ersten Straßenschlachten mit unkontrolliert in die Stadt gelangten militanten Gruppen ausbrachen. Nach dem Festakt kam es zum Skandal. Schon die Ausfahrt aus der Tiefgarage hatten Extremisten blockiert. Als die Wagenkolonne des Vizepräsidenten endlich Fahrt zum Hotel Krefelder Hof nahm, flogen nicht nur Farbbeutel, auch scharfkantige Steine trafen die gepanzerte Limousine von George Bush. Mit Eisenstangen droschen Chaoten auf einen Begleitwagen des Auswärtigen Amtes ein, bei einem Fahrzeug des Kanzleramtes wurde die Seitentür eingedrückt.

„Die Chaoten sind vor den Wagen gesprungen", berichtete Bush später, „und riskierten ihr Leben." Im Slalom wich die Kolonne den Angreifern aus. Während der Fahrt vom Seidenweberhaus zum Bankettsaal geriet ein Reisebus in den Konvoi und schuf Verwirrung. Dreißig Minuten mußte schließlich der Vizepräsident mit dem Kanzler auf die anderen Gäste warten, die von dem Verwirrspiel auf der Straße aufgehalten worden waren. Zu den Planungspannen gehörte es auch, daß dem Wagen des hohen Gastes eine auffällige Eskorte voranfuhr. So wurden die an den Straßenrändern lauernden Radikalen vorzeitig aufmerksam.

Von den in Krefeld erstmals aufgetretenen reisenden Gewalttätern durfte das nordrhein-westfälische Innenministerium, wie gestern in Sicherheitsbehörden diskutiert wurde, eigentlich nicht überrascht worden sein. Daß Gewalt beim Besuch des US-Vizepräsidenten angewendet werden sollte, war in der anarcho-terroristischen Szene kein Geheimnis. Auch der Verfassungsschutz kannte die offenen und konspirativen Signale aus der Szene. Im Düsseldorfer Innenministerium hatte man aus der gescheiterten Konzeption des Ministers für die Auseinandersetzungen um den Schnellen Brüter in Kalkar jedoch offensichtlich keine Lehren gezogen. Insbesondere wurde vermieden, die als Unruhestifter erwarteten etwa 100 Aktivisten aus der Szene zu identifizieren.

Im nordrhein-westfälischen Landtag hatte Schnoor bereits im Vorjahr auf eine Anfrage der CDU-Opposition erklärt, einen Meldedienst gewalttätiger Störer werde es in Nordrhein-Westfalen nicht geben. „Wir haben Wert darauf gelegt", so Schnoor am 6. Oktober vergangenen Jahres, „daß er nicht eingeführt wird."

Zwar wurde über Lautsprecher der „Friedensbewegung" am Nachmittag verkündet, für Krawallmacher werde auf dem Demonstrantenfest nicht musiziert. Doch sah sich der Ansager postwendend durch den nächsten Redner, General a. D. Gert Bastian, zurückgepfiffen. Der Bundestagsabgeordnete der Grünen zeigte auf die Polizei als möglichen Provokateur. Der General im Ruhestand kann mildernde Umstände für sich in Anspruch nehmen, mußte er doch auf dem Sprödentalplatz erneut Anzeichen eines schwindenden Zulaufes registrieren. Eine Erfahrung, die er schon beim Auftritt auf der Parallelkundgebung zum 20. Deutschen Kirchentag in Hannover am Maschsee gemacht hatte.

Brandts Entschuldigung

DKP-Funktionäre sprachen in einer Wertung von „erschreckendem Ausbleiben" erwarteter Demonstranten aus Essen, Dortmund und anderen Großstädten. Auf dem Sammelplatz für das Ruhrgebiet und die nördlichen Bundesländer – Kennfarbe rot – hatten sich nur knapp zweieinhalbtausend Personen, durch Jusos und aus der FDP ausgetretene Jungdemokraten verstärkt, formiert.

Mit Gespür für Stimmungen in der Bevölkerung hat der SPD-Vorsitzende Willy Brandt mit der Entschuldigung bei Vizepräsident Bush für die Übergriffe offenkundig auch die innenpolitische Situation in Rechnung gestellt. Als Stimmungsmultiplikator könnte Krefeld fatale Folgen für die im bevölkerungsreichsten Land der Bundesrepublik regierenden Sozialdemokraten haben. Denn die Sicherheitsbehörden erwarten, daß neben der „Guerrilla diffusa" im Herbst als Nachrüstungsgegner auch die Terroristen der „Revolutionären Zellen" (RZ) versuchen werden, Unruhe zu stiften.

Gemeinsame Werte als Fundament

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

Wenn Deutsche und Amerikaner sich Gedanken über ihre Beziehungen machen, fragen die Amerikaner zunehmend: Kann man sich auf die Deutschen noch verlassen? Dies um so mehr, seit in der Auseinandersetzung um die Aufstellung amerikanischer Pershing-II-Raketen in der Bundesrepublik auch in den Reihen der deutschen Sozialdemokraten antiamerikanische Ressentiments nicht mehr zu überhören sind.

Daß die Konrad-Adenauer-Stiftung das deutsch-amerikanische Verhältnis einmal unter dem Aspekt der Entwicklung einer historischen Beziehung zum Thema eines Symposiums in Berlin gewählt hatte, ist deshalb verdienstvoll.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika seien immer dann besonders eng gewesen, wenn in Deutschland eine demokratische Staatsform herrschte oder angestrebt wurde, lautete der Tenor der Tagung. Das finanzielle Engagement zur Stabilisierung der Weimarer Republik wurde in diesem Zusammenhang erwähnt. Für den Durchbruch eines positiven Amerikabildes sei schließlich die Berliner Luftbrücke von entscheidender Bedeutung gewesen.

Es gebe jedoch zunehmend auch negative Akzente, vermerkte der amerikanische Wissenschaftler Gerhard Weinberg. Eine ununterbrochene Friedensperiode von 38 Jahren habe bei Teilen der jungen Generation das Bewußtsein für die fundamentale Bedeutung Amerikas bei der Sicherung von Freiheit, Frieden und Demokratie in der Bundesrepublik und in ganz Westeuropa verblassen lassen.

Nach Auffassung eines amerikanischen Teilnehmers werden die deutsch-amerikanischen Beziehungen gegenwärtig und in Zukunft durch Fragen der nationalen Ziele und der eigenen Identität problematisiert. Von deutscher Seite wurde dabei darauf hingewiesen, daß den meisten jungen Amerikanern das Problem der ungelösten deutschen Frage gar nicht geläufig sei. Auf der anderen Seite wurde hervorgehoben, daß in der Bundesrepublik zu wenig zum Verständnis für die weltweiten Verpflichtungen der westlichen Führungsmacht getan worden sei. Es sei deshalb zu fragen, meinte ein Amerikaner, ob nicht im Interesse der deutsch-amerikanischen Freundschaft eine dauernde Überprüfung der eigenen Identität auf beiden Seiten notwendig sei.

Amerikaner und Deutsche gründen Universität

AP, Krefeld

Die Gründung einer „Wernher-von-Braun-Universität" in den USA plant ein deutsch-amerikanisches Aktionskomitee (Ganpac) im Rahmen des Jubiläums „300 Jahre Deutsche in den USA". Wie im Zusammenhang mit dem Krefeld-Besuch von US-Vizepräsident Bush bekannt wurde, hat Ganpac-Präsident Hans Schmidt in Santa Monica in Kalifornien die Vorbereitung übernommen.

Professoren und Studenten sowie Universitäten, Unternehmen und Organisationen der Bundesrepublik sollten Anregungen geben und Möglichkeiten einer Kooperation mitteilen, erklärte ein Ganpac-Sprecher.

Unterstützung soll auch aus dem Kreis der mehr als 50 Millionen Amerikaner deutscher Herkunft kommen. Neben wissenschaftlichen Fächern werde auch dem Bereich Kunst und Kultur in dieser Universität Bedeutung zukommen, deren Aufbau noch im Jubiläumsjahr beginnt.

Die Waschtschenkos dürfen ausreisen

dpa, Moskau

Die Familie von Pjotr Waschtschenko (55), der mit seiner Frau Augustina (55) und drei Kindern fast fünf Jahre lang im Kellergeschoß der US-Botschaft in Moskau lebte und damit die Ausreise erzwingen wollte, darf jetzt die Sowjetunion verlassen. Dies meldete gestern die amtliche Nachrichtenagentur Tass. Die Familie mit 13 Kindern sei von einer bereits nach Israel ausgereisten Tochter eingeladen worden.

Mitte April hatten die Waschtschenkos, die der Bewegung der Pfingstler in der UdSSR angehören, ihren Widerstand aufgegeben und die Botschaft verlassen. Sie kehrten in ihre Heimatstadt Tschernogorsk zurück, nachdem ihre Tochter Lydia die Genehmigung zur Ausreise nach Israel erhalten hatte.

Sie hatte die Botschaft schon 14 Monate zuvor verlassen, nachdem sie wegen eines Hungerstreiks im Krankenhaus behandelt werden mußte. Ob die beiden anderen Pfingstler, die 1978 in der US-Botschaft Schutz suchten, auch ausreisen dürfen, ist bisher nicht bekannt.

Rappe warnt SPD vor Unterwanderung

dpa, Hamburg

Der IG-Chemie-Vorsitzende und SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Rappe hat sich ebenso wie die DGB-Führung gegen die Vorschläge des SPD-Vorstandsmitglieds Oskar Lafontaine gewandt, die Gewerkschaften sollten zum Generalstreik gegen die Nachrüstung aufrufen. In einem Interview mit dem „Spiegel" sagte Rappe: „Die Gewerkschaften greifen zum Mittel des Generalstreiks, wenn andere die verfassungsmäßige Ordnung außer Kraft setzen. Dies ist nicht der Fall, auch wenn nachgerüstet wird." Über das Verhältnis der SPD zur „Friedensbewegung" sagte Rappe, er wolle nicht, „daß die Parteibüros der SPD von der Friedensbewegung unterwandert und durchsetzt werden". Die „Friedensbewegung" sei der enger gefaßte Teil derer, die bestimmte Aktionen machen wollten. Rappe warnte vor einer Vermischung, da er glaube, „daß der DGB und die SPD auf Grund ihrer Tradition und Handlung auch als Organisationen Friedensbewegung sind". Nur mit einer Politik der Mitte könne es wieder eine mehrheitsfähige SPD geben. Die SPD müsse der CDU Stimmen abnehmen. „In der Mitte ist nach meiner Ansicht mehr zu holen, als links verlorengehen kann."

SPD hofft auf Kompromiß in Raketenfrage

dpa, Bonn

„Waldspaziergänge sind gesund." Das beinahe schon geflügelte Wort aus der SPD-Führung steht für das Hoffen auf einen Kompromiß in der Raketenfrage, wie ihn die spazierengehenden Chef-Unterhändler der USA und der Sowjetunion in Genf voriges Jahr unter vier Augen erörterten und dann wieder fallen lassen mußten.

Diese Formel für eine erhebliche Begrenzung der nuklearen Mittelstreckenrüstung unter Verzicht auf die amerikanische Pershing-2-Rakete und damit zumindest einen Aufschub der Raketenstationierung in der Bundesrepublik bringen die Sozialdemokraten dieser Tage aufs neue in ihre Gespräche mit amerikanischen Regierungsvertretern über einen Ausweg aus der Genfer Sackgasse ein.

Die SPD-Oberen haben dabei noch nicht alle Hoffnung aufgegeben. Trotz des klaren Nein-Trends in der Partei halten sie die Entscheidung offen. Jüngste Kontakte mit Chef-Unterhändler Nitze und anderen amerikanischen Experten in Bonn scheinen die Parteispitze eher darin zu bestärken, ein Ja zu einer begrenzten Raketenaufstellung im Kalkül zu behalten.

Auf einer Tagung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, wo Regierungsvertreter aus Washington führenden SPD-Politikern in bisweilen höchst angespannter Atmosphäre harte Vorwürfe wegen dieser Skepsis machten, versuchte Verhandlungsführer Nitze, amerikanische Beweglichkeit und Einigungswillen nachzuweisen. Die Sozialdemokraten hörten die Botschaft wohl. Manche schlossen daraus, daß Kompromißmöglichkeiten noch nicht verschüttet sind.

Ein entscheidendes Hindernis aber bleibt die amerikanische Weigerung, sowjetischen Forderungen entsprechend die britischen und französischen Mittelstreckensysteme in eine Lösung einzubeziehen. Eine Berücksichtigung dieser Waffen befürwortet die SPD.

Enttäuschend muß auf manchen SPD-Politiker auch die eindeutige Absage Nitzes an eine Wiederauflage der Formel vom „Waldspaziergang" wirken. In SPD-Augen ist dieser Vorschlag vor allem deshalb so interessant, weil sich dadurch die Stationierung von 108 Pershing 2 vermeiden ließe, die in der Sowjetunion wegen ihrer extrem kurzen Flugzeit als Erstschlagwaffe gefürchtet werden. Daher will die SPD von diesem Modell nicht ablassen, zumal es auch Ex-Kanzler Schmidt stark favorisiert.

Asean über Kambodschas Vietnamisierung besorgt

Truppen-Rückzug gefordert / Kritik an Industriestaaten

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Kambodscha, internationale Wirtschaftsfragen und die Zusammenarbeit innerhalb der südostasiatischen Staatengemeinschaft Asean waren die Hauptthemen der 16. Jahreskonferenz der Asean-Außenminister, die am 24. und 25. in Bangkok tagten. Ihre gemeinsame Position ist die Basis für den heute beginnenden Dialog mit den Außenministern aus den USA, Kanada, Australien, Neuseeland und Japan. Die Europäer vertritt der jeweilige EG-Ratspräsident, gegenwärtig Hans-Dietrich Genscher.

In der Kambodscha-Frage stehen die Asean-Minister unbeirrbar zum Prinzip der Nichtaggression. Erneut fordern sie Hanoi auf, „am Prozeß zu einer umfassenden Lösung mitzuwirken", die auf den vollständigen Abzug aller vietnamesischen Truppen und die Herstellung eines unabhängigen Kambodscha zielt.

Als „bloße Rotation" bezeichneten die Minister den von Hanoi verkündeten „Teilrückzug" von 6000 Soldaten im vorigen März. Dagegen stellten sie sich hinter den Vorschlag des thailändischen Außenministers Siddhi Sawetsila, Hanoi solle seine Truppen 30 Kilometer von der kambodschanischen Grenze zu Thailand zurückziehen. Aber auch ein solcher Rückzug sei für Asean nur dann von politischem Gewicht, wenn er als Teil einer gesamten Rückzugsstrategie zu verstehen ist.

Taktik durchschaut

Der UNO-Sondergesandte Rafeuddin war vor Beginn der Asean-Konferenz zur Sondierung der vietnamesischen Position nach Hanoi geflogen. Er kam mit der Feststellung zurück, daß Hanoi nicht verhandeln will und die Kambodschafrage auf das Abstellgleis einer „Angelegenheit zwischen Vietnam und China" schob. Dazu hat Hanoi die „chinesische Bedrohung" in drei Punkten konkretisiert: Spannungen an der sino-vietnamesischen Grenze, Chinas Ausbildungshilfe für Rebellen in Laos und Vietnam, Chinas Unterstützung für die Roten Khmer. Solange die chinesische Gefahr an diesen drei Fronten anhalte, gäbe es für Hanoi kein Zurück in Kambodscha.

In den viereinhalb Jahren seit Hanois Invasion in Kambodscha haben die Politiker der Asean Taktik und Intentionen der Vietnamstrategen durchschaut. Man werde sehen, wer den längeren Atem hat, Hanoi oder Asean, heißt es. In diesem Sinn wollen sie den politischen und wirtschaftlichen Druck des Westens auf Hanoi aufrechterhalten und verstärken. Sie erkennen in der vor einem Jahr gegründeten Koalitionsregierung der drei Widerstandsgruppen eine zunehmend wachsende Kraft. Als Ausdruck ihrer Unterstützung für die Koalitionsregierung fuhren alle fünf Asean-Außenminister zu einer einstündigen Begegnung mit Prinz Sihanouk zum Bangkoker Flughafen, der Prinz hatte hier eine Zwischenlandung auf seinem Flug von Paris nach Jakarta.

Differenzen verschärft

Zum ersten Mal auch haben die Asean-Außenminister in ihrem gemeinsamen Schlußkommuniqué auf die „demographischen Veränderungen" hingewiesen, die in mehreren kambodschanischen Provinzen stattgefunden haben. Außenminister Siddhi erläuterte dazu, Vietnam betriebe offenbar eine Kolonialisierungspolitik, unter der an die 400 000 Vietnamesen in Kambodscha angesiedelt wurden.

Die Zukunft der Asean hängt nach den Worten des philippinischen Außenministers Carlos Romulo in entscheidendem Maß von ihrer wirtschaftlichen Kooperation untereinander ab. Solche Kooperation sei um so wichtiger, als sich die Hoffnungen auf eine Reform der Weltwirtschaftsordnung als illusorisch erwiesen hätten. Wörtlich sagte Romulo: „Unsere großen Hoffnungen, Cancun würde den Nord-Süd-Dialog vorwärts bringen, sind zerschlagen. Das Treffen der Industrieländer von Williamsburg brachte keine Erleichterung der drückenden Probleme der Entwicklungsländer." Die Gelegenheit, auf dem derzeitigen Unctad-Treffen in Belgrad den Nord-Süd-Dialog neu zu beleben, sei in Gefahr, verpaßt zu werden.

„Es ist offensichtlich, daß die Positionen der entwickelten und der sich noch entwickelnden Länder weit voneinander entfernt sind", erklärte der indonesische Außenminister Mochtar Kusumaatmadja. Sein malaysischer Kollege Ghazali Shafie ergänzte, die Industrieländer wollten nur ihre nationalen Interessen verteidigen. Die Differenzen zwischen Nord und Süd seien seit dem letzten Jahr tatsächlich schärfer geworden.

Juden aus Nicaragua vertrieben

LAHAV/KUO, Jerusalem/Tegucigalpa

Die sandinistische Regierung Nicaraguas hat die kleine, etwa 50 Personen zählende jüdische Gemeinde seit ihrer Machtübernahme im Jahre 1979 enteignet und damit zur Emigration gezwungen. Max Fisher, der Vorsitzende der „Jewish Agency" aus Detroit, der gegenwärtig an einer Konferenz in Jerusalem teilnimmt, sagte: „Es stimmt, daß auch andere Menschen dort leiden, aber die Hauptopfer sind die Juden, denn die PLO hat sich auf die Seite der Sandinisten gestellt." Die Anti-Diskriminierungsliga der jüdischen Organisation B'nai Brith hat festgestellt, daß die PLO den Sandinisten Waffen und Geld liefert und sogar Kämpfer zur Verfügung stellt.

Die Vertreibung der Juden erfolgte nicht schlagartig, sondern im Laufe der letzten drei Jahre: Die Sandinisten erließen keine Ausweisungsbefehle, sondern beschlagnahmten den Besitz der Juden und setzten sie so lange unter Druck, bis sie das Land verließen. Die meisten gingen in die USA. Der frühere Präsident der jüdischen Gemeinde, Abraham Gorn, 70, wurde unmittelbar nach der Machtübernahme der Sandinisten verhaftet und gezwungen, Straßen zu kehren. Nach seiner Entlassung konfiszierte die Regierung seine Fabrik, sein Bankkonto und sein Haus. Juden arabischer Abstammung geschah kein Leid.

Beschlagnahmt wurde auch die einzige Synagoge in der Hauptstadt Managua; sie wurde in einen „Kinderklub" umgewandelt. Der europäische Direktor von B'nai Brith, Ernst-Ludwig Ehrlich, bezeichnete gegenüber der WELT die Begründung für die Enteignung der Synagoge als „blanke Lüge". Die Synagoge war nach Angaben der Comandantes „im Besitz eines enteigneten kapitalistischen Juden" und sei deshalb in staatlichen Besitz übergegangen. Offenbar habe dieses Vorgehen dem Image des Regimes geschadet, und man habe deshalb diese Ausrede benutzt.

Beobachter in Managua vermuten, daß das Vorgehen gegen die jüdische Minderheit auf mehreren Faktoren beruht: Israel soll in der Zeit Somozas Waffen an dessen Regime geliefert haben. Auch unterhalten angeblich die gegen die Sandinisten kämpfenden Guerrilleros Beziehungen zu Israel und bekommen von diesem Militärhilfe. Zahlreiche Juden seien in Handel und Gewerbe tätig gewesen, ein Grund mehr für die Sandinisten, „Vergeltung" zu üben.

Son Sann: Hilfe für Hanoi mit Forderungen koppeln

Premier der Widerstands-Koalition Kambodschas in Bonn

RAFAEL SELIGMANN, Bonn

Erst ein Rückzug der vietnamesischen Truppen und die Abhaltung freier Wahlen in Kambodscha, wie durch die Resolution der UN-Generalversammlung seit 1979 gefordert, könne zum Frieden in Kambodscha führen. Diese Ansicht vertrat der Ministerpräsident der Koalitionsregierung des kambodschanischen Widerstandes, Son Sann, gegenüber der WELT. „Dieser UN-Beschluß ist der Schlüssel für die Freiheit in unserem Lande und für den Frieden in der gesamten Region", meinte der 72jährige Politiker, der sich zu einem mehrtägigen Besuch in der Bundesrepublik aufhält.

Son Sann bekleidete jahrelang Schlüsselpositionen in den Kabinetten des ehemaligen kambodschanischen Staatschefs Prinz

INTERVIEW

Sihanouk. Nach der Besetzung seines Landes durch die Truppen Hanois gründete Son Sann die Widerstandsbewegung „Nationale Volksbefreiungsfront der Khmer" (KPNLF), die mit mittlerweile über 10 000 Untergrundkämpfern von ihren Stützpunkten an der Grenze zu Thailand den vietnamesischen Besatzungstruppen entgegentritt. Das gleiche tun etwa 3000 Widerstandskämpfer, die auf das Kommando von Prinz Sihanouk hören sowie rund 30 000 Guerrillas der Roten Khmer von Kieu Samphan.

Vor einem Jahr schlossen sich die drei Widerstandsbewegungen zu einer Koalitionsregierung zusammen, um ihre militärischen und politischen Aktionen zu koordinieren. Präsident wurde Prinz Sihanouk, Vizepräsident Kieu Samphan. Auf die Frage nach dem Machtverhältnis in dieser Koalition antwortet Son Sann, im Moment seien die Roten Khmer ohne Zweifel die führende militärische Kraft. Schon allein deshalb, weil die Volksrepublik China den Truppen Kieu Samphans wesentlich mehr Waffen zukommen lasse als seinen Streitkräften. „Ich fühle mich oft wie ein Dompteur ohne Stock", sagt der Politiker, meint aber, daß die Zeit für seine Bewegung arbeite. Die Roten Khmer hätten durch ihr Terrorregime ihren Kredit bei den meisten Kambodschanern verspielt. Das Gros der Flüchtlinge aus Kambodscha, zur Zeit etwa 1000 Menschen wöchentlich, würde sich seiner KPNLF anschließen. Überdies seien die Roten Khmer alleine auf die politische und militärische Unterstützung Pekings angewiesen. Seiner Bewegung dagegen werde politisch und finanziell auch von den fünf Asean-Staaten geholfen. Die Frage, ob er von daher auch militärische Unterstützung erfahre, weicht Son Sann zunächst aus, meint dann aber: „Ich habe Grund zu der Annahme, daß wir in absehbarer Zeit von diesen Ländern auch militärische Hilfe bekommen."

Entscheidend sei jedoch die politische und humanitäre Unterstützung der meisten Staaten. So hätten im vergangenen November 105 Staaten in einer UNO-Resolution den Rückzug Hanois aus Kambodscha gefordert. Son Sann weiß, daß der militärische Druck der drei Widerstandsbewegungen Vietnam nicht zum Rückzug aus Kambodscha zwingen könne. Er hofft jedoch, daß durch eine Kombination von politischem und militärischem Druck eine Situation entstehen werde, die Hanoi zum Rückzug aus seiner Heimat zwingen wird.

Son Sann plädiert daher bei seinen zahlreichen Treffen mit ausländischen Politikern, so auch bei seinem jüngsten Gespräch mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und Politikern der Unionsparteien und der SPD dafür, die zukünftige Unterstützung Vietnams von der Forderung nach einem Rückzug Hanois aus Kambodscha abhängig zu machen. Die Zusage von Entwicklungshilfe an Vietnam, die dieses Land dringend benötige, sei ein Anreiz, der Hanoi schließlich in Verbindung mit dem militärischen Druck der Widerstandsbewegungen zum Verlassen Kambodschas bewegen werde.

Die jüngste Offensive Hanois sei ein Akt der Verzweiflung Hanois gewesen, da Vietnams wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten zunehmen, sagt Son Sann. Die militärische Schlagkraft der Widerstandsbewegungen sei ungebrochen. Im Gegenteil, man habe zahlreiche vietnamesische Waffen erbeutet. Abschließend meinte der kambodschanische Politiker, er komme mit leeren Händen nach Bonn. „Ich ersuche um weitere humanitäre und politische Unterstützung. Aber wir Kambodschaner können den Europäern, besonders den Deutschen, auch etwas anbieten – unsere Erfahrung mit Kommunisten. 1970 hätte niemand in Kambodscha, auch ich nicht, gedacht, daß unser Land wenige Jahre später durch diese Bewegung nahezu vollständig zerstört und ein Großteil der Bevölkerung ermordet werden würde."

Italien wählt ein neues Parlament

DW./AP/dpa, Rom

Ein Jahr vor Ablauf der regulären Legislaturperiode wählen die Italiener ein neues Parlament. Um die 630 Sitze der Abgeordnetenkammer bewerben sich Kandidaten aus 31 Parteien und politischen Gruppen. Für die 350 Senatsmandate kandidieren Bewerber aus 27 Parteien und Gruppierungen. Rund 44 Millionen Bürger über 18 Jahre sind bei der Wahl zur Abgeordnetenkammer, 37,6 Millionen über 21 Jahre bei der Wahl zum Senat stimmberechtigt.

Gleichzeitig mit den allgemeinen Wahlen finden in den beiden norditalienischen Regionen Aostatal und Friaul-Venezia Giulia sowie in vier Provinzen und 1127 Städten und Gemeinden Regional- und Kommunalwahlen statt.

Nach letzten Wählerumfragen ist nicht mit großen Verschiebungen zu rechnen. Die Mailänder Zeitung „Corriere della Sera" veröffentlichte am Wochenende eine Prognose, die den Christdemokraten, die den bisherigen Ministerpräsidenten Fanfani stellen, ebenso wie den Kommunisten leichte Stimmenverluste voraussagt. Die Sozialisten können nach dieser Umfrage mit geringen Gewinnen rechnen.

Beobachter erwarten daher eine Neuauflage der Koalition aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten und Liberalen unter Einschluß der Republikaner, die im letzten Kabinett nicht vertreten waren. Die Christdemokraten erhielten bei der letzten Wahl zum Abgeordnetenhaus im Jahre 1979 rund 38,3 Prozent der Stimmen und 262 Sitze. Die oppositionellen Kommunisten kamen auf 30,4 Prozent der Stimmen und 201 Mandate und die Sozialisten auf 9,8 Prozent der Stimmen und 62 Mandate. Sozialdemokraten, Republikaner und Liberale konnten zusammen 7,8 Prozent der Stimmen und 45 Mandate gewinnen.

Die Wahlen waren notwendig geworden, weil die Sozialisten die Koalition verlassen hatten und erst nach einer Wählerbefragung zu einer neuen Regierungs-Zusammenarbeit bereit sind.

Zu Zwischenfällen im Wahlkampf kam es nur vereinzelt. In Mailand gab es eine schwere Schlägerei zwischen rechts- und linksgerichteten Wahlhelfern, ein Polizist verletzte dabei zwei Personen mit Pistolenschüssen. In Süditalien, in der Provinz Salerno, wurden Kommunisten überfallen, als sie Plakate über die Verbindung zwischen Christdemokraten und Unterwelt-Banden anbringen wollten.

Eingeigelt will die SPD in NRW zu sich finden

„Traumergebnis" für Rau / Wenig Resonanz für Bäumer

WILM HERLYN, **Duisburg**

„Und muß der Bürger wissen, wo Sozialdemokraten zusammen sind, da sind sie nicht mit sich selber beschäftigt, sondern da sind die dabei, meine Sorgen zu hören, mir Hilfe zu leisten." O-Ton Johannes Rau auf dem Duisburger Parteitag der nordrhein-westfälischen SPD am Wochenende. Und der Bundesvorsitzende Willy Brandt dazu: „Eine wesentliche Voraussetzung für das, was jetzt vor uns liegt, ist das, daß wir uns nicht auseinanderdividieren lassen."

So warfen sich in der Duisburger Mercatorhalle Brandt und Rau die Bälle zu, richteten mahnend die Zeigefinger aufwärts oder anklagend gegen den Störenfried. Der saß in der ersten Reihe, am Revers die blaue Parteitagsplakette „Mitarbeiter", bereit, noch einmal in fünf Minuten den Delegierten zu sagen, was er als wahr erkannt hat. Mehr gestand ihm die Regie nicht zu. Hans Otto Bäumer, der aus dem Kabinett Rau ausgetretene Landwirtschaftsminister: „Meinen Rücktritt und meine Erklärungen bitte ich als Versuch zu werten, sozusagen in letzter Minute auf ein Handlungsdefizit aufmerksam zu machen, an dem wir alle, die ganze Gesellschaft, der Staat nicht wiedergutzumachenden Schaden nehmen können. Die SPD muß sich klar werden, daß Glaubwürdigkeit ein knappes Gut ist, und die Landespartei sollte ihre verantwortungsvolle Position als letzte Instanz politischer Entscheidungen wahrnehmen. Und dabei den Grundsatz nicht aus dem Auge verlieren, daß Zuwendung wichtig, aber letztendlich Führung durch nichts ersetzbar ist."

Diskussion blieb aus

Deutlicher mochte der loyale Bäumer in seinem Angriff gegen die Führungsschwäche des Kabinettschefs nicht werden – es hätte auch niemandem mehr genutzt. Denn so, wie sich kaum eine Hand zum Beifall rührte, so einfach machte es sich die Partei mit ihrem aufmüpfigen Genossen. Franz-Josef Antwerpes, Regierungspräsident in Köln, oder Günter Schlatter, der Vorsitzende des SPD-Bezirks Mittelrhein, argumentierten mit einem „Wir verstehen dich nicht, Hans-Otto" – und die erwartete Diskussion um die Vorstellungen Bäumers zur Umweltpolitik blieb aus.

Deutlich wurde, daß die Partei nach der Wahlniederlage des 6. März noch nicht wieder Fuß gefaßt hat. Sie kann nicht einmal Kritik von solch ehrenhaften Mitstreitern wie Bäumer ertragen, sondern will – eingeigelt – erst einmal zu sich selbst finden. Im eigenen Land hat sie vor Augen, wohin personelle Streitigkeiten führen – bei der nordrhein-westfälischen Union und ihren beiden Polen Biedenkopf im Westfälischen und Worms im Rheinischen und der Fortsetzung im Gezänk und Gehakele von Biedenkopf und Brüggemann, den Bewerbern um den Vorsitz der westfälisch-lippischen CDU.

Wille zur Geschlossenheit

Da nimmt die Stimmenzahl, die Rau bei seiner Wiederwahl als Landesvorsitzender auf sich vereinigen konnte, nicht wunder: Von den 307 Delegierten votierten 285 für ihn – das entspricht einer Zustimmungsquote von 92,8 Prozent. Nie zuvor konnte Rau, der die SPD seit sechs Jahren führt, ein derart stolzes Ergebnis verbuchen. Mit deutlichen Mehrheiten wurden auch seine Stellvertreter Christoph Zöpel und Antje Huber wiedergewählt.

In einer stark beachteten Grundsatzrede richtete Rau den Blick seiner SPD vor allem auf den politischen Gegner. Er warnte: „Es darf nicht zum totalen CDU-Staat kommen" und zählte die Machtpositionen auf, die die Union erobert habe. „Wenn uns das nicht wach macht, was soll uns dann noch auf Trab bringen?" Um wieder an Boden zu gewinnen, gab Rau für die SPD die Parole „Offensive der neuen Bündnisse" aus. „Wir kämpfen um die Mitte – nicht um von links wegzukommen, sondern um den Aufsteigern und um den Aufgestiegenen zu sagen, daß sie eine Chance bei uns haben." Bei aller Orientierung auf die Arbeitnehmerschaft müßten auch der Mittelstand, die Kirchen, die junge Generation, Techniker und Ärzte in allen Gebieten und an allen Orten von der Partei angesprochen werden.

Wie stark der Wille zur Geschlossenheit und Disziplin in Duisburg war, zeigt auch, daß die Delegierten sich auf Anraten des Vorstandes nicht mit dem Thema Nachrüstung befaßten, obwohl dazu Anträge vorlagen. Sie verabschiedeten einen Leitantrag zur Vorbereitung der kommenden Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen, der aber keine Änderung des bisherigen Kurses signalisiert.

Seite 2: Sieger Rau

Personalien

EHRUNGEN

Der Schweizer Historiker und Publizist Professor Dr. **Jean Rudolf von Salis** erhält vom Fachbereich Geschichtswissenschaft der Universität Hamburg die Ehrendoktorwürde verliehen. Die Universität erinnert mit dieser Auszeichnung an die Rolle, die von Salis während des Zweiten Weltkrieges spielte, als seine wöchentlichen Kommentare „Weltchronik" im Schweizerischen Radio Beromünster auch heimlich in Deutschland gehört wurden. Von Salis, heute 81 Jahre alt, pflegt bis heute enge Kontakte zur deutschen Wissenschaft. Zu seinen zahlreichen Werken gehört „Rainer Maria Rilkes Schweizer Jahre" und „Weltgeschichte der neuesten Zeit". Im Philosophenturm der Universität Hamburg wird von Salis am 29. Juni den Ehrendoktorhut entgegennehmen.

*

Dr. **Karl Panzer**, Abteilungsleiter beim Kommissariat der Deutschen Bischöfe in Bonn und Leiter der Kirchenpolitischen Abteilung im Erzbischöflichen Generalvikariat in Köln, wurde von Bundespräsident **Karl Carstens** das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse verliehen. Der Bundespräsident würdigte mit der Auszeichnung das besondere Bemühen Panzers um ein gutes und partnerschaftliches Verhältnis zwischen Staat und Kirche. Ehrendoktoren der Ruhr-Universität Bochum wurden Professor Dr. **Gerhard Weisser** und Professor Dr. **Gottfried Eisermann**. Auf Ideen und Vorstellungen des Sozialwissenschaftlers Weisser geht das Bundessozialhilfegesetz zurück. Der Sozialwissenschaftler, der der Universität Köln angehörte, lebt heute fünfundachtzigjährig in Göttingen. Der Bonner Professor Eisermann gehört zu den Sozialwissenschaftlern, die in besonderer Weise die Zusammenhänge von Wirtschaft und Gesellschaft erforschten.

ERNENNUNGEN

Dr. **Gerhard Fischer**, Botschafter in den Niederlanden, wird Botschafter in Bern. Gerhard Fischer ist 1921 in Oslo geboren, wo sein Vater Konsul war. Der Vater, **Martin Fischer**, ging 1926 zum zweiten Mal nach China, wo seine beiden Söhne Gerhard und **Per Fischer**, der ebenfalls im diplomatischen Dienst ist und heute im Auswärtigen Amt die Abteilung für Europa, Wirtschaftliche Integration und Entwicklungshilfe leitet, aufwuchsen. Gerhard Fischer studierte Jura und Sinologie. Seit 1952 gehört er dem Auswärtigen Amt an. Auf Außenposten war er zunächst in der damaligen deutschen Gesandtschaft in Addis Abeba und übernahm anschließend die Leitung des Konsulats in Madras. Er ging später als Botschafter nach Malaysia, 1977 dann als Botschafter nach Irland. Seit 1980 ist er Botschafter in Den Haag. Vater Martin Fischer wurde nach dem Zweiten Weltkrieg noch einmal in das Auswärtige Amt berufen. Er baute dort die China-Abteilung auf und gründete auch in Hamburg das Asien-Institut.

*

Bayern hat einen neuen Wehrbereichsdekan. Es ist **Jürg Diegritz**, der seit 1976 als Militärdekan in Nürnberg tätig ist. Am 1. Juli tritt Diegritz sein Amt an. Diegritz steht dann an der Spitze eines Wehrbereichs, dessen 30 Haupt- und acht nebenamtliche Militärpfarrer in 100 Bundeswehrstandorten rund 40 000 evangelische Soldaten und ihre Familien betreuen. Diegritz wird Nachfolger des 65jährigen Militärdekans Kirchenrat **Hermann Wagner**.



Zugunsten der Deutschen Infarkt-Hilfe will kommenden Samstag Walter Scheel auf dem Köhler Hof in Bad Neuenahr golfen. Der Altbundespräsident führt die Prominentenriege an. Anwesend ist auch die Schirmherrin der Deutschen Infarkthilfe, die Berliner Senatorin Hanna Renate Laurien.
FOTO: DIE WELT

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Schlesische Geschichte

„Breslau: Papst ruft Polen und Deutsche zur Versöhnung auf"; WELT vom 22. Juni

Zu den Vorgängen in Breslau anläßlich des Papstbesuches am 21. Juni 1983 ist eine Stellungnahme notwendig.

Seit dem Vertrag von Trentschin (24. Oktober 1335) gehörte Schlesien nicht mehr zu Polen. Der letzte Oberhirte polnischer Nationalität bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges war Bischof Nanker (1326–1341). Als Herzog Wladislaw II. vertrieben wurde, sorgte Friedrich Barbarossa dafür, daß die Herzogtümer im Bereich des Bistums Breslau an Wladislaws Söhne gelangen konnten. Zuvor war Friedrichs Feldzug gegen Polen im Jahre 1157 erfolgreich verlaufen.

Die in Deutschland groß gewordenen Piastenprinzen brachten deutsche Sitte und Kultur mit nach Schlesien und betrachteten sich selbst als dem Deutschtum zugehörig. Bis zur hl. Hedwig hatten acht regierende Piastenfürsten Prinzessinnen aus deutschen Häusern geheiratet.

Die Piastenbischöfe von Breslau, Herzog Wenzel von Liegnitz (1282–1317) und Konrad, Herzog von Oels (1417–1447), ließen keinen Zweifel an ihrer deutschen Haltung. Konrad erließ im Jahre 1435 ein Edikt, das Geistlichen polnischer Nationalität den Zugang in das Domkapitel untersagte (Prof. Dr. Grünhagen: „Geschichte Schlesiens", Perthes, Gotha, 1887, S. 6221). Bereits im Jahre 1427 hatte er eine Visitation seines Vorgesetzten, Erzbischof Albert von Gnesen, zu verhindern vermocht (Prof. Dr. Grünhagen, S.260).

In der berühmten Manesse-Liederhandschrift ist Herzog Heinrich von Breslau (Heinrich von Pressala) als deutscher Minnesänger abgebildet. Von ihm existieren zwei Gedichte in mittelhochdeutscher Sprache (Übersetzung bei Reclam).

Nach heutigen Kenntnissen war der Erbauer des ersten steinernen Breslauer Domes Bischof Walter (1149–1169), ein Wallone aus dem Bistum Lüttich.

Bereits um 1300 war das Breslauer Bistumsland (Neißeottmachau) und Breslau zur Gänze deutsch.

Bruno Larisch,
Dorsten 21

*

Sehr geehrte Herren,

im Kommentar ist Herrn Ströhm ein historischer Lapsus unterlaufen, der vielleicht berichtigt werden sollte.

Die hl. Hedwig war nicht die Nichte der hl. Elisabeth von Thüringen, sondern ihre Tante.

Gertrud von Andechs, eine Schwester der hl. Hedwig, war die Gemahlin des Königs Andreas II. von Ungarn. Elisabeth von Thüringen – ungarische Prinzessin – war ihre Tochter. Eine andere Schwester der hl. Hedwig, Agnes von Andechs, war übrigens die erste Frau Königs Philipp II. von Frankreich. Die Ehe wurde geschieden.

Mit freundlichen Grüßen
Gerhard Breme,
Bonn 3

Pflichten im Staatsdienst

„Strauß sagt den Beamten, was mit ihren Pflichten unvereinbar ist"; WELT vom 22. Juni

Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode,

der damalige CSU-Fraktionsvorsitzende Lang hat sich mehrmals bei Ministerpräsident Strauß darüber beschwert, daß Richter und Beamte des bayerischen Staatsdienstes sich in einer unerträglichen Weise bei Protestaktionen und Demonstrationen politisch betätigt hätten. Er hat die Einleitung von Disziplinarverfahren verlangt.

Im Hinblick auf diese Beschwerden des vormaligen Fraktionsvorsitzenden Lang wurde diese Angelegenheit im alten Kabinett am 18. Mai und 27. Juli 1982 besprochen, mit dem Ergebnis, daß die Einleitung von Disziplinarverfahren für unzweckmäßig gehalten wurde. Der für Beamtenfragen zuständige Staatsminister Streibl hat statt der Einleitung von Dienststrafverfahren eine Bekanntmachung vorgeschlagen, in der den Richtern und Beamten ihre Pflichten aus Verfassung, Gesetz und Rechtsprechung nochmals bewußt gemacht werden sollten, weil diese offensichtlich bei manchen Bediensteten in Vergessenheit geraten waren, das Kabinett hatte schließlich Finanzminister Streibl beauftragt, eine Bekanntmachung auszuarbeiten und dem Ministerrat zur Entscheidung vorzulegen.

Das neue Kabinett hat sich in seinen Sitzungen vom 7. und 21. Dezember 1982 abermals mit dieser Frage befaßt, wobei der nunmehrige Justizminister Lang seine damaligen Beschwerden wiederholt hat. Die vom Finanzminister Streibl vorgeschlagene Fassung der Bekanntmachung ist vom Ministerrat am 21. Dezember 1982 einstimmig genehmigt worden.

Die Behauptung, daß diese Bekanntmachung auf eine Weisung der Staatskanzlei hin ausgearbeitet und veröffentlicht worden sei und daß Finanzminister Streibl eine abwehrende Haltung eingenommen habe, ist somit objektiv falsch und unrichtig.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Edmund Stoiber,
Staatssekretär,
Bayerische Staatskanzlei,
München

Neue Politik gefordert

„Wende in Bonns Namibia-Politik?"; WELT vom 18. Juni

Der Hinweis in obigem Artikel, daß Außenminister Genscher eine Delegation der Swapo für September nach Bonn eingeladen hat, zeigt, daß der Außenminister in seiner Stellung zu Südwestafrika die Politik der Sozialliberalen Regierung fortsetzt. Es besteht z. Zt. keinerlei Veranlassung, daß der Führer einer Terrororganisation, auf deren Konto zahlreiche Morde, Attentate und Entführungen, darunter von Schulkindern, kommen, nach Deutschland eingeladen wird. Dadurch wird die Swapo nur aufgewertet. Meint unser Außenminister ernstlich, daß sich Nujoma durch einen Empfang in Bonn von seinem Ziel abbringen läßt, in Südwestafrika eine marxistische Einparteienherrschaft aufzurichten?

Wer Südwest eine gute Zukunft wünscht, erwartet, daß unser Bundeskanzler von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch macht und das Auswärtige Amt zu einer anderen Politik im Hinblick auf dieses Land veranlaßt.

Prof. D. Dr. Ernst Dammann,
Pinneberg

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit Oktober des vergangenen Jahres warten viele CDU-Wähler auf die von Bundeskanzler Kohl angekündigte „Wende" auch in der Außenpolitik, insbesondere im Hinblick auf die Normalisierung der Beziehungen zur Republik Südafrika. Daß die für die deutsche Schule in Lüderitzbucht zugesagten Mittel aus einer Stiftung und nicht aus dem Haushalt des Auswärtigen Amtes kommen sollen, ist den Deutschen in Lüderitzbucht vermutlich ziemlich gleichgültig.

Der Empfang der führenden Vertreter der DTA durch den Bundeskanzler, die – wohl auf sanften Druck des Kanzlers – auch von Herrn Genscher empfangen wurden, ist eine begrüßenswerte Geste, die von dem bisherigen Bundeskanzler natürlich nicht zu erwarten gewesen war. Sie kann jedoch nur der Anfang auf dem notwendigen Wege der Verbesserung der Beziehungen zu Südafrika sein; zudem wird sie in ihrer Wirkung beeinträchtigt durch den bereits für September angekündigten Besuch der Swapo-Führung bei dem Herrn Außenminister. Daß die UNO die Swapo als einzige legitime Vertretung Südwestafrikas betrachtet, gibt ihr noch keine demokratische Legitimation, die im Gegensatz zu ihr die DTA besitzt.

Es dürfte an der Zeit sein, daß Herr Genscher, der ständig von der „Kontinuität" redet, endlich begreift, daß er sich nicht mehr in einer Koalition mit der SPD, sondern mit der CDU und der CSU befindet.

Mit freundlichen Grüßen
Albrecht von Kalm,
Bonn 1

Aufstand der Linken

Sehr geehrte Damen und Herren,

Geißler hätte keinen Anlaß gehabt, seine Pazifisten-Äußerung nachträglich zu relativieren oder gar zu entschuldigen. Sie war von vornherein eindeutig. Er hatte gesagt, Pazifisten „in westlichen Demokratien" hätten Auschwitz erst „möglich" gemacht. Er sprach also nicht von aktiver Tat, die natürlich beim Hitler-Regime lag, und er sprach nicht von deutschen Pazifisten. Das SPD-Getöse, damit würde den von den Nazis umgebrachten Opfern selber die Schuld an ihrem Tod gegeben, war üble Verfälschung, geboren aus der Verlegenheit wegen Mangel an konstruktiven Aussagen, in der sich diese Partei gegenwärtig befindet.

Die deutschen Pazifisten können sich eher als Opfer ihrer ausländischen Gesinnungsgenossen fühlen, die, in völliger Verkennung der Situation, Abschreckung gegenüber einem totalitären und aggressiven Regime nicht für nötig hielten – eine Stimmung, von der natürlich auch Daladier und Chamberlain, ob selber Pazifisten oder nicht, nicht unbeeinflußt blieben. Es steht außer Frage, daß der Pazifismus in westlichen Demokratien Hitler viel zu lange freie Hand gelassen hat und damit indirekt die Ermordung deutscher Juden und Pazifisten möglich machte.

Wer sich aber heute gegen den Hinweis auf Auschwitz in Geißlers Worten wehrt, hätte sich schon längst vorher gegen den Mißbrauch des Wortes Auschwitz durch diejenigen wenden müssen, die sich als angebliche „Friedensbewegung" bezeichnen, durch Befürwortung eines Rüstungs-Ungleichgewichts aber ähnliche Gefahren heraufbeschwören wie in den 30er Jahren.

Merkt denn übrigens niemand, um was es bei diesen Attacken auf Geißler tatsächlich ging? Mit seiner Warnung vor der Wiederkehr gleicher Naivität störte er den Einschläferungsprozeß, wie er durch das sicherheitspolitische Wirken von sogenannter „Friedensbewegung" und SPD heute im Gange ist. Es war deshalb unerhört, daß er an Analogien der Geschichte erinnerte, um der Wiederholungsgefahr entgegenzuwirken. Diese Entlarvung heutiger unverantwortlicher und lebensgefährlicher Naivität erzeugte bei den Getroffenen natürlich einen Aufschrei. Ich für meine Person gebe Geißlers Warnung durchaus recht, weil ich nicht wünsche, daß die Sowjetunion mit der Bundesrepublik so umgeht wie mit Afghanistan oder wie Hitler damals mit Europa.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Frickhöffer
Heidelberg

*

Sehr geehrte Damen und Herren!

Mit Interesse beobachtet man den erwarteten Aufstand der Linken gegen Bundesminister Geißler wegen dessen Ausspruch, der Pazifismus der dreißiger Jahre habe für Diktatur und KZs Hitlers die Voraussetzungen geschaffen.

Einer der zynischsten kommunistischen Spitzenfunktionäre, Dimitri Manuilsky, sagte 1931 u. a.: „Wir werden damit beginnen, die theatralischste Friedensbewegung in Szene zu setzen, die jemals existiert hat. Die kapitalistischsten Länder, einfältig und dekadent wie sie sind, werden mit Vergnügen an ihrer eigenen Zerstörung mitarbeiten. Sie werden auf den Leim der Gelegenheit zu neuer Freundschaft kriechen ..."

Und 1938 schrieb Thomas Mann, fast prophetisch und uns heute ebenso zur Warnung wie den Völkern, die als Folge einer realitätsfernen Friedens-Appeasementpolitik der 30er Jahre am Vorabend eines neuen Weltkrieges standen: „Die Freiheit muß ihre Männlichkeit entdecken. Sie muß lernen, in Harnisch zu gehen und sich gegen ihre Todfeinde zu wehren, muß endlich, nach bittersten Erfahrungen, begreifen, daß sie mit einem Pazifismus, der eingesteht, den Krieg um keinen Preis zu wollen, den Krieg herbeiführt statt ihn zu bannen."

Bundesminister Geißler hat richtig analysiert. Seine Partei tut gut daran, sich überzeugt und überzeugend zur Wehrhaftigkeit unserer freien Demokratie zu bekennen!

Mit freundlichem Gruß
H. J. Griess
Bonn 2

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Glaubwürdigkeit?

„Ausgebürgerte Pazifisten gegen Nachrüstung"; WELT vom 14. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

es betrübt mich, in der WELT lesen zu müssen, daß die aus der DDR ausgebürgerten, tapferen Pazifisten „erkannt" haben, daß „nicht nur in der DDR zum Haß erzogen wird, sondern auch hier".

Diese „Erkenntnis" erwuchs ihnen nach kaum 14 Tagen Aufenthalt (in West-Berlin). Eine solche Aussage mindert sehr stark die Glaubwürdigkeit ihrer sonstigen Äußerungen, zeigt sie doch, daß bei Ihnen noch DDR-Parolen nachwirken, oder unreflektiert nachgeplappert wurde, was ihnen ihre Kontaktpartner aus West-Berlin vorerzählt haben müssen.

Während meiner 27 Jahre in der Bundeswehr, also bei den „Repräsentanten des imperialistischen Feindes", habe ich jedenfalls nichts in der Richtung gehört, was sich von den DDR-Pazifisten als Beweis für ihre Feststellung anführen ließe. Bei uns steht Erziehung zum Haß in keiner Dienstvorschrift, noch wird sie von Vorgesetzten geübt.

Mit freundlichem Gruß
Otto Manz,
Laupheim 1

Das wahre Motiv

„Am 17. Juni Gedanken an den 20. Juli"; WELT vom 16. Juni

Sehr geehrte Herren,

in seinem Aufsatz sagt B. Willms im Blick auf die Motive des Widerstandes gegen Hitler: „Der Widerstand um der Nation willen kann allein die politische Substanz und Würde haben, die ein Bezug auf das Ganze verleiht."

Dem muß ich entschieden widersprechen. Der Opposition gegen Hitler und das NS-Regime ging es eben nicht primär oder gar ausschließlich um die Nation und ihre Rettung in letzter Stunde, sondern um die Wiederherstellung des Rechtsstaats. Das beweist nicht nur die Tatsache, daß ihre Anfänge bis in das Jahr 1934 zurückreichen, das belegten zudem hinlänglich alle uns vorliegenden Zeugnisse aus dem Kreis des Widerstandes selbst.

Eben darin liegt daher auch die eigentliche Würde und zugleich das bleibende Vermächtnis des Widerstandes an uns und die uns nachfolgenden Generationen: In dem eindeutigen Vorrang des Ethischen vor dem Politischen, in dem Bekenntnis zum Recht als der unabdingbaren Grundlage aller nationalen Existenz.

Henning v. Burgsdorff,
Hannover 71

Wort des Tages

„Man muß zum Menschen so höflich sein wie zu einem Gemälde, dem man den Vorteil der guten Beleuchtung gewährt."

Ralph Waldo Emerson, amerik. Philosoph und Dichter (1803–1882)



LEICHTATHLETIK / Vier Rekorde bei den deutschen Meisterschaften in Bremen – Meyfarth über 2,00 Meter

● Die Weltrekordflut der Leichtathleten in ihrer ersten Weltmeisterschafts-Saison hält weiter an. In Los Angeles verbesserte Udo Beyer aus der „DDR" beim Vergleichskampf gegen die USA seinen Weltrekord im Kugelstoßen um sieben Zentimeter auf 22,22 Meter. – Die letzten drei Rennen hatte Marlies Göhr gegen Evelyn Ashford verloren. Jetzt gelang der Weltrekordlerin über 100 Meter endlich ein Sieg.



Weltrekord trotz einer leichten Verletzung: Uwe Beyer FOTO: AP

Udo Beyer: Frau machte ihm Mut

dpa/sid, Los Angeles

Zwei Tage zuvor war Udo Beyer beim Training in ein Loch getreten und hatte sich dabei das Fußgelenk verstaucht. Beyer: „Es war nicht so schlimm, daß ich zum Kampf gegen die USA nicht hätte antreten können, aber es behinderte mich schon." Um so erstaunlicher, daß der „DDR"-Kugelstoßer dann im Wettkampf trotzdem einen neuen Weltrekord aufstellte: 22,22 m. Damit verbesserte Beyer seinen bisherigen Weltrekord vom 6. Juli 1978 in Göteborg um sieben Zentimeter.

Beyers Weltrekord war der Glanzpunkt am ersten Tag des Vergleichskampfes in Los Angeles zwischen den USA und der „DDR" um die führende Position in der Leichtathletik. Im Olympiastadion von 1984 führen die Amerikaner mit 108:100 Punkten (Männer: 70:46, Frauen 38:54).

Als Udo Beyer im Coliseum von Los Angeles zu seinem vierten Versuch antrat, mußte er alles auf eine Karte setzen. Zu diesem Zeitpunkt nämlich lag der 26 Jahre alte Amerikaner Dave Laut mit 21,87 m klar vorne, aber als Sieger fühlte er sich noch lange nicht. „Ich kenne doch den Udo. Er ist ein Phänomen, der zaubert auch in der schlechtesten Serie noch einen Superwurf hin." Die Antwort von Beyer war dann tatsächlich der neue Weltrekord im vierten Versuch.

In dieser Saison scheint sich der Sportstudent aus Potsdam selbst nicht richtig einschätzen zu können. Er sagt: „Meine Leistungen schwanken enorm, ich weiß nicht, woran das liegt. Heute hatte ich mich fast schon mit einer Niederlage abgefunden." Nicht einen Gedanken hatte er an einen neuen Weltrekord verschwendet, „nur meine Frau hat mir Mut gemacht, als ich mit ihr telefonierte".

Obwohl Udo Beyer bereits 28 Jahre alt ist, glaubt er noch nicht, seine Leistungsgrenze erreicht zu haben: „Im Training habe ich schon 22,65 m geschafft. Wenn alles stimmt, traue ich mir auch im Wettkampf 22,50 m zu." Dennoch fühlt er sich nicht als Olympia-Favorit für 1984. Er sagt: „Immerhin bin ich schon 28 Jahre alt – da arbeitet die Zeit gegen mich." Doch für die ersten Weltmeisterschaften im August in Helsinki hat ihm dieser Weltrekord gutgetan: „Das ist schon ein psychologischer Vorteil."

Nach einem halbstündigen Interview, das er hauptsächlich in Englisch führte, verabschiedete sich der „DDR"-Kugelstoßer, nicht ohne vorher noch das Publikum zu loben: „Ich glaube, daß wir in Los Angeles eine sehr schöne Atmosphäre haben werden." Sein Konkurrent Dave Laut schaut ihm bewundernd hinterher: „Der Udo ist schon ein fantastischer Typ."

Grund zum Jubeln hatte auch die Weltrekordlerin Marlies Göhr. Mit einem Blitzstart überrumpelte sie die Konkurrenz und siegte nach 100 Meter jubelnd bei starkem Gegenwind (2,87 m/Sekunde) in 11,39 klar vor Evelyn Ashford (11,53), die sie zuletzt dreimal besiegt hatte. Jedoch in der 4x100-m-Staffel revanchierten sich die Amerikanerinnen, als sie bei ihrem Sieg in 41,63 den Weltrekord der „DDR" (41,60) nur knapp verfehlten.

Trotz schlechter Wechsel machte bei den Männern Carl Lewis in der Staffel als Schlußmann vier Meter gegen Frank Emmelmann wett und rettete den Sieg in 38,71 Sekunden.

Die große Nervosität der Hochspringer Frommeyer trank Wein, Thränhardt las Krimi – Mögenburg besiegte beide

K. BLUME, U. FIBELKORN berichten aus Bremen

„Bisher waren es gute Meisterschaften", sagte Horst Blattgerste, der Leistungssport-Referent des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV), am Samstagabend. Dieses Fazit nach zwei Meisterschaftstagen (die Ergebnisse vom Sonntag lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor) betraf vor allem drei deutsche Rekorde. Im Dreisprung war dem Düsseldorfer Peter Bouschen eine Verbesserung auf 17,33 m gelungen, im 100-m-Sprint gab es durch Christian Haas (Fürth) mit 10,16 Sekunden eine neue Bestmarke und im 10 000-m-Lauf der Frauen durch Charlotte Teske (Darmstadt) in 32:13,85 Minuten.

Der erwartete große Höhenflug im Hochsprung der Männer war jedoch bei den 83. Deutschen Leichtathletik-Meisterschaften im Bremer Weserstadion ausgeblieben. Meister wurde Dietmar Mögenburg (Köln) mit übersprungenen 2,31 m vor Charlo Thränhardt (ebenfalls Köln) und Paul Frommeyer (Wattenscheid), die beide 2,28 m gemeistert hatten. Der große Verlierer heißt diesmal Gerd Nagel, der – leicht verletzt – mit 2,22 m nur Fünfter wurde. Chancen, bei den Weltmeisterschaften vom 7.-14. August in Helsinki zu starten, hat der Frankfurter Weltcup-Zweite damit so gut wie nicht mehr.

Die Ausgangslage vor dem Hochsprung-Finale: Frommeyer hatte acht Tage zuvor 2,34 m übersprungen – das war vorübergehend europäische Jahresbestzeit. Thränhardt waren bereits 2,31 m geglückt, Mögenburg schien mit einer Saisonbestleistung von lediglich 2,25 m noch nicht in Höchstform zu sein. Thränhardt über seinen Freund Mögenburg: „Dietmar bringt sich durch schlechte Leistungen bewußt in Zugzwang. Er speichert damit psychische Kraft, die er dann zum richtigen Zeitpunkt abruft. Bei einem simplen Wettkampf scheint das gar nicht mehr zu funktionieren, da muß schon etwas auf dem Spiel stehen, wenn es gelingen soll."

Seit einer Woche lief der Countdown der Hochspringer für die Meisterschaft, die zugleich eine wichtige Vorentscheidung für die Weltmeisterschafts-Mannschaft ist. Die Nervosität der fünf Weltklasse-Hochspringer Mögenburg, Thränhardt, Frommeyer, Nagel und Schneider war groß, denn nur drei von ihnen können nach Helsinki reisen. Frommeyer hatte in der Nacht vor dem Wettkampf bis vier Uhr morgens wach gelegen, dann noch eine halbe Flasche Wein getrunken, um überhaupt Schlaf zu finden. „Man muß vor solchen Tagen versuchen, seinen normalen Lebensrhythmus nicht zu ändern", sagt Thränhardt. Allerdings: Statt Fontane las der Kölner diesmal lieber einen Kriminalroman.

Mit 2,31 m war Mögenburg Meister geworden. Daß er solche Dinge trotz magerer Vorleistung schaffen kann, hat schon die Vergangenheit gezeigt: 1979 hatte er beim Europa-Cup in Turin überraschend den damaligen „DDR"-Star Rolf Beilschmidt bezwungen, im vorigen Jahr war er in Athen Europameister geworden. Andre Schneider sagt über Mögenburg: „Wenn es darauf ankommt, erinnert mich Mögenburg an ein waidwundes Tier, das in die Enge getrieben wurde." Meister war Mögenburg geworden und anschließend war er schwimmen gegangen. Die Siegerehrung fand ohne ihn statt.

Zwei ungewöhnliche Niederlagen zweier Europameister hatte es an den ersten beiden Meisterschaftstagen gegeben. Über 1500 m hatte Thomas Wessinghage, der Europameister über 5000 m, gegen Uwe Becker aus Wolfsburg verloren. Im Finale über 3000 m Hindernis hatte es eine Niederlage für Patriz Ilg gegeben. Meister war Rainer Schwarz aus Gauting geworden.

Doch beide Niederlagen sind im Hinblick auf die Weltmeisterschaft in Helsinki noch kein Beinbruch. Wessinghage war zum einen nicht auf seiner Spezialstrecke (5000 m) angetreten und außerdem kurierte er noch eine Magenverstimmung aus. Ilg wiederum wollte wegen einer Mageninfektion noch wenige Stunden vor dem Start auf das Rennen verzichten. Doch dann versuchte er es – es zahlte sich nicht aus.

Zurück zur Niederlage des Kölner Arztes Thomas Wessinghage gegen den Wolfsburger Chemiestudenten Uwe Becker (27). Schon dreimal war Becker Zweiter gewesen, einmal davon über 800 m. Er wußte, daß er als schneller 800-m-Läufer Wessinghage in einem kurzen Endspurt bezwingen kann. „Doch im Grunde lief ich auf der Zielgeraden eigentlich aus Angst zu schnell", sagt er. Aus Angst, Wessinghage könnte ihn wieder einmal auf den letzten Metern überholen.

Den „Rudolf-Harbig-Gedächtnispreis", seit 1950 alljährlich für besonders bewährte Athleten vergeben, erhielt bei den Bremer Meisterschaften Hochsprung-Weltrekordlerin und Meisterin Ulrike Meyfarth. Sie selbst ist sich noch nicht klar darüber, ob sie bei den Weltmeisterschaften starten wird.

● Als achte Frau wurde die Hochsprung-Weltrekordlerin Ulrike Meyfarth mit dem Rudolf-Harbig-Gedächtnispreis ausgezeichnet. Die 27 Jahre alte Sportstudentin gewann 1972 in München als 16jährige die Goldmedaille im Hochsprung und wurde zehn Jahre später mit 2,02 m in Athen Europameisterin. In Bremen gewann Ulrike Meyfarth jetzt mit 2,00 m ihren achten deutschen Hochsprungtitel.

● Die Altmeister der deutschen Leichtathletik gehören noch nicht zum alten Eisen. Karl-Hans Riehm (Wattenscheid) gewann seinen neunten deutschen Meistertitel im Hammerwerfen (77,98) seit 1973. Einmal mehr erfolgreich war sogar Willi Wülbeck (Wattenscheid) über 800 Meter. Im Finale lief er ein taktisches Rennen und verwies den Europameister Hans-Peter Ferner auf Platz zwei.

● Erwin Skamrahl aus Groß-Ilsede stellte im Finale über 200 Meter in 20,44 Sekunden einen Rekord für den Bereich des Deutschen Leichtathletik-Verbandes auf. Skamrahl verbesserte damit die bisherige Bestmarke, die er selbst seit dem Vorjahr mit 20,47 Sekunden gehalten hatte. Der neue Meister mußte diesen Rekord laufen, um den starken Christian Haas zu besiegen.



Jubelsprung nach dem weiten Satz in die Weltelite: Peter Bouschen aus Düsseldorf. Nach seinen 17,33 m im Dreisprung sprang er dann auch gleich zu Freundin Karin, um sich ein Küßchen abzuholen. Erst etwas später überkam ihn die Rührung – er weinte. FOTOS: H&M-Press

Hartmut Weber: Skamrahls Flucht gestoppt

In 44,5 Sekunden soll Hartmut Weber als Schlußläufer der Kamener Staffel die 400-m-Stadionrunde gelaufen sein, nur 50 Minuten nach dem Gewinn der Deutschen Meisterschaft in 45,13 Sekunden (europäische Jahresbestleistung). Weber, der Europameister von Athen, war erstaunt: „Das glaube ich nicht, das ist zu schnell." Doch dann rechnete er seine Chancen für die Weltmeisterschaften in Helsinki hoch: „Dem Amerikaner Sunder Nix traue ich keine vier harten Läufe zu. Ich mache mir keine großen Gedanken." Zur Erklärung: Nix ist einer der schnellsten 400-m-Läufer der Welt. In diesem Jahr schaffte er bereits 44,89 Sekunden. Dennoch, Weber bleibt einer der großen Favoriten für Helsinki. „Bremen", sagt er, „war noch kein Höhepunkt."

Bei den Deutschen Meisterschaften zeigte er einen Lauf, bei dem er erst 20 m vor dem Ziel Erwin Skamrahl attackierte. Nicht auf der Gegengeraden – wie es sonst seine Manier ist – hatte er am Tempo zugelegt, sondern erst ganz zum Schluß. Nervenstärke nennt man so etwas.

Skamrahl hatte sein Heil in einem furiosen Anfangstempo gesucht: In 20,6 Sekunden war er bei steifem Gegenwind die ersten 200 m hinausgestürmt. „Wissen Sie ein besseres Konzept gegen Weber? Ich übernehme es sofort", sagt er. Und dann: „Wäre ich langsamer gewesen, hätte mich Hartmut schon bei 250 m gehabt. Und dann sonst was aus mir gemacht." Der amerikanische Weltrekordler Lee Evans habe mal über die 400-m-Läufer gesagt: Die laufen los wie die Verrückten, die laufen weiter wie die Verrückten und die kommen an wie die Verrückten. „Also bitte", sagt Skamrahl. Weber rückt die Nickelbrille zurecht, lächelt süffisant. Wegen einer Bronchitis habe er fünf Tage lang gar nicht und zehn Tage nicht richtig trainiert.

Europarekord hätten beide laufen können, wäre da nicht der ständige Gegenwind gewesen. Bundestrainer Manfred Kinder weiß jetzt aber, wie die deutsche 4 x 400-m-Staffel für Helsinki aussehen wird: mit Harald Schmid, der über 400 m Hürden mit 48,66 Sekunden eine neue europäische Jahresbestzeit erzielte, mit dem Stuttgarter Martin Weppler (in Bremen 45,88 Sekunden im Vorlauf), mit Skamrahl und mit Weber. Harald Schmid sagt dazu: „Ich schätze diese Staffel stärker ein als jene vom vorigen Jahr." Im September 1982 wurde die deutsche 4 x 400-m-Staffel in Athen immerhin Europameister.

Peter Bouschen: Plüschkänguruh und Tränen . . .

Zum erstenmal habe er wegen eines sportlichen Erfolges geweint. Still und unbemerkt geschah das im Innenraum des Bremer Weserstadions. Denn die 17,33 m, die der Düsseldorfer Informatik-Student Peter Bouschen (23) im Dreisprung erzielt hatte, sind das, was die Leichtathleten eine „ordentliche Hausnummer" nennen: Sie bedeuten Rekord (zuvor Klaus Kübler: 16,91 m) und vorerst Rang vier in der aktuellen Weltjahresbestenliste.

„Ich hatte schon beim letzten der drei Sprünge das Gefühl, daß es diesmal über 17 Meter ging", sagte Bouschen. Das Gefühl für solche Weiten hatte er in den letzten Wochen entwickelt. 16,87 m hatte er in dieser Saison schon in Bad Cannstatt erreicht, und zuvor war dem rotblonden Rheinländer in Fürth sogar die Weite von 17,18 m gelungen.

Ein Plüschkänguruh hatte Bouschen als Maskottchen in der Nähe der Anlaufmarke aufgestellt. Es ist gewissermaßen das Sinnbild der Dreispringer, die hierzulande bislang eher belächelt wurden. Michael Sauer aus Mainz und der Stuttgarter Wolfgang Kolmsee, der Olympiasechste von Montreal 1976, hatten jahrelang die Szenerie in dieser Disziplin beherrscht. Das Niveau war, am internationalen Standard gemessen, nie allzu hoch. „Klaus Kübler", sagte Bouschen, „hat dann die Sache bei uns vorangetrieben." Und seit Samstag tut das nun in erster Linie Peter Bouschen.

Ein Haarriß im Knöchel, zugezogen im letzten Winter, habe ihm zwar die Hallensaison verdorben, doch wohl auch den Rekord vorbereitet. Bouschen hatte sich bei den Hallenwettkämpfen nicht verbraucht, sondern an seiner Sprungtechnik gefeilt: Nicht mehr steil nach oben geht es nun nach dem ersten Sprung, sondern schnell und flach. Das richtige Rezept, um Weltklasseresultate zu erzielen.

Zum erstenmal gelang einem deutschen Dreispringer ein reguläres Ergebnis jenseits der 17-m-Marke. Da keimen Hoffnungen für die ersten Weltmeisterschaften im August in Helsinki. Doch Bouschen kennt seine Branche, weiß, daß die Sowjetrussen, der englische Europarekordler Keith Connor (17,57 m) und der Amerikaner Willie Banks den Ton angeben werden. Er denkt eher an die Endkampfchance und nicht an Medaillen.

Bisher hatte Bouschen eine Bestleistung von 16,74 m (1981) zu Buche stehen. Die ungewöhnliche Zuwachsrate wurde deshalb von den Dreispringern gefeiert, zünftig in der Bremer Innenstadt . . .

SCHWIMMEN / Großartige Titelkämpfe: Weltrekord, Europarekord und 24 Landesrekorde

Im Sog von Michael Groß enorme Steigerungen, aber die Bundestrainer dämpfen die Euphorie

K. D. SPIECKERMANN, Hannover

Klaus Steinbach war am Samstag nach Hannover geeilt, um mit eigenen Augen zu erleben, wie es seinem letzten Rekord für 50-m-Bahnen an den Kragen ging. Als Andreas Schmidt in 50,73 Sekunden über 100 m Freistil Steinbachs bei den Weltmeisterschaften 1978 in Berlin aufgestellte 50,79 gelöscht hatte, war der bärtige Medizinstudent aus Homburg der erste Gratulant. „Das wurde aber auch höchste Zeit!" meinte er.

Schmidts Kommentar bestand aus zwei Worten: „Scheiß Fehlstart." Er wollte damit ausdrücken, daß er noch schneller gewesen wäre, hätte man das Feld beim ersten Versuch nicht zurückgepfiffen. Seine drastischen Worte waren symptomatisch für die 95. Deutsche Schwimm-Meisterschaften in Hannover: Die Aktiven gaben sich nicht damit zufrieden, Rekorde kleckerweise zu verbessern, sie wollten klotzen – was in vielen Fällen auch gelang.

Die Bilanz der sechstägigen Rekordjagd spricht für sich: Eine Welt-, drei Europa- und 24 Bestmarken für den Bereich des Deutschen Schwimm-Verbandes (DSV) wurden aufgestellt. Dazu sind die DSV-Aktiven jetzt 34 Mal unter den ersten zehn der Weltjahresbestenliste vertreten.

Zahlen, die leicht dazu verleiten können, im Hinblick auf die Europameisterschaften (20. bis 27. August) in Rom in allzu große Euphorie zu verfallen. Steinbach erinnert deshalb an 1976, als nach einer vorausgegangenen ähnlichen Leistungsexplosion die große Pleite bei den Olympischen Spielen in Montreal folgte: „Wir haben damals schon vorher in Gedanken die Medaillen eingesammelt und dabei ganz übersehen, daß auch die Schwimmer der anderen Länder schneller geworden waren." Man muß also die 34 Spitzenplätze in der Weltrangliste in die richtige Relation rücken. Die Landesmeisterschaften in der UdSSR, in Schweden oder auch im gastgebenden Italien stehen noch aus. Erst danach läßt sich eine Hochrechnung aufstellen, die immer noch mit Vorsicht zu genießen sein wird. Chef-Trainer Horst Planert spricht aus Erfahrung, wenn er sagt: „Es ist nicht ungewöhnlich, wenn es nach starken Leistungsverbesserungen nicht noch einmal eine Leistungssteigerung gibt." Das heißt, man darf von den 26 Startern bei der Europameisterschaft nicht unbedingt erwarten, daß sie in Rom schneller sind als in Hannover.



Ihn halten die Experten für den derzeit besten Schwimmer der Welt: Weltrekordler Michael Groß aus Frankfurt. FOTO: RZEPKA

Auch Schwimmwart Jürgen Konzel dämpfte die Euphorie: „So erfreulich die Resultate von Hannover sind – wir dürfen gerade im vorolympischen Jahr nicht übersehen, daß sich auch die anderen Länder noch erheblich steigern werden. In Rom hängen die Trauben unverändert hoch."

In einer realistischen Hochrechnung dürfte jedoch auch Konzel bei aller Vorsicht auf ein Dutzend Medaillenkandidaten kommen. Allen voran die Staffeln und natürlich Michael Groß. Der gerade 19 Jahre alt gewordene Doppel-Weltmeister war wieder einmal der unumstrittene Star der Meisterschaftstage. Sein Weltrekord über 200 m Freistil (1:48,28 Minuten), die Europa-Bestzeit über 200 m Schmetterling (1:58,22) und die Weltjahres-Bestleistung über 100 m Schmetterling (54,16) stempeln den langen Offenbacher gleich auf drei Strecken zum Gold-Favoriten. „Für mich sind die Titelkämpfe optimal verlaufen", zog Groß sein persönliches Fazit.

Von ihm hatte man die Leistungen erwarten können, die eigentliche Überraschung war der „Leistungsdurchbruch in der großen Breite" (Planert). Das mag nur ein Beispiel verdeutlichen: Der DSV verfügt derzeit über 15 Kraulsprinter, die unter der 53-Sekunden-Grenze liegen; das sind Verhältnisse, die sonst nur in den USA bestehen.

Das ganze Vorgeplänkel um die EM-Nominierung, wonach die Meister nicht automatisch einen Freiplatz für Rom erhalten sollen, wurde von den Aktiven hinfällig gemacht. Als sich die Kommission gestern früh zusammensetzte, wagte niemand, auch nur einen Titelträger zu übergehen. Je 13 Damen und Herren wurden in das Aufgebot berufen.

Dabei blieben prominente Namen zwangsläufig auf der Strecke. Weil andere schneller waren als sie, müssen aus dem letztjährigen WM-Team unter anderen Doris Wiebke (München), Peter Lang (Darmstadt) und Rainer Henkel (Köln) zu Hause bleiben. Henkel, 1981 noch EM-Sechster über 1500 m Freistil, verpaßte am Samstag in einem großartigen Langstreckenrennen auch seine letzte Chance. Gegen Thomas Fahrner (Lyon) und den Hamburger Newcomer Stefan Pfeiffer (beide 15:21,6) stand er in der immer noch hochklassigen Zeit von 15:28,3 auf verlorenem Posten.

Im Vergleich mit der „DDR", die ihre Titelkämpfe eine Woche zuvor in Gera ausgetragen hat, schneiden die DSV-Herren hervorragend ab. Nimmt man die Siegerzeiten der zwölf Einzelrennen, ergibt sich ein 8:4-Vorteil. Die Damen konnten zwar ein 0:12 erwartungsgemäß nicht verhindern, doch sind auch sie wesentlich näher an die schnellen „DDR"-Mädchen herangerückt. Und da ist es vor allem die zierliche Petra Zindler (Köln), neben Groß, Karin Seick (Winsen) und Ina Beyermann (Köln) dreifache Titelträgerin, die über 200 m Schmetterling und auf den beiden Lagen-Strecken den größten Sprung nach vorn gemacht hat und jetzt sogar an Medaillen denken kann. Sie stammt aus dem Verein des Kölner Startrainers Gerhard Hetz (Rhenania Köln), der mit zehn ersten Plätzen erneut die meisten Erfolge einheimste.

Das Aufgebot für Rom, Herren: Groß (Offenbach), Farner (Lyon), Schmidt (Bonn), Schowtka (Hamburg), Pfeiffer (Hamburg), Kleinert (Bochum/Wattenscheid), Mörken (Dortmund), Klaplarek (Bochum/Wattenscheid), Diegel (Bonn), Knust (Heidelberg), Hahn (Burghausen), Korthals (Gladbeck) und Peter (Heidelberg). – Damen: Beyermann, Zindler (beide Köln), Schulz (Bonn), Schlicht (Nienhagen), Hasse (Bonn), Seick (Winsen), Schuster (Bietigheim), Kowalczik (Köln), Knipping (Heidelberg), Hasse (Bonn), Zscherpe (Berlin), Karlweit (Essen) und Aispors (Hannover).

SEGELN / Bilanz der Kieler Woche

Viel Freude über ein ehemaliges Sorgenkind

DAGMAR GARBE, Kiel

Ausgerechnet das Sorgenkind des Deutschen Segler-Verbandes (DSV) segelte bei der Kieler Woche 1983 hoch am Wind: Die Berliner Wolfgang und Joachim Hunger holten im 470er den einzigen Gesamtsieg für den DSV und bestätigten gegen 131 Konkurrenten eindrucksvoll ihren vor zwei Wochen gewonnenen Vize-Weltmeister-Titel. Von den zuvor höher eingeschätzten Windglidern, Staren, FDs, Finns und Solings erfüllten nur Dirk Meyer (Berlin) mit einem zweiten Platz bei den Windglidern und die Ex-Weltmeister Anton Schwarz/Peter Fröschl (Schondorf) mit einem dritten Rang bei den Flying Dutchman die in sie gesetzten Erwartungen.

Besonders enttäuschend war das Abschneiden der Solings, bei denen Thomas Jungbluth (Hamburg) als Achter für die beste DSV-Plazierung sorgte. Willi Kuhweide (Hamburg), der die Kieler Woche bereits zehnmal gewonnen hat, kam auf einen für ihn indiskutablen 19. Platz. Fritz Geis (Prien) wurde gar nur 21.

Bei den Finn-Dingis und bei den Staren waren vor Kiel deutliche Ermüdungserscheinungen nicht zu übersehen: In beiden Klassen waren die Europameisterschaften erst kürzlich zu Ende gegangen. Und anders als bei den Windglidern und den 470ern standen die Teilnehmer für die vorolympischen Wettkämpfe vor Long Beach (29. Juli bis 6. August) bereits vor der Kieler Woche fest. Die frischgebackenen Europameister im Starboot, Alexander Hagen/Vincent Hösch (Garratshausen/Rinsting) strichen wegen Krankheit vorzeitig die Segel und Joachim Grise/Michael Markur (Hamburg/Kiel) fehlte ohne die direkte Konkurrenz der nötige Ansporn. Sie wurden als Siebte nur drittbeste DSV-Crew. Der Finn-Segler Thomas Schmidt (Hamburg) hatte nach seinem enttäuschenden siebten Platz bei der Europameisterschaft eigentlich gar nicht antreten wollen, entschloß sich dann aber vor Kiel, Material auszuprobieren. Sein siebter Platz in der Endabrechnung läßt deshalb keine Rückschlüsse zu.

DSV-Sportdirektor Horst Sendes zeigte sich denn auch im großen und ganzen mit der Kieler Woche zufrieden: „Besonders freue ich mich natürlich, daß die Gebrüder Hunger ihre Leistung bestätigt haben. Ihre Fahrkarte für die vorolympischen Regatten haben die beiden sicher." Sicher hat sie auch Dirk Meyer nach seinem zweiten Platz bei den Windglidern. Den Einbruch in der Soling-Klasse nahmen weder Hans Sendes noch Bundestrainer Klaus-Peter Stohl tragisch: „Eine schlechte Serie kann immer mal dazwischen sein. Sowohl Willi Kuhweide als auch Fritz Geis haben in diesem Jahr schon hervorragende Resultate vorzuweisen." Eher bereiten die Tornados Sendes und Stohl Sorgen, denn auch vor Kiel kamen Rainer Martens/Frank Lindemann (Berlin) über einen neunten Platz in der Endabrechnung nicht hinaus.

Seit elf Jahren segelt der 25jährige Joachim Hunger bereits im 470er. Doch erst seit sich auch sein Bruder Wolfgang vor vier Jahren entschloß, in dieser Klasse aktiv zu werden, entpuppten sich die beiden als beste deutsche Crew. International liefen sie jedoch bis vor 14 Tagen unter ferner liefen. Ihren plötzlichen Erfolg führten die beiden auf ein besser getrimmtes Boot zurück – im DSV glaubt man eher, der Druck, die Qualifikation für die vorolympischen Regatten nicht zu schaffen, habe sie angespornt. Einen ihnen mehrfach vorgeworfenen mangelnden Trainingsfleiß wiesen Wolfgang und Joachim Hunger energisch zurück: „Wir trainieren genauso hart wie alle anderen. Wir sind allerdings in erster Linie Studenten und haben wegen der Segelei noch kein Semester verloren." Ein halbes Jahr im Medizinstudium zu verlieren, wäre für sie ein zu großes Opfer.

Erfolgreichster Verband der Kieler Woche waren die Dänen. Sie holten elf Tagessiege und stellten mit Lasse Hjortnaes, der die Finn-Klasse bereits zum dritten Mal hintereinander gewann, und den Brüdern Jörg und Jacob Bojsen-Möller im Flying Dutchman zwei Gesamtsieger.

AACHENER TURNIER / Zehnter Titel für die deutsche Dressurmannschaft, aber in der Einzelwertung besiegt – Michael Rüping der neue Star

Reiner Klimke: „Wer nicht verlieren kann, kann auch nicht siegen . . ."

sid/dpa, **Aachen**

So überlegen gewann noch kein Reiter die Dressur-Europameisterschaft: Die Dänin Anne-Grethe Jensen hat die sonst so geordnete Welt der Dressur-Reiter in Unordnung gebracht, als sie mit ihrem dreijährigen Wallach Marzog im Grand-Prix-Special um das Europachampionat in Aachen mit 1501 Punkten vor Weltmeister Reiner Klimke (Münster) auf Ahlerich (1365) und dem Hamburger Uwe Sauer auf dem Holsteiner Hengst Montevideo (1359) gewann.

Tags zuvor hatte die deutsche Mannschaft mit Klimke, Uwe Schulten-Baumer (Mettingen) auf Madras, Sauer und Herbert Krug (Hochheim) auf Muscadeur mit 5080 Punkten überlegen den Mannschaftstitel gewonnen und damit die seit 1965 eingeschlagene Erfolgsserie glanzvoller deutscher Reitkunst fortgesetzt. Die Dänen hatten als Zweite (4814) ihr erstes größeres internationales Erfolgserlebnis vor der Schweiz (4761). Die Kluft zwischen den deutschen Dressurreitern und dem Rest der Welt hat sich eher vergrößert, denn die Deutsche Reiterliche Vereinigung könnte vom Potential her mindestens vier Mannschaften aufstellen – sie würden bei der Siegerehrung alle nebeneinander aufgereiht stehen. Deshalb wohl gilt in Deutschland bei einem Championat das Trachten nur noch nach dem Einzelgold, das persönliche Herausreiten aus dem Kreis der Konkurrenz.

Die Dänin Anne-Grethe Jensen, zu Hause in der 60 000-Einwohner-Stadt Naestved, tauchte vor drei Jahren erstmals in der internationalen Dressur-Szene auf, und sofort prophezeiten ihr die Experten eine große sportliche Zukunft. Nur drei Jahre brauchte die 31 Jahre alte Büroangestellte zur Bestätigung.



Sie besiegten den Weltmeister: Anne-Grethe Jensen und Marzog FOTO: RZEPKA

Als erste der Favoriten mußte die Dänin im Grand-Prix-Special die Figuren der Hohen Schule in den regennaßen Sand graben. Der Wallach Marzog ging nicht so frisch wie tags zuvor im Grand Prix, denn Unebenheiten in der Passage oder Pirouette waren nicht zu übersehen. Aber die Richter waren längst geblendet, hatten sich selbst in eine Stimmung hineingesteigert und griffen deshalb tief in den Notenkasten.

Die Herausforderung nahm nur Reiner Klimke an. Doch gleich bei der ersten Piaffe wäre der westfälische Wallach Ahlerich aufgestiegen und wurde nur durch die Reitkunst des Weltmeisters vor einem Sprung nach vorne gebändigt. Klimke kurz nach dem Ritt: „Das war es dann wohl auch gewesen. Ich habe alles versucht und verloren. Doch wer nicht verlieren kann, kann auch nicht siegen." Titelverteidiger Schulten-Baumer hatte sich bereits vorher aufgegeben: „Ich hole sowieso nichts mehr . . ."

Anne-Grethe Jensen meinte noch vor Ende der Konkurrenz: „Daß ich gewinne, damit hatte ich nicht gerechnet, denn ausgerechnet in Deutschland zu siegen, gegen solche Reiter wie die Deutschen, da gehört viel Glück dazu."

Für Bundestrainer Harry Boldt war der Ausgang der Europameisterschaft alles andere als vorauszusehen. Er sagte: „Daß Ahlerich nicht gewinnt, damit hatte ich nicht gerechnet, denn im Normalfall kann Klimke mit seinem Wallach, wie schon bewiesen, immer gegen Anne-Grethe Jensen gewinnen."

Eigentlicher Sieger des Tages war Uwe Sauer, der Reiter ohne Intrigenspiel, ohne jene Trommler, die einen manchmal in die Mannschaft hineinklopfen können. Sauer, der bei seinem ersten großen Auftritt bei einem Championat Gold und Bronze holte, meinte: „Ich mußte auf diesen Tag lange genug warten."

Ein unentschlossener Reiter – von den Pferden leben, oder eine Arztpraxis

H. SCHIMMÖLLER, **Aachen**

Der erste Kopf, der in der Runde geschüttelt wird, ist ausnehmend hübsch. Blonde Locken und ein etwas spöttisch wirkendes Lächeln in den Mundwinkeln. So kommentiert Eva Rüping die Auswirkungen des Erfolgs, den ihr Mann Michael hat. Es geht darum, ob der Springreiter Rüping irgendwann einmal den Doktor Rüping besiegen wird. Es geht darum, den schmalen Grat zwischen sportlichem Erfolg und beruflichem Fortschritt zu erfassen.

Wo Eva schon den Kopf schüttelt, ist Michael zögernd bereit, vielleicht doch mal in den Apfel zu beißen, jedenfalls mal so ein kleines Stück. Michael Rüping ist Mediziner, sein Ziel ist eine eigene Praxis als Facharzt für Orthopädie. Aber er ist auch Springreiter und inzwischen so erfolgreich, daß man dies, gemessen an den nationalen Maßstäben, durchaus schon als eigenen Beruf betrachten kann. Jedenfalls hält es jeder so in diesem exklusiven Kreis, in den jetzt Michael Rüping vorgestoßen ist. Er ritt am Freitag beim Nationenpreis des CHIO in Aachen im deutschen Team, und auch bei den Europameisterschaften in Hickstead (28. bis 31. Juli) steht er in der Equipe.

Die anderen, das sind Europameister Paul Schockemöhle (38), der sich selbst gerne Deutschlands größten Züchter und Pferdehändler nennt, das ist Ex-Weltmeister Gerd Wiltfang (37), in dessen Pferdehändlerkasse es fast ebenso heftig klingelt, und das ist Weltmeister Norbert Koof (27), der in diesem Geschäft nach dem WM-Sieg auch Tritt faßt.

Die anderen sind anders, das gilt auch auf anderen Bereichen. Die anderen hatten alle schon ihren Krach mit dem Verband, ehe sie oben ankamen. Michael Rüping aber kam zwar nicht heimlich, doch still und leise. „Ich habe nie einen Grund gehabt, mich zu beschweren", sagt er.

Er wurde Dritter bei den deutschen Meisterschaften 1982, Dritter beim Weltcup-Springen in Berlin, und bei den deutschen Meisterschaften in Berlin vor zwei Wochen gehörte ihm der Titel nur bis zu den beiden letzten Hindernissen – die trat sein Pferd Caletto runter, und Rüping wurde Fünfter.

Aber jetzt fährt er mit zur Europameisterschaft, einer, der nur vier Nationenpreise mitgeritten ist. Eigentlich nur dreieinhalb, denn beim ersten, im Frühjahr in Dublin, da hat er sich noch verritten. Vier Nationenpreise, das ist eigentlich ein Nichts an Routine.

mitgenommen wurde", sagt Bundestrainer Hermann Schridde. Aber er glaubt an Rüping: „Er ist bereit, sich einzupassen ins Team, will dazulernen. Was ihm hier draußen fehlt, ist die Abgebrühtheit." Dazu gehört auch, daß Rüping und sein achtjähriger Hengst Caletto beim Nationenpreis zweimal am gleichen Sprung patzten.

So etwas ist zwangsläufig, wenn die Karriere so verläuft wie bei Michael Rüping. 1968 wurde er Vizemeister der Junioren, später, während Studium und Ausbildung, wurde Reiten zum reinen Hobby. Rüping schaute in Lehrbüchern nach und bei anderen ab, 1981 plötzlich fühlte sich der Autodidakt stark genug, „es mit der Reiterei doch mal richtig zu versuchen".

Er fand einen Partner und die richtigen Pferde. Der „Verband der Züchter des Holsteiner Pferdes" stellte ihm den zehnjährigen Hengst Silbersee (mit dem er zuerst Erfolg hatte) und die elfjährige Stute Costa zur Verfügung. Caletto (der jetzt die Hoffnungen auf die große Karriere trägt) kaufte er selbst vom Verband.

Sieben Pferde stehen bei ihm im Stall, die anderen haben das Zehn- bis Hundertfache. „Aber der Kreis der wirklichen Klassepferde ist bei ihnen auch nicht größer", sagt Rüping, „das ist kein Nachteil für mich." Deshalb könne jetzt ruhig ein Mäzen kommen und ihn in seinen Stall locken wollen – er hätte keine Chance.

Das ist der Moment, wo der Doktor den Springreiter auf Kurs hält. Doch das wird immer schwieriger. „Es hat im letzten Jahr schon viele Kompromisse gegeben", sagt Rüping, der jetzt als Assistent in einer Hamburger Gemeinschaftspraxis „seine Freiheiten fürs Reiten nutzt, aber täglich wenigstens einen halben Tag arbeitet".

So soll es bleiben, sagt er, und Eva nickt dazu. „Der Beruf gibt mir Befriedigung, ich will nicht nur über Pferde reden. Und ich kenne einige ältere Reiter, früher talentiert wie ich heute, die jetzt in dunklen Hallen Leuten auf ihren Hobbypferden den leichten Trab beibringen müssen."

Aber jetzt wächst der Erfolg und damit die Bereitschaft zu Kompromissen: „Es ist die Rechtfertigung für mich selbst, daß es sich lohnt, beruflich ein oder zwei Jahre kürzer zu treten. Ich krieg' dann die eigene Praxis eben etwas später."

Und dann hört es sich schon so wie Trotz an, wenn der Springreiter dem Doktor Rüping wie zur Beruhigung sagt: „So doll ist die Reiterei nun doch wieder nicht, daß sie meine Sinne total berauscht."

MOTORRAD

Weltmeister Uncini liegt im Koma

dpa, **Assen**

Die Diskussion um die Gefährlichkeit des Motorrad-Rennsports ist wieder neu entfacht, doch Lösungen wird es weiterhin nicht geben. Während die Ärzte im Krankenhaus um das Leben von Motorrad-Weltmeister Franco Uncini (Italien) kämpften, fuhr der Amerikaner Kenny Roberts mit einem Freudensprung auf dem Hinterrad seiner 500-ccm-Yamaha als Sieger des holländischen Grand Prix in Assen durchs Ziel – umjubelt von 150 000 Fans.

Franco Uncini liegt noch immer bewußtlos mit schweren Verletzungen (Gehirnerschütterung, Nasenwurzelbruch, Rippenbrüche, innere Blutungen, Lungenquetschung) auf der Intensivstation. Uncini, verheiratet und Vater einer Tochter, war in der zweiten Runde am Ende einer langsamen Kurve beim Beschleunigen mit seiner Suzuki gestürzt. Als er sich aufrichtete, um von der Strecke zu laufen, wurde er von der Honda des Australiers Wayne Gardner am Kopf getroffen. Gardner kam glimpflich davon, obwohl er zehn Meter durch die Luft flog und erst von Strohballen gestoppt wurde.

Uncinis Unfall war der Tiefpunkt einer ganzen Serie von Stürzen, die den Motorrad-Sport überschatten. 1980 in Silverstone überfuhr Roger Rougerie (Frankreich) seinen Landsmann Patrick Pons, der einen Tag später seinen Verletzungen erlag. Im Mai 1981 wurde Rougerie selbst Opfer eines Unfalls. Als er nach einem Sturz die Piste verlassen wollte, wurde er von der Maschine seines Freundes Roger Sibille erfaßt und durch die Luft geschleudert. Rougerie war auf der Stelle tot.

Am Ostersonntag in Le Mans wurde erst nach Rennschluß der Tod des 500-ccm-Piloten Michel Frutschi (Schweiz) bekanntgegeben, der noch an der Unfallstelle gestorben war. Beim Training zum französischen Grand Prix war schon der Japaner Iwao Ishikawa tödlich verunglückt, als der Italiener Reggiani mit versagenden Bremsen bei Tempo 280 in den Japaner hineingefahren war. Das sechste Todesopfer in diesem Jahr hatte es vor 14 Tagen in Rijeka gegeben, als der Schweizer Rolf Rüttimann im Krankenhaus seinen Verletzungen erlag. Bei einem Rennen in Imola war im Mai der Italiener Guido Paci tödlich verunglückt. Und schon zum Auftakt der deutschen Meisterschaft in Speyer hatte es im April zwei Todesopfer gegeben. Reinhold Hagenmeier (Achstetten) wurde im Training aus dem Seitenwagen geschleudert, und Bernhard Bürkle (Kehl) erlag zwei Tage später im Krankenhaus den schweren Verletzungen, die er sich bei einem Sturz im Rennen der 250-ccm-Klasse zugezogen hatte.

GALOPP / Letzter Derby-Test endete in Hamburg mit einem knappen Sieg von Sheriff – Potomac aus dem Kreis der Favoriten ausgeschieden

Die letzte Hoffnung für Jockey Klein erfüllte sich, er darf jetzt mitreiten

K. GÖNTZSCHE, **Hamburg**

Erst zweimal ist Jockey Siegmar Klein (27) im Deutschen Derby auf der Galopprennbahn in Hamburg-Horn bislang an den Start gegangen. 1980 belegte er mit dem Riesenaußenseiter Arcosanti hinter dem Favoriten Navarino nur hauchdünn geschlagen den zweiten Platz, im Vorjahr ritt er den Hengst Lodino überraschend auf den dritten Platz hinter Aco und Eiswind.

Für das 114. Deutsche Derby am nächsten Sonntag war Klein bis Samstag ohne Ritt. Er ist als dritter Jockey hinter Georg Bocskai und Andreas Tylicki am Championstall von Trainer Heinz Jentzsch in Köln tätig, aber die Derby-Ritte von Jentzsch waren vergeben: Ocos mit Georg Bocskai, Anatas mit Andreas Tylicki und Abary, für den man den englischen Spitzenjockey Willie Carson verpflichtete. Klein hat vertraglich keine Absicherung, das dritte Pferd des Stalles reiten zu dürfen. Besitzer Walther Jacobs vom Gestüt Fährhof holte deshalb für seinen Abary lieber einen Engländer.

Kleins einzige Hoffnung war ein Sieg des Hengstes Sheriff im Otto-Schmidt-Rennen (30 000 Mark, 17 500 Mark dem Sieger, 2200 m), im allerletzten Derby-Test am Samstag in Hamburg: Sheriff hat das Rennen mit kurzem Kopf Vorsprung vor Tesoro mit Jockey José Orihuel gewonnen, zweieinviertel Längen dahinter rückte Feuersturm mit Manfred Hofer auf den dritten Platz, Vierter wurde Arcos mit Mario Hofer. Der zweite Vertreter aus dem Jentzsch-Stall, Potomac, enttäuschte als Sechster und schied damit endgültig aus dem Kreis der Derby-Kandidaten aus. Am Samstag saß Georg Bocskai (24) im Sattel von Sheriff, aber nächsten Sonntag wird Siggi Klein im Derby im Sattel sitzen. Klein ritt zum Auftakt der Derby-Woche nicht in Hamburg, sondern am Raffelsberg in Mülheim/Ruhr.

Fast eine Stunde berieten Trainer Jentzsch und Gestütsleiter Ewald Meyer zu Düte vom Gestüt Schlenderhan, ob man Sheriff nun im Derby aufbieten solle oder nicht. Jentzsch: „Ich bin immer noch nicht restlos überzeugt, ob er die Derby-Distanz von 2400 Metern steht. Aber mit einem Sieger des Otto-Schmidt-Rennens muß man wohl antreten." Der Gestütsleiter kommentierte die Entscheidung auf ungewöhnliche Weise: „Wir wollen dem Klein eine Chance geben." Tatsächlich dachte er wohl mehr an das Pferd als an den Jokkey.

Hoffnungsvoll war die Leistung des zweitplazierten Tesoro, der erst seinen zweiten Jahresstart absolvierte, Jockey Orihuel holte weisungsgemäß nicht das Letzte aus ihm heraus. Er wird im Derby laufen.

Wolfgang Figge aus München, Betreuer des viertplazierten Arcos, möchte nur dann im Derby antreten, wenn das Geläuf weich ist. Da die endgültige Starterangabe bereits gestern abend war, könnte Arcos am Derby-Tag kurzfristig zurückgezogen werden. Trotzdem könnte er dann später im Bayerischen Zuchtrennen starten, da die sonst bei Rennquintett-Rennen übliche Sperrfrist von 15 Tagen auf sechs Tage verkürzt wurde.

Obwohl die Hamburger Rennbahn am Eröffnungsrenntag bedingt durch das Unterhaltungsprogramm eines Supermarktes voll war (offiziell wurden sogar 30 000 Besucher genannt), ging der Umsatz an den Wettschaltern im Vergleich zum Vorjahr rätselhaft zurück. 877 747,50 Mark wurden in zehn Rennen umgesetzt, am Samstag schaffte man in ebenfalls zehn Rennen lediglich enttäuschende 797 835 Mark. Die 50 000 Mark, die der Sponsor in die Kassen des Rennvereins zahlt, machen den Verlust von zehn Prozent im Vergleich zum Vorjahr nicht wett.

Kopf an Kopf durchs Ziel: Sheriff mit Georg Bocskai blieb im Otto-Schmidt-Rennen knapp vor Tesoro mit Jose Orihuel. FOTO: WITTERS

Elf Weltklasseschläge von Eva Pfaff stürzten Englands Hoffnung Jo Durie

CLAUS GEISSMAR, London

Im Aorangi Park, dem Trainingszentrum von Wimbledon, ist ein Mann mit drei Koffern angekommen. In den Koffern von Robert Haas aus Miami befindet sich nicht ein einziger Ball oder Tennisschläger. Haas transportiert nur Vitamintabletten, Tabellen über Kohlehydrate und Computerprogramme, die die Wirkung von Apfelsinen auf Hirnströme berechnen. Der amerikanische Ernährungswissenschaftler arbeitet ausschließlich für die Titelverteidigerin Martina Navratilova (26). Schon seit neun Monaten ißt die geborene Pragerin morgens, mittags und abends nur das, was der Computer vorschreibt.

Es gilt schon seit Jahrzehnten als eine Binsenweisheit des Hochleistungssports, daß sich Athleten richtig ernähren müssen. Haas hat diese Binsenweisheit jedoch weiterentwickelt. Er hat seinen Computer mit 39 einzelnen Daten des Blutbildes von Martina Navratilova gefüttert. Es geht nicht nur um so einfache Fragen wie Kalorien-Umsatz, sondern um die kompliziertesten Probleme der Neuropsychologie. Wie wirkt der Center-Court-Streß auf die bioelektrischen Hirnfunktionen? Was muß man essen, um dem Abbau der Konzentrationsleistung des Hirns vorzubeugen?

Der medizinische Laie darf sich mit dem Gedanken beruhigen, daß die Empfehlungen von Haas die Titelverteidigerin nicht zur Einnahme von Labormahlzeiten zwingen. Sie hat in der ersten Wimbledon-Woche keine Steaks, aber viel Spaghetti gegessen.

Das Blutbild der Exil-Tschechin ist für die 175 000 Zuschauer der ersten Wimbledon-Woche unsichtbar geblieben. Aber die psychischen Auswirkungen der Haas-Diät hat die 26jährige offen zur Schau getragen. Wer mit Martina Navratilova im Pressezentrum von Wimbledon spricht, spürt deutlich: Schon ihr Selbstbewußtsein drückt viele Gegnerinnen an die Wand. In Wimbledon verkündete sie: „Mich kann jetzt nur noch eine Wunderfrau schlagen."

Die Rolle einer „Wonderwomen", die Hollywoods Zaubertricks braucht, um Martina Navratilova zu schlagen, fällt heute vor der großen Kulisse des Court Nummer eins Claudia Kohde aus Saarbrücken zu. Die 19jährige hat in Wimbledon bisher noch keinen Satz verloren. DTB-Damentrainer Klaus Hofsäß hat Claudia Kohde auch ohne Computer in die richtige psychische Verfassung gebracht. Im Gegensatz zu Sylvia Hanika, die gegen Jennifer Mundel (21), die Nummer 75 der Weltrangliste, verlor, kämpfte die Saarbrückerin in Wimbledon bisher um jeden einzelnen Ball. Zu noch größerer Form ist jedoch Eva Pfaff (22) aufgelaufen. Sie stand zum ersten Mal in ihrer Tennis-Karriere im Centre Court, dem Mekka aller Tennisspieler. Bei 5:4 und 40:30 hatte die Engländerin Jo Durie im zweiten Satz einen Satzball. Nach diesem Spielstand folgten noch 13 Punkte. Elf davon gewann Eva Pfaff, zwei die Engländerin. Es waren elf Weltklasseschläge, mit denen Eva Pfaff das Match an sich riß (7:6, 7:5).

Ernährungswissenschaftler Haas will Martina Navratilova nicht nur in diesem Jahr, sondern bis zum 40. Lebensjahr zu Wimbledon-Siegen verhelfen und gleichzeitig den Altersabbau verzögern. Er sollte sich in Wimbledon vorsichtshalber auch nach den Rezepten von Virginia Wade und Billie Jean King erkundigen. Die englische Pfarrerstochter Virginia Wade, Wimbledon-Siegerin des Jahres 1977, wird in 14 Tagen 38 Jahre alt. Sie ist die nächste Gegnerin von Eva Pfaff. Billie Jean King, im Einzel, Doppel und Mixed Gewinnerin von 20 Wimbledon-Titeln, wird im November 40 Jahre alt. Sie steht ebenso in der Runde der letzten 16.

Auch bei den Herren, die genau wie die Damen vor einer Woche mit 128 Spielern antraten, ist das Feld in der zweiten Turnierwoche auf 16 Spieler zusammengeschrumpft. Und immer noch wird ein Ernährungswissenschaftler gesucht, der das Blutbild von John McEnroe beeinflussen kann. Diese Aufgabe ist mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Denn bei McEnroe geht es nur darum, daß sein Blut dauernd kocht. Nachdem er das letzte Einzel gegen Brad Gilbert (21) glatt und ohne Zwischenfälle (6:2, 6:2, 6:2) gewonnen hatte, sorgte McEnroe beim Doppel mit Partner Peter Flemming für neue Aufregung. Die beiden Amerikaner griffen nicht nur ihre Gegner, sondern mit immer neuen Schimpfkanonaden auch die Schieds- und Linienrichter an.

Was den Spielern der Weltspitze ein Wimbledon-Sieg bedeutet, formulierte gestern plötzlich der im Einzel als Nummer drei gesetzte Ivan Lendl: „Ich schenke Ihnen alle meine anderen Titel, wenn ich nur einmal in Wimbledon gewinnen kann", sagte der Tscheche. Falls er die nächsten Runden übersteht, trifft Lendl im Halbfinale auf McEnroe. Davor muß er allerdings noch eine andere Hürde nehmen. Denn unter den letzten 16 ist plötzlich auch Roscoe Tanner. Der Amerikaner, 1979 Endspielgegner von Björn Borg und inzwischen 31 Jahre alt, hatte sich eigentlich schon aus der Weltspitze verabschiedet. In der ATP-Rangliste steht er nur noch auf Platz 140. Aber in Wimbledon hat er seinen knallharten Aufschlag wiederentdeckt. Bei seinem Sieg gegen Mats Wilander gelangen ihm 23 Aufschlagasse (SAD)

NACHRICHTEN

Müller enttäuschte

Mailand (sid) – Der frühere Stuttgarter Hansi Müller bot bei der 1:2-Niederlage seines Klubs Inter Mailand gegen Flamengo Rio de Janeiro zum Auftakt des Mundialito-Turniers für Fußball-Vereinsmannschaften in Mailand eine enttäuschende Leistung. Im zweiten Spiel gewann Penarol Montevideo gegen AC Mailand mit 1:0.

Schwimmstars fehlen

Los Angeles (dpa) – Die amerikanischen Schwimmstars werden bei der Einweihung des Olympia-Schwimmstadions Mitte Juli in Los Angeles nicht an den Start gehen. Sie wollen sich nicht gegen die Teilnehmer aus der „DDR" und der UdSSR blamieren.

Hoher Sieg im Hockey

Köln (sid) – Bei der Hockey-Weltmeisterschaft für Militärmannschaften kam die deutsche Auswahl im ersten Endrundenspiel in Köln gegen Nigeria zu einem 7:0-Erfolg.

Kelly gewann Rundfahrt

Zürich (dpa) – Der irische Radprofi Sean Kelly gewann die Tour de Suisse vor dem Holländer Peter Winnen. Die letzte Etappe hat der Schweizer Urs Freuler für sich entschieden.

Kanu: Eicke Zweiter

Duisburg (dpa) – Mit einem zweiten Platz im Einer-Canadier über 1000 Meter sorgte Uli Eicke (Düsseldorf) bei der Internationalen Kanu-Regatta in Duisburg für die beste Plazierung der Teilnehmer des Deutschen Kanuverbandes.

Schach: Deutsche führen

Plovdiv (dpa) – Nach einer 3,5:4,5-Niederlage gegen die Niederlande führen die deutschen Schachspieler bei der Europa-Mannschaftsmeisterschaft in Plovdiv im zweiten Spiel gegen Dänemark bei drei Hängepartien mit 3:2.

Volleyball-Team verlor

Hochheim (sid) – Die deutsche Volleyball-Nationalmannschaft der Herren unterlag in einem Freundschaftsspiel in Hochheim gegen Ungarn mit 1:3. – Das deutsche Damen-Team erhielt für die Europameisterschaft (17.-25. September in der „DDR") in der Vorrundengruppe mit Weltmeister Bulgarien, Polen und Frankreich schwere Gegner zugelost.

Mayer-Vorfelder bestätigt

Stuttgart (sid) – Der baden-württembergische Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder wurde auf der Jahreshauptversammlung des Fußball-Bundesligaklubs VfB Stuttgart als Präsident für zwei weitere Jahre wiedergewählt.

Bestleistung im Schießen

Phoenix (sid) – Werner Reiniger (Winterbach) erzielte bei den Internationalen Meisterschaften der Sportschützen der USA mit 600 Ringen bei der olympischen Schnellfeuerpistole Weltbestleistung. Im Luftpistolen-Wettbewerb verbesserte Waltraud Weißenberg (Gengenbach) in Phoenix (US-Bundesstaat Arizona) den Deutschen Rekord von Ortrud Feickert um drei Ringe auf 385 Ringe.

Freigabe für Ouzaki

Bielefeld (sid) – Der japanische Fußball-Verband hat seinem Nationalspieler Kuzuo Ouzaki, der für 20 000 Mark Ablösesumme zum Bundesligaklub Arminia Bielefeld wechselte, vorzeitig die Freigabe erteilt. Ursprünglich war die Freigabe erst für Dezember erwartet worden.

Großhadern Judomeister

München (sid) – Der TSV München-Großhadern gewann zum sechsten Mal die Deutsche Judo-Mannschaftsmeisterschaft. Nach der 3:4-Niederlage im Final-Hinkampf gegen den VfL Wolfsburg und der 4:3-Erfolg im Rückkampf in München gab schließlich die höhere Zahl von Bewertungspunkten den Ausschlag für den Titelgewinn.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . .

GOLF

Europäische Mannschaftsmeisterschaften, Damen in Brüssel-Waterloo (16 Nationen), Viertelfinale: Deutschland – Wales 5:2 Punkte (Vierer 2:0/Einzel 3:2), England – Frankreich 4:3, Irland – Schottland 4:3, Schweden – Spanien 5:2. Vorschlußrunde: England – Deutschland 5:2 (Vierer 2:0/Einzel 3:2), Irland – Schweden 5:2 (2:0/3:2). 5.–8. Platz Frankreich – Wales 4:3, Schottland – Spanien 5:2. – Herren in Paris-Chantilly (19 Nationen): Viertelfinale: Schottland – Norwegen 4:3, Irland – Frankreich 6:1, Italien – Dänemark 4:3, Spanien – England 4:3, Vorschlußrunde: Irland – Schottland 4:3, Spanien – Italien 4,5:2,5, 5.–8. Platz Frankreich – Norwegen 7:0, England – Dänemark 6:1, 9.–15. Schweiz – Belgien 4:3, Schweiz – Deutschland 4:3 (1:½:2).

PFERDESPORT

CHIO Aachen, Mächtigkeitsspringen: 1. Rühmann (Schweiz) 0 Fehlerpunkte, 2. Simon (Österreich), Macken (Irland) auf Royal Line, Darragh (Irland) auf Young Diamond je 4 alle im dritten Stechen. – Zeitspringen: 1. Wiltfang mit Roman (Thedinghausen) 61,06 Sek., 2. Ledingham (Irland) mit Gabhran 62,77, 3. Bayer (Troisdorf) mit Pandur 66,01. – Zeitspringen „über Gräben, Wall und durch den See": 1. Darragh mit P. J. Carrol 71,96, 2. Sas-Jaworski (Polen) mit Skylab 72,67, 3. Frühmann (Österreich) mit Attention 73,15. – Dressurreiten, Mannschaft, Endstand: 1. Deutschland (Klimke auf Ahlerich 1733, Schulten-Baumer auf Madras 1690, Krug auf Muscadeur 1657, Sauer auf Montevideo 1628 Punkte = 5080, 2. Dänemark 4814, 3. Schweiz 4761.

MOTORSPORT

Achter Formel-2-Europameisterschaftslauf in Donington: 1. Palmer (England) Ralt-Honda 1:16:39,02, 2. Thackwell (Neuseeland) Ralt-Honda 1:16:57,39, . . . 5. Danner March-BMW 1:17:35,50 . . . 7. Bellof (beide Deutschland) Maurer-BMW 1 Rd. zur. – Stand: 1. Gabbiani (Italien) 38, 2. Palmer 33, . . ., 5. Danner und Bellof je 16.

WASSERBALL

Bundesliga, Endrunde, 2. Spieltag: Spandau – Hannover 18:6, Esslingen – ASC Duisburg 13:10. – Abstiegsrunde: Würzburg – Köln 14:8, Cannstatt – Düsseldorf 9:6, Neustadt – Braunschweig 7:11.

SCHWIMMEN

95. Deutsche Meisterschaften in Hannover, sechster und letzter Tag: Herren: 100 m Freistil: 1. Schmidt (Bonn) 50,73 (DSV-Rekord), 2. Schowtka (Hamburg) 51,97, 3. Korthals (Gladbeck) 51,98. – 1500 m Freistil: 1. Fahrner (Lyon/DSV) 15:21,6 (DLV-Jahresbestzeit), 2. Pfeifer (Hamburg) 15:21,6 (Zielrichterentscheid), 3. Henkel (Köln) 15:28,3. – 200 m Schmetterling: 1. Groß (Offenbach) 1:58,22 (Europarekord und Weltjahresbestzeit), 2. Kraus (Gladbeck) 2:04,39, 3. Schlupp (Bonn) 2:05,01. – 200 m Lagen: 1. Hahn (Burghausen) 2:06,69 (DSV-Rekord), 2. Diegel (Bonn) 2:07,24, 3. Klapkarek (Bochum/Wattenscheid) 2:08,6. – 4 x 100 m Lagen: 1. Darmstadt 3:51,80, 2. Bochum/Wattenscheid 3:52,17, 3. Nikar Heidelberg 3:54,88. – Damen, 200 m Freistil: 1. Beyermann (Köln) 2:01,4 (DSV-Jahresbestzeit), 2. Zindler (Köln) 2:02,63, 3. Kowalczik (Köln) 2:04,27. – 100 m Schmetterling: 1. Seick (Winsen) 1:02,24, (DSV-Jahresbestleistung), 2. Paul (Heidelberg) 1:02,90, 3. Kalweit (Essen) 1:02,94. – 200 m Rücken: 1. Schlicht (Nienhagen) 2:16,7 (DSV-Rekord), 2. Dahlmann (Gladbeck) 2:19,07, 3. Hasse (Bonn) 2:19,7. – 200 m Lagen: 1. Zindler (Köln) 2:18,00 (DSV-Rekord), 2. Schulz (Bonn) 2:20,15, 3. Pielke (Hannover) 2:22,37. – 4 x 100 m Lagen: 1. Rhenania Köln 4:2,99 (DSV-Rekord), 2. SSF Bonn 4:24,91, 3. Hannover 4:26,80.

LEICHTATHLETIK

83. Deutsche Meisterschaften in Bremen, erster Tag, Männer: 100 m: 1. Haas (Fürth) 10,19 (Zwischenlauf: 10,16/Deutscher Rekord), 2. Rizzi (Mannheim) 10,39, 3. Luxenburger (Fürth) 10,41. – 10 000 m: 1. Herle (Fürth) 28:22,52, 2. Spöttel (Verden) 28:48,70, 3. Fleschen (Leverkusen) 29:15,19. – Zweiter Tag, Final-Ergebnisse: Männer: 400 m: 1. Weber (Kamen) 45,12 (Europa-Jahresbestzeit), 2. Skamrahl (Groß-Ilsede) 45,43, 3. Weppler (Sindelfingen) 46,00. – 1500 m: 1. Becker (Wolfsburg) 3:39,63, 2. Wessinghage (Köln) 3:40,80, 3. Mönkemeyer (Wattenscheid) 3:40,95. – 4 x 100 m: 1. Fürth 38,95 (DLV-Jahresbestzeit), 2. Kornwestheim 39,02, 3. Wattenscheid 39,03. – 400 m Hürden: 1. Schmid (Gelnhausen) 48,66, (Europa-Jahresbestzeit), 2. Salander (Leverkusen) 50,50, 3. Schmitt (Frankfurt) 50,90. – 3000 m Hindernis: 1. Schwarz (Gauting-Stockdorf) 8:29,18, 2. Tiller (Göttingen) 8:38,94, 3. Ilg (Fürth) 8:41,30. – Hochsprung: 1. Mögenburg (Köln) 2,31, 2. Thränhardt (Köln) 2,28, 3. Frommeyer (Wattenscheid) 2,28. – Stabhochsprung: 1. Lohre (Kornwestheim) 5,50, 2. Winkler (Bonn) 5,40, 3. Volmer (Wattenscheid) 5,25. – Dreisprung: 1. Bouschen (Düsseldorf) 17,33 (Deutscher Rekord), 2. Knabe (Groß-Ilsede) 16,78, 3. Kübler (Kornwestheim) 16,48. – Diskus: 1. Wagner (Mainz) 64,92, 2. Hartmann (Buchloe) 64,08, 3. Danneberg (Wedel-Pinneberg) 62,38. – Frauen, erster Tag, 100 m: 1. Klösters (Dortmund) 11,44, 2. Vollmer (Dortmund) 11,48, 3. Hirsch (Mainz) 11,59. – 3000 m: 1. Kraus (Köln) 9:12,04, 2. Francis (Sonsbeck) 9:15,48, 3. Schäfer (Mengerskirchen) 9:18,34. – 10 000 m: 1. Teske (Darmstadt) 32:13,85 (Deutscher Rekord), 2. Lövenich (Bonn) 33:39,91, 3. Riermeier (Fürth) 33:54,05. – Zweiter Tag, 400 m: 1. Bussmann (Ahlen-Hamm) 50,87 (DLV-Jahresbestzeit), 2. Thimm (Köln) 52,14, 3. Gottwald (Gladbeck) 52,49. – 4 x 100 m: 1. Leverkusen 44,74 (DLV-Jahresbestzeit), 2. Dortmund 44,87, 3. Sindelfingen 44,97. – Weitsprung: 1. Sussiek (Leverkusen) 6,73, 2. Weigt (Leverkusen) 6,58, 3. Everts (Düsseldorf) 6,53. – Diskus: 1. Manecke (Fürth) 65,10 (DLV-Jahresbestweite), 2. Gutewort (Fürth) 61,18, 3. Beuge (Berlin) 58,84. – Speer: 1. Thyssen (Leverkusen) 65,80, 2. Peters (Dortmund) 62,38, 3. Alizadeh (Kappelsberg) 57,68.

FUSSBALL

Intertotorunde, Gruppe 2: Young Boys Bern – Bröndby 0:2, Sofia – Prag 2:1. – Gruppe 4: Nathanya – Luzern 6:3, Tel Aviv – Aarhus 1:2. – Gruppe 6: Stavanger – Odense 2:3. – Gruppe 7: Göteborg – Kopenhagen 1:0. – Gruppe 8: Bryne – Hammarby 0:5. – Gruppe 9: Krakau – Videoton 1:3. – Gruppe 10: Vitkovice – Boras 2:1.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 4, 5, 31, 32, 33, 48, Zusatzzahl: 27. – Spiel 77: 6 9 0 1 2 0 3. – **Toto**, Elferwette: 0, 1, 1, 1, 2, 1, 1, 2, 1, 2, 1. (Ohne Gewähr).

RUDERN / Deutsche Meisterschaften in Köln

Agrikola und Schmelz – zwei Solisten siegen gemeinsam in einem Boot

sid, Köln

Eine ungeschriebene Regel des Rudersportes besagt, daß gute Einer-Fahrer nicht in Mannschaftsboote einzubauen sind. Seit Anfang vergangener Woche versucht ein neugebildeter Doppelzweier diese Weisheit zu widerlegen. Der Germersheimer Chemielaborant Georg Agrikola und der Medizinstudent Andreas Schmelz (Eberbach) stiegen ins gleiche Boot und nahmen sofort Kurs auf die Olympischen Spiele in Los Angeles. Gestern wurden sie in Köln deutscher Meister.

„Zwei Solisten geben noch lange kein gutes Team, aber die wichtigste Voraussetzung, daß die beiden auch menschlich harmonieren, ist gegeben", behauptet Bundestrainer Richard Wecke nach dem Wettkampfdebüt beim 70. Deutschen Meisterschaftsrudern in Köln.



Im Zweier gemeinsam Meister, im Einer konnte von ihnen nur einer gewinnen: Georg Agrikola (links) und Andreas Schmelz, der seinen Kollegen im Einer-Rennen überraschend besiegte. FOTO: SIMON

Hinter dem dreimaligen Weltmeister Peter-Michael Kolbe sind Agrikola und Schmelz die Nummern zwei und drei der deutschen Rudersolisten. Während Kolbes einjähriger Wettkampfpause avancierte Agrikola (24) zum schnellsten Skuller und belegte bei den Weltmeisterschaften 1982 in Luzern den vierten Platz. Schmelz (21) galt bisher als „Mädchen für alles", saß in Luzern als Ersatzmann im „Bayern-Expreß", absolvierte sein Trainingspensum im Einer und half zum Saisonstart in Ratzeburg für den verletzten Raimund Hörmann im Doppelvierer aus.

In den drei Booten des Skuller-Bereichs glaubt der DRV durch das Duo Agrikola/Schmelz seine ideale Flotte für Los Angeles bereits gefunden zu haben. „Personell können wir nichts Besseres bieten", sagt Wecke. Spätestens seit Kolbes Sieg gegen Agrikola vor zwei Wochen in Bled/Jugoslawien steht der in Norwegen lebende Hamburger als erster Mann im Einer bis Olympia 84 fest und der Doppelvierer Ulm/Ingelheim (WM-Zweiter in Luzern) ist seit Jahren mit der Standardbesatzung Dürsch/Hedderich/Hörmann/Wiedenmann ausgebucht.

Für Agrikola und Schmelz – ersterer entschied sich trotz der klaren Niederlagen in Bled nur schweren Herzens zum Ausstieg aus dem Einer – bleibt nur wenig Zeit, um auf dem Wasser den gleichen Schlag zu finden. Bereits in zwei Wochen steht in Luzern die WM-Qualifikation für die Titelkämpfe Ende August in Duisburg auf dem Programm.

Der Eberbacher Andreas Schmelz gewann bei den deutschen Rudermeisterschaften den Titel im Einer. Der 21jährige besiegte in 7:01,15 Minuten überraschend den favorisierten Germersheimer Georg Agrikola.

Weitere Entscheidungen: Im Zweier ohne verteidigten Volker und Guido Grabow aus Witten ihren Titel erfolgreich, im Vierer mit siegte die favorisierte Renngemeinschaft Berlin/Bonn/Mainz/Hannover. Den Doppelzweier der Frauen gewann Ulrike Kirsch/Maria Dürsch aus Rüsselsheim und Ingelheim, den Vierer mit Steuerfrau die Renngemeinschaft Dortmund/Dormagen/Berlin/Hannover/Köln.

FUSSBALL / Bergisch Gladbach Frauen-Meister

„Team siegt sich zu Tode"

sid, Bergisch Gladbach

Es war erst das 10. Endspiel, doch schon zum sechsten Mal gewannen die Fußball-Damen der SSG 09 Bergisch Gladbach die deutsche Meisterschaft. Diesmal gelang im Finale ein 6:0-Erfolg über Tennis-Borussia Berlin. Die Dominanz der Spielerinnen aus der Kreisstadt nahe Köln bereitet der Spieler-Trainerin Anne Trabant-Haarbach jedoch immer größere Sorgen: „Es wird immer schwieriger, eine Mannschaft zu motivieren, die alles gewonnen hat, was es zu gewinnen gibt."

Vom wirtschaftlichen Standpunkt sieht es Präsident Gottfried Finken: „Wir siegen uns noch zu Tode", sagte er angesichts von nur 3200 Zuschauern. Die Rechnung der Gladbacher, die sich das Heimrecht für 14 000 Mark erkauften, brachte nicht den erhofften Gewinn.

Dabei lag genug Brisanz in dieser Begegnung, denn im Pokal hatten die Berlinerinnen der SSG 09 die einzige Saison-Niederlage zugefügt. Nach dem Spiel mußte Barbara Streuffert aber die Sonderstellung der Gladbacherinnen anerkennen:

Anne Trabant-Haarbach wird im Oktober ihre Laufbahn beenden und nur noch als Trainerin tätig sein. Im Klub sind die Planungen für die neue Saison bereits abgeschlossen. Um die tschechoslowakische Torjägerin Mila Schauerova, die im Finale allein drei Treffer erzielte, soll das Team verjüngt werden. Als hoffnungsvolle Talente kommen Petra Bartelmann und Sylvia Neid vom SC Kinge Sekkach. Die erste Bewährungsprobe steht im Herbst bevor, wenn Bergisch Gladbach in Taiwan den Weltcup verteidigt.

RADSPORT / Dieter Flögel wurde Straßenmeister

Vom Rebell zum Meister

sid, Reute

Der Nürnberger Dieter Flögel wurde neuer deutscher Meister der Radamateure auf der Straße. Der 28 Jahre alte Student gewann den Spurt einer zwölfköpfigen Ausreißergruppe mit einer halben Radlänge Vorsprung vor den Berlinern Joachim Schlaphoff und Peter Becker.

Bereits nach 57 der insgesamt 180 Kilometer durch das Weinbaugebiet des Kaiserstuhls im südbadischen Raum kündigte sich eine Vorentscheidung an, als sich 12 Fahrer vom Hauptfeld lösen konnten. Die Ausreißergruppe, der nur Fahrer des Nationalkaders des Bundes Deutscher Radfahrer (BDR) angehörten, vergrößerte ihren Vorsprung permanent und kam etwa drei Minuten vor dem Feld im Ziel an. Mit Flögel setzte sich als Nachfolger von Dieter Burkhardt ein Fahrer durch, der noch vor fünf Jahren beim BDR als Rebell gegolten hatte. Damals hatte sich Flögel mit mehreren anderen Spitzenfahrern aus Franken geweigert, die vom BDR vorgegebene Saisonvorbereitung mitzumachen. Zudem wurde das Material des Verbandes von diesen Fahrern abgelehnt. Bis zu den Weltmeisterschaften 1981 in Prag, als Flögel mit dem fünften Platz für die beste Plazierung des BDR sorgte, hatte sich das Verhältnis zum Verband wieder normalisiert.

Deutscher Meister der Profis wurde zum dritten Mal Gregor Braun, den zweiten Platz belegte Raimund Dietzen. Die Titelkämpfe fanden in Mendrisino gemeinsam mit den Fahrern aus der Schweiz und Luxemburg statt. Sieger des Rennens wurde der Schweizer Serge Demierre, Braun und Dietzen hatten mit der Entscheidung nie etwas zu tun.

GOLF / Damen stark, Herren enttäuschend

Gegen England fehlte Glück

GERD BOLZE, Brüssel

Die deutschen Golfspielerinnen hatten bei der europäischen Mannschaftsmeisterschaft in Brüssel-Waterloo nach zwei Tagen als Qualifikationsbeste unter 16 Nationen für eine Überraschung gesorgt. Nun kämpfen sie gegen den erfolglosen Titelverteidiger Schweden im Spiel um den dritten Platz noch um die Bronzemedaille.

Nach einem 5:2-Sieg über Wales scheiterte das bisher jüngste deutsche Damen-Sextett (17–23 Jahre) in der Vorschlußrunde mit 2:5 Punkten gegen den Favoriten England, den fünfmaligen Rekordmeister. Das Endspiel bestreiten England und Irland. „Die Engländerinnen hatten aber das große Zittern, mit etwas Glück wäre ein deutscher Sieg drin gewesen", versicherte Barbara Rosner-Böhm (München), die deutsche Mannschaftsführerin. An Nummer eins schlug die deutsche Juniorenmeisterin Martina Koch (Hannover), mit 17 Jahren die jüngste im Team, sogar die britische Meisterin Jill Thornhill. Ferner gewann Astrid Peter (Nürnberg) mit 2 + 1. Erst auf dem letzten Grün unterlagen Imma Bockelmann (Frankfurt) und Ines Umsen (Regensburg) mit 1 nieder. Mit je drei plus 2 verloren Susanne Knödler (Feldafing) sowie beide Vierer Knödlicher/Umsen und Koch/A. Peter.

Um so mehr enttäuschten die deutschen Herren bei den Europa-Titelkämpfen in Paris-Chantilly. Nachdem sie in der 36-Löcher-Qualifikation den wichtigen achten Rang unter 19 Nationen für die erste Gruppe gegen die schlaggleichen Norweger verpaßt hatten, verloren sie gegen die Schweiz unglücklich mit 3:4 Punkten. Nun geht es gegen Wales nur noch um den 11. Platz.

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Klage-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheke (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

CSU wartet auf Kohls Angebot für Presseamt

MANFRED SCHELL, Bonn

Die CSU-Führung hat mit einer gewissen Genugtuung festgestellt, daß Regierungssprecher Peter Boenisch ihren Anspruch auf ein stärkeres Gewicht im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung grundsätzlich anerkannt hat. Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Theo Waigel, sagte nach einer Unterredung mit Boenisch gegenüber der WELT: „Wir werden jetzt sehen, welche Angebote der CSU gemacht werden." Bundeskanzler Helmut Kohl sei über den Wunsch der CSU unterrichtet. Diese Aussage kann so interpretiert werden, daß die CSU in dieser Angelegenheit den Kanzler als ihren Hauptgesprächspartner betrachtet.

Waigel hatte am Wochenende auf Anfrage bestätigt, daß die CSU gerne die Ernennung des jetzigen Leiters der Nachrichtenabteilung im Presseamt, Norbert Schäfer, zum stellvertretenden Regierungssprecher sehen würde. Bisher gibt es mit Jürgen Sudhoff, der lange Zeit Sprecher des Auswärtigen Amtes war und als Vertrauter von Außenminister Hans-Dietrich Genscher gilt, nur einen Stellvertreter. Norbert Schäfer war 13 Jahre lang Sprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag, ehe er im Zuge des Regierungswechsels im letzten Herbst die Position im Presseamt übernahm.

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hatte schon damals im CSU-Landesvorstand in München die Forderung erhoben, Schäfer müsse stellvertretender Regierungssprecher werden. Insofern ist klar, daß es sich jetzt nicht um einen isolierten Vorstoß der CSU-Landesgruppe handelt.

Peter Boenisch hatte durch polemische Erklärungen vor der Bundespressekonferenz Brisanz in die Diskussion gebracht: Es wäre „ein Witz", wenn diese Regierung, die mit dem Anspruch der Ämterverminderung angetreten sei, dies täte. Er sprach auch von „Quatsch" und davon, daß er es sich nicht vorstellen könne, daß ihm das zugemutet werde. Es sei außerdem nicht so, daß ein stellvertretender Sprecher mehr Informationen bekomme als ein Abteilungsleiter.

Das Bundeskanzleramt bemühte sich danach, den Konflikt zu entschärfen. Boenisch, so wurde interpretiert, habe offensichtlich zu diesem Zeitpunkt nicht gewußt, daß Waigel öffentlich diesen Wunsch geäußert habe. Offen blieb, ob Boenisch über die internen Bemühungen der CSU gegenüber Helmut Kohl eine stärkere Repräsentanz in der Führung des Amtes zu erringen, zu diesem Zeitpunkt unterrichtet war. Immerhin waren darüber schon mit seinem Amtsvorgänger Stolze Gespräche geführt worden.

Freitag nachmittag war es dann zu einer Begegnung zwischen Waigel und Boenisch gekommen, der im Bemühen, den Streit zu entschärfen, ins Bundeshausbüro des CSU-Politikers fuhr. Dabei hat Boenisch den Anspruch der CSU anerkannt, aber geschildert, welche Schwierigkeiten einer Formalisierung entgegenstünden.

Die CSU hat dargelegt, daß es ihr nicht um eine Höhergruppierung von Schäfer gehe, also seine Ernennung zum stellvertretenden Regierungssprecher den Steuerzahler keinen Pfennig kosten würde. Die CSU läßt zudem die Argumentation von Boenisch, ein stellvertretender Regierungssprecher habe nicht mehr Informationen als ein Abteilungsleiter, nicht gelten. Sie verweist darauf, daß ein stellvertretender Regierungssprecher immerhin Zugang zu Kabinettssitzungen habe und sich direkt an Minister wenden könne.

Außerdem müßte es im Interesse des Bundeskanzlers liegen, daß jeder stellvertretende Regierungssprecher seine Intentionen kenne, gleich ob er nun an den Lagebesprechungen, bei denen Termine erledigt werden, teilnehme oder nicht.

Eventuelle Vorschläge, einen Verzicht auf das Amt des stellvertretenden Regierungssprechers durch die Besetzung anderer Positionen zu kompensieren, schätzt die CSU nicht hoch ein, weil sie den Standpunkt vertritt, ihr gehe es nicht um einen Quantitätsanspruch, sondern um eine effiziente Mitwirkung. Auch der Auftritt Boenischs vor der Bundespressekonferenz dürfte bei der Begegnung mit Waigel eine Rolle gespielt haben.

Kanzler will in Moskau für Klartext sorgen

Es soll nicht nur über Raketen gesprochen werden / Ein „großes Paket" für Verhandlungen mit Ost-Berlin schnüren?

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Bundesregierung ist darum bemüht, die Erwartungen in den Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl vom 4. bis 8. Juli in der Sowjetunion auf eine möglichst nüchterne Grundlage zu stellen. Mit dem sowjetischen Protokoll wurde vereinbart, auch in öffentlichen Erklärungen von „dem Besuch des Bundeskanzlers" zu sprechen. Die sowjetische Parteizeitung „Prawda" hat bereits diese Sprachregelung übernommen; auf Attribute wie „Arbeitsbesuch" oder „offizieller Besuch" wurde bewußt verzichtet.

Das Besuchsprogramm für Kohl ist, soweit es seinen Aufenthalt in Moskau betrifft, festgelegt. Danach wird der Bundeskanzler drei Treffen mit dem sowjetischen Partei- und Staatschef Andropow haben, eines davon wird eine Begegnung unter vier Augen sein. Es wird keine Unterzeichnung von Abkommen und es wird auch kein gemeinsames Kommuniqué geben. Außenminister Hans-Dietrich Genscher wird unmittelbar nach dem Besuch in der Sowjetunion nach Washington reisen und dort berichten. Die Zusage hatte Kohl auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg dem amerikanischen Präsidenten gegeben.

Vorgesehen ist, daß Kohl nach den Gesprächen im Kreml vom 4. bis zum 6. Juli einen Tagesbesuch in der Provinz macht, wobei von deutscher Seite der Wunsch geäußert wurde, das deutsch-sowjetische Stahlprojekt Staryioskol bei Kursk zu besuchen. Die Rückreise soll dann am 8. Juli von Kiew aus erfolgen. Das Anliegen des Bundeskanzlers ist es, die sowjetischen Führer kennenzulernen und diesen zu vermitteln, daß sie in seiner Bundesregierung einen langfristig berechenbaren Partner haben.

Der deutsche Botschafter in Moskau, Andreas Meyer-Landrut, war zu Vorbesprechungen im Kanzleramt. Die Bundesregierung erwartet, daß Moskau die NATO-Nachrüstung zu einem zentralen Thema machen wird und Kohl in diesem Zusammenhang mit Schroffheiten rechnen muß. Der Kanzler ist darauf vorbereitet. Er will seinen Gesprächspartnern sagen, daß Bonn „kein Jota" von den Beschlüssen der westlichen Allianz abweichen wird. Der Kanzler wird dabei mit guten Argumenten versorgt sein. Der Chef des Kanzleramtes, Staatssekretär Waldemar Schreckenberger, befindet sich zur Zeit (auch deshalb) in Washington, um die letzten Erkenntnisse über die sowjetische Aufrüstung mitzubringen.

Fundamentaler Unterschied

Der Auftritt Kohls, so heißt es im Bundeskanzleramt, werde sich zumindest in einem Punkte „fundamental" von dem Verhalten seines Amtsvorgängers Helmut Schmidt unterscheiden. Kohl werde in Moskau nicht die „besondere nationale Position der Bundesregierung zwischen den Blöcken" betonen, sondern seine „hundertprozentige Identifikation" mit der Haltung des Bündnisses zum Ausdruck bringen. Kohl vertritt den Standpunkt, daß es auch im Interesse der Sowjetunion liege, wenn sie möglichst „viel Klarheit" über den Standpunkt Bonns habe, zumal bei den Führern in Moskau offensichtlich die Hoffnung bestehe, sie könnten die innenpolitischen Diskussionen in der Frage der Nachrüstung doch noch in ihrem Sinne beeinflussen. Der Bundeskanzler will bei der Erörterung dieses Themas auch in Moskau direkt seine Empfehlung zu einem baldigen und wohlvorbereiteten Treffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten Reagan und dem sowjetischen Parteichef Andropow geben.

Dem Bundeskanzler ist aber nicht daran gelegen, in Moskau nur über Raketen zu sprechen. Er wird auch die unbefriedigende Entwicklung bei den Aussiedlerzahlen und die innerdeutsche Situation ansprechen.

Die Bundesregierung geht in ihrer Einschätzung offenkundig davon aus, daß der letzte Besuch des SED-Generalsekretärs Erich Honecker in Moskau neuen Spielraum für Vereinbarungen zwischen Bonn und Ost-Berlin ergeben hat. Wie verlautete, denkt man daran, ein „großes Paket" zu schnüren, das, wenn irgend möglich, auch eine Senkung des Ausreisealters garantiert. Es ist bekannt, daß die „DDR" hinsichtlich ihrer finanziellen Situation in einer katastrophalen Lage ist. Versuche, in Japan, Frankreich oder bei den Emiraten Kredite zu erhalten, sind gescheitert.

Die „DDR" wünscht offenkundig einen Kredit von 500 bis 750 Millionen Mark zu normalen Konditionen. Bonn müßte diese Summe durch Bürgschaften absichern, was angesichts der eigenen strapazierten Finanzlage erhebliche Probleme bedeuten würde. Aber Ziel von Bundeskanzler Helmut Kohl ist es offensichtlich, einen Durchbruch in der Form zu finden, daß man sich auf eine großangelegte Übereinkunft zubewegt, die – bei greifbaren menschlichen Erleichterungen – Bonn finanzielle Entscheidungen leichter machen dürfte.

Im Bundeskanzleramt hieß es, hier seien nach dem Moskau-Besuch von Kohl entsprechende Aktivitäten zu erwarten. Es fiel auf, daß der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger öffentlich seine Bereitschaft zu einer Begegnung mit Honecker erklärt hat. Dies dürfte auch für andere hochrangige Politiker der Union gelten.

Prestigewerke in Aussicht

Ein weiteres wichtiges Thema wird in Moskau auch die künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland sein. Die Rede des Politbüromitglieds Tschernenko vor dem ZK-Plenum läßt erkennen, daß die von Andropow bei Amtsbeginn angedeutete Liberalisierung des Wirtschaftslebens allenfalls in ganz engen Grenzen stattfinden wird. Statt dessen will die Kreml-Führung, so lautet die Analyse in Bonn, eine bessere Arbeitsproduktion und höhere Disziplin. Anfangserfolgen, wie eine siebenprozentige Erhöhung der Erdgasproduktion, stehen Rückschläge auf anderen Gebieten gegenüber. Zum Beispiel stagniere die Erdölproduktion. Auch die Kohleproduktion sei nicht gestiegen. Offensichtlich gebe es in beiden Bereichen Schwierigkeiten bei der Ersatzteilbeschaffung. Bonn rechnet damit, daß Moskau wiederum, wie es schon Breschnew getan hat, „Prestigewerke" auf gemeinsamer Basis in Aussicht stellen werde.

Lambsdorff: Osthandel ohne Einschränkung

DW. Hamburg

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff verspricht sich von seinen heute beginnenden Gesprächen in der Sowjetunion positive Auswirkungen auf die Arbeitsmarktsituation in der Bundesrepublik Deutschland. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Moskau verlaufe positiv, sagte der Minister in einem Interview mit der „Bild am Sonntag".

Bonn sei am Ausbau der Handelsbeziehungen interessiert, sagte Lambsdorff. Dabei werde die Sowjets sicher interessieren, „daß wir selbstverständlich darauf achten werden, daß keine strategisch bedeutsamen Güter in die Sowjetunion geliefert werden. Darüber hinaus aber haben wir eine politisch begründete Einschränkung des Osthandels nicht vor." Zu Auseinandersetzungen mit den USA über das Erdgas-Röhren-Geschäft meinte der Minister: „Wir haben diesen Streit nicht gesucht. Wir haben ihn dadurch beigelegt, daß die USA ihre Position korrigiert haben. Ich nehme eigentlich an, daß sie aus dieser Erfahrung ihre Konsequenzen gezogen hat."

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat einen weltweiten Zinssenkungsprozeß gefordert. In einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung" sagte BDI-Hauptgeschäftsführer Siegfried Mann, für eine konjunkturelle Erholung sei das Realzinsniveau noch zu hoch. Die Konjunkturlage stellte sich zwar freundlicher dar als im Herbst 1982, von einem sich selbst tragenden Aufschwung zu sprechen sei aber verfrüht.

Parteiverbot – Fürchtet Ankara Inönüs Popularität?

E. ANTONAROS, Athen

Ankaras regierende Generäle, offenbar stärker als je zuvor um die Etablierung einer gelenkten Demokratie bemüht, haben indirekt eine zweite Großpartei verboten. Der Nationale Sicherheitsrat, der seit dem 12. September 1980 unter Staatspräsident General Kenan Evren die Türkei regiert, hat von seinem Vetorecht Gebrauch gemacht und 21 von insgesamt 37 Gründungsmitglieder der gemäßigten Sozialdemokratischen Partei (Sodep) abgelehnt. Zu ihnen zählt auch der Parteiführer Erdal Inönü, ein Sohn des früheren Staatspräsidenten und Atatürk-Gefährten Ismet Inönü.

Die Aktion gegen die Sodep kommt insofern einem Quasi-Parteiverbot gleich, weil aufgrund des Parteiengesetzes jede Partei mindestens 30 Gründungsmitglieder zur Zulassung aufweisen muß. Es ist unwahrscheinlich, daß innerhalb der vom Gesetz eingeräumten fünf Tage die Partei diese vakanten Plätze auffüllen kann.

Die türkische Generalität hat auf diese Weise innerhalb von vier Wochen eine zweite Großpartei entmachtet, die der von den Offizieren favorisierten Nationalen Demokratischen Partei unter dem früheren General Turgut Sunalp gefährden könnte. Anfang Juni hatten die Militärbehörden die rechtsliberale Großtürkische Partei verboten und zahlreiche Politiker, unter ihnen den ehemaligen Premier Demirel und den früheren Außenminister Caglayangil, in die Kleinstadt Canakkale verbannt.

Ausschlaggebend für das Vorgehen des Militärregimes muß die wachsende Popularität der beiden Großparteien gewesen sein und das gleichzeitige Desinteresse, das breite Volksmassen gegenüber den von den Generälen bevorzugten Gruppierungen an den Tag legen.

Das Vorgehen zeigt deutlich den Wunsch der herrschenden Offiziere, daß im Parlament zwei von ihnen geduldete Parteien die Hauptrollen in Regierung und Opposition übernehmen sollen: Neben Sunalps Formation, dem offenbar die Regierungsrolle vorbehalten zu sein scheint, hat der frühere Staatssekretär Necdet Calp mit dem Segen der Generäle eine populistische Partei auf die Beine gestellt.

Der Schlag gegen die Sozialdemokraten ist allerdings nur die Spitze des Eisberges: Westliche Diplomaten in Ankara schätzen, daß mehrere tausend Türken aufgrund von verschiedenen strittigen Gesetzen und Dekreten bei der Parlamentswahl am 6. November nicht kandidieren dürfen. (SAD)

Gesagt

„ort, wo der Pazifismus ... zur politischen Realität wurde, wie offenbar in den beiden nordischen Staaten Dänemark und Norwegen – dort hat er dazu geführt, daß die Menschen zu wehrlosen Opfern der hitlerschen Aggression wurden."

Der Vorsitzende der SPÖ und langjährige österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky in seinem Buch „Politik braucht Visionen". CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hatte im Bundestag erklärt, der Pazifismus der Westmächte in den 30er Jahren habe erst die militärischen Erfolge Hitlers ermöglicht.

Kaschierter Kapitalschnitt

J. G. – Seltsames mußten in der letzten Woche die 100 000 Aktionäre des Dortmunder Hoesch-Stahlkonzerns erfahren. Da hatte ihnen ihr Vorstand wochenlang Tröstliches verkündet: Die zwecks Vermeidung von Grunderwerbsteuer sinnvolle Verschmelzung der Holding Hoesch AG auf ihre mit nur halb so hohem Aktienkapital ausgestattete und nach Estel-Auflösung entbehrliche Betriebsgesellschaft Hoesch Werke AG bedinge zwar einen 2:1-Aktienumtausch. Aber am inneren Wert der Aktie ändere sich, da die Holding als einziges Vermögen die Betriebsgesellschaft habe, überhaupt nichts. Von Kapitalschnitt könne keine Rede sein.

Im Gegenteil. Man mache die neue Hoesch-Aktie nur „schwerer", erwarte daraus Börsenkurs-Verdoppelung und später bessere Chancen für eine Kapitalerhöhung. Dazu der stolze Hinweis, daß die bisherige Hoesch Werke AG ein Rücklagenpolster in gut vierfacher Höhe des Aktienkapitals und damit dreimal mehr als beim Durchschnitt der deutschen Industrie-Aktiengesellschaften besitze.

Erst gegen Ende der quälend langen, schon leeren Hauptversammlung, ließ der Vorstand die echte Katze aus dem Sack: Rund 870 Millionen Mark Schulden aus übernommenen Estel-Verlusten, bislang in keiner Bilanz so auszumachen, bringe die Hoesch-Holding in die Fusion. Um diesen Betrag gehen dort die Rücklagen zurück. Was übrigbleibt, reicht nur noch zu Rücklagen in der „industrieüblichen" Relation zum künftig halbierten Aktienkapital der Hoesch-Aktionäre. Also wird sich der Börsenkurs für diese dividendenlose Aktie auch nicht verdoppeln. In der Stahlkrise ist solcher faktisch unbestreitbare Kapitalschnitt für einen Vorstand keine Schande. Das Kaschieren des Vorgangs aber muß er sich aufs Schuldkonto buchen lassen.

Grüne Mission

HH – Die Grüne Gabriele Gottwald hat letzte Woche im Bundestag, als über die 6. UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (Unctad VI) diskutiert wurde, eine Erklärung der Entwicklungsländer verlesen, sagte sie. Der somalische Botschafter Said Osman, Sprecher der Gruppe 77, also des Zusammenschlusses der Entwicklungsländer, habe sie hierzu beauftragt, sagte sie. Er habe seine Erklärung über die Fraktion der Grünen an den Bundestag gerichtet, sagte sie. Am Schluß der Debatte erklärte Volkmar Köhler (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Entwicklungsministerium, Botschafter Osman habe „Frau Gottwald in keiner Weise ermächtigt ..., in seinem Namen Erklärungen im Deutschen Bundestag abzugeben. Er bedauert vielmehr, daß im deutschen Parlament durch eine ihm bislang nicht bekannte Fraktion ein falscher Eindruck von der Position der Gruppe 77 vermittelt worden ist." Vielleicht sollte der Bundestagspräsident der neuen Fraktion mal etwas über parlamentarische Gepflogenheiten sagen.

VERKEHR / Etat wird 1984 geringfügig gekürzt – Löwenanteil für Bundesbahn

Die Ausgaben des Bundes sollen auch mittelfristig eingefroren werden

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die Ausgaben des Bundes für den Verkehrsbereich sollen trotz der sich abzeichnenden Preissteigerungen in den nächsten Jahren praktisch eingefroren werden. Dies ergibt sich aus dem Haushaltsentwurf 1984 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 1987, auf die sich jetzt Bundesverkehrsminister Werner Dollinger und Finanzminister Gerhard Stoltenbeg verständigt haben. Die Verschiebungen gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung, die noch von der alten Regierung stammte, fallen kaum ins Gewicht.

Bundesverkehrsminister Dollinger äußerte sich zufrieden über die Haushaltsansätze, die er vereinbart hat. Zwar hat er seine Forderung, die Mittel für Investitionen im Verkehrsbereich kräftig aufzustocken, um so einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten, nicht durchsetzen können, aber Dollinger hatte gleichzeitig auch stets die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung betont. Immerhin, so wird in seinem Hause erklärt, sei es ihm gelungen, einige Einschnitte, vor allem im Straßenbau, abzumildern. Überdies fällt der Einzelplan 12 des Bundesverkehrsministers 1984 mit 24,651 Milliarden Mark um 77,5 Millionen höher aus als die bisherige Finanzplanung.

Der Verkehrsetat, der bereits seit Jahren real schrumpfte, bleibt auch im nächsten Jahr hinter der allgemeinen Haushaltsentwicklung zurück. Während die gesamten Ausgaben des Bundes um 1,8 Prozent steigen sollen, fällt der Verkehrsetat 1984 um 200 Millionen oder 0,8 Prozent niedriger aus als der Ansatz für 1983. Allerdings bleibt der Verkehrshaushalt der größte Investitionshaushalt des Bundes. Der Anteil der Investitionen ist jedoch bereits in den vergangenen Jahren ständig auf unter 50 Prozent gesunken.

Auch in der mittelfristigen Finanzplanung ändert sich am Volumen des Verkehrsetats fast nichts. 1987 sind Ausgaben von 24,751 Milliarden Mark vorgesehen. Dies sind 100 Millionen weniger als im laufenden und 100 Millionen mehr als im nächsten Jahr.

Mehr als die Hälfte des Verkehrsetats, nämlich 12,858 Milliarden Mark, entfällt auf Leistungen des Bundes für die Deutsche Bundesbahn. Dies sind 84 Millionen weniger, als der Bund in diesem Jahr bei der Bahn zuschießen will. Allerdings wurde der Ansatz in der Finanzplanung um 23,4 Millionen nach oben korrigiert. Die Bundesleistungen wurden in der mittelfristigen Finanzplanung auf der Höhe des nächsten Jahres plafondiert.

In diesem Bereich könnten sich in den nächsten Jahren allerdings noch Veränderungen ergeben. Gegenwärtig wird im Dialog mit dem Bahn-Vorstand im Verkehrsministerium an einem Bahn-Konzept gearbeitet, über das im Herbst im Kabinett entschieden werden soll. Da beim Bahn-Vorstand und auch bei einigen Verkehrspolitikern der Koalition der Wunsch besteht, die Neu- und Ausbaustrecken bei der Bahn rascher als bisher vorgesehen zu realisieren, gibt es einen zusätzlichen Finanzbedarf.

Obwohl Dollinger mit seinen Autobahn-Plänen für Wirbel gesorgt hatte, sollen die Mittel für die Bundesfernstraßen bis 1987 auf exakt sechs Milliarden Mark eingefroren werden. Gegenüber dem Ansatz dieses Jahres ist das ein Rückgang um nahezu 200 Millionen Mark. Auch gegenüber der früheren Finanzplanung wurden die Mittel um 100 Millionen reduziert.

Dies bedeutet, daß in den nächsten Jahren weniger Bundesfernstraßen neu gebaut werden können, weil nicht nur wegen der Preissteigerungen real weniger Mittel zur Verfügung stehen, sondern weil auch der Ersatzbedarf ständig zunimmt. Allerdings sollen die Mittel für die Verbesserungen der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden um mehr als 60 Millionen auf 2,843 Milliarden Mark aufgestockt werden.

Die stärksten Steigerungen, und zwar um rund 120 Millionen gegenüber diesem Jahr und 175 Millionen gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung, sind bei den Wasserstraßen eingeplant. Der Löwenanteil entfällt auf den Erhalt des bisherigen Kanalnetzes. Der Ansatz für den Rhein-Main-Donau-Kanal wurde von 105 auf 120 Millionen Mark heraufgesetzt, so daß einschließlich der bayerischen Beteiligung 1984 180 Millionen Mark zur Verfügung stehen. Die Reeder-Hilfe soll gegenüber dem ursprünglichen Ansatz um 70 auf 250 Millionen Mark aufgestockt werden, 20 Millionen mehr als 1983.

BERGBAU

„Position der Steinkohle muß verteidigt werden"

HANS BAUMANN, Essen

Für eine energiepolitische Verteidigung der Position der deutschen Steinkohle am Markt der Primärenergie sprach sich der Vorstandsvorsitzende der Ruhrkohle AG, Karlheinz Bund, im Namen aller Steinkohlenreviere aus. Vor der Presse erklärte er, daß der Bergbau zwar auf den starken Absatzrückgang in der Stahlindustrie reagieren müsse. Es dürfe jedoch nicht zu einer generellen Förderkürzung kommen.

Das Argument, Kohlepolitik, wie sie zur Zeit gehandhabt werde, sei aus fiskalischen Gründen nicht mehr tragbar, sticht nach Bund nicht. Erstens werde das Subventionsvolumen überschätzt und zweitens die Folgewirkung von Zechenstillegungen unterschätzt. In den Revieren sei jeder dritte Industriebeschäftigte mit dem Bergbau verbunden, jede vierte Mark des Industrieumsatzes entfalle auf Bergbau und Zulieferer, jeder fünfte männliche Schulabgänger findet im Bergbau einen Ausbildungsplatz.

Falsch sei auch die Behauptung, Kohlepolitik verteure die Energieversorgung. Richtig sei dagegen, daß die Steinkohle wie vor zehn Jahren etwa ein Fünftel des Primärenergiebedarfs decke, daß ihr Kostenanteil aber in den vergangenen zehn Jahren von 35 auf 15 Prozent gefallen sei. Es gibt, so Bund, also auch aus gesamtwirtschaftlicher Sicht keinen Grund zur Änderung der Kohlepolitik.

Da sich die Preisrelationen für Primärenergie seit der zweiten Ölkrise nicht geändert hätten, bleibe die heimische Steinkohle nach wie vor „Mengen- und Preisabsicherer am Energiemarkt". Die Preise der deutschen Steinkohle lägen heute um 40 Prozent unter den Grenzübergangswerten für Rohöl und um 20 Prozent unter denen für Erdgas. Wenn sich auch die Bedarfserwartungen für Energie in den Industrienationen geändert hätten, so sei sich die Fachwelt einig, daß der Weltenergiebedarf künftig deutlich wachsen werde. Bund empfiehlt, auf das Wort der Internationalen Energieagentur zu hören, die davor warnt, „sich von der augenblicklichen Situation einlullen" zu lassen.

Bund hebt das deutliche Mißverhältnis zwischen Vorrats- und Verbrauchsstruktur bei Primärenergie hervor: Fast zwei Drittel des Weltenergiebedarfs werden durch Öl und Gas, weniger als ein Drittel durch Kohle gedeckt. Von den Weltvorräten an fossilen Energierohstoffen sind dagegen bis zu 80 Prozent Kohle und weniger als 20 Prozent Öl und Gas.

Bund warnt davor, aus kurzfristigen Entwicklungen langfristige Entscheidungen abzuleiten. Daß der Landtag von Nordrhein-Westfalen wieder eine Kohlefraktion gebildet hat, hält er für eine gute Entwicklung. Um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden, fordert er kohlepolitischen Flankenschutz, worunter er zufriedenstellende Kokskohlebeihilfen, höhere Investitionsbeihilfen, Umstellungsanreize auf Kohle und die Aufrechterhaltung des Schutzes gegen Importkohle versteht.

Ein Konzept fehlt

Von HORST-A. SIEBERT, Washington

In den USA mehren sich die Stimmen, die angesichts des beschleunigten wirtschaftlichen Wachstumstempos vor unangemessener Euphorie warnen. Zu ihnen gehören die Nobelpreisträger Samuelson, Tobin und Klein, der einflußreiche Zins-Guru der Wall Street, Kaufman, und auch der Stab des Internationalen Währungsfonds. Der Gruppe angeschlossen hat sich jetzt Felix G. Rohatyn, der vor einigen Jahren die Stadt New York vor der Pleite gerettet hat. Die Sorgen konzentrieren sich nicht nur auf die Rekordhaushaltdefizite.

Gelobt wird Präsident Reagan, weil es ihm gelungen ist, die Vereinigten Staaten und die übrige Welt vor einem Inflationsdesaster zu bewahren, und zwar dadurch, daß er die amerikanische Bevölkerung für einen Richtungswechsel gewonnen hat, für den ein hoher Preis in Form von Geduld und Arbeitslosigkeit zu zahlen war. Beifall erhält er ferner für seinen Versuch, die Ausgabenexplosion einzudämmen und die staatlichen Eingriffe in das tägliche Leben der Bürger zu beschneiden.

Worauf Reagans Kritiker jedoch warten, ist eine Lösung Amerikas fundamentaler Wirtschaftsprobleme, die sich aus den verkrusteten Industriestrukturen und sozialen Gegensätzen ergeben. Sie bemängeln zudem das völlige Fehlen einer Formel für stabiles Wachstum, höhere Beschäftigung, ausgeglichene Haushalte und eine vernünftig bewertete Währung. Die Überschätzung der Heilkräfte des Marktes stößt auf Unverständnis; die kritische Finanzlage, in der sich viele Städte befinden, wird als schwere Zukunftsbürde angesehen.

Einig ist man sich darin, daß die ausschließlich angebotsorientierten Reaganomics nicht gefaßt haben. Immerhin sinken die betrieblichen Investitionen auch im dritten Reagan-Jahr, die Sparrate ist im ersten Quartal 1983 wieder auf 5,9 (1982: 6,5) Prozent geschrumpft. Genau das Gegenteil sollte eintreten. Aus dem für 1984 versprochenen ausbalancierten Bundesbudget ist nichts geworden. Ungläubig registriert man das Argument der Treasury, Defizite hätten nichts mit der Zinshöhe zu tun.

Was sich nach Ansicht der Kritiker in Amerika abspielt, ist eine, verglichen mit früheren ähnlichen Konjunkturphasen, unternormale zyklische Erholung nach einer tiefen Rezession, die durch den privaten Verbrauch, Washingtons enorme Defizite und die Geldmengenausweitung angekurbelt wird – laut Rohatyn ein klassischer Aufschwung im keynesianischen Stil. In der Tat hat die US-Notenbank im vergangenen Jahr das Steuer herumgeworfen, als der Bankrott Mexikos und Brasiliens drohte. Seitdem ist die Prime Rate von 16,5 auf 10,5 Prozent gesunken, die Einkommenssteuergeschenke stärken den Konsum. Vergessen werden darf auch nicht, daß die hohen Realzinsen in den USA weniger schmerzen, weil alle Geldkosten von der Steuer abgesetzt werden können.

Die Kritiker weisen vor allem auf die Folgen der amerikanischen Fiskalpolitik hin, die auch dem Kongreß angelastet werden:

1. Amerika kann sich über einen längeren Zeitraum jährliche Budgetdefizite von 200 Milliarden Dollar und mehr nicht leisten, innerhalb von fünf Jahren verdoppelt sich die ohnehin schon riesige Bundesschuld. Die Kosten der Defizitfinanzierung würden dann 200 Milliarden Dollar im Jahr übersteigen.

2. Ein wirkliches koordiniertes wirtschaftspolitisches Zusammengehen der in der OECD zusammengeschlossenen Industriestaaten ist angesichts der hohen US-Realzinsen und des stark überbewerteten Dollars gar nicht möglich. Nicht umsonst hat der Chefökonom des Weißen Hauses, Martin Feldstein, kürzlich in einem Interview die angestrebte „Konvergenz" auf die Inflationsbekämpfung beschränkt.

3. Wegen der lohnenden Rendite strößt ausländisches Geld in die USA und hilft mit, die Haushaltsdefizite zu finanzieren. Die fehlenden Investitionsmittel bremsen zu Hause jedoch die Konjunktur. Der Preis in Form gebremster Exporte ist für Amerika aber viel zu hoch. Wegen der hohen Zinsen und des teuren Dollars gehen in den Entwicklungsländern, wie bereits in Mexiko geschehen, Märkte verloren.

Folgt man Reagans Kritikern, dann lassen sich alle Probleme relativ leicht lösen, und zwar durch einen Verzicht auf jegliche Indexierung (automatische Inflationsanpassung), durch auf Europaniveau angehobene Benzinsteuern und sorgfältige Kürzungen im Sozial- und Verteidigungsbereich. Dann, so Rohatyn, sinkt die Prime Rate auf sechs Prozent. Leider ist es so, daß Exekutive und Legislative einige Vorschläge zwar gut finden, sich aus politischen Gründen aber nicht auf ein gemeinsames Rezept einigen können.

AUF EIN WORT



„Der Appell, zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten gemeinsam an einem Strang zu ziehen, darf gerade jetzt nicht als Aufforderung zum Tauziehen mißverstanden werden."

Walter Schlenkenbrock, Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Apotheker- und Ärztebank eG, Düsseldorf
FOTO: DIE WELT

Weiterer Kredit für die Türkei

dpa/VWD, Washington

Die Türkei kann beim Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington einen weiteren Kredit in Höhe von rund 240 Millionen Dollar in Anspruch nehmen. Wie der IWF mitteilt, soll dem Land damit die Fortsetzung der Wirtschafts- und Finanzreform ermöglicht werden. Die Türkei habe mit dem 1980 gewährten Kredit von rund 1,3 Milliarden Dollar, der durch weitere Kredite der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ergänzt wurde, erhebliche Fortschritte gemacht. So sei 1982 ein Wirtschaftswachstum von 4,4 Prozent erzielt worden. Die Inflation sei von über 100 Prozent 1980 auf knapp 21 Prozent zurückgegangen.

EXPORTKREDIT-VERSICHERUNG

Über Prämienerhöhung wird erst im Herbst entschieden

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Bundesregierung bleibt bei ihrer Absicht, das Entgelt für die Exportkreditversicherung – kurz Hermes-Deckung – um durchschnittlich 50 Prozent zu erhöhen. Daran hat auch das zweite Gespräch zwischen Repräsentanten der Wirtschaft und hohen Beamten im Wirtschaftsministerium nichts geändert. Entschieden wird erst im Herbst. Von der Wirtschaft wird zwar nach wie vor die Notwendigkeit und vor allem die Höbe der Prämien-Anhebung für Bürgschaften angezweifelt. Von Regierungsseite wird jedoch auf die wachsende Inanspruchnahme verwiesen, weil immer mehr Staaten in Zahlungsschwierigkeiten geraten.

In der mittelfristigen Finanzplanung bis 1987 wird mit jährlichen Defiziten von rund einer Milliarde Mark gerechnet. Das Bundeskabinett dringt daher auf Entgelt-Mehreinnahmen von 330 bis 350 Millionen Mark. Ohne diesen Schritt bestehe die Gefahr, daß aus Hermes ein Subventionsinstrument mit allen Konsequenzen für die internationale Diskussion werde. Hauptbetroffener wäre der Anlagenbau. Daher wird geprüft, ob durch Verbesserungen bei mittelfristigen Krediten – auch hier soll auf die Nicht-Zahlung abgestellt werden – ein gewisser Ausgleich geschaffen werden kann.

Entgegenkommen will die Bundesregierung den Unternehmen – vor allem Baufirmen –, die sich in Irak engagiert haben. Dieses Land hat im Herbst seine Zahlungen praktisch eingestellt. Das Land hatte ursprünglich selbst bei Milliarden-Projekten Barzahlung je nach Baufortschritt vereinbart. Bereits im März hatte der interministerielle Hermes-Ausschuß Hilfestellung bei der Umstellung auf Kredite signalisiert. Jetzt wurde festgelegt, daß die Barquote von 15 Prozent für einige Monate gestundet werden kann. Sind die Verpflichtungen aus 1982 erfüllt, kann die Quote auf zehn Prozent gesenkt werden.

US-AKTIENMÄRKTE

Streit über Budgetdefizit schafft wieder Unsicherheit

H.-A. SIEBERT, Washington

Die US-Aktienmärkte sind in der vergangenen Woche arg geschüttelt worden, was nicht verwundert, nachdem die Treasury das höchste monatliche Haushaltsdefizit in der amerikanischen Geschichte bekanntgab. Es erreichte 29,2 Milliarden Dollar, so daß sich für das Finanzjahr 1983 ein Rekordminus von mehr als 210 Milliarden Dollar abzeichnet. Sofort zogen die Zinsen wieder an, Notenbanktagegeld verteuerte sich zeitweise auf 9,25 Prozent.

Zur Unsicherheit hat auch der Streit über den US-Haushalt beigetragen. An den Börsen wird die Lage als chaotisch bezeichnet, nachdem beide Häuser des Kongresses sich auf Ausgabenziele und Steuererhöhungen geeinigt haben, die Präsident Reagan nicht akzeptiert. Er kann zwar nichts gegen die Budgetresolution unternehmen, will aber gegen die Freigabe bestimmter Etats und die Steuergesetze sein Veto einlegen. Damit verfügen die USA 1984 über keinen verläßlichen Haushalt, was erfahrungsgemäß zu einer weiteren Aufblähung der Defizite führt.

Wenig hilfreich war auch die Konfusion, die das von Demokraten beherrschte Repräsentantenhaus gestiftet hat, als es für die Begrenzung der am 1. Juli fälligen dritten Einkommensteuersenkung auf 720 Dollar votierte. Dadurch würden 1984 zwar 6,2 und in drei Jahren 20 Milliarden Dollar eingespart, wegen des geballten Widerstandes der Republikaner und des Weißen Hauses wird der Vorschlag jedoch niemals Gesetz. Der Dow-Jones-Industrie-Index trat insgesamt auf der Stelle. Über die Woche fiel er um 0,50 (Freitag: 0,10) auf 1241,69 Punkte, während der breitere Nyse-Index um 0,82 (0,02) auf 98,82 Punkte anzog. Vorausgesagt wird ein Anhalten der erratischen Kursausschläge.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

35 Jahre D-Mark

Entwicklung der DM-Kaufkraft 2.Hj.1948=100

1948 (2.Hj.) 100 – 1950 108 – 1955 98,2 – 1962 85,1 – 1969 71,9 – 1976 50,0 – 1983 (1.Hj.) 37,7

Eine DM hatte – verglichen mit 1948 – eine Kaufkraft von: (in Pfennig)

100 Pf – 98 – 85 – 72 – 50 – 38

Am 20. Juni bestand die D-Mark 35 Jahre. Ihre Kaufkraft ist in dieser Zeit beinahe auf ein Drittel ihres ursprünglichen Wertes geschrumpft. Besonders stark gesunken ist die Kaufkraft der D-Mark in den siebziger Jahren. Seit 1970 fiel ihr Wert von 72 auf 38 Pfennig. QUELLE: GLOBUS

OECD: Düstere Aussichten für Entwicklungshilfe

Paris (AFP) – Die Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat sich pessimistisch in der Frage der Kreditvergabe für hochverschuldete Länder in der Dritten Welt geäußert. In einer Studie heißt es, daß die auf Ende des Jahres angesetzte zweite Gesprächsrunde der internationalen Banken – speziell über die Finanzlage in Lateinamerika und die hohen US-Zinsen – sich aller Voraussicht nach äußerst schwierig gestalten wird. Die Fachleute stünden vor dem Problem, das internationale Finanzsystem nicht zu gefährden und andererseits für die Prosperität der internationalen Banken zu sorgen. Insgesamt werden sich die Kredite für die Entwicklungsländer in diesem Jahr voraussichtlich auf rund 158 Milliarden Dollar belaufen.

Weg der Kurse

	24. 6. 83	17. 6. 83
Boeing	47	46,75
Chrysler	35,25	29,75
Citicorp	38,75	40,50
Coca-Cola	50,25	52,25
Exxon	34,25	34,625
Ford Motors	58,75	55
IBM	122,75	121,25
PanAm	8,375	7,45
US Steel	25,825	26,125
Woolworth	35	34,75

Wird Produktion verlagert?

Duisburg (dpa) – Nach den Worten des Düsseldorfer Wirtschaftsministers Raimut Jochimsen besteht die Gefahr, daß der Bremer Klöckner-Stahl-Konzern das mittelständische Leverkusener Stahlunternehmen Wuppermann kauft und dafür seine Stahlproduktion in Leverkusen sowie die Vormaterial-Auftragsproduktion bei Krupp in Rheinhausen „außer Landes verlagert". Auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen SPD in Duisburg warnte Jochimsen: „Unsere Stahlunternehmen in NRW dürfen nicht der Steinbruch für die anderen Unternehmen in der Bundesrepublik oder in Europa werden. Wir lehnen einen solchen Quoten-Ramsch auf dem Rücken der nordrhein-westfälischen Stahl-Standorte und Stahl-Arbeitsplätze ab."

Weitere Kredite für Mexiko

Washington (AFP) – Die Weltbank wird Mexiko Kredite in Höhe von 525 Millionen Dollar für die Exportförderung und Entwicklung der mittelständischen und Kleinindustrie gewähren, wie ein Sprecher der Weltbank in Washington mitteilte. Die Kredite sollen unter anderem rund 3000 Kleinunternehmen zugute kommen und der Schaffung von 10 000 Arbeitsplätzen in den kommenden drei Jahren dienen.

Aktienkauf untersagt

London (fu) – Der Zukauf weiterer Anteile am Auktionshaus Sotheby's ist dem Amerikaner Alfred Taubman, Freund des Sotheby's-Direktoriums, überraschend untersagt worden. Das die Übernahmeaktionen überwachende Aufsichtsgremium hat jetzt erklärt, daß die Sotheby's-Aktien, die sich im Besitz der Geschäftsleitung des Auktionshauses oder anderer Taubman-Freunde befinden, ebenfalls als im Besitz von Taubman befindliche Aktien gewertet werden müssen. Dies wären etwa 15 Prozent der Sotheby's-Aktien neben den 15 Prozent, die der extrem vermögende amerikanische Kunstenthusiast bereits hält.

Teurere Investitionskredite

Frankfurt (VWD) – Die Investitionskredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau werden wieder teurer. Das Institut hat mit Wirkung vom 24. Juni die Zinssätze für ihre wichtigsten Inlandsprogramme um 0,5 Prozent angehoben. Sie kosten den Endkreditnehmer jetzt 7,5 (bisher 7,0) Prozent. Unverändert bleiben der Auszahlungssatz mit 96 Prozent und die Laufzeit von 10 Jahren (mit zwei Freijahren). Die neuen Konditionen der KFW, die Anfang 1983 auf den niedrigsten Stand seit vier Jahren gesenkt worden waren, gelten sowohl für die M-Kreditprogramme für kleine und mittlere Unternehmen als auch für KFW-Kredite, die aus Eigenmitteln ergänzend zu den ERP- und Niederlassungsprogrammen gewährt werden. Zur Begründung wird der Zinsanstieg am Kapitalmarkt angeführt.

Kriminelle Insolvenzen

Frankfurt (dpa/VWD) – Rund 1000 Fälle oder 16 Prozent der GmbH-Insolvenzen in der Bundesrepublik hatten 1982 einen wirtschaftskriminellen Hintergrund, wie der Geschäftsführer der Frankfurter Wirtschaftsauskunftei Schimmelpfeng GmbH, Wolfgang Spannagel, erklärte. 1982 betrafen mehr als 50 Prozent aller Unternehmensinsolvenzen die Rechtsform der GmbH (6062 Fälle). Dabei wurden die meisten Anträge auf Eröffnung eines Konkursverfahrens wegen Vermögenslosigkeit abgelehnt, doch „oft tauchen die Verantwortlichen nach dem Konkurs ihrer Firma unter neuem Firmennamen wie ein ‚Phönix aus der Asche' wieder auf". Besonders oft seien die Vermittler von Kapitalanlagen und Geschäftsleute im Einzel- und Großhandel unter den schwarzen Schafen zu finden.

SUBVENTIONEN

Neue Bonner Finanzspritzen für Arbed-Saarstahl?

HEINZ HECK, Bonn

Noch bevor die Bundesregierung den Entwurf des Haushaltsgesetzes 1984 am Mittwoch auf die parlamentarische Reise schicken kann, ist eine Entscheidung über weitere öffentliche Finanzspritzen für die erneut gefährdete Arbed-Saarstahl GmbH in Völklingen fällig. Meldungen aus Saarbrücken über eine erneute Verschlechterung der Geschäftslage letzte Woche hatten das Unternehmen rechtzeitig vor der Kabinettsentscheidung am Mittwoch wieder ins Gerede gebracht.

Die Bundesregierung hält sich allerdings bisher bedeckt, wie sie auf die Nöte des größten Subventionsempfängers in der Bundesrepublik, zugleich des größten Arbeitgebers im Saarland, reagieren soll: Fast 2,5 Milliarden Mark Steuergelder sind während der vergangenen fünf Jahre in Form von Zuschüssen und Bürgschaften an das Unternehmen geflossen und damit mehr öffentliche Hilfe als an irgendein anderes Unternehmen in der Bundesrepublik, AEG eingeschlossen.

Die Bundesregierung richtet sich allerdings in nächster Zeit auf weitere Hilfe für Arbed-Saarstahl in Höhe von rund 320 Millionen Mark ein. In den drei Milliarden Mark öffentlicher Mittel, die Bonn zusammen mit den Ländern aufgrund eines Kabinettsbeschlusses vom 14. Juni zur Sanierung der Stahlindustrie bereitstellen will, sind, wie es in einem Vermerk für diese Kabinettssitzung hieß, „die Hilfen von Bund und Saarland für Arbed-Saarstahl in Höhe von voraussichtlich rund 950 Millionen D-Mark nicht enthalten, davon bisher zugesagt rund 630 Millionen D-Mark". Die sonst von Bonn zur Bedingung gemachte 50prozentige Beteiligung des jeweiligen Stahllandes hat sich bisher im Falle des Saarlandes allerdings nie durchsetzen lassen und verursacht Bonn zusätzliches Kopfzerbrechen.

HANDWERK / Nach zweijähriger Rezession hat die Erholung eingesetzt

Auslastung ist noch unbefriedigend

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Auch im Bereich des Handwerks hat sich in diesem Jahr eine Erholung durchgesetzt. Fraglich erscheint dem zuständigen Verband in Bonn jedoch die Nachhaltigkeit des Aufschwungs, der die zweijährige Rezession abgelöst hat.

Erstmals lag im ersten Quartal der Handwerksumsatz wieder über dem Niveau des Vorjahres. Der Zuwachs von insgesamt 2,3 Prozent wurde von der Geschäftsbelebung im Baubereich, wo ein Plus von 3,1 Prozent registriert wurde, und des Kraftfahrzeugsektors mit 6,5 Prozent getragen. Außerhalb der Investitionsgütermärkte und der kreditbestimmten Nachfrage hat die Konjunktur nach Ansicht des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks bisher nur wenig an Fahrt aufnehmen können. Bei steigenden Zinssätzen wäre es nicht auszuschließen, daß sich der Wohnungsbau erneut abflauen könnte.

Die Auslastung der Betriebe ist von einem Normalmaß noch weit entfernt. Bevor der Arbeitsplätzebedarf steigt, müßten sich die Absatz- und Ertragserwartungen noch weiter verbessern, im ersten Vierteljahr ist der Beschäftigtenstand im Handwerk, der immerhin als Stabilisator auf dem Arbeitsmarkt gilt, weiter um 3,4 Prozent gegenüber der gleichen Zeit 1982 gesunken. Der im Baubereich besonders große Beschäftigtenrückgang um 6,1 Prozent verdeutlicht, wie sehr es noch an der Betriebsauslastung mangelt.

Für konsum- und dienstleistungsorientierte Handwerke kann erst im späteren Jahresverlauf, vor allem jedoch im nächsten Jahr mit einer Umsatzbelebung gerechnet werden. Insgesamt rechnet der Verband mit einer zufriedenstellenden Umsatzentwicklung in diesem Jahr. Im Baubereich wird mit einem zusätzlichen Bedarf von 10 000 Facharbeitern gerechnet.

Die private Baunachfrage hat sich in den letzten Monaten zwar aufgrund der Fördermaßnahmen des Bundes belebt. Der Mangel an gewerblichen und öffentlichen Bauaufträgen hat jedoch die Auslastung der Betriebe gedrückt. Generell gilt, daß sich die Baunachfrage von Neubauten zu vermehrten Modernisierungs- und Renovierungsmaßnahmen von Altbauten verschoben hat. Für den öffentlichen Bau hält der Verband die Überwindung der bisherigen Stop-and-go-Politik für dringend notwendig.

Stärker als andere Bereiche sind Handwerksbetriebe in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Während es in der Gesamtwirtschaft 1982 10,3 Prozent mehr insolvente Unternehmen als im Vorjahr gab, lag die Zuwachsrate im Handwerk bei 67,1 Prozent. Der Anteil des Handwerks an den Insolvenzen ist im ersten Vierteljahr 1983 von 15,3 auf 16 Prozent gestiegen. Die Hälfte aller Handwerksinsolvenzen entfielen 1982 auf das Baugewerbe. Inzwischen hat sich die kritische Finanzlage der Bauunternehmen etwas entspannt. Im ersten Quartal lag die Zahl der Insolvenzen nur um 18,9 Prozent höher als ein Jahr zuvor.

FRANKREICH

Entlastung für Unternehmen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Im französischen Haushaltsplan für 1984 will Wirtschafts- und Finanzminister Delors verschiedene Steuererleichterungen zu Gunsten der Unternehmen einführen. Es ging dabei, wie der Minister vor der Presse erklärte, vor allem um die Gewerbesteuer. Außerdem müsse eine definitive Regelung für den dreijährigen Zahlungsaufschub der Vermögensteuer auf das Betriebsvermögen gefunden werden.

Die derzeitige Regelung erlaubt der Regierung, die betroffenen Unternehmer in drei Jahren zur Zahlung der bis dahin aufgelaufenen Steuerbeträge heranzuziehen. Dieses „Damoklesschwert" könnte sich als großes Handicap für die Investitionstätigkeit erweisen. Eine volle Beseitigung der Betriebsvermögensteuer wird von Delors nicht ausgeschlossen.

Andererseits will der Minister die Hilfen an die verstaatlichten Unternehmen, die in diesem Jahr 12,45 Mrd. Franc erreichen sollen, für 1984 nur leicht auf 13 bis 14 Mrd. Franc erhöhen, während Industrieminister Fabius etwa 16 Mrd. Franc fordert. Für 1985 erstrebt die Regierung, daß diese durchweg stark defizitären Unternehmen global ins finanzielle Gleichgewicht gebracht werden.

Dagegen haben die privaten Haushalte auch 1984 mit einer weiteren Verstärkung des Steuerdrucks zu rechnen. Der Anteil aller Steuer- und Soziallasten am Bruttoinlandsprodukt würde nach Delors in diesem wie im nächsten Jahr um je 1,5 Punkte zunehmen und damit 45 Prozent überschreiten.

Dieser Satz gilt allgemein als „kritische" Grenze, von der an die Franzosen die Belastung als unerträglich empfinden würden mit der Folge, daß sie weniger arbeiten oder gar in den „Steuerstreik" treten.

NAMEN

Hermann Knoche, Vorstandsvorsitzender der Leipziger Hagel-Versicherungs-Gesellschaft a. G., Hannover, vollendet am 28. Juni das 60. Lebensjahr.

Heinz H. Freiherr Schilling von Canstatt, persönlich haftender Gesellschafter der Sektkellerei C. A. Kupferberg KGaÖA, Mainz, tritt mit Vollendung des 65. Lebensjahres am 27. Juni in den Ruhestand.

Dr. Hans Born, seit mehr als zwölf Jahren Vorstandsmitglied der Bank für Handel und Industrie AG, geht Ende des Monats in den Ruhestand.

Dr. Günter Brand, Vorsitzender des Beirats der Privatbrauerei Dortmunder Kronen, vollendet am 28. Juni das 80. Lebensjahr.

Peter Scheibler (35), bisher beim Computer- und Terminalhersteller Harris in Dallas tätig, übernahm die Geschäftsführung der GEI Systeme AG, Baden-Dättwil, der jüngst gegründeten Schweizer Tochtergesellschaft der GEI Rechnersysteme GmbH aus Aachen.

Julius Wittmaack (63) scheidet zum 30. Juni aus dem Vorstand der Norddeutschen Hypotheken- und Wechselbank AG, Hamburg, aus und tritt in den Ruhestand. Seine Aufgaben übernimmt Vorstandssprecher **Dr. Ludolf von Krosigk.**

Prof. Dr. **Gerhard Wickert**, geschäftsführender Gesellschafter der Alfons Ziegler KG, Heppenheim/Bergstraße, wurde vom Vizepräsidenten zum Präsidenten des Bundesverbandes Deutscher Samenkaufleute und Pflanzenzüchter e. V., Bonn-Bad Godesberg, gewählt. Er ist Nachfolger von **Friedrich Gerke**, Lippstadt.

Dr. Hero Heerma und **Hubert Schulte Kemper** sind per 1. Juli 1983 zu Bankdirektoren der Westfälischen Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Dortmund, ernannt worden.

Dr. Erwin Möller, stellvertretender der Vorsitzender des Vorstands der Preussag AG, wurde in den Aufsichtsrat der Hannoverschen Lebensversicherung a. G., Hannover, gewählt.

Kurt Geisler ist als Geschäftsführer der Berliner Mode-Messe-Gesellschaft mbH berufen worden.

INDONESIEN / Internationale Wirtschaftskrise hat Deviseneinnahmen drastisch reduziert

Ausländische Investoren haben Aufträge verloren

CHRISTEL PILZ, Jakarta

„Die Lage der indonesischen Wirtschaft ist nicht mehr so gut wie früher. Sie ist aber auch nicht schlecht." Diese Meinung der Deutsch-Indonesischen Handelskammer reflektiert die derzeitige Stimmung ausländischer Wirtschaftskreise in Jakarta. Der Schock über den Regierungsbeschluß Anfang Mai, mehrere kapitalintensive Großprojekte zeitweise zu vertagen oder gar zu streichen, hat sich gelegt. Niemand bricht deshalb seine Zelte ab.

Die internationale Wirtschaftskrise hat Indonesiens Deviseneinnahmen so drastisch reduziert, daß die Suharto-Regierung zu dramatischen Sparmaßnahmen gezwungen ist, will sie ein neues Fiasko vermeiden. Indonesiens Exporterlöse sind vom Haushaltsjahr 81/82 bis zum Ende des Haushaltsjahres 82/83 (31. März) um 7,2 Milliarden US-Dollar gefallen.

Auf deutscher Seite droht Klöckner der Verlust eines 720-Millionen-DM-Auftrags durch die Streichung des Aluminiumprojekts auf der Insel Bintan. Thyssen Rheinstahl sieht sein Auftragsvolumen am Aromatenzentrum reduziert, das einstweilen nur teilweise fertiggestellt werden wird.

Wie hoch die von Deutschen und anderen Auslandsfirmen hinzunehmenden Verluste sein werden, ist noch unklar. Die Ausarbeitung des Sparprogramms, das insgesamt bis zu 20 Milliarden US-Dollar Projektkosten einsparen soll, dürfte erst Ende Juli vorliegen. Bis dahin werden noch mehrere Projekte unter den Rotstift gefallen sein. Erst dann kann über die von Jakarta angekündigten Zahlungen verhandelt werden.

In Indonesien residierende Vertreter von Auslandsfirmen erwarten allgemein eine Regelung im Guten. Suhartos Wirtschaftstechnokraten sind als Männer des Sachverstandes, der Vernunft und Mäßigung bekannt. Fast alle der betroffenen Firmen haben andere Projekte, die unbehindert weiterlaufen. Klöckner z. B. arbeitet am Bau einer Zementfabrik auf der Insel Timor.

Die Investitionstätigkeit in- und ausländischer Unternehmen hält an. Daimler hat die Genehmigung zum Bau seines Motorenwerks für 88 Millionen US-Dollar. Nach einer Statistik der indonesischen Investitionsbehörde haben bislang Unternehmen aus 28 Ländern in 811 Fabriken für insgesamt 11,8 Milliarden US-Dollar investiert. Die Bundesrepublik rangiert mit einem gesamten Investitionsvolumen von 295 Millionen US-Dollar in 21 Projekten an 6. Stelle. Spitzeninvestor ist Japan mit 4,344 Milliarden US-Dollar in 208 Projekten.

Die Wirtschaftsentwicklung geht weiter. Langsam zwar, aber mit Kurs auf Sanierung und Konsolidierung. So schmerzlich das Sparprogramm derzeit ist, so ist es nur eins des insgesamt acht Maßnahmen umfassenden Aktionsprogramms, mit dem die Regierung zu Jahresanfang begonnen hat. Ziel ist die grundlegende Umstrukturierung der nationalen Wirtschaft, die bislang an zwei prinzipiellen Schwächen leidet: der einseitigen Abhängigkeit von der Öl- und Gaswirtschaft, die 70 Prozent der Staatseinnahmen finanzierte, und der Dominanz der Staatsunternehmen in der Industrie.

Laut Weltbank-Angaben müssen die Erlöse aus Nichtöl- und Nichtgasexporten auf mittlere Sicht um neun Prozent pro Jahr steigen, will Indonesien seine Importrechnungen bezahlen. Die derzeitige Auslandsverschuldung beträgt 21,63 Milliarden US-Dollar.

Indonesien erhielt Mitte Juni mit 2,26 Milliarden US-Dollar Kreditzusagen mehr als erhofft. Dazu kommen die Jahresbeiträge der Entwicklungshilfe aus der Bundesrepublik, aus Großbritannien, Italien und Neuseeland.

Jedenfalls dürfte es Suhartos Technokraten nicht schwerfallen, weitere 2,5 Milliarden US-Dollar am internationalen Kapitalmarkt aufzunehmen. Indonesien, so meint die Weltbank, braucht zur Finanzierung seiner Wirtschaftsentwicklung in den nächsten drei Jahren 15 Milliarden US-Dollar aus dem Ausland und 6 Milliarden aus eigenen Quellen.

GROSSBRITANNIEN / Anhaltender Nachfrageanstieg

Importe auf Rekordniveau

WILHELM FURLER, London

Die seit einigen Monaten sichtbare Konjunktur-Belebung in Großbritannien setzt sich verstärkt fort. Dies geht aus den Ergebnissen der jüngsten Juni-Monatsumfrage des britischen Industrieverbandes CBI – 1851 Mitglieder – hervor. Die CBI-Umfragen gelten in Großbritannien als wichtigstes und zuverlässigstes Konjunkturbarometer.

In praktisch allen befragten Bereichen sind die Antworten positiver ausgefallen als in den Umfragen der letzten Jahre – der schwersten Rezession seit den dreißiger Jahren. Nun, so führt der CBI aus, weisen die Firmenerwartungen seit fünf Monaten hintereinander auf eine wachsende Produktion hin.

Den Ergebnissen der jetzt veröffentlichten Studie zufolge rechnen 28 Prozent der befragten Unternehmen mit einem Anstieg der Produktion in den nächsten vier Monaten. Nur neun Prozent erwarten, daß sie sich verschlechtert. Der anhaltende Nachfrage-Anstieg in der britischen Industrie wird belegt durch eine kontinuierlich verbesserte Auftragslage, sowohl insgesamt als auch im Exportbereich.

Gute Nachricht für die Regierung Thatcher stellt das Umfrageergebnis auch insofern dar, als sich der Anteil der Firmen, die Preisanhebungen in den kommenden vier Monaten beabsichtigen, verringert hat. Nur 27 Prozent gehen davon aus, daß sie die Preise für ihre Produkte anheben werden, zwischen jetzt und Oktober.

Der anhaltende Nachfrage-Anstieg in Großbritannien läßt sich auch an den jüngsten Außenhandelszahlen ablesen: Die Importe haben im Mai ein Rekordniveau erreicht. Da die Exporte im wesentlichen unverändert geblieben sind, stieg das Handelsbilanz-Defizit auf 552 Millionen Pfund (knapp 2,2 Milliarden Mark), das höchste Defizit seit über vier Jahren.

VW OF AMERICA / Gerüchte zu Übernahme der Werke durch Chrysler zurückgewiesen

Wall Street glaubt nicht an Dementi der Unternehmen

H.-A. SIEBERT, Washington

Wilde Gerüchte ranken sich um die Volkswagen of America Inc., Wolfsburgs 100prozentige US-Tochter. Das ist kein gutes Zeichen für den größten deutschen Autohersteller, der in den Vereinigten Staaten in den Ruf eines „Loosers" – Verlierers – geraten ist. Nicht gereift sind die Blütenträume, die auf die Rückeroberung eines fünfprozentigen Marktanteiles zielten. In den letzten sechs Jahren hat der Konzern in Amerika 1,5 Milliarden Mark investiert und etw 0,5 Milliarden Mark verloren. In diesem Klima lassen sich nur schwer Fahrzeuge verkaufen.

Seit den gewaltigen Absatzeinbrüchen, die im Jahresvergleich beim in Amerika montierten Golf („Rabbit") zeitweise 50 Prozent überstiegen, wird immer wieder über die Überlebenschancen der VW-Produktionsstätten in den USA spekuliert. Von der Logik her macht es in der Tat wenig Sinn, Niederlassungen zu unterhalten, die nur Verluste bringen. Letzter Auslöser war am Freitag ein Bericht der „Detroit Free Press", sonach Wolfsburg mit der Chrysler Corporation über den Verkauf des Montagewerkes in Westmoreland, Pennsylvania, und der Pressanlagen in South Charleston, West Virginia, verhandeln soll.

Die Entscheidung, so das über die Zuckungen in der Automobilbranche gewöhnlich gutunterrichtete Blatt, sollte in drei bis sechs Monaten fallen. Damit aber nicht genug. Unter Berufung auf einen redseligen Chrysler-Manager arbeiten die Konzernchefs Lee Iacocca und Carl Hahn bereits an Kooperationsplänen. Laut „Detroit Free Press" soll Chrysler von Wolfsburg zum Beispiel Autoteile und Technologie beziehen, Amerikas drittgrößter Autokonzern baut im Gegenzug für VW Fahrzeuge in den USA. Fest steht, daß Iacocca und Hahn miteinander gesprochen haben. Auf der Agenda standen „weltweite Geschäftsmöglichkeiten".

Sowohl Volkswagen of America als auch Chrysler haben sogleich am Freitag die mögliche Übernahme der VW-Werke in den USA dementiert. Die Wall Street glaubt den Beteuerungen jedoch nicht. An der New York Stock Exchange schnellte der Kurs der Chrysler-Aktie um 1,50 auf 35,25 Dollar. Analysten in Manhattan Downtown sehen in einem Zusammengehen der beiden Unternehmen auf dem US-Markt nur Vorteile, weil ihre Bedürfnisse „kompatibel" sind. Angesicht des stark geschrumpften Rabbit-Absatzes benötigt nach ihrem Urteil VW in den USA kein „volles" Montage- und Pressenwerk, während die wieder genesene Chrysler Corp. dringend Kapazitäten schaffen muß.

Hingewiesen wird auch auf den japanischen Markt, wo der VW Santana von Nissan montiert wird. Außerdem hat Chrysler vor wenigen Jahren noch Motoren in großer Zahl von Wolfsburg erworben; der amerikanische Konzern übernimmt ferner das nicht in Betrieb genommene VW-Montagewerk in Sterling Heights, Michigan. Es bestehen also schon enge Kontakte. VW hat indes bekräftigt, daß die eigene Produktionsbasis in den USA nicht aufgegeben wird. Ob es dabei bleibt, hängt wohl von dem Erfolg des geplanten neuen Modells ab, das den Rabbit ersetzen soll.

Kraftwerksbau bereitet Sorgen

D. SCHMIDT, Helmstedt

Wesentliche Ansätze „zur Lösung des Zielkonflikts" im Zusammenhang mit dem ins Kreuzfeuer der Kritik geratenen neuen Kraftwerksbau Buschhaus erhofft sich die Braunschweigische Kohlen-Bergwerke AG (BKB), Helmstedt, von einem weiteren Gutachten, das die Genehmigungsbehörde in Auftrag gegeben hat. Der BKB-Vorstand beruft sich darauf, daß das auf der Basis von Salzkohle betriebene Kraftwerk ohne Rauchgasentschwefelungsanlage genehmigt wurde. Im Vertrauen darauf sei das Salzkohle-Projekt, das nach heutigen Preisen mehr als 850 Mill. DM kostet, in Angriff genommen worden.

Zufrieden zeigt sich die BKB mit den Ergebnissen des Jahres 1982. Die Braunkohlenförderung konnte auf 4,5 (4,2) Mill. DM gesteigert werden, weil gleichzeitig die Abgabe von elektrischer Energie in das Verbundnetz kräftig zunahm. Insgesamt erhöhte sich der Stromabsatz auf 4117 (3680) Mill. kWh. Dies und die Anfang 1982 vorgenommene Strompreiserhöhung um 8,2 Prozent führte zu einer Umsatzsteigerung auf 409 (360) Mill. DM.

Zur Verbesserung der Bilanzstruktur wurden 10 (5,5) Mill. DM den Rücklagen zugewiesen; dieser Betrag entspricht der vereinnahmten Investitionszulage. Aus dem Bilanzgewinn von 18,2 (18,1) Mill. DM soll eine unveränderte Dividende von 12 Prozent ausgeschüttet werden. Am Grundkapital der BKB von 148,5 Mill. DM sind die Preußische Elektrizitäts-AG, Hannover, und die Elektrowerke AG (VIAG), Berlin, beteiligt.

Die Investitionen erreichten im Berichtsjahr 226 (127) Mill. DM. Der Schwerpunkt lag beim Aufschluß des Salzkohle-Tagebaus Schöningen und dem Kraftwerksbau Buschhaus.

Müller's Mühle: Aufbruch zur AG

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Man sei ein typisches Beispiel jener Familienunternehmen, deren Wachstum die auf wenige Gesellschafter zugeschnittene Rechtsform der Personengesellschaft verlasse und auf die auch die GmbH-Form nicht mehr so recht passe. So erklären die Brüder Herbert und Manfred Müller, daß sie per 1. Januar 1983 die vor 90 Jahren vom Großvater gegründete Gelsenkirchener Müller's Mühle/Schneekoppe von der GmbH & Co. KG in eine AG umgewandelt haben. Das 11 Mill. DM Aktienkapital gehört den Geschwistern zur Zeit noch je zur Hälfte. In mittelfristiger Sicht wolle man allerdings zur Finanzierung weiteren Wachstums mit Kapitalaufstockung an die Börse, der Anteil der Fremdaktionäre solle 25 Prozent jedoch nicht überschreiten, um so den Familiencharakter der Firma zu bewahren.

Die Eigentümer dieses in Europa größten Unternehmens für Einfuhr, Verarbeitung und Verpackung von Reis- und Hülsenfrüchten, das sich zudem mit seinem „Schneekoppe"-Sortiment als deutscher Marktführer in Diät- und Reformkost sieht, führen noch zwei weitere Hauptmotive zur Umwandlung in die AG an. Erstens gewährleiste die AG bis hin zur Erbschaftsteuer eine größere Sicherheit für die Unternehmenskontinuität. Zweitens bestehe eine bessere Chance, bei Bedarf „Manager von draußen" zu gewinnen.

Aufgrund des flauen Marktes hat die Gruppe mit 850 Mitarbeitern für 1982 zwar nur noch ein kleines Umsatzwachstum – von 300 auf 304 Mill. DM – und einen „zufriedenstellenden" Ertrag vorzuweisen, dafür aber seit 1970 einen um 134 Prozent gesteigerten Umsatz. Künftig soll noch mehr in den Ausbau des Sortiments investiert werden. Die 13 Mill. DM Eigenmittel machen nur noch magere 13 Prozent des Bilanzvolumens aus.

Baustoffnachfrage zieht spürbar an

J. BRECH, Hamburg

Die Ziegel- und Kunststoffwerke Heinrich Oltmanns, Jeddeloh, haben in den ersten fünf Monaten dieses Jahres den Umsatz um 11 Prozent ausgeweitet. Wie der Generalbevollmächtigte des Unternehmens, Willi Dalhoff, dazu erklärt, deute alles darauf hin, daß die Bau-Rezession überwunden sei und es nicht nur um ein Strohfeuer handele.

Auch die Preiseinbrüche in der Baustoff-Branche, die im vergangenen Jahr zum Teil bis zu 10 Prozent betrugen, seien zum Stillstand gekommen und die vom Markt aufgezwungenen Sonderrabatte weitgehend abgebaut. In diesem Jahr betragen die Preissteigerungen zwischen 2 und 3 Prozent.

Das Familienunternehmen Oltmanns, das in 11 Werken mehr als 500 Mitarbeiter beschäftigt, habe 1982 den Mengenabsatz gehalten und die Marktanteile zum Teil ausgebaut, erklärt Dalhoff. Demgegenüber ging der Umsatz um 2,7 Prozent auf 152 Mill. DM zurück. Zur Ertragslage heißt es, daß aufgrund von Kosteneinsparungen vor allem im Energiebereich eine geringfügige Verbesserung erzielt worden sei.

Vom Gesamtumsatz entfielen 65 Mill. DM auf Kunststoff-Produkte und 61 Mill. DM auf Ziegel- und Keramikprodukte. Weitere 25 Mill. DM steuert die französische Tochtergesellschaft in Châteauroux bei. Der Export erreichte 20 Mill. DM oder 14 Prozent des Umsatzes.

Neue Aktivitäten hat Oltmanns 1982 in England aufgenommen. Mit dem Anlauf einer neuen Kunststofffabrik sei man sehr zufrieden, erklärt Dalhoff. In Worms errichtete Oltmanns ein Zentrallager, in dem mittelfristig auch die Produktion aufgenommen werden soll.

Kalksandstein hält Marktanteil

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Lediglich vor dem Hintergrund der „überaus kritischen Situation" des gesamten Baumarktes ist die Kalksandsteinindustrie der Bundesrepublik mit den im Jahre 1982 erzielten Ergebnissen einigermaßen zufrieden.

Nach Angaben des Bundesverbandes Kalksandsteinindustrie, dem rund 70 Prozent der insgesamt 176 produzierenden Betriebe mit gut 3500 Beschäftigten angeschlossen sind, hat die „Industrie der weißen Mauersteine" ihren Marktanteil an der Gesamtproduktion von Mauersteinen mit 33 Prozent halten können.

Allerdings, so heißt es im Geschäftsbericht des Verbandes, mußte die Branche mit einem Minus von 14,2 Prozent auf 9,34 (10,89) Mill. Kubikmeter den gleichen Produktionsrückgang hinnehmen wie die gesamte Wandbaustoffindustrie.

Weniger drastisch, nämlich um 8 Prozent auf 614,3 Mill. DM, verringerte sich der Umsatz. Hier wirkten sich die um 5,9 Prozent gestiegenen Erzeugerpreise aus. Wichtigstes Konkurrenzprodukt blieb auch 1982 der Ziegel mit einem mengenmäßigen Anteil von 42,8 (43) Prozent. Auf Bimsbaustoffe entfielen 15,3 (15,1) Prozent und auf Gasbeton unverändert 8 Prozent.

Die Aussichten im laufenden Jahr beurteilt die Kalksandsteinindustrie zuversichtlicher. Auch bei vorsichtiger Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung lasse sich aufgrund der Fördermaßnahmen für den Wohnungsbau eine günstigere Geschäftsentwicklung ablesen. In den ersten vier Monaten 1983 nahm der Absatz an Kalksandsteinen um rund 5 Prozent zu. Hinter dieser globalen Steigerungsrate verbergen sich aber beträchtliche regionale Schwankungen.

SWF-GRUPPE / Autozubehör trotz Flaute gut abgesetzt

Betriebsergebnis verdoppelt

W. NEITZEL, Bietigheim

Die gespaltene Konjunktur in der deutschen Automobilindustrie, die von steigenden Zulassungen im Inland und von anhaltenden Schwächetendenzen im Exportgeschäft gekennzeichnet ist, überträgt sich voll auf die Zulieferfirmen. Eine der großen unter ihnen, die zum ITT-Konzern gehörende SWF-Spezialfabrik für Autozubehör Gustav Rau GmbH, Bietigheim-Bissingen, geht davon aus, daß die deutsche Automobilproduktion in diesem Jahr nur knapp das Niveau von 1982 erreichen wird. Gleichwohl glaubt das auf den Sektoren Wischeranlagen, Elektromotoren, Leuchten und Elektronik für das Auto tätige Unternehmen, die Beschäftigungslage auf dem derzeitigen Niveau stabilisieren zu können und ein Umsatzplus von etwa 4 Prozent zu erreichen.

Während die deutsche Fahrzeugproduktion in 1982 um 4,3 Prozent auf 4 Mill. Einheiten zugenommen hat, steigert die SWF-GmbH ihren Umsatz um 11 Prozent auf knapp 380 Mill. DM, wobei die durchschnittlichen Preiserhöhungen unter 3 Prozent gelegen haben dürften. Der Umsatz des Firmenverbandes, zu dem noch die Wemdinger Industriewerke GmbH, die l'Orange GmbH sowie Firmen in Madrid und Toronto gehören, wuchs um 10,1 Prozent auf 496 Mill. DM.

Wachstum wurde auch im Bereich der Erstausstattung (plus knapp 10 Prozent), beim Verkauf an sonstige Industriekunden (plus 15 Prozent) sowie beim Absatz an den Handel (plus 16 Prozent) erzielt. Der Exportanteil am Umsatz des Stammhauses vergrößerte sich auf 23,4 (20,5) Prozent.

Einen beträchtlichen Schritt nach vorn machte die SWF in der Ertragsentwicklung: Das Betriebsergebnis verdoppelte sich in etwa, auch die Beteiligungen warfen mehr ab als im Vorjahr. Der Jahresüberschuß stieg auf 5,2 (2,9) Mill. DM und wird „steueroptimal" ausgeschüttet. Die Umsatzrendite von 1,4 Prozent hält der Geschäftsführungsvorsitzende Klaus Peter Bleyer allerdings für noch nicht zufriedenstellend. Investiert wurden in der Grupppe 32 (29) Mill. DM.

Bei der Produktentwicklung setzt die SWF auf eine erfolgreiche Markteinführung neuartiger Wischermotoren mit elektrischem Drehrichtungswechsel. Auch auf dem Gebiet der Anzeige-Instrumente für das Armaturenbrett auf der Basis von Flüssigkristallen leistet das Unternehmen seinen Beitrag mit einer eigenen Technologie. Die SWF-Gruppe – 5600 Beschäftigte – repräsentiert zusammen mit dem Bremsenhersteller Teves mit rund 1,6 Mrd. Dollar gut die Hälfte des ITT-Umsatzes auf dem Sektor Automobilkomponenten.

PAPIERFABRIKEN / Auftragseingang belebt

Optimismus noch gedämpft

HENNER LAVALL, Bonn

„In unserem Wirtschaftszweig beeilt sich die Lage, die konjunkturelle Stimmung ein wenig einzuholen." So erklärte Carl-Ludwig Graf Deym, der Präsident des Verbandes Deutscher Papierfabriken (VDP), den gedämpften Optimismus der Branche. Nach einer zwei Jahre dauernden Flaute zeige sich bei den 150 Mitgliedsunternehmen eine „kontinuierlich von Monat zu Monat wachsende" Belebung der Aufträge.

Im vergangenen Jahr hat der Abbau der Lagerbestände bei den Kunden das Produktionsvolumen um 1 Prozent auf 7,8 Mill. t schrumpfen lassen. Dabei gingen die Inlandsauslieferungen um 4 Prozent zurück, die Exporte stiegen aber um 6 Prozent auf über 2 Mill. t. Die Bundesrepublik Deutschland ist damit nach Schweden und Finnland weiter Europas drittgrößter Papierexporteur.

Nach dem ersten Halbjahr 1983 rechnet der VDP für das Gesamtjahr jetzt mit einer Erzeugung an Papier und Pappe von rund 8 Mill. t. Daß die Lage der Branche dennoch angespannt bleiben wird, belegte Graf Deym in Titisee/Schwarzwald mit den immer noch nicht ausgelasteten Produktionskapazitäten. Diese betragen in den 220 Betriebsstätten gute 9 Mill. t. Für die 49 000 Beschäftigten werde es deshalb in einigen Produktbereichen wieder Kurzarbeit geben, die aber durch Betriebsferien gemildert werden soll.

Auch sei die Ertragslage der Unternehmen weiter unbefriedigend. Graf Deym bezifferte den Brutto-Cash-flow für das vergangene Jahr auf 7 Prozent vom 11,5 Mrd. DM betragenden Umsatz. Allein 2 Prozent vom Umsatz müßten aber an Zinsen für das Fremdkapital in der Zellstoff- und Papierindustrie (6 Prozent vom Umsatz) aufgewendet werden. Der Verband hält daher einen Satz von 12 bis 13 Prozent für erforderlich.

Als ersten Schritt will Graf Deym die durchschnittliche Preiserhöhung von einem Prozent gewertet wissen, die im laufenden Jahr beabsichtigt ist. Durch die Mengensteigerung bei grafischen und Verpackungspapieren will man den Weg fortsetzen.

Daß er steinig sein wird, darüber ist sich auch der Verband klar. So sieht Graf Deym im Kabelfernsehen eine Gefahr deshalb, weil „die lokale Werbung dort stärker einsteigen könnte, zu Lasten der Tageszeitungen".

Gleichfalls problematisch ist für den bedeutendsten Abnehmer der Holzwirtschaft das drohende Waldsterben: Mit „vertretbarem Aufwand" seien deshalb alle Maßnahmen zu ergreifen, damit die Umweltbelastungen gesenkt würden. Die Papierindustrie hat nach Angaben ihres Präsidenten in den letzten Jahren einiges dafür getan: Man hat den Energieverbrauch um 15 Prozent gesenkt, den Wasserbedarf bei der Papierherstellung abgebaut und die schon sorgsam überwachte Reinigung der Produktionsabwässer intensiviert.

AACHENER UND MÜNCHNER LEBEN / Kostensenkung und Kapitalerträge sorgten für gutes Ergebnis

Cosmos vertreibt nur noch auf direktem Weg

HARALD POSNY, Düsseldorf

Wenn der Geschäftsbericht der Aachener- und Münchner Lebensversicherung-AG, Aachen, für 1982 – trotz abgeschwächtem Neugeschäft, leicht gesunkenen durchschnittlichen Versicherungssummen, kräftig erhöhten vorzeitigen Vertragsauflösungen (Storno) sowie geringeren Zuwachsraten in Prämieneinnahmen und Bestand – von einem „zufriedenstellenden Ergebnis" spricht, kann dies nur die Kostensituation und die Kapitalerträge betreffen. In der Tat haben sich die Bemühungen um Kostensenkung im Verwaltungsbereich ausgezahlt, weniger allerdings bei den Abschlußkosten, die sich trotz rückläufigen Neugeschäfts aufgrund ihres Fixkostencharakters nicht so schnell reduzieren lassen.

Die gestiegenen Kapitalmarktzinsen im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Anlagen und deren höherem Volumen haben darüber hinaus zu deutlich gewachsenen Erträgen geführt. Ein gutes „Zubrot" stammt aus dem Verkauf der US-Beteiligung First Colony Life (91 Mill. DM). So kommt denn auch der auf 316 (218) Mill. DM gesteigerte Rohüberschuß zu 95,2 (98,6) Prozent weitestgehend den Versicherten zugute – aber auch weiteren bilanziellen Vorsorgemaßnahmen. Die Überschußbeteiligung, für die ab 1984 eine weitere Verbesserung für große Teile des Bestandes vorgesehen ist, bleibt damit weiterhin voll gesichert.

Aus dem Jahresüberschuß von 15,1 (3,1) Mill. DM wurden 6 Mill. DM den freien Rücklagen zugeführt, der Restbetrag dient der Dividende von 9 (9) DM je 50-DM-Aktie plus 17,65 DM Bonus. Damit kommen die Aktionäre in den Genuß des Verkaufserlöses des US-Engagements.

Bei der voll zur AM-Beteiligungs-AG gehörenden Cosmos Lebensversicherungs-AG, Saarbrükken, stand das Geschäftsjahr 1982 voll im Zeichen der Umstellung des Vertriebssystems auf Direktvertrieb, also Verkauf von Lebensversicherungen direkt durch die Hauptverwaltung – ohne Außendienst. Damit wird jeder Teilmarkt von „Insidern" bedient, die über ausreichende Kenntnisse in Sachen Personenversicherung, Altersversorgung und Steuern verfügen. Die Einsparung des aufwendigen Außendienstes kommt den Versicherten über niedrige Beiträge und eine hohe, sofort beginnende Gewinnbeteiligung zugute.

Die Cosmos, einziger „reiner" Direktvertreiber in der Bundesrepublik, hat 1982 sein Vertriebsziel erreicht: 48 Mill. DM Neugeschäft und 43 Mill. DM Prämienaufkommen. Der Rückgang im Bestand (1,1 Mrd. DM Versicherungssumme) und Beitragsvolumen ist eine Folge der Übertragung des Bestands an fondsgebundenen Lebensversicherungen auf die AM-Leben.

Kostengünstige Arbeit und hohe Kapitalerträge (Durchschnittsverzinsung 8 Prozent) bewirkten einen um 41 Prozent auf 21,4 Mill. DM gestiegenen Rohüberschuß, von dem 99,1 Prozent – also 60,3 Prozent der Beitragseinnahmen – den Cosmos-Versicherten zukommen. Die gesamte aus der Gewinnbeteiligung der Versicherten gespeiste Vermögensmasse – Rückstellung für Beitragsrückerstattung – entspricht 205 Prozent der Beitragseinnahmen.

AM-Leben	1982	± %
Versicherungsbestand (Mill. DM)	25 703	+ 5,7
Eingel. Neugeschäft	3 113	– 5,5
Beitragseinnahmen	776	+ 5,6
Aufw. f. Vers.-Fälle	238	+ 8,3
Kapitalanlagen[1]	5 424	+12,8
Kapitalerträge	391	+17,4
Aufw. f. Beitr.-Rückerst.	301	+39,8
Rückst. f. Beitr.-Rückerst.	721	+30,6

	1982	1981	1980
Stornoquote[2]	7,8	6,9	6,7
Verw.-Kostenquote[4]	6,8	7,1	7,3
Abschl.-Kostenquote[5]	48,6	46,2	45,8
Überschußquote[6]	40,7	29,7	23,8

[1] ohne Depotford.; [2] Durchschnittsrendite: 7,6 (7,2) Prozent; [3] Rückk., Umwandlg. in beitr.-freie Versich- u. sonst. vorz. Abgang in % d. Anfangsbestands; [4] sonst. Aufw. d. Vers.-Betr. in % d. Beiträge; [5] in Promille d. eingel. Neugesch.; [6] Bruttoüberschuß in % d. Beiträge.

RENTENMARKT / Unsicherheit über US-Zinsen

Stimmung etwas freundlicher

Die Unsicherheit über den Zinstrend in den USA wirkt sich nach wie vor auf den deutschen Rentenmarkt aus. Allerdings ist der Grundton etwas freundlicher geworden. Bei geringen Umsätzen gab es nur kleine Ausschläge nach beiden Seiten, wobei aber im Wochenverlauf die Pluskorrekturen leicht überwogen. Die Entwicklung der Geldmenge, die bislang weit über den Zielkorridor hinausgewachsen ist, veranlaßt die Anleger eher zum Abwarten. Die Anleihe der Stadt Stuttgart wurde aber glatt plaziert. Zum Wochenschluß konnte die Deutsche Bundesbank sogar öffentliche Anleihen über nominal 29,7 Millionen Mark an den Markt abgeben. (tl)

Emissionen	24.6. 83	17.6. 83	30.12. 82	30.12. 81	30.12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,57	7,60	7,65	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,42	7,45	7,04	10,56	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,83	7,90	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	7,70	7,73	8,24	11,52	8,95
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,76	7,77	7,65	10,12	9,27
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,48	7,49	7,43	10,50	9,79
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,18	8,20	7,94	9,75	9,06
Inländische Emittenten insgesamt	7,75	7,77	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,09	8,06	8,45	10,32	8,32

هكذا من الأصل

Emsland



Kontinuität – Geheimnis des Erfolges

Wandel des einstigen Armenhauses der Bundesrepublik zum respektablen Wirtschaftsfaktor / Bewegliche Struktur / Problem Arbeitslosigkeit

Die räumliche Abgrenzung der Region bereitet nach wie vor Schwierigkeiten, auch wenn das Kerngebiet seit 1977 im neugeschaffenen „Landkreis Emsland" zusammengefaßt ist. Neben den früheren Landkreisen Lingen, Meppen und Aschedorf-Hümmling, die den heutigen Landkreis Emsland ausmachen, sind dem Wirtschaftsraum Emsland zuzurechnen der Landkreis Grafschaft Bentheim sowie Teile der Landkreise Leer, Cloppenburg, Vechta und Osnabrück. Die Stadt Papenburg wiederum gehört zwar zum Landkreis Emsland, wirtschaftlich aber orientiert sie sich nach Ostfriesland.

Von DOMINIK SCHMIDT

Für spektakuläre Schlagzeilen bleibt nur wenig Raum, wenn über das Emsland gesprochen wird. Die Region besticht in ihrer Entwicklung eher durch Kontinuität. Dies mag der Grund sein, warum der Wandel des einstigen Armenhauses der Bundesrepublik hin zu einem wirtschaftlich respektablen Wirtschaftsfaktor nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit vollzogen wurde. Die Emsländer sind stolz auf ihre Geschichte und ihre kulturelle Eigenart; die ökonomischen Strukturen aber haben sich in den vergangenen drei Jahrzehnten – seit dem Wirksamwerden des Emsland-Erschließungsplans im Jahre 1950 – drastisch verändert.

Die Landwirtschaft hat ihre Beschäftigungszahl in der Nachkriegszeit auf ein Viertel reduziert; längst hat die Industrie die wirtschaftliche Führungsrolle übernommen. Gleichwohl wäre das Stichwort industrielle Expansion eine nur ungenügende Kurzformel für das Gesamtspektrum der wirtschaftlichen Entwicklung im Emsland.

Es spricht für die Beweglichkeit und Flexibilität der vorhandenen wirtschaftlichen Strukturen, daß sich im nordwestlichen Zipfel Niedersachsens sehr individuelle wirtschaftliche Gebilde herauskristallisiert haben. Nordhorn zum Beispiel gilt als das Zentrum der Textilindustrie. Mit der Stadt Lingen verbindet sich die Erinnerung an eines der ersten deutschen Kernkraftwerke (inzwischen ist dieser Meiler auf Erdgas umgerüstet worden; ein neues Kernkraftwerk entsteht in unmittelbarer Nachbarschaft).

Meppen, Kreisstadt des 1977 aus den Altkreisen Lingen, Meppen und Aschendorf-Hümmling entstandenen Landkreises Emsland, hat sich bislang stärker dem Dienstleistungsbereich zugewandt, während ganz im Norden Werften, Hafen und Industrie das wirtschaftliche Bild Papenburgs prägen. Dazwischen gibt es eine ganze Reihe ländlicher Gemeinden mit gesunden Unternehmen aus verschiedenen Branchen. Beispiele dafür sind Schüttdorf mit den Schinkenräuchereien Schächter und Klümper & Stamme, Spelle mit dem Landmaschinen-Hersteller Krone, Dörpen mit Nordland Papier oder Haselünne mit dem Spirituosen-Hersteller Berentzen. Andere Ortschaften suchen ihre Chance im Fremdenverkehr, begünstigt durch eine auf ihre Art reizvolle Landschaft.

In diesem weiten Raum, der im Norden von Ostfriesland und südlich durch das Münsterland begrenzt wird, leben 243 000 Menschen; das entspricht einer Bevölkerungsdichte von 85 Einwohnern pro Quadratkilometer. In der Bundesrepublik sind es demgegenüber rund 250 Einwohner. Mit Nachdruck wird im Emsland auf die günstige Altersstruktur der Bevölkerung hingewiesen: 27 Prozent der Emsländer sind jünger als zwanzig Jahre, gut 37 Prozent nicht älter als 26 Jahre.

Der nach wie vor beobachtete Geburtenüberschuß bringt allerdings gerade jetzt erhebliche Probleme mit sich. Die Arbeitslosenzahlen sind deutlich höher als im Bundesdurchschnitt und liegen auch über dem Niveau des Landes Niedersachsen. Die Quoten reichen von 11,3 Prozent in Lingen bis zu 17,8 Prozent in Papenburg. Gerade weil aber im Emsland eine erste industrielle Basis geschaffen wurde, richten sich die Anstrengungen nun auf eine Verstärkung des tertiären Sektors, auf den Handel und Dienstleistungsbereich.

An diesen Zahlen zeigt sich, daß das Land an der Ems wirtschaftlich zwar stark aufgeholt hat, den Anschluß an den Durchschnitt regionaler Kennziffern aber noch längst nicht gefunden hat. Die Industriedichte (Industriebeschäftigte je 1000 Einwohner) liegt derzeit bei 100. Dies bedeutet für das Emsland, das 1950 erst eine Industriedichte von 28 Beschäftigten auswies, einen enormen Sprung; im Vergleich zum Bundesdurchschnitt bleibt jedoch noch immer ein ergeblicher Nachholbedarf.

Strukturwandel ist das Stichwort, das noch immer am ehesten die Probleme und Chancen auf einen kurzen Nenner bringen kann. Das ist sicher nicht typisch für das Emsland, zumal dieser Begriff zum festen Instrumentarium der Wirtschaftspolitik geworden ist. Im Emsland aber vollziehen sich Strukturveränderungen im stillen. Die Wirkungen des Emsland-Plans haben einiges bewegt. Noch in den 60er Jahren beschäftigte die Landwirtschaft gut die Hälfte aller Erwerbspersonen. Mittlerweile liegt dieser Anteil bei 13 Prozent. An der Bruttowertschöpfung im Emsland ist die Landwirtschaft aber immerhin noch mit zehn Prozent beteiligt, doppelt soviel wie im niedersächsischen Landesdurchschnitt.

Die Frage nach den wirtschaftlichen Aussichten der Region läßt sich nur schwer beantworten. Vieles hängt von der Selbsteinschätzung dieses Raumes und seiner Fähigkeit ab, sich im verschärften Standortwettbewerb zu behaupten. Industrieansiedlungen großen Stils dürfen kaum erwartet werden, wenngleich die Rahmenbedingungen mit dem Bau der Emsland-Autobahn sich weiter verbessern.

Soweit dies in der Kompetenz der lokalen Entscheidungsträger liegt, ist das Bemühen unverkennbar, attraktive Angebote für ansiedlungswillige Unternehmen vorzuhalten. Großzügige, gut erschlossene und preiswerte Flächen für Gewerbe und Industrie stehen zur Verfügung. Eine gegenüber auch großflächigen Neuansiedlungen aufgeschlossene Bevölkerung und eine engagierte Verwaltung begünstigen tendenziell die rasche Planung und Durchführung notwendiger Maßnahmen.

Für Investitionswillige interessant sind die Förderungspräferenzen: Nahezu das gesamte Emsland ist in die „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" einbezogen.

Zunehmend in den Hintergrund tritt das Argument der relativ großen Entfernung des Emslandes zu den Ballungszentren, den potentiellen Absatzmärkten. Durch moderne Nachrichtentechniken und schnelle Verkehrsmittel wandert die Region aus ihrer Randlage heraus und gewinnt zugleich ein eigenes wirtschaftliches Profil.

Was das Land für die Touristen bereithält

Das Emsland, ein bis vor kurzem unbescholten weißer Fleck auf der Karte des Fremdenverkehrs, gewinnt zunehmend an Konturen für den Tourismus. Der mit 2880 Quadratkilometer größte Landkreis der Bundesrepublik – er übertrifft das Saarland an Flächenausdehnung – kann Wachstumsraten in Sachen Fremdenverkehr vorweisen, die selbst angesichts des Trends, den Urlaub im eigenen Land zu verbringen ungewöhnlich hoch sind.

So stiegen die jährlichen Übernachtungen von 656 074 im Jahre 1977 um 505 040 auf 1,16 Millionen Übernachtungen im Jahre 1982; das entspricht einem Zuwachs um jährlich fast 20 Prozent.

Im Norden durch Ostfriesland von der Nordsee abgeschottet, im Westen durch die Niederlande begrenzt, dehnt sich zwischen der Boccumer Hügelkette im Südosten und dem Hümmling im Norden ein rund 100 Kilometer breiter Landstrich aus. Seine von geringen Höhenunterschieden geprägte Landschaft hat eine Bevölkerungsdichte von 84 Einwohnern pro Quadratkilometern. Der bundesrepublikanische Durchschnitt liegt bei rund 250 Einwohnern. Sucht der zivilisationsmüde Großstädter Einsamkeit, so findet er sie sicherlich in dieser Region mit ihren sanften Flußlandschaften entlang von Ems und Hase.

Überall trifft er auf Zeugen einer langen und wechselvollen Geschichte. Vor 4000 Jahren errichteten die ersten Bewohner dieser Gegend ihre Riesengräber im Hümmling. Bei Thuine findet der interessierte Urlauber das Riesenoval eines Hünengrabes mit 17 Kammern. Er kann sich aber auch einfach in den ausgedehnten Wäldern und den in dieser Landschaft verstreuten uralten Dörfern der Erholung widmen.

Alte Schlösser wie das von Dankern, heute zu einem beliebten Freizeitpark mit rund 300 000 Übernachtungen im Jahr umfunktioniert, oder das bei Sögel gelegene Jagdschloß Clemenswerth mit seiner Kunst- und Kulturhistorischen Sammlung sind ebenso beliebte Urlaubsziele wie die alten Städte Lingen und Meppen. Im Jahre 1408 wurde der Grundstein für das Rathaus in der Kreisstadt Meppen gelegt, und in Lingen wurde das Rathaus 1663 fertiggestellt. Unverkennbar sind die Einflüsse in der Kunstgeschichte, die aus Westfalen und aus den Niederlanden hier wirksam geworden sind, darunter das Schloß Herzford in Lingen, das auf den westfälischen Baumeister Schaun zurückgeführt wird.

Im Norden des Landkreises liegt die Stadt Papenburg, das „längste Dorf Europas", mit dem am weitesten binnenwärts gelegenen Seehafen Deutschlands. Dort stößt der Besucher auf ein schier endloses Kanalnetz, das infolge der Entwässerung der Moore entstanden ist. Papenburg ist zudem Deutschlands größte und älteste Fehnkolonie.

Aber nicht nur Kulturhistorisches gibt es im Emsland zu bestaunen. Wer Lust und genügend Energie hat, kann sich mit einem Segelflugzeug die Weite des Himmels oder mit einem Fahrrad das gut ausgebaute Straßennetz erobern.

An erlenbewachsenen, schattigen Flußufern kann sich der passionierte Angler aus sauberen Gewässern seine Mahlzeiten selber an Land ziehen oder er hilft bei „Ferien auf dem Bauernhof" bei der täglich anfallenden Arbeit mit.

Da das Emsland nach dem Zweiten Weltkrieg als wirtschaftlich unterentwickeltes Land galt, hat die Regierung in Hannover viel getan, um diese Region an das Niveau in der Bundesrepublik Deutschland anzugleichen. Nicht zuletzt deswegen steht zwischen Lathen und Dörpen ein kleines Wunder der Moderne: das schnellste erdgebundene Verkehrssystem. Die 400 Kilometer pro Stunde schnelle Transrapid, eine Magnetschwebebahn, gehört schon jetzt zu den Attraktionen. So hat dieses einerseits so abgelegene, andererseits in der Mitte der Europäischen Gemeinschaft gelegene Gebiet für jeden etwas zu bieten. Das einst recht arme Emsland hat aus seinen Möglichkeiten – schöne Landschaft verbunden mit einer alten, interessanten Kultur – und mit Hilfe der Fremdenverkehrsförderung des Landes Niedersachsen das Beste gemacht.

HUBERTUS BLASS

Wie Lingen nach dem Krieg wieder zu sich fand

Kinder, die entgegen der Absicht ihrer Eltern nicht so geraten wie erwünscht, werden gelegentlich als „Spätzünder" apostrophiert. Ähnliches trifft auf die große selbständige Stadt Lingen im Emsland zu. Steter Zankapfel zwischen den Grafen von Tecklenburg und den Fürstbischöfen von Münster im ausgehenden Mittelalter und der frühen Renaissance, später Spielball zwischen Kaiser und dem Hause Oranien, zwischen Holland und Preußen, fand Lingen erst nach dem II. Weltkrieg zu sich selbst.

Hatte die Stadt Anfang dieses Jahrhunderts bescheidene 7000 Einwohner, so ist diese Zahl mittlerweile in die Nähe von 50 000 geklettert. Dies ist zuerst eine Folge der Gebietsreform der Jahre 1974/77 und der wirtschaftlichen Förderung durch die Regierung in Hannover. So ist Lingen als übergeordneter Förderschwerpunkt mit 20 Prozent Investitionshilfe ausgewiesen. Dies hatte zur Folge, daß schon früh verschiedene Unternehmen die günstige Ausgangsbasis nutzten. Zu der Förderung hinzu kam die günstige Lage inmitten der Europäischen Gemeinschaft.

War 1856 das Eisenbahn-Ausbesserungswerk lange Zeit der einzige ortsansässige Betrieb, so errichtete nach dem II. Weltkrieg die deutsche Erdölindustrie eine der modernsten und bedeutendsten Raffinerien in Lingen – Folge der Ölfunde im Emsland.

Die zum Salzgitter-Konzern gehörende Deutsche Schachtbau- und Tiefbohr-GmbH wählte Lingen zu ihrem Hauptsitz. Weiterhin ließen sich Betriebe der Textil- und Bekleidungsindustrie, wie zum Beispiel „Lincron", der Metall- und Kunststoffverarbeitung, des Maschinenbaus und des Großhandels dort nieder.

In den Jahren 1964 bis 1968 wurde in Lingen eins der ersten Atomkraftwerke der Bundesrepublik errichtet. Inzwischen ist dieser Meiler wieder stillgelegt; gleich nebenan liefert heute ein Gasturbinenkraftwerk Strom. Ab 1989 soll dann das zweite Atomkraftwerk die Region mit Energie versorgen. 1972 nahm der US-Chemieriese Monsanto die Produktion von Acrylfasern auf; der multinationale Konzern Exxon stellt hier Brennelemente für Kernkraftwerke her.

hb

Seit 700 Jahren ist Meppen der Mittelpunkt

Meppen, die Kreisstadt des Emslandes, setzt mit ihrer Rolle als administrativer Mittelpunkt dieser Region, eine Tradition fort, die es schon seit rund 700 Jahren, als sie noch zum „Niederstift Münster" gehörte, erfüllte. Dies fand seinen Niederschlag in ihrer heutigen Struktur.

Am Zusammenfluß von Ems, Hase und Radde gelegen, beherbergt Meppen eine Reihe von zentralen und überregionalen Verwaltungseinrichtungen, darunter die Emsland GmbH, die sich seit den 50er Jahren um die Entwicklung dieser Region erfolgreich bemüht. Das Wasser- und Schiffahrtsamt, das Amt für Agrarstruktur, das Wasserwirtschaftsamt und die Forstämter haben dort ihren Sitz. Ebenso sind Behörden für Landwirtschaft, der Bundeswehr und des Bergamtes vertreten.

Dennoch hätte Meppen seine jetzige Bedeutung wahrscheinlich nicht erlangt, hätten sich nicht nach dem Kriege verschiedene Betriebe hier niedergelassen. Abgesehen von einigen alteingesessenen Unternehmen wie der Firma Eisenhütte GmbH, die schon 1826 gegründet worden ist, haben nach dem Kriege Firmen wie Scado GmbH, die Bindemittel für die Lack- und Farbenindustrie herstellen oder die Reinhard KG Rohrleitungsbau GmbH & Co. die Standortvorteile zu nutzen gewußt.

Heute verfügt die Kreisstadt über eine gesunde wirtschaftliche Grundstruktur aus metallverarbeitenden Betrieben, Maschinenfabriken und einem Nahrungsmittelwerk sowie Werken der Textil- und Bekleidungsindustrie. Größter Arbeitgeber jedoch ist die Erprobungsstelle der Bundeswehr. Starke Impulse für die Wirtschaft bewirkte die Errichtung des Erdgasgroßkraftwerkes, das seit 1974 die Region mit Strom versorgt.

Dennoch ist Meppen auch eine Stadt der geistigen Ausbildung geblieben. Was im Jahre 1642 durch die Jesuiten – sie gründeten damals ein Gymnasium – begann, wurde seit den fünfziger Jahren konsequent fortgesetzt. Heute verfügt Meppen über ein Berufsbildungszentrum, eine Musikschule und ein staatliches Studienseminar, das im Rahmen des „Emsland-Medien-Projektes" Unterrichtsprogramme in einem eigenen Fernsehstudio herstellt.

H. B.

Rechtzeitig für Infrastruktur in Papenburg gesorgt

Auf eine relativ kurze aber stürmische Entwicklung blickt Papenburg zurück, die Stadt mit dem am weitesten landeinwärts gelegenen Seehafen Deutschlands. Im Jahre 1631 auf Veranlassung der Fürstbischöfe von Münster gegründet, ist es die älteste und größte Fehnkolonie Deutschlands. Überhaupt kann dieses „längste Dorf Europas" mit einer Ausdehnung von 18 Kilometern einige Superlative vorweisen.

Im Rahmen der Förderpräferenzen von 20 Prozent Investitionshilfe wurde nach dem letzten Krieg eine leistungsfähige Industrie aufgebaut. Zwar schrumpfte die Bedeutung der Schiffbauindustrie als Folge des Vordringens der Eisenschiffe gegen Ende des letzten Jahrhunderts. Dennoch widmen sich heute noch zwei Werften, Meyer und Sürken, mit viel Erfolg vor allem dem Spezialschiffbau.

Europas größtes Werk für die Produktion von Spanplatten, das Emsland Spanplattenwerk, hat sich in Papenburg niedergelassen; der Großteil der verarbeiteten Hölzer stammt aus Skandinavien. Die im Norden des Emslandes gelegene Stadt mit ihren rund 30 000 Einwohnern ist heute auch Standort für die Textilindustrie (ADO-Gardinen) und die holz- und kunststoffverarbeitende Industrie (Brügmann-Frisoplast), für die Stahlindustrie (Norm-Stahl) und verschiedene andere Unternehmen.

Für die Ansiedlung von Unternehmen war nicht zuletzt die günstige Verkehrslage entscheidend. Das weite Hinterland und die zentrale Lage im europäischen Markt gehören zu den am häufigsten genannten Gründen zugunsten der Stadt.

Dank der Weitsicht der Stadtväter verfügt Papenburg über eine ausgezeichnete Infrastruktur. Neben allen Formen der gängigen Schulen – von der Grundschule bis hin zum Gymnasium – stehen den Jugendlichen Berufs- und Berufsfachschulen zur Verfügung.

Auch für die Freizeitgestaltung hält die im Nordwesten Niedersachsens gelegene Stadt alles bereit, was sich an zeitgemäßen Einrichtungen denken läßt: Wassersportanlagen, Segelflugplatz, Frei- und Hallenbad sowie Tennisanlagen erlauben es den Besuchern und Einwohnern, ihren Neigungen nachzugehen.

tus.

Kein gewaltiger Satz, aber stetiger Fortschritt

Was aus den Zielen des Emsland-Planes geworden ist

Als der Deutsche Bundestag im Mai 1950 den Emsland-Plan beschloß, waren die Ziele konkret vorgegeben: Durch die Gesamterschließung des Emslandes sollte die wirtschaftlich rückständige Region dem Niveau angrenzender Gebiete angeglichen werden. Angesprochen wurden die Schaffung von infrastrukturellen Grundlagen für die Entwicklung in den Bereichen Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, Verkehr und Elektrifizierung, der Bau von Schwerpunkt-Krankenhäusern und Schulen. All diese Maßnahmen sollten Initialzündungen in kommunalen und privaten Bereichen auslösen.

Zwar haben sich die Vorstellungen der Emsland-Plan-Initiatoren nicht in vollem Umfang erfüllt; die bisherigen Erfolge aber auf dem Weg zur Stärkung der Wirtschaftskraft einer Region, die 1950 industriell hoffnungslos unterentwikkelt war, sind gewaltig und ohne den Erschließungsplan kaum realisierbar gewesen. Als abgeschlossen gelten inzwischen die Neuansiedlung landwirtschaftlicher Betriebe, der Bau von Kreis- und Gemeindestraßen sowie von Krankenhäusern und Schulen. Weit fortgeschritten sind ferner der Wirtschaftswegebau, der Flußausbau und Grabenbau, die Aufforstung, die Wasser- und Abwasserversorgung sowie der Landbau.

Als organisatorisches Instrument zur Durchführung des Plans wurde die Emsland GmbH mit Sitz in Meppen geschaffen. Gesellschafter der Emsland GmbH, die den finanziellen Einsatz öffentlicher Mittel regelt und die vielfältigen Planungen koordiniert, waren zunächst der Bund, das Land Niedersachsen und acht Emslandkreise. Ende 1972 schied der Bund aus; infolge der Gebietsreform schrumpfte die Zahl der Emslandkreise auf sechs.

Die Arbeit der Emsland GmbH beschränkt sich nicht nur auf den 1977 entstandenen Landkreis Emsland, sondern bezieht die Gesellschafter-Kreise Grafschaft Bentheim, Cloppenburg, Leer, Osnabrück und Vechta mit ein. Dieser 8000 Quadratkilometer große „Wirtschaftsraum Emsland" zählt rund 750 000 Einwohner.

Für die Erschließungsarbeiten im Emsland sind bislang rund 1,9 Milliarden Mark eingesetzt worden. Davon entfallen auf den Bund und das Land Niedersachsen etwa 1,2 Milliarden Mark; der Rest setzt sich aus Leistungen der Träger und sonstiger Institutionen zusammen. Für 1983 stehen dem Emsland aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" 17,5 Millionen Mark zur Verfügung gegenüber 14,7 Millionen Mark im Vorjahr. Zugleich erhält die Emsland GmbH die Möglichkeit, Verpflichtungsermächtigungen über insgesamt 12 Millionen Mark (Vorjahr zehn Millionen) auszusprechen, die in den Jahren von 1984 bis 1987 eingelöst werden. Bedauert wird von der Emsland GmbH, daß die Förderung der Industrie- und Gewerbeerschließung 1983 eingestellt worden ist.

Das gemeinsame Interesse der Gemeinden, der Landwirtschaft und der Industrie an einer Gesamtentwicklung des ländlichen Raumes hat im Rahmen der Emslanderschließung schon sehr früh zu der Einsicht geführt, die staatliche Förderung dieser drei Bereiche unter einem gemeinsamen Aspekt zu sehen. Die Landwirtschaft hat erheblich investiert und rationalisiert. Nur noch 13 Prozent der Erwerbstätigen im Emsland leben von der Landwirtschaft. Die Produktionsstruktur zielt mit etwa 60 Prozent Ackernutzung und bei einer durchschnittlichen Betriebsgröße mit 27,5 Hektar auf eine sinnvolle Anpassung an den europäischen Markt.

Die gewerbliche Wirtschaft beschäftigt gut 20 Prozent der Erwerbstätigen in der Industrie. Einen hohen Stellenwert hat das Baugewerbe. Die Einkommenssituation hat sich deutlich gebessert, wenngleich der Abstand zum Bundesdurchschnitt noch bei rund 10 Prozent liegt. Dies alles zeigt, wie fruchtbar die aufeinander abgestimmte Entwicklung von Landwirtschaft und gewerblicher Wirtschaft des Emsland-Plans wirkt.

dos

Grünes Licht für Autobahn

Die Schiene soll aus der Randlage herausführen

Über die Notwendigkeit des Projekts herrscht seit langem Einigkeit; die leeren Kassen in Bonn indes verhinderten bislang die Realisierung. Jetzt aber stehen die Ampeln auf Grün: Noch in diesem Jahr wird das erste Teilstück der Emsland-Autobahn in Angriff genommen. Dabei handelt es sich um den 42 Kilometer langen Abschnitt zwischen Neermoor und der Bundesstraße 402 bei Haren.

Die Erleichterung, mit der diese Entscheidung im Emsland aufgenommen wurde, ist groß. Denn das Gebiet zwischen Salzbergen im Süden und Papenburg im Norden, zwischen Haren im Westen und Herzlake im Osten gehört zu den wenigen Regionen der Bundesrepublik, die noch nicht an das Autobahnnetz angeschlossen sind. Mit der Verwirklichung der A 31, die später das Ruhrgebiet mit dem Emsland und weiter mit Ostfriesland verbinden wird – parallel dazu soll die Autobahnlücke zwischen Leer und Westerstede im Verlauf der A 28 geschlossen werden – dürften sich die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Weiterentwicklung erheblich verbessern.

Daß von der Verkehrsinfrastruktur einer Region entscheidende Impulse für das gesamte Wirtschaftsleben auszugehen, ist unbestritten. Ein unzureichend ausgestattetes Verkehrsnetz beeinträchtigt die Standortbedingungen nachhaltig. Erst wenn die Möglichkeiten eines zügigen und kostengünstigen Transports bestehen, kommt es nach allen Erfahrungen zu Neuansiedlungen oder zu Erweiterungsmaßnahmen. Gerade diesem Aspekt kommt im strukturschwachen Emsland besondere Bedeutung zu.

Als Maßnahme der Stufe II sehen die Planungen ab 1990 die Weiterführung der Trasse nach Nordrhein-Westfalen vor. Dann endlich wird die für das Emsland so wichtige Nord-Süd-Verbindung fertiggestellt sein. Die jetzt getroffene Entscheidung, mit den Bauarbeiten des ersten Teilstücks zu beginnen, dürfte zugleich entsprechende Reaktionen auf niederländischer Seite hervorrufen. Dort nämlich wird seit geraumer Zeit bereits der Ausbau der Verbindung zwischen Hoogezand und Winschoten diskutiert. Die heimische Wirtschaft sieht in der Autobahn westlich der Ems die Möglichkeit, sich aus der Randlage befreien zu können. **Hu.**

Die Appelkorn-Saga aus Haselünne

Das Emsland ist ein Kornland, im doppelten Sinne des Wortes. Korn wird hier nicht nur angebaut, es wird auch in seiner flüssigen Form besonders hoch geschätzt. Auf die feine Kunst des Brennens versteht man sich hierzulande schon seit Jahrhunderten. So wagte einst auch Johann Bernhard Berentzen im emsländischen Haselünne den Schritt vom Getreidemüller zum Kornbrenner. 1758, als Friedrich der Große gerade die Schlacht von Leuthen geschlagen hatte, gründete er in seiner Heimatstadt eine Kornbrennerei, die auch heute noch in der siebten Generation besteht.

Gut zwei Jahrhunderte lang war J. B. Berentzen, Kornbrenner zu Haselünne, nur eine der vielen regionalen Brennereien in Deutschland, die, zumeist bäuerlichen Ursprungs, ihre Produkte mehr oder weniger im Sichtbereich des eigenen Kirchturms absetzten. Da dieser in Haselünne besonders hoch ist und die Nachfrage nach dem hochprozentigen Klaren dort nie zu wünschen übrigließ („Im Emsland werden schon die Kinder mit Korn getauft"), entwickelte sich das Unternehmen im Auf und Ab der Zeit durchaus erfreulich.

Den ersten großen Durchbruch schaffte dann der Vater der heutigen Inhaber, dem es gelang, seinen Weizenkorn mit nur 32 Volumenprozenten, bis dato vornehmlich für Kutscher und Postboten gedacht, salonfähig zu machen und ihn unter dem Namen „Echter Berentzen" ganz weit oben in der deutschen Spirituosen-Hitliste anzusiedeln.

Die beiden Söhne Friedrich und Hans Berentzen ruhten sich auf diesem väterlichen Erfolg nicht aus, sie übertrafen ihn sogar noch. Ende 1975 kreierten sie ein neues Erzeugnis, eine Verbindung von Apfelsaft und Weizenkorn, 25 Volumenprozent, das den schlichten Namen „Berentzen Appel" erhielt und im Volksmund treffend als Appelkorn bezeichnet wurde.

Mit diesem Produkt katapultierten sich die pfiffigen Emsländer in die Spitzengruppe deutscher Spirituosen und rissen festgefügte Strukturen im etablierten Markt auf. 2,6 Millionen Flaschen 1976 war der Anfang, 25,2 Millionen Flaschen nur drei Jahre später der absolute Höhepunkt. Die eigenen Produktionsanlagen reichten nicht aus, befreundete Brennereien mußten mithelfen, die überschäumende Nachfrage zu befriedigen.

Seitdem haben sich die Zeiten geändert. Sinkende Realeinkommen plus eine zweimalige Steuererhöhung in kürzester Frist ließ auch den Absatz des bei Männern und Frauen gleichermaßen beliebten „Berentzen Appel" zurückgehen. 1982 wurden „nur" noch 17,9 Millionen Flaschen abgesetzt, aber immer noch eine Menge, von der andere Brennereien nur träumen können.

Die Gebrüder Berentzen, von dieser Entwicklung weniger überrascht als von dem seinerzeitigen Erfolg, haben jedoch vorgebeugt. Andere Fruchtspirituosen, selbstverständlich auf der traditionellen Kornbasis, sorgen für einen gewissen Ausgleich, eine Bremer Weinbrandmarke, vor wenigen Jahren erworben, entwickelt sich ebenfalls erfreulich, und schließlich hat man noch ein zweites lukratives Standbein, die Pepsi-Cola-Konzession für das westliche Niedersachsen und das nördliche Westfalen.

Auch politische Verantwortung scheuen sie nicht. Hans ist im Kreistag aktiv, Friedrich fungiert als Bürgermeister zu Haselünne, und der alte Familienspruch der Berentzen wird nach wie vor hochgehalten: „Echtes ehren – Schlechtem wehren."

HEINZ HILDEBRANDT

Ein Fertighaus nach Maß

Gussek konnte auch 1982 den Absatz steigern

Die in diesem Jahr durch die Bundesregierung eingeleiteten Förderungsmaßnahmen und wesentlich auch das gesunkene Zinsniveau haben den Hausbau allgemein und in noch stärkerem Umfang den Fertighausbau belebt. Ein Beispiel dafür ist auch die Firma Gussek-Haus in Nordhorn.

Schon in den Anfängen des industriellen Fertigbaus hat sich das Unternehmen an der modernen Branchenentwicklung beteiligt und zählt heute zu den größten im nordwestdeutschen Raum ansässigen Anbietern. Bereits 1964 wurden die ersten Fertighäuser geliefert.

Die ständige Aufwärtsentwicklung machte 1976 die Inbetriebnahme eines neuen Werkes in Nordhorn erforderlich. Auf einer Gesamtproduktionsfläche von 10 000 Quadratmeter werden derzeit 200 Häuser jährlich gefertigt. 250 Mitarbeiter sind im Unternehmen tätig.

Die Häuser werden nach handwerklichem Qualitätsstandard ausgerichtet. 17 verschiedene Fertighausmodelle lassen mit mehr als 100 Varianten den unterschiedlichen Ansprüchen der Bauherren weiten Raum. Der Erwerber eines Gussek-Hauses kauft nicht „von der Stange", sondern erhält einen „Maßanzug".

Zeitgemäße Wärmedämmung, Dreifach-Isolierverglasung und Vollverklinkerung tragen dazu bei, daß neben der Individualität auch die Wirtschaftlichkeit nicht zu kurz kommt.

Mit der Inbetriebnahme des neuen Werkes wurden die Voraussetzungen geschaffen, um das Angebot auch auf den industriellen Zweckbau auszuweiten. Das Schwesterunternehmen, Gussek-Zweckbau, bietet eine breite Palette von Zweckbauten in Fertigbauweise für viele Bereiche an: Verwaltungsgebäude, Industriebauten, Schulen, Kindergärten, Institute, Büros, Krankenhäuser, Arztpraxen, Lagerhallen oder Wohnheime.

Hier kommen die Vorteile industrieller Vorfertigung – kurze Bauzeit, schlüsselfertige Ablieferung, Festpreisgarantie – besonders zur Geltung. Ständige technische Verbesserung und Neuentwicklung sind die Voraussetzung für eine Geschäftsausweitung, die über Branchenschnitt liegt. (DM.)

Wichtigstes Fördergebiet für Öl und Erdgas in der Bundesrepublik

Schwierige geologische Bedingungen / Verstärkte Aktivitäten / Mehr Beschäftigte

Der erste Fund im Emsland gelang 1938: Die Bohrung „Norddeutschland 1" erschloß in einer Tiefe von 1600 Meter das Erdgasvorkommen Bentheim. So rechte Begeisterung aber wollte nicht aufkommen; die Suche galt nämlich dem Öl. Erdgas betrachteten die Unternehmen der Förderindustrie damals eher als notwendiges Übel. Diese Einstellung hat sich mittlerweile geändert. Der größere Teil der Investitionen und Aufschlußaufwendungen von insgesamt 2,2 Milliarden Mark im Jahre 1982, die von der deutschen Erdöl- und Erdgasgewinnungsindustrie getätigt wurden, dient der Erschließung von Erdgasreserven.

Wichtigstes Fördergebiet in der Bundesrepublik ist das Emsland. Gut 40 Prozent des deutschen Erdöls und nahezu die Hälfte des Erdgases stammen aus dieser Region. Gas- und Ölpipelines sorgen im Verbund mit zwei großen Raffinerien für Transport und Weiterverarbeitung dieser Energieträger. Die Förderindustrie ist in dieser Region nahezu komplett vertreten. Das gilt für den führenden deutschen Produzenten von Erdöl und Erdgas, die BEB Gewerkschaften Brigitta und Elwerath, an der Esso und Shell jeweils zur Hälfte beteiligt sind, für die Wintershall AG, die unter anderem auch die Raffinerien betreibt, für die im Bohrgeschäft tätige C. Deilmann AG und den Rohstoffkonzern Preussag AG.

Erstes Feld schon 1940 entdeckt

Die Salzgitter-Tochter Deutsche Schachtbau und Tiefbohrgesellschaft mbH, die seit 1948 in Lingen ansässig ist, entdeckte 1940 das erste Erdölfeld in Dalum bei Lingen und leitete damit den wirtschaftlichen Aufstieg des Emslandes zum bedeutendsten deutschen Erdölgebiet ein. Zusammen mit anderen deutschen Gesellschaften gelang 1949 die Entdeckung des Feldes Rühlermoor, des mit rund 40 Millionen Tonnen Vorräten größten Erdölfeldes Deutschlands. Das 1958 ebenfalls im Emsland entdeckte Erdölfeld Bramberge konnte über einen längeren Zeitraum hinweg die höchste Produktion unter den deutschen Feldern halten.

Gemessen an der Förderung war 1982 für die Gewinnungsindustrie kein gutes Jahr. Die inländische Erdgasförderung verminderte sich um 13 Prozent auf 16,6 Milliarden Kubikmeter und sank damit auf den niedrigsten Stand seit 1972. Der Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasgewinnung führt den Rückgang nicht nur auf die anhaltende Konjunkturschwäche zurück. Verwiesen wird zugleich auf den verstärkten Substitutionswettbewerb anderer Energieträger (Kohle) und die Importverpflichtungen im Rahmen der bestehenden langfristigen Lieferverträge. Immerhin deckte die inländische Förderung aber 32 Prozent des Erdgasverbrauchs in der Bundesrepublik ab. Die Erdgasreserven belaufen sich auf 271 Milliarden Kubikmeter.

Die Erdölförderung in der Bundesrepublik verringerte sich 1982 weniger stark, nämlich um 4,5 Prozent auf 4,3 Millionen Tonnen. Durch die fortgesetzte Anwendung tertiärer Gewinnungsmethoden konnte der Rückgang der Lagerstätten, bedingt durch die natürliche Erschöpfung, gemildert werden. Die nachgewiesenen sicheren und wahrscheinlichen Erdölvorräte nahmen nur um drei auf 59 Milliarden Tonnen ab.

Die größten Erdölfelder liegen im Emsland. Die Felder Rühlermoor (540 000 t), Bramberge (361 000 t), Georgsdorf (347 000 t) und Emlichheim (154 000 t) gehören zur Spitzengruppe in der Produktionsstatistik. An diesen Zahlen zeigt sich aber zugleich, wie mühsam die Erdölgewinnung in der Bundesrepublik ist. Im Vergleich zu Saudi Arabien etwa werden pro Sonde und Tag nur Bruchteile gefördert; das Verhältnis liegt bei 4:1000.

Der Grund dafür liegt in den schwierigen geologischen Bedingungen, in der Vielzahl kleiner Lagerstätten und in dem ungünstig, vor allem aber tief liegenden Speichergestein. Hinzu kommt die hohe Viskosität des deutschen Öls, seine Zähflüssigkeit. Mit den herkömmlichen Methoden der Primär- und Sekundärförderung ließe sich nur ein geringer Teil der Vorräte fördern.

118 Bohrungen bisher niedergebracht

Die Bohrleistungen der deutschen Erdöl- und Erdgasgewinnungsindustrie erreichten 1982 über 334 000 Meter, 27,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Davon entfielen allein 133 600 Meter auf Aufschlußbohrungen. Insgesamt wurden in der Bundesrepublik 118 Bohrungen vollendet, von denen 76 Erdöl oder Erdgas antrafen. Von den 42 abgeschlossenen Aufschlußbohrungen waren elf fündig; das entspricht einer branchenweit ungewöhnlichen Erfolgsquote von 26 Prozent.

Die verstärkte Aktivität der Branche findet ihren Ausdruck in der Beschäftigtenentwicklung. Im Durchschnitt des Jahres 1982 waren 11 614 Mitarbeiter in der Förderindustrie tätig, sieben Prozent mehr als im Vorjahr. Gegenüber dem Jahr 1979 hat sich die Gesamtbelegschaft um über 2000 Mitarbeiter erhöht. Angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen in der Bundesrepublik verdient diese Entwicklung besondere Beachtung, dies umso mehr, als die Erdöl- und Erdgasgewinnungsindustrie vor allem in Gebieten mit schwacher Wirtschaftsstruktur tätig ist.

D. SCHMIDT

Euregio will nationale Grenzen überwinden

Die ersten Kontakte zwischen niederländischen und deutschen Kommunen wurden 1958, nach der Gründung der Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft, geknüpft. Daraus entstand 1965 schließlich Euregio, ein Verband, dem heute über 80 Kreise, Städte und Gemeinden beiderseits der deutsch-niederländischen Staatsgrenze angehören. Euregio steht für die Begriffe „Europa" und „Region" und symbolisiert die Verknüpfung europäischer Ideen mit den besonderen regionalen Aspekten dieses Raumes.

Geografisch ist die Euregio Teil der westfälischen Bucht mit den natürlichen Begrenzungen im Norden durch das Bourtanger Moor, im Westen durch Rhein und Ijssel, im Süden durch die Lippe und im Osten durch die Ems. Nach Norden hin schließt sich der Euregio die „Ems-Dollart-Region" an, eine Gemeinschaft mit ähnlichen Zielen wie Euregio. Beide sind Mitglieder in der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen, der zur Zeit 14 solcher Zusammenschlüsse angehören.

Hauptziel der Euregio ist die Überwindung der nationalen Grenzen und der dadurch entstandenen Nachteile. Wirtschaftlich gesehen ergibt sich für die Region eine bemerkenswerte Schwäche: Die Landwirtschaft erreicht etwa gegenüber dem Dienstleistungsbereich noch immer einen dominierenden Stellenwert. Die Industriestruktur ist auch heute noch vornehmlich von der Textil- und Bekleidungsindustrie geprägt, einer Branche, die seit Jahren Anpassungs- und Rationalisierungsprozessen unterliegt.

Dieser negative Struktureffekt wirkt sich behindernd auf das regionale Wachstum aus. Die wirtschaftliche Leistungskraft ist niedriger als der jeweilige nationale Durchschnitt. Daraus resultiert, daß die anhaltenden Freisetzungen von Arbeitskräften in Landwirtschaft und Textilindustrie nur in geringem Umfang von anderen Bereichen ausgeglichen werden kann.

Parallel zum wirtschaftlichen Entwicklungsrückstand wird auch eine unterdurchschnittliche Infrastrukturausstattung sichtbar. Die enge räumliche Nachbarschaft der Euregio zu den überregionalen Ballungszentren Randstadt Holland und Ruhrgebiet hat sich nachteilig ausgewirkt. Investitionen im infrastrukturellen Bereich haben sich bislang eher am Bedarf als an entwicklungspolitischen Zielen orientiert.

An der eigentlichen Euregio-Idee, nationale Grenzen zu überwinden, ihre Sperrwirkungen abzubauen, wollen die Beteiligten aber festhalten. Ein bedeutsamer Schritt in dieser Richtung war die Konstituierung des Euregio-Rats im Jahre 1978, des ersten grenzüberschreitenden kommunalen Gremiums.

Euregio darf für sich in Anspruch nehmen, über die historischen Verflechtungen hinaus das Interesse der Bürger am Aufbau nachbarschaftlicher Beziehungen vor allem gesellschaftlicher und kultureller Art geweckt und verstärkt zu haben.

Ein Beispiel ist der Reiseverkehr: Die grenznahen Erholungsgebiete in der Euregio werden zwischen 25 und 50 Prozent von Gästen jenseits der jeweiligen Landesgrenze besucht. Hierzu gehören auf deutscher Seite der Ferienpark Wilsumer Berge und die niederländische Freizeitanlage „hed rutbeek", beides Projekte, die nach einer in der Euregio abgestimmten landesplanerischen Konzeption errichtet wurden.

Trotz aller Schwierigkeiten bietet sich der Euregio zahlreiche Ansätze für günstige Entwicklungsperspektiven auch im wirtschaftlichen Bereich. Auf gesellschaftlichem und kulturellem Gebiet hat Euregio Maßstäbe gesetzt. Um diese Erfolge in anderen Sektoren nachzuvollziehen, bedarf es hartnäckiger Arbeit und überdurchschnittlicher Anstrengungen.

HUBERTUS BLASS

Hier gilt die Maxime „Ertrag geht vor Umsatz"

Ausgelastete Kapazitäten und neue Arbeitsplätze bei Nino

Seit Jahren zeigt der Textilmarkt seine schlechte Verfassung. Die Nachfrage dümpelt weltweit vor sich hin. Die Folgen für die deutsche Textilindustrie sind bekannt: Von 1970 bis 1982 schieden fast tausend Unternehmen aus. In den Ende 1982 gezählten 1475 Textilunternehmen waren noch 260 000 Arbeitnehmer beschäftigt, fast 240 000 weniger als vor zwölf Jahren. Und: weil auch im vergangenen Jahr die Nachfrage lahmte, arbeitete zeitweise jeder sechste gewerbliche Arbeitnehmer in der Branche kurz.

Von diesem düsteren Szenario, das anhaltenden Strukturwandel für die Gesamtbrache signalisiert, hebt sich die Nino AG, immer noch größter Arbeitgeber in Nordhorn, bemerkenswert ab: voll ausgelastete Kapazitäten, teilweise sogar Sonderschichten und erste Neueinstellungen.

Dabei hat auch das 1971 in eine Aktiengesellschaft umgewandelte Familienunternehmen Nino im Laufe der Jahre Federn lassen müssen: In der Spitze waren dort (im Konzern) 6500 Menschen beschäftigt, heute sind es noch 3650. Aber, und das ist für den seit 1976 amtierenden Vorstandschef Walter Ferner entscheidend: diese Arbeitsplätze erscheinen sicher. Sie sind abgesichert durch eine gesunde Bilanzstruktur, die es Nino auch ermöglicht, in diesem Jahr ihr Ausbildungsplatz-Angebot um 30 Prozent zu erhöhen.

Als Ferner bei Nino einstieg, hatte das Unternehmen mit 470 Millionen Mark Jahresumsatz auch 23 Millionen Mark Verluste eingefahren. Der Zug zu Auslands-Standorten, der Drang zur Größe, dem auch Nino Anfang der siebziger Jahre wie andere deutsche Textilunternehmen erlegen war, mußte teuer bezahlt werden.

Es ging nun darum, Produkt-Programm und Kapazität von Nino möglichst rasch den geänderten textilen Marktbedingungen anzupassen, und damit dem Unternehmen auch in Zeiten schwieriger Textilkonjunktur das Überleben zu sichern. „Wir haben das früher getan als andere, die die Entwicklung unterschätzt haben", weiß Ferner. Und: „Größe ist kein Kriterium." Denn Größe muß auch bezahlt werden.

Die Entwicklung der neuen „schlanken" Nino, die sich flexibel an Marktbedürfnissen orientiert und sich vor Wachstum „auf Pump" hütet, scheint Ferner recht zu geben. Die in den zurückliegenden Jahren mit immerhin rund 50 Millionen Mark Aufwand den veränderten Strukturen angepaßten Kapazitäten sind voll ausgelastet und Nino kann wieder Gewinne vorzeigen.

Bereits 1981/82 (31. 3.) schloß das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuß von 6,8 Millionen Mark (mit dem der Verlustvortrag aus dem Vorjahr mehr als getilgt wurde); im Geschäftsjahr 1982/83 hat sich das Betriebsergebnis nach Ferners Angaben „nochmals spürbar verbessert."

Dahinter steckt ein konsequentes Festhalten an der Maxime Ertrag geht vor Umsatz, wobei sich das Nino-Management nicht scheut, ertragsschwache Artikelgruppen – im vergangenen Jahr waren das Cord, Polyester-Woll-Gewebe und Garne – drastisch zu kappen und dabei Umsatzeinbußen (im vergangenen Jahr drei Prozent auf 424 Millionen Mark) in Kauf zu nehmen.

Das wendige Operieren dicht am Markt hat auch dafür gesorgt, daß Ninos Geschäft im Ausland weiter gut läuft, etwa die Hälfte des Umsatzes stammt von Auslandsmärkten. An der ertragsorientierten Unternehmenspolitik will Nino auch in Zukunft festhalten und dabei seine Kunden mit flexibler, an der Mode orientierte Produktpolitik bei der Stange halten. (adh)

Anzeigen: Hans-H. Lange, Hamburg
ISSN - 0722 - 1452

Auf Magneten schwebend durchs Emsland

Versuchsanlage für neues Schnellbahnsystem vor der Fertigstellung

In diesen Monaten erhält das weite Land an der Ems eine neue Dominante: Nördlich von Meppen, zwischen Lathen und Dörpen, entstand in den vergangenen Jahren die „TVE", die Transrapid-Versuchsanlage Emsland. In wenigen Wochen wird ihr erster Bauabschnitt vollendet sein. Die Magnetschwebetechnik als Basis eines neuen Schnellverkehrssystems für die Zukunft soll hier endgültig einsatzreif werden.

Wie fand diese Anlage ihren Standort gerade im Emsland? Die an der Entwicklung der Magnetbahn beteiligten Unternehmen hätten sie zweifellos gern näher an ihren süddeutschen Zentralen gesehen. In der Tat sollte sie ursprünglich im Donauried nördlich von Augsburg entstehen. Doch Bauern und Naturschützer obsiegten dort in ihrem hartnäckigen Kampf gegen das technische Projekt.

Da zogen die Emsländer ihre Offerte aus der Schublade. Sie hatten genügend Gelände zur Verfügung, das weder unter Landschafts-, noch unter Naturschutz stand. In ihrer nach wie vor wirtschaftsschwachen Region war die Anlage durchaus willkommen, alle Behörden unterstützten die Bewerbung, und als der damalige Forschungsminister Volker Hauff im April 1978 seine Entscheidung bekanntgab, war sie zugunsten des Emslands ausgefallen.

Neue Arbeitsplätze für die Region

Hier war nach den vielen bereits ergebnislos verflossenen Jahren nun schnellstmögliche Realisierung zu erwarten. Rund 250 neue Arbeitsplätze boten sich während der Bauphase, und Aufträge in Höhe von rund 60 Millionen Mark gingen an Unternehmen der Region.

Und gegenüber der jetzt mehr grundsätzlichen Argumentation der Grünen, das neue Verkehrssystem sei völlig überflüssig, mache nur der Eisenbahn zusätzlich Konkurrenz, zog die Begründung der Magnetbahn-Verfechter stärker.

Das gegenwärtige Verkehrssystem sei in Wirklichkeit ein Durcheinander der einzelnen Verkehrsmittel. Das Auto, eher im Nachbereich sinnvoll, werde auch auf langen Strecken benützt, verstopfe die Straßen, statt den Menschen mehr Freiheit und Beweglichkeit zu vermitteln, außerdem vergrößere es die Abhängigkeit vom Erdöl. Umgekehrt mache das Flugzeug als Weitstreckenverkehrsmittel Luftsprünge von Stadt zu Stadt, verbrauche dafür pro Person viermal soviel Energie wie das Auto, siebenmal soviel wie ein Schnellzug und ebenfalls Energie, die nur aus Erdöl kommt. In der sicheren, zuverlässigen, umweltfreundlichen und vom Erdöl weitgehend unabhängigen Eisenbahn steckten wohl noch Entwicklungsreserven, doch für größere Entfernungen bleibe sie einfach zu langsam. Dafür sei die ebenfalls umweltfreundliche, sichere und eben weitaus schnellere Magnetbahn unverzichtbar, so die Argumente der Magnetbahn-Verfechter.

Ähnliche Überlegungen gibt es auch in anderen Ländern mit dichtem Verkehr. Besonders Japan hat sich mit der Magnetschwebetechnik ebenfalls intensiv beschäftigt. Bisher ist es in der Bundesrepublik jedoch gelungen, ihren weltweiten Entwicklungsvorsprung auf diesem Gebiet zu halten, wozu die finanzielle Förderung durch das Bundesministerium für Forschung und Technologie entscheidend beigetragen hat.

Gewissermaßen den Schlußstein in dieser Entwicklung bildet jetzt die Versuchsanlage im Emsland. Von der 31,5 Kilometer langen Anlage mit je einer Schleife am Ende wurden im ersten Abschnitt 20,3 Kilometer mit dem Nordring sowie das Versuchszentrum gebaut. Zunächst werden von hier aus Fahrten bis maximal 300 km/h, nach Vollendung der gesamten Anlage auch Dauerversuche mit Geschwindigkeiten bis zu 400 km/h, möglich sein.

Hier sollen nun Funktionen, Betriebseigenschaften, Sicherheit, Zuverlässigkeit, Umweltfreundlichkeit und Energieausnutzung im anwendungsgerechten Maßstab untersucht werden. Bisher hat es nur kleine, werkseigene Testanlagen gegeben, auf denen zwar die prinzipielle Funktionsfähigkeit und Betriebstüchtigkeit nachgewiesen, das neue System aber nicht hinreichend ausgetestet werden konnte, um den Schritt zum Bau erster öffentlicher Strecken zu riskieren.

Die Magnetbahn fährt „aufgeständert" in etwa fünf Meter Höhe. Die Fahrwegsegmente können aus Spannbeton oder aus Stahl bestehen. Beide Varianten werden auf der Versuchsanlage eingesetzt. Die Trassenführung auf Pfeilern bietet den Vorteil, daß die Verkehrswege zu ebener Erde ebenso wie die Bewegungsfreiheit bei der Bestellung der Felder und der Wildwechsel nicht beeinträchtigt werden.

Der „Linearmotor" arbeitet reibungsfrei

Während bei der Eisenbahn die Lauffläche der Schienen das Gewicht der Fahrzeuge trägt und der Spurkranz an den Rädern für sichere Führung im Gleis sorgt, gibt es bei der Magnetbahn keinerlei Berührung zwischen Fahrweg und Zug. Moderne Regeltechnik sorgt mit dem elektromagnetischen Trag- und Führsystem stets für einen „Luftspalt" von etwa zehn Millimeter senkrecht über und seitlich neben der Fahrbahnplatte.

Wie Tragen und Führen geschieht auch das Vorwärtsbewegen völlig berührungsfrei durch einen „Linearmotor". Er läßt sich als aufgeschnittener und flach ausgelegter Motor denken; während sonst das magnetische Feld Drehung bewirkt, erzeugt es im Linearmotor ein „Wanderfeld" entlang der Trasse und damit im Reaktionsteil auf dem Fahrzeug den erwünschten Schub.

Der Versuchszug „Transrapid 06" wird gegenwärtig im Testzentrum ausgerüstet und voraussichtlich am 7. Juli zur „ersten Ausfahrt" starten. Mitte September soll die Anlage endgültig ihrer Bestimmung übergeben werden. Im Konzessionsvertrag steht, daß sie nach zehn Jahren wieder abgebaut werden muß. Schon heute bildet sie jedoch eine solche Attraktion, daß die Emsländer wohl alles tun werden, um sie zu behalten.

RALF ROMAN ROSSBERG

Torf spielt die dominierende Rolle

Dem ersten den Tod, dem zweiten die Not, dem dritten das Brot" lautete der Spruch der Moorpioniere. Demnach wäre heute der letztere am Ruder. Hatten die alten Germanen noch ihre mehr oder weniger liebgewonnenen Zeitgenossen auf Nimmerwiedersehen in den Tiefen dieser prähistorischen Sümpfe verschwinden lassen, so mühten sich im Mittelalter vor allem die Klöster ziemlich planlos mit der Nutzung der Ödländer ab.

Heute hingegen verdienen allein in Niedersachsen etwa 3260 Beschäftigte ihren Lebensunterhalt durch den Abbau von Torf aus den entwässerten Mooren. Daß der niedersächsischen Torfindustrie dabei eine dominierende Rolle in der Bundesrepublik zukommt, belegen einige Zahlen: Von den 360 Mill. DM Umsatz der Branche entfallen allein 320 Mill. DM auf Niedersachsen, von 158 Betrieben sind 125 hier ansässig. Nicht zuletzt deswegen hat auch die von der deutschen Torfindustrie finanzierte Torfforschung GmbH ihren Sitz in Bad Zwischenahn.

Und auch der Marktführer, die Klasmann GmbH, ist in Geeste im Emsland beheimatet. Dieses 1913 gegründete Unternehmen kann als der Protagonist der Torfindustrie bezeichnet werden. 1920 baute dieses Unternehmen den ersten Schwarztorfbagger, der die ebenfalls in dieser Zeit entstandenen zwei Torfkraftwerke zur Elektrizitätsgewinnung mit dem fossilen Brennstoff belieferte.

Heute hat man sich eines Besseren besonnen: Torf als Energieträger zu verwenden, ist zu schade. In weit nützlicherer Weise dient dieser Rohstoff heute im Garten- und Landschaftsbau, ist dem Hobbygärtner und im Erwerbsgartenbau unverzichtbarer Bestandteil zur Bodenverbesserung.

Ebenso leistet dieser bis zu 10 000 Jahre alte Urstoff, der in Gebieten mit einem starken Wasserüberschuß entstanden ist, seinen heute so aktuellen Beitrag für die Reinhaltung von Luft und Wasser: Die in den Niederlanden beheimateten Norit-Werke stellen aus rund 150 000 Tonnen Schwarztorf aus dem Bourtanger Moor Aktivkohle her, unerläßliches Hilfsmittel für den Umweltschutz.

Weitere Verwendung findet der Torf, der zumeist in veredelter Form, heute in der chemischen, metallurgischen und keramischen Industrie, der Pharmazie und der Medizin. Für letzteres werden allein jährlich etwa 350 000 Kubikmeter Torf in Form von Badezusätzen, Packungen, Salben und Trinkkuren verabreicht.

Daß bei diesem „Raubbau an der Natur" die Naturschützer ziemlich bald die Szene betraten, war nur naheliegend. Diese sehen ein einzigartiges und unersetzliches Biotop zugrunde gehen. Der Bremer Naturschutzexperte Professor Hermann Cordes meint, daß das niedersächsische Moorschutzprogramm 80 Jahre zu spät kommt.

Auf dieses Programm bezieht sich aber auch die deutsche Torfindustrie. Entsprechend diesem Plan verbleiben ihr karge zehn Prozent der Gesamthochmoorfläche Niedersachsens zum Abtorfen.

A. S.

„Einfallspinsel" aus der Schweiz: Kaspar Fischer

Der Gemüsesuppen-Imitator

In seinem Paß steht Schauspieler und Zeichner. Er selbst nennt sich selbständiger Schauspieler oder noch lieber „Einfallspinsel", und das paßt dann auch am ehesten auf den Schweizer Künstler Kaspar Fischer, der sich schlecht in eine Kategorie einteilen läßt. Er ist Zeichner, Schauspieler, Pantomime, Verwandlungskünstler, Schriftsteller, Schattenspieler, Improvisateur, Märchenerzähler und Wortspieler. Und diese Vielfalt läßt sich eben nicht etikettieren. In seinen Vorstellungen freilich verbindet er diese Künste auf so ungewöhnliche, überraschende und vergnügliche Weise, daß er den deutschen Kleinkunstpreis 1982 erhielt.

Geboren wurde dieses Bündel an Kreativität in Zürich als Sohn eines wohlbekannten Malers. Schon als Kind saß er beim Vater und zeichnete. Seit 1967 stellt er regelmäßig aus. Auch als Buchillustrator hat er sich einen Namen gemacht. Zuletzt hat er das schweizerische Strafrechtslehrbuch mit seinen graziösen Zeichnungen aufgehellt.

Neben dem Zeichnen interessierte ihn der Schauspielberuf so sehr, daß er eine Ausbildung am Max-Reinhardt-Seminar in Wien absolvierte und später an die Münchner Kammerspiele engagiert wurde. Im Laufe dieses vierjährigen Engagements fand er, daß er so recht nicht in diese Art Theater hineinpaßte. Von seinem Vater hatte er das Bild der Selbständigkeit, und so wagte er dann Mitte der sechziger Jahre den Sprung in die unsichere Existenz des Ein-Mann-Bühnenunternehmens.

Bewogen zu diesem Schritt wurde er auch durch die Idee, „wenn der Körper schon da ist, dann kann man auch Dinge spielen, die man sonst nur beschreibt". Beeinflußt hat ihn außerdem das Konzept des Malers Klee, „das nicht nur abbildet, sondern entstehen läßt". Und das sind auch schon zwei der Hauptingredienzen seiner Bühnenarbeit. Er spielt nicht nur Menschen, sondern auch Tiere, Landschaften, einen Hausbau und eine Gemüsesuppe, und der Zuschauer erlebt die Entstehung mit. Zu seiner Darstellung einer Suppe, die auch heute abend zu sehen ist, hat ihn „eine Art Umkehr bewogen: Gewöhnlich geht man direkt auf die Menschendarstellung los, davon wollte ich ganz absehen, und zwar als Mensch ohne jede Maske oder weitere technische Hilfsmittel etwas spielen, was in der Absicht gar nichts mit Menschen zu tun hat".

Bei Fischers Darstellungen gehen Körperbewegung und Sprache ineinander über – die Sprache wird sozusagen sichtbar. Erstaunlich ist auch, aus welch alltäglichen Dingen seine Masken und Verkleidungen bestehen: Flaschen, Kehrichtschaufeln, Schuhe, Säcke.

Solo für Spaßvögel – ARD, 22.00 Uhr

Das Publikum hat seine Freude an Kaspar Fischer. Es geht mit, denkt sich Namen für seine Zeichnungs- und Wortimprovisationen aus. Es lacht laut oder schmunzelt vor sich hin, aber es erkennt sich auch manchmal betroffen in der Maske auf der Bühne. Fischer hat kluge wache Augen im Durchschnittsgesicht, das er in viele Ausdrücke verwandeln kann. In einer Szene zerlegt er sogar sein Gesicht in zwei Teile, die eine Hälfte ist die ruhige Giraffe und die andere zugleich der jähzornige Büffel – eine verblüffende Meisterleistung.

In der persönlichen Begegnung zeigt sich Fischer als liebenswürdig, doch scheu, der lebendig wird, wenn er seine Worte durch entsprechende Bewegungen oder Ausdrücke untermalt, sozusagen privat improvisiert. Er hat sich eine fast verletzliche Kindlichkeit und die Bescheidenheit der frühen schwierigen Jahre bewahrt. Äußerste Empfindsamkeit schimmert durch seine verbindliche Art. Sympathisch sticht Fischer von anderen Künstlern ab, die sich selbst so gut vermarkten. Daß er einen „chauvinistischen" Zug hat, wenn es darum geht, auf seine Rechte zu pochen, behagt ihm gar nicht so ganz.

Die Karriere ist da, doch sie wird nicht mit voller Kraft betrieben; er möchte auch leben – und zu dem Leben gehört seine Familie, seine drei Kinder und seine Frau Esther, die Professorin für Medizingeschichte an der Universität von Bern ist. Seit kurzem beschäftigt ihn ein Phänomen, das ihn über seine phantasievollen Vorstellungen hinausträgt: Ob nicht die Phantasie jedem gegeben sei, er müsse sie nur entdecken. Schauspielkurse für Laien möchte er geben und hat schon angefangen: in Basel mit einem Kursus für Lehrer. Wie schön wäre es, wenn Fischers lockere Improvisationsgabe und Phantasie über die Lehrer in der Schule Einzug hielte!

HELGA CHUDACOFF



Macht Sprache sichtbar: Multi-Talent Kaspar Fischer FOTO: RÖHNERT





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau
10.03 Endstation Sehnsucht
US-Spielfilm, 1951
12.00 Umschau
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

ARD-Ferienprogramm für Kinder
15.20 Unsere kleine Farm
US-Fernsehfilm von Ward Hawkins
16.10 Tagesschau
16.15 MM Montags-Markt
Mit Petra Schürmann
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Rosen von Dublin (2)
Eine irische Prügelei
21.15 Japaner sind keine Roboter
Wiedersehen nach 20 Jahren
Filmbericht von Hans Wilhelm Vahlefeld
22.00 Solo für Spaßvögel
Mit Kaspar Fischer
22.30 Tagesthemen
23.00 ARD-Sport extra
Leichtathletik-Länderkampf
USA – DDR / Vorolympisches Leichtathletik-Sportfest
23.20 Das Nacht-Studio
Es war einmal der Jazz
Polnischer Spielfilm, 1981
01.05 Tagesschau

ZDF

15.17 heute
ZDF-Ferienprogramm für Kinder
15.20 Ein Käfer gibt Vollgas
Dt. Spielfilm, 1972
Mit Joachim Fuchsberger u. a.
Regie: Rudolf Zehetgruber
16.45 Ferienkalender
17.15 Die kleinen Strolche
Die Schatzsucher
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
18.20 Wagen 106
Berufskrankheit
19.00 heute
19.30 Hitparade im ZDF
Präsentiert von Dieter Thomas Heck
20.15 Aus Forschung und Technik
Unsere elektronische Zukunft
Bericht von A. Smith und E. Goldwyn
21.00 heute-journal
21.20 Kein Reihenhaus für Robin Hood
22.55 Unsere Nachbarn, die Briten
2. Der Totomann kommt
23.25 heute

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Deutsch (38)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich
Hearing mit einer prominenten Persönlichkeit
21.45 Landesspiegel
Hinter den Schlagzeilen
Leben vom Urlauber
Die weiße Industrie in Nordrhein-Westfalen
Bericht von Jörg Hoffmeister
21.15 Theater aus NRW
Suturp
Eine Liebesgeschichte von Heinrich Mann
21.50 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Bilder von den ersten Lebenseindrücken
Der Prozeß des Geborenwerdens
19.15 Naturwissenschaftliches Feature
Die Amateurentdecker
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Fenster
21.00 Parkett Mitte
21.15 Hollywood in Bologna
Italienische Filmkomödie
22.10 Dr. Mambos Musikjournal
22.40 Besuch aus Amerika
Bericht über eine transatlantische Freundschaft
23.20 Dallas
Die Krise
0.05 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Montagespaß
19.00 Ausländer – Inländer (10)
19.30 Elternstammtisch
20.00 Tagesschau
20.15 Soziale Brennpunkte
Chancen und Probleme neuer psychiatrischer Angebote in der Bundesrepublik
21.00 Drei Aktuell
21.15 Die Schnüffler
22.00 Deutsches Turnfest 1983
Frankfurt am Main
22.30 Kultur international
23.15 Dallas

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Deutsch (38)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.26 Nachrichten und Moderation
19.30 Bonanza
20.20 Menschen unter uns
Menschen im Pub
21.05 Opas Weltraum-Utopien
21.25 Arge – Alp in der Praxis
22.10 Rock- und Klassiknacht (5)

BAYERN

18.15 Zoogeschichten
18.35 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars
18.45 Rundschau
19.00 Die Zitadelle
Engl. Spielfilm, 1938
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z. E. N.
22.05 Aus Forschung und Lehre
22.50 Rundschau

Kühle Formstrenge: M. v. Boch in Mainz

Zeichnungen fürs Foto

Monika von Boch ist schon heute ein besonderer Platz in der Geschichte der modernen Lichtbildnerei sicher. Das belegt eine Ausstellung im Mittelrheinischen Landesmuseum Mainz. Sie umfaßt die drei Jahrzehnte von 1950 bis 1980; gesundheitliche Probleme der Künstlerin, vor allem mit den Augen, lassen leider befürchten, daß man diesen Abschluß als endgültig hinnehmen muß. Um so wichtiger ist diese Retrospektive, die sie in einer exemplarischen Zusammenfassung als eigenwillige Meisterin der experimentellen Fotografie, des Fotogramms, der Industrie- und Naturfotografie zeigt.

Es war unausbleiblich, daß Monika von Boch, die schon als Kind fotografierte und nach dem Krieg in der väterlichen Firma (Villeroy & Boch) in Mettlach als Werkfotografin tätig war, in Saarbrücken dem gleichaltrigen „Foto-Professor" Otto Steinert begegnete. Er hatte sich gerade einen internationalen Ruf als Initiator einer fotografischen Bewegung, der „Subjektiven Fotografie", erworben. Bei ihm lernte sie vor allem die technische Perfektion (Dunkelkammer, Labor) und die kühle Formstrenge („fotoform"), die alle ihre Arbeiten auszeichnet.

Die „subjektive Fotografie" brauchte sie nicht mehr zu lernen; darin war sie schon zu Hause. Es handelte sich ja nicht um eine Stilrichtung (wie oft fälschlich angenommen wurde); der von Steinert geprägte Terminus war vielmehr als ein Rahmenbegriff zu verstehen, der alle Bereiche persönlichen Fotogestaltens vom ungegenständlichen Fotogramm bis zur psychologisch vertieften und bildmäßig geformten Reportage umfaßte.

Es ist bezeichnend, daß Monika von Boch, von Kind auf eine talentierte Zeichnerin, Motive in der Natur zeichnerisch fixierte, um sie dann mit der Kamera endgültig „aufzunehmen". Auch als Fotografin setzt sie die grafische Form vor den Inhalt; doch davor rangierte allemal die intensive Zwiesprache mit dem Motiv, die meditative Versenkung in die jeweilige Formenwelt und ihre Ordnung.

Die Formen der Wirklichkeit sind für sie Bausteine des Bildes, Kompositionselemente; sie setzt sie um in bildnerische Konstruktionen, ohne ihre Identität aufzuheben oder zu verfälschen. Es war ihr nie darum zu tun, Alltägliches und Banales poetisierend zu sublimieren oder surrealistisch zu verfremden. Die Gegenstände bleiben, was sie sind – deshalb ist ihre Fotografie auch niemals „ungegenständlich" –, sie werden nur immer wieder neu erfaßt, belichtet, durchleuchtet, in ihre Elemente und Strukturen zerlegt und in komplizierten Variationsverfahren wie ein musikalisches Thema phantasievoll durchexerziert, ohne daß das Grundmotiv verlorengeht.

Die Industriefotos überzeugen vor allem durch ihre sachliche Klarheit und sichere Tektonik der Formen. Die Naturaufnahmen – seien es Landschaften, Bäume, Blätter oder Steine – erreichen zuweilen eine strukturelle Luzidität und eigengesetzliche Bildkraft, daß man, wäre das Wort nicht schon anderweitig besetzt, von „magischem Realismus" sprechen könnte (bis Mitte Juli; Kat. 25 Mark).

EO PLUNIEN



Durchbrüche, Schluchten, Verwitterungen: der „magische Realismus" der Naturaufnahmen Monika von Bochs FOTO: QUERSCHNITT-VERLAG

STUDIO

Nur etwa ein Drittel der Bevölkerung in der Bundesrepublik interessiert sich nachhaltig für die sogenannten „neuen" Medien und ist bereit, dafür auch etwas auszugeben. Das ist jetzt durch eine repräsentative Umfrage erhärtet worden, die das Offenbacher Marplan-Institut im Frühjahr 1983 in Baden-Württemberg im Auftrag des Süddeutschen Rundfunks durchführte. Danach wollen selbst die Interessierten nicht einmal so viel bezahlen, wie die Kabelgebühren und die monatlichen Zusatzkosten künftig ausmachen werden. Knapp 30 Prozent der Erwachsenen sind bereit, für den Kabelanschluß etwas zu bezahlen; im Durchschnitt jedoch weniger als acht Mark pro Monat, was nicht einmal für die an die Post abzuführenden Gebühren ausreichen würde. „Notwendig" erachten lediglich fünf Prozent das Kabelfernsehen; demgegenüber halten es 23 Prozent für unnötig, 21 Prozent meinen, es nütze der Mehrheit, aber 17 Prozent widersprechen dem und sagen, es sei nur für eine Minderheit nützlich. Nur 20 Prozent treten für die Einrichtung privater Rundfunkorganisationen ein, die sich ausschließlich aus Werbung finanzieren. Dagegen sprechen sich 41 Prozent dafür aus, daß mögliche zusätzliche Programme wie bisher durch öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten verantwortet werden. Der Wunsch nach mehr Unterhaltung steht bei den Befürwortern zusätzlicher Programmangebote eindeutig im Vordergrund.

Pankraz, Strandleben und nackte Tatsachen

Überall sind die Nackten im Vormarsch. Auch an dem von Pankraz bevorzugten Ferienstrand, der einem vornehmen Kurort gehört und wo man sich bisher eher etepetete benahm, trägt die Mehrzahl der Damen nun „oben ohne", und die Grenzen zum nahen FKK-Bezirk werden fließend. Kein Mensch fragt mehr danach, ob er sich seine Nacktheit ästhetisch denn auch leisten kann. Die Mehrzahl kann sie sich übrigens nicht leisten; der Anblick von so vielen „Kaisers neuen Kleidern" stimmt melancholisch.

Pankraz hat – einige Leser werden sich erinnern – schon früher einmal untersucht, was erotisch anregender sei, ein FKK-Strand oder ein Boudoir, das forciert Nackte oder das (bewußt auf erotische Wirkung zielende) Angezogene. Das Resultat war eindeutig: Haushoch siegte das pikant Angezogene. Die nackten Strandläufer wollen auch gar keine erotische Wirkung erzielen, weisen entrüstet einen solchen „Verdacht" zurück. Statt dessen argumentieren sie sozial-religiös und ziemlich verquollen. Von „Freiheit" ist da die Rede und vom „freudigen Ja zur Körperlichkeit". Die abgelegte Badehose wird zum Fanal einer „neuen Kultur" und das Beharren auf dem Zustand „wie Gott uns erschaffen hat" zum Protest gegen „Muckertum und Atomstaat-Zivilisation".

Auch das Wort „Wahrheit" kommt im Zusammenhang mit Nacktheit oft vor, und zwar nicht nur bei FKK-Aposteln, sondern auch in seriösen wissenschaftlichen Diksussionen. Wenn einer die Ehrlichkeit und Beweisbarkeit seiner Position emphatisch unterstreichen will, spricht er im allgemeinen von der „nackten Wahrheit" oder auch von den „nackten Tatsachen", gegen die kein Kraut mehr gewachsen sei, die man akzeptieren müsse, wenn man kein „Dunkelmann" sein wolle. Und genau wie bei den nackten Strandläufern löst die Offenbarung der „nackten Tatsachen" in der Wissenschaft oft Enttäuschung aus, weil die verhüllte Wahrheit unvergleichlich interessanter war als die nackte.

Die Nacktheit ist offenbar nicht nur ein ästhetisches, sondern auch ein erkenntnistheoretisches Problem. Der wissenschaftliche Erkenntnisprozeß gleicht, wie kürzlich Odo Marquardt in einem seiner furiosen Essays festgestellt hat, einem Striptease, „bei dem die Menschheit nach und nach – mehr oder weniger elegant – ihre Mythen ablegt und schließlich – sozusagen mit nichts als sich selber am Leibe – mythisch nackt dasteht: ganz nur noch bloße Menschheit". Der Gießener „Transzendentalbelletrist" wertet dieses Entmythologisierungsgeschäft als Verlustgeschäft, und er bezweifelt darüber hinaus seine Ehrlichkeit. Auch die nackten Tatsachen seien nämlich noch ein Mythos, wenn auch ein sehr eingeschränkter und langweiliger. Mythen seien Erzählungen, Geschichten, die wir nicht loswerden könnten. „Wer es trotzdem glaubt, betrügt sich selber ... Ein mythisch nacktes Leben ohne Geschichten ist nicht möglich. Die Mythen abzuschaffen: das ist aussichtslos."

Leider beschränkt sich Marquardt in seinem Essay (enthalten in dem Reclamband „Abschied vom Prinzipiellen") auf die Geschichtsphilosophie, wo er ein Einschrumpfen der ehemals reichen Palette von mythologischen Deutungsangeboten auf den einzigen, allein herrschenden Mythos von der Erlösung durch Fortschritt konstatiert. Daß dieser Fortschritt, das „Projekt Moderne", um mit Habermas zu sprechen, in eine Sackgasse führt, hat sich allmählich herumgesprochen. Schwieriger liegen die Dinge bei den Naturgesetzen selbst, deren Entmythologisierung den Fortschritt erst ermöglicht hat. Die nackte Tatsache des Fallgesetzes mag weniger farbig sein als die mythischen Erzählungen, mit denen die Alten die Gravitation erklärten, dennoch kommt ihr natürlich mehr Wahrheit zu als den alten Mythen. Oder vielleicht doch nicht?

Zumindest ist die abstrakte Formel des Fallgesetzes praktisch anwendbar. Ereignisse lassen sich durch sie vorausberechnen, sie kann in Technik umgesetzt werden. Die alten Mythen schaffen so etwas nicht, Paul Feyerabend und anderen modischen Relativisten zum Trotz. Aber dennoch ist auch hier ein Unbehagen an der nackten Formel zu spüren. Weder kann sie uns sagen, woher die Gravitation nun wirklich kommt, noch garantiert ihre bloße Anwendung Heil und Segen. Unsere mentale Verbindung zur Natur wird durch sie nicht gefördert, eher das Gegenteil ist der Fall.

Gut möglich also, daß die abstrakte moderne Physik eines Tages wieder von mehr oder weniger aufgeklärten mythischen Erzählungen im Stil der Alten umkränzt werden wird; Ansätze dazu z. B. in der Kosmologie oder in der Teilchenphysik sieht Pankraz schon. Und auch in anderen wissenschaftlichen oder technischen Disziplinen ist der Zug zum Ankleiden größer als der zum Striptease. An vielen Fronten bemüht man sich, die nackten Tatsachen wieder mit Schönheit zu verhüllen, so nicht zuletzt in der Architektur, wo die Zeiten des Bauhauses, als man „die nackte Funktion und nichts als die Funktion" übrig lassen wollte, gründlich vorüber zu sein scheinen. Man hat das Ornament wiederentdeckt, das historische Zitat, kurz: die schöne bautechnische Überflüssigkeit, den „Schmuck", der ästhetischen Appetit auf ein Gebäude machen soll.

Angesichts dieser unübersehbaren Tendenzen fragt sich Pankraz, ob der Wille zur forcierten Nacktheit an den Stränden nicht ein bloßes Rückzugsgefecht ist, eine Attitüde, die viel besser zum Bauhaus und zur Technikbegeisterung der zwanziger Jahre paßt als zu unseren nachdenklichen Achtzigern. Der Jargon der FKK-Ideologie ist auf jeden Fall vorgestrig. Wahrscheinlich schwingt das Pendel bald zurück, nicht gerade bis zur Badehütte und zu Großmutters Quergestreiftem, aber doch zum mehr oder weniger eleganten Strand-Accessoire, das zumindest die Blöße deckt und vielleicht auch ein bißchen mythisch überhöht.

Pankraz

Deutscher Filmpreis

Stärkung für die Genesenden



Die Leistung im Auge behalten: Bundesinnenminister Zimmermann in Berlin FOTO: DPA

Die Fördermaßnahmen der öffentlichen Hand für den Film hätten nicht den Charakter von Krücken für Gebrechliche, sondern sollten Stärkungsmittel für Genesende und Heranwachsende sein, erklärte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann am Wochenende in Berlin bei der Verleihung des Deutschen Filmpreises.

Insgesamt wurden knapp eineinhalb Millionen Mark und 17 Filmbänder in Gold sowie neun Filmbänder in Silber überreicht. Die höchste Auszeichnung, die Goldene Schale, wurde nicht vergeben, weil keine herausragende Leistung in der deutschen Filmproduktion auffiel. Filmbänder in Gold erhielten die Regisseure Lutz Konermann („Auf der Mauer") und Peter Lilienthal („Dear Mr. Wonderful"), die Schauspieler Lena Stolze, Irm Hermann, Nastassia Kinski, Susanne Lothar und Gerhard Olschewski, die Kameramänner Martin Schäfer und Robby Fischer.

Filmbänder in Silber gingen an fünf Produktionen: „Der Stand der Dinge" von Wim Wenders, „Heartbreakers" von Peter F. Bringmann, „Die weiße Rose" von Michael Verhoeven, „Fünf letzte Tage" von Percy Adlon und „Mit starrem Blick aufs Geld" von Helga Reidemeister. Zusätzlich wurden mehrere Kurzfilme mit Gold und Silber ausgezeichnet.

Die Preisverleihung nutzte der Bundesinnenminister, um seine Vorstellungen von der künftigen Filmförderung vorzutragen. Er hob hervor, daß der deutsche Film im vergangenen Jahr nur einen Kino-Anteil von weniger als zehn Prozent gehabt habe. Außerdem sei seine Resonanz im Ausland außerordentlich gering. Deshalb müsse die Filmförderung überadacht und zeitgemäßen Ansprüchen angepaßt werden. Da der Film für „viele" da sei, sollten Filme gefördert werden, die weite Schichten der Bevölkerung interessieren. Wie der Deutsche Filmpreis eine leistungsorientierte Auszeichnung sei, müsse auch die Filmförderung die Leistung im Auge behalten.

Friedrich Zimmermann wies zugleich den Vorwurf der „Zensur" zurück, der in Zusammenhang mit dem Film „Das Gespenst" erhoben wurde – was auch bei der Veranstaltung zu Protesten führte. Es gehe nicht an, Filme aus öffentlichen Mitteln zu fördern, die das religiöse Empfinden eines Großteils der Bevölkerung verletzten. Aber niemand werde gehindert, solche Filme durch den Kauf einer Kinokarte zu unterstützen. P. Jo.

Es gibt keine Krise der Dissidenz – WELT-Interview mit dem Regimekritiker Mihajlo Mihajlov

„Sozialismus" weckt ungute Gefühle

Mihajlo Mihajlov ist neben Milovan Djilas der prominenteste jugoslawische Regimekritiker. Bekannt wurde er 1965 durch sein Buch „Moskauer Sommer", das seine Erfahrungen in der „Hauptstadt des Sozialismus" wirklichkeitsgetreu schildert. Das brachte ihn in politische Schwierigkeiten. Von 1966 bis 1970 und dann wieder von 1974 bis 1977 saß er wegen „staatsfeindlicher Propaganda" in Haft. Seit 1978 lebt er im Westen und lehrt an verschiedenen Universitäten. Die WELT sprach mit Mihajlov über die Situation der Dissidenten in der Sowjetunion und Osteuropa.



Gegen den klar erkennbaren Gegner, die kommunistische Partei: der jugoslawische Regimekritiker Mihajlo Mihajlov FOTO: VIOUJARD/STUDIO X

WELT: Herr Professor Mihajlov, trifft es zu, daß sich die sowjetische Dissidentenbewegung in einer tiefgreifenden Krise befindet?

Mihajlov: Nein, von einer „Krise der Dissidenz" würde ich nicht sprechen, wohl aber davon, daß die innersowjetische Opposition an einem Wendepunkt angelangt ist. Es ist natürlich richtig, daß die meisten der im Westen bekannten oppositionellen Exponenten entweder in Konzentrationslager und psychiatrische Kliniken verbracht oder aber einfach ausgebürgert wurden. Einen besonders schweren Fall stellt das Vorgehen der sowjetischen Behörden gegen Andrej Sacharow dar. Bislang war man im Westen gewöhnt, es mit einigen Leitfiguren der Opposition zu tun zu haben, mit Intellektuellen und Schriftstellern, die sozusagen das „Gewissen Rußlands" verkörperten – das ist nun vorbei. Es gibt jedoch genügend Anhaltspunkte dafür, daß sich in den nächsten Jahren eine starke Dissidentenbewegung auf der Basis illegaler Organisation bilden wird. Jedenfalls befindet sich die innersowjetische Opposition in einem Prozeß grundlegenden Strukturwandels.

WELT: Gibt es nicht auch Anzeichen dafür, daß sich die dissidente sowjetische Intelligenz in die Anonymität zurückzieht?

Mihajlov: Wenn man eine Bewegung von der Art der freien polnischen Gewerkschaft „Solidarität" aufbauen will, dann erfordert das mehrere Jahre, bis alle Verbindungen zu Einzelpersonen und anderen Gruppen hergestellt sind. So etwas kann nur unter Wahrung absoluter Anonymität geschehen. Uns im Westen darf das nicht zu der Schlußfolgerung verleiten, die sowjetische Dissidentenbewegung wäre zerschlagen; das Gegenteil ist richtig: Die Zahl der oppositionellen Menschen im Lande wächst ständig.

WELT: Welche Chancen räumen Sie den Tendenzen ein, den Partei- und Staatsapparat von innen zu unterwandern?

Mihajlov: Den Partei- und Regierungsapparat zu infiltrieren ist eine alte Idee, die nach dem 20. Parteikongreß 1956 von sehr ehrenwerten Leuten der Opposition propagiert wurde. In der Praxis hat sich diese Idee jedoch nicht bewährt. Einen „Marsch durch die Institutionen", der nie stattgefunden hat, halte ich für völlig unrealistisch.

WELT: Welche Rolle spielt die Frage des Nationalismus oder des nationalen Fundamentalismus in diesem Kampf?

Mihajlov: Oberflächlich betrachtet ist für die sowjetische Opposition charakteristisch, daß sie sich in zwei große Lager teilt: einmal in das Lager mit demokratisch-liberaler Tendenz, an dessen Spitze Andrej Sacharow steht; zum andern in das Lager eines religiös-nationalen Fundamentalismus, wie er von Alexander Solschenizyn repräsentiert wird. Auch in den Diskussionen sowjetischer Dissidenten im Westen, die ihr Land in den letzten fünf oder sechs Jahren verlassen haben, spiegelt sich exakt jene Situation wider, die innerhalb der Sowjetunion im Untergrund herrscht: nämlich erbitterte, persönliche Feindseligkeit nicht ausschließender Kampf zwischen beiden Seiten anstatt rationaler Argumentation.

Damit unterscheidet sich die sowjetische Opposition von der in den übrigen osteuropäischen Ländern. Deren innere Situation läßt sich in gar keiner Weise mit der sowjetischen vergleichen. In Polen kann man beinahe überhaupt keine Differenzierung ausmachen. Und auch in Jugoslawien herrscht trotz Erscheinungen von nationalem Separatismus bei einigen oppositionellen Gruppierungen in den einzelnen Republiken kein Zustand starrer Konfrontation.

WELT: Würden Sie so weit gehen zu sagen, daß die religiös motivierte Opposition bedeutungslos, ja vielleicht sogar schädlich ist?

Mihajlov: Nein. Wir müssen nur unterscheiden zwischen Kirche und Religion. In jüngster Zeit ist gerade bei Wissenschaftlern, insbesondere Physikern, eine Entwicklung zu beobachten, die man als religiöse Renaissance bezeichnen könnte, obwohl sie keinen Bezug zur Kirche hat. Ich denke hier vor allem an den russischen Physiker und Mathematiker Grosnikow, der wesentlich zur Wiederentdeckung der Existenz spiritueller Werte beigetragen hat, und es ist bemerkenswert, daß sich fast alle anderen wichtigen Oppositionellen in der Sowjetunion, auch der Mathematiker Schafarewitsch, diesen Werten ebenfalls zu nähern beginnen. Doch das hat nichts zu tun mit traditioneller Religiosität.

Zur selben Zeit können wir aber auch eine Renaissance des traditionellen Kirchenglaubens in der sowjetischen Bevölkerung beobachten. Das hat eine tiefgreifende Ursache. Meiner Ansicht nach ist es nämlich unmöglich, dem Alltagsdruck des Totalitarismus zu widerstehen, ohne ein spirituelles Lebensgefühl zu entwickeln.

WELT: Wo liegen die Unterschiede in den oppositionellen Bewegungen in der Sowjetunion und in anderen osteuropäischen Ländern?

Mihajlov: Die Opposition in Osteuropa, in erster Linie in Polen, in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien, ist im wesentlichen eine sozialistisch motivierte Opposition, die mit dem „Prager Frühling" 1968 begann. Diese Opposition sieht in der Monopolisierung der politischen Macht die Ursache allen Übels und erhebt immer wieder die Forderung nach demokratischer Erneuerung im Geist eines pluralistischen Sozialismus. Im Gegensatz dazu gibt es unter den sowjetischen Dissidenten nur wenige, die sich als Sozialisten verstehen. Allein das Wort „Sozialismus" ruft bei ihnen ungute Gefühle hervor. Folglich kann von einer demokratischen sozialistischen Opposition in der Sowjetunion auch keine Rede sein. Aber alle sehen sich einem klar erkennbaren Gegner gegenüber, und dieser Gegner ist die monopolistische Macht der herrschenden kommunistischen Parteien. Diese Macht gilt es mit allen Mitteln zu bekämpfen. Was später sein wird, weiß niemand.

ADELBERT REIF

Ein Meister der epischen Kunst – Zwei Stücke von Hermann Broch am Wiener Akademietheater

Der lange Monolog der einsamen Magd Zerline

Nur mit einer gewissen Scheu, wenn überhaupt, wird heute in seinem Heimatland Österreich der Name Hermann Broch genannt. Man weiß, daß er etwas wie ein moderner Klassiker ist, daß er in die ersten Reihen der Surrealisten gehört, aber das Gros der Leser schrickt davor zurück, sich seinen tiefgründigen Texten zu nähern. Wenn nun das Akademietheater sich entschlossen hat, Broch auf die Bühne zu bringen, wo ihm bisher kein Heimatrecht erwachsen ist, so hat es gut daran getan, nicht eben die schwierigsten Passagen aus seinem Werk zu wählen.

Es wurden für einen langen Abend zwei disparate Stücke ausgewählt, die das Wort von dem auf ein Drama folgendes Satyrspiel zur Grundlage haben könnten.

Aus der „Erzählung der Magd Zerline", die von dem auch mit der Regie betrauten Fred Berndt respektvoll „dramatisiert" wurde, ist der erste Teil des Abends bestritten worden: Hilde Krahl erzählt als gealterte Magd Zerline in glanzvoll gebändigtem Monolog einem fast stummen Zuhörer ihr zentrales sinnliches Erlebnis, wobei Ton und Diktion, zumal in der verfeinerten Form, die zu dieser bedeutenden Darstellerin gehört, alsbald klarmachen, daß hier nicht das primitive Geständnis einer einfachen Person vorliegt. Denn Broch ist beileibe kein Naturalist, ihm geht es allein um die tiefenpsychologischen Erkenntnisse eines Dichters. So fallen Worte wie „Seelenlärm" und „Das Unvergeßbare ist ein Geschenk des Todes".

Die Magd hat schließlich den Mann, der das geistige Idol ihres Lebens war, nicht den anderen, den Geliebten, auf eine harte Probe gestellt: Ob ein Richter auch dann objektiv urteilt, wenn er erfahren hat, daß der Angeklagte ihn mit seiner Frau betrogen hat. Und er besteht sie, sie aber fühlt sich ihm gegenüber in einer untilgbaren Schuld. Dank der gelegentlich bis ins Malerische gehenden Darstellungskunst Hilde Krahls waren die eineinhalb Stunden dieser Szene voll straffer Spannung.

Mit drei nicht ganz ernstzunehmenden Selbstmordversuchen, die durch einen lächerlichen Zufall hinfällig werden, setzt dann nach der Pause die von Broch selbst als Theaterstück geschriebene Komödie „Aus der Luft gegriffen oder die Geschäfte des Baron Laborde" ein. Drei Personen aus bürgerlichem Milieu, die ihres Daseins überdrüssig gewesen waren, können nun nach ihrer Errettung ein neues Leben beginnen, das letztlich Brochs „Sehnsucht nach Gestaltung eines Läuterungsprozesses" entsprechen soll, aber im Laufe der nicht eben hochdramatischen Handlung im Grunde doch wieder zur müden Relativität hinführt, in der unsere „vom Gottesverlust bedrohte Zeit" ihr ungenügendes Genügen findet.

Mittelpunktsfigur ist ein Hochstapler, Baron Laborde, der mit Luftgeschäften einem verkrachten Bankier auf die Sprünge hilft, während sich die Nebenfiguren nach kurzer Promiskuität irgendwie arrangieren. Daß Broch, übrigens ein seltenes Phänomen in Schriftstellerkreisen, über Jahrzehnte hin erfolgreicher Fabrikbesitzer war, ermöglichte ihm, den Theaterzuschauer mit kühnen Finanzprojekten des Hochstaplers zu überraschen, die auch wiederum die Hohlheit der modernen Gesellschaft spiegeln. Bei dieser Komödie vermag die etwas diffuse Handlung zwar gelegentlich zu erheitern, niemals aber den Zuschauer einzubeziehen. Von weniger ausgezeichneten Darstellern, als sie im Akademietheater zur Verfügung standen, könnte sie kaum über die Rampe gebracht werden. Hier allerdings glänzte in einer ihr endlich angemessenen Rolle Maresa Hörbiger, agieren vorzüglich Michael Heltau und Wolfgang Gasser, und waren auch die kleineren Rollen burgtheatergemäß besetzt. Dem von Regisseur Fred Berndt selbst geschaffenen Bühnenbild galt ein Sonderapplaus.

ERIK G. WICKENBURG

Schwierigkeiten bei der Preisverleihung – Der 29. Preis der Böttcherstraße an A. Höckelmann

Ein paar Farbfotos mußten den Juroren genügen

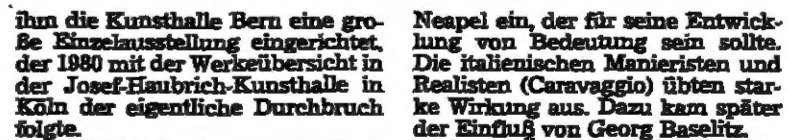
Der 29. Kunstpreis der Böttcherstraße in Bremen fiel an Antonius Höckelmann aus Köln. Der ursprünglich mit 5000 Mark dotierte Preis gewann im Laufe der Jahre an Statur, Ansehen und Wert; er steigerte sich auf 15 000 Mark. Diesmal waren allerdings die ursprünglichen Mäzene – die Kaffee HAG und der jüngere Roselius – nicht mehr mit von der Partie. Ihre Stelle hatten einige Bremer Firmen, allen voran das Bremer Spielcasino, übernommen, das sich auch sonst von der Förderung bildender Kunst nicht zurückhält.

Diesmal gab es dabei jedoch einige Schönheitsfehler: Die sonst übliche Kandidaten-Ausstellung, die der Preiszuerkennung vorausging, fiel aus. So weit gingen mäzenatischer und hanseatischer Ehrgeiz nun wieder nicht, dem Publikum – und auch der Jury – alle Kandidaten mit einigen Beispielen ihres Schaffens vorzustellen, um das Urteil zu erleichtern. Transport- und Versicherungskosten schienen den guten Willen ein wenig zu sehr zu strapazieren. So mußten sich die Juroren mit Fotos oder Ektachromen begnügen. Gewiß ein recht eigenartiges und den Eigenheiten vieler Kunstwerke kaum gemäßes Verfahren.

Damit soll nun nicht behauptet werden, daß Antonius Höckelmann den Preis nur einer Zufallsentscheidung verdanke und deshalb ihn nicht verdiene. Höckelmann ist eine seit Jahren beachtete Erscheinung der künstlerischen Avantgarde – von welcher Perspektive aus man auch die Szene beobachten mag. Bereits 1975 hatte ihm die Kunsthalle Bern eine große Einzelausstellung eingerichtet, der 1980 mit der Werkeübersicht in der Josef-Haubrich-Kunsthalle in Köln der eigentliche Durchbruch folgte.

Der 1937 in Oelde geborene Westfale machte zunächst eine handwerkliche Ausbildung als Holzbildhauer in seinem Heimatort durch, ehe er sich in den Jahren 1957 bis 1961 in die Schule von Karl Hartung (Hochschule für bildende Kunst Berlin) begab. Schon während seines Studiums legte er einen viermonatigen Aufenthalt in Neapel ein, der für seine Entwicklung von Bedeutung sein sollte. Die italienischen Manieristen und Realisten (Caravaggio) übten starke Wirkung aus. Dazu kam später der Einfluß von Georg Baselitz.

Mit der Übersiedlung nach Köln (1970) setzte die Entfaltung der eigenen Ideen ein. Kennzeichnend für Bildsprache und Thematik ist die genialische Zeichnung „Frau mit Besen" (1971). All diese Einflüsse und kunstgeschichtlichen Kontaktnahmen verschmolz Höckelmann in ein unverkennbar eigenes Konzept. Der besondere Zugriff auf die Realität, Parodie und Ironie, Gestaltung und Umgestaltung geben seinem barocken Impetus und dem manieristischen Element seiner Zeichnung – Huber und Breu sind da nahe – die ursprüngliche Gewalt des Besessenen.





Verbindet barocke Vitalität mit rationaler Gestik: der Maler Antonius Höckelmann FOTO: WERNER ZIMMER

Der Sturm beginnt früh, in einer Mischung aus expressiver Gestik und Informel. Die sich immer wiederholende Bewegung von Arm und Hand in rollender barocker Welle, die in bestimmten Intervallen sich als entsprechende Bewegungsspur auf der Bildebene niederschlägt, formt unübersehbar den Gestus der großen Zeichnungen, die – noch vor seiner Plastik – im Zentrum seines Schaffens und der Ausstellung, die dem Preisträger in der Bremer Galerie in der Böttcherstraße eingerichtet wurde, stehen. Auch inhaltlich wählt er mit den drei Versionen von „Judith und Holofernes" ein barock-manieristisches Thema, gibt ihm aber aktuelle Varianten, indem er das Weib einmal als intellektuelle Bestie, dann als triebhaftes Wesen und schließlich als hexenhafte Erscheinung präsentiert. Zugleich erscheinen in ihm symbolhaft der Protest gegen die genormte Konsumwelt und der Sexus als Archetypus menschlichen Seins.

Diese Verbindung barocker Vitalität mit einer ebenso rational gesteuerten wie spontan entwickelten Gestik unterscheidet Höckelmann von den Vertretern einer „heftigen" Malerei, zumal die Farbe in seinen gezeichneten Bildern nur zweitrangig ist. (Bis 30. Juli)

HERBERT ALBRECHT

JOURNAL

In der Antarktis weniger Schätze als vermutet

dpa, Kiel

In der Antarktis sind bisher nur ganz wenige Lagerstätten von Kohle und Mineralen tatsächlich nachgewiesen worden. Mit dieser Aussage überraschte der deutsche Geologe Dr. Franz Tessensohn die Teilnehmer einer internationalen wissenschaftlichen Antarktis-Tagung in Kiel. Von keinem einzigen Fund ist bekannt, ob er sich rentabel abbauen ließe. Nur je eine nenneswerte Kohle- und Eisenerzader kenne man bisher. Für Hoffnungen auf Uran und Zinn fehle jede wissenschaftliche Grundlage. Wie an das in großen Tiefen im Meeresboden vermutete Öl und Gas heranzukommen sei, wisse heute noch niemand. Die üblichen Bohrinseln würde das Eis zerstören.

Mehr als 30 Milliarden für die Forschung

DW. Essen

Die Aufwendungen der Wirtschaft für Forschung und Entwicklung dürften im Jahre 1982 die 30-Milliarden-DM-Grenze überschritten haben. Dies geht, wie der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft mitteilt, aus Plandaten hervor, die in der kürzlich abgeschlossenen statistischen Erhebung für das Jahr 1981 enthalten sind. Die endgültigen Ergebnisse für 1981 und 1982 werden im Herbst vorliegen.

Ballettfestspiele im Park von Nervi

DW. Genua

Ein internationales Ballettfestival findet dieses Jahr wieder in den botanischen Parks des Seebads Nervi bei Genua statt. Das Ballett der Mailänder Scala eröffnet das Festival am 30. Juni mit „Dornröschen". Weitere Gastensembles des bis zum 30. Juli dauernden Festivals sind die Peking-Oper, das Ballett des Maggio Musicale Fiorentino und das Nederlands Dans Theater.

Ballettmeister Peter Martins wird nicht mehr tanzen

dpa, New York

Der aus Dänemark stammende Haupttänzer des „New York City Ballet", der 36jährige Peter Martins, will im Herbst von der Bühne abtreten. Martins war nach dem Tod von George Balanchine gemeinsam mit Jerome Robbins mit der künstlerischen Leitung des renommierten Theaters betraut worden. Martins, der seit 1970 dem „City Ballet"-Ensemble angehört und als einer der besten klassischen Tänzer seiner Generation gilt, begründete seine Entscheidung damit, daß er sich ganz auf seine neue Aufgabe konzentrieren wolle.

Mittelalterliches Folk-Festival

DW. Erlangen

Das 5. Internationale Folk-Festival in Erlangen, das am 2. und 3. Juli stattfindet, will sich mit der Geschichte mittelalterlicher Volksmusik befassen, die Musik der Spielleute des Mittelalters der Folk-Musik, wie sie heute in Europa und Übersee bekannt ist, gegenüberstellen und zu Vergleichen anregen. Breiter Raum wird dabei den Nachfahren der Spielleute – den heutigen Liedermachern, Barden und Straßenmusikanten – gegeben.

Die Schiffstechnik wandert nach Hamburg

schw. Hannover

Vier Professoren der Universität Hannover werden im Wintersemester 1983/84 zur Technischen Universität Hamburg wechseln. Das sieht ein Vertrag zwischen Hamburg und Niedersachsen vor, auf Grund dessen die Lehr- und Forschungseinrichtungen für Schiffstechnik der Hannoverschen Universität von den Hamburgern übernommen werden.

Seltsamer Protest beim Bachmann-Wettbewerb

DW. Klagenfurt

Wenn das literarische Ausdrucksvermögen unzureichend ist, müssen andere Effekte für Aufmerksamkeit sorgen. Diese These machte sich der in Berlin und München lebende Autor Rainald Götz zu eigen. Beim Ingeborg-Bachmann-Literaturwettbewerb in Klagenfurt, wo junge Autoren mit unbekannten Texten debütieren, brachte er sich kurz vor Ende seiner Lesung eine tiefe, blutende Wunde an der Stirn bei. Sein Text war ein aggressiver Angriff gegen den „Kulturbetrieb" und speziell den Ingeborg-Bachmann-Preis.

Alja Rachmanowa 85

Durch ihre Romane „Studenten, Liebe, Tscheka und Tod" (1931), „Ehen im roten Sturm" (1932) und „Milchfrau in Ottakring" (1933) gewannen einst viele einen Eindruck von den Schrecken der russischen Revolution. Alja Rachmanowa erzählte in ihnen tagebuchartig ihr eigenes Schicksal, vom Studium in Moskau, das durch die Revolution unterbrochen wurde, der Flucht nach Sibirien, der Ausweisung und den ersten ärmlichen Jahren in Österreich. Nach dem Einmarsch der Deutschen in Österreich wurden ihre Bücher verboten. Nach dem Krieg zog sie in die Schweiz, wo sie u. a. eine Tolstoi-Biographie verfaßte. Ihre Bücher sind spannend erzählt, anklagend oft, aber nie ohne Mitleid. Heute feiert die Autorin, zu Unrecht vergessen, ihren 85. Geburtstag. P. Jo.

Es wächst kein Kraut gegen die Keime, die im Krankenhaus krankmachen

Von JOCHEN AUMILLER

Ein gesundes, sechs Pfund schweres Baby war gerade zwei Tage entlassen, als sich eine Hirnhautentzündung ankündigte. Mit Blaulicht wurde es wieder in das Krankenhaus in Florida gebracht. Dies war bereits der dritte ähnliche Fall, mit dem das Krankenhaus zu tun bekam. Nach drei Tagen starb das Mädchen. Noch ein Säugling erlitt das gleiche Schicksal. Die amerikanische „Infektionsfeuerwehr", das Center for Disease Control in Atlanta, nahm die Fahndung auf und fand, daß 150 Kinder in der Säuglingsstation infiziert wurden. Die Schwestern hatten den Erreger, es waren Citrobacter, „weitergereicht".

Krankenhäuser und Kliniken stehen noch immer in dem schlechten Ruf, Infektionsquellen zu sein. Die Fachleute sprechen von Hospitalismus und meinen damit, daß ursprünglich „keimfreie" Patienten nach wenigen Tagen stationärem Aufenthalt plötzlich von einer schweren Lungenentzündung oder einer anderen Infektion heimgesucht werden, von Krankheitserregern, die im Hospital heimisch sind und durch Unachtsamkeit, man könnte auch Schlamperei sagen, den Patienten erreichen.

„Die Hospitalismus-Situation entspricht heute der vor 20 Jahren", meint der Münchener Infektionsexperte Professor Walter Marget von der Universitätskinderklinik. Er will das gar nicht als abschätzige Kritik verstanden wissen, im Gegenteil. Seiner Ansicht nach dominieren im Spektrum der Hospitalkeime nämlich wieder die Erreger, die auch früher für Unruhe sorgten, und nicht mehr jene Bakterien, die noch vor wenigen Jahren zum Schrecken der Intensivstationen wurden. Auf der Erreger-Hitliste stehen Staphylokokken, Colibakterien und Pseudomonas wieder ganz oben.

Sie sind vor allem für Patienten mit Abwehrschwächen eine Gefahr. Dazu zählen etwa Krebskranke, aber auch Patienten, die längere Zeit, etwa nach einem schweren operativen Eingriff, in einer Intensivstation betreut und „hochgepäppelt" werden müssen. Ähnlich sind die Probleme mit Neugeborenen. Weil ihnen ein schlagkräftiges Abwehrsystem fehlt, sind sie besonders anfällig.

Bei ihnen fühlen sich offenbar vor allem Viren wohl. Auf den Neugeborenen-Intensivstationen sind die sogenannten Rotaviren besonders häufig. Sie rufen eine Darmentzündung mit Durchfall hervor. Für besonders geschwächte Säuglinge kann dies außerordentlich belastend sein, zumal die Ärzte nur in der Lage sind, die Auswirkungen der Infektion zu behandeln, nicht aber die Viren selbst. Gegen sie ist noch kein Kraut gewachsen. Lediglich gegen Viren aus der Herpes-Familie wurde kürzlich ein Pharmakon entwickelt, das schon mit großem Erfolg eingesetzt wird.

Die Schätzungen bleiben unzuverlässig

Exakte Häufigkeitsangaben über die Hospitalinfektionen liegen für die Bundesrepublik Deutschland nicht vor. Schätzungen sind nur aufgrund von Publikationen aus einzelnen Abteilungen möglich, sie bewegen sich bei den Neugeborenen-Intensivstationen zwischen fünf und zehn Prozent der Behandelten. Auf chirurgischen Intensivstationen dürfte diese Zahl näher bei zehn als bei fünf Prozent liegen.

Einige bislang kaum in Erscheinung tretende Keime beunruhigen allerdings die Experten, etwa der Campylobakter. Daß über diesen Keim nur wenig bekannt ist, liegt teilweise an dem langwierigen Nachweisverfahren, ein Hindernis auch bei einer Reihe anderer Krankenhauserreger. Er verursacht schwere Durchfälle, die sogenannte Campylobakter-Enteritis. Wie Professor Werner Lang, Vorstand der Abteilung für Infektions- und Tropenmedizin der Universität München, schreibt, ist dieser Keim wahrscheinlich für „einen beträchtlichen Teil der bisher ungeklärten Enteritis-Fälle verantwortlich". Er treibt nicht nur in Krankenhäusern sein Unwesen, sondern lauert auch außerhalb. Er wurde besonders im Geflügel gefunden, aber auch in der Kuhmilch. Ungenügend erhitzte Nahrungsmittel oder Milch mögen deshalb die Ansteckung fördern.

Erst 1976 beschrieben, spielt inzwischen auch die Infektion mit den Legionella eine größere Rolle. Damals kam es in Philadelphia zu einer spektakulären Epidemie unter Kriegsveteranen, die sich in einem Hotel trafen. 182 erkrankten an einer schweren Lungenentzündung, in der Folge „Legionärskrankheit" genannt. Eine Untersuchung an Berliner Kliniken zeigte, daß heute etwa zehn Prozent der atypischen Fälle von Lungenentzündung diesem inzwischen aufgeklärten Keim zugeschrieben werden müssen. Das Heimtückische: Er tritt in mehreren Typen auf und erfordert wieder spezielle Nachweisverfahren, die nur wenige Zentren in der Bundesrepublik Deutschland führen können.

Sorgen bereitet noch ein anderer Keim, das Clostridium difficile. Er macht sich besonders nach einer intensiven Antibiotika-Behandlung bemerkbar und hat ebenfalls eine schwere Darmentzündung zur Folge.

Warum Antibiotika so schädlich sind

Insgesamt freilich beurteilen einige Infektiologen die Hospitalismus-Lage heute günstiger als noch vor zehn Jahren. Der häufig kritisierte Antibiotika-Mißbrauch scheint deutlich rückläufig. Er war schuld, daß sich die sogenannten opportunistischen Keime stark ausbreiten konnten. Diese Keime sind im Körper allgegenwärtig. Sie bleiben harmlos, solange die Keimbesiedlung des menschlichen Verdauungstraktes intakt ist. Mit dem ungezielten und massiven Einsatz von Antibiotika wurden die natürlich vorkommenden Bakterien im Körper dezimiert. Die freiwerdenden „Nischen" reizen die Opportunisten, sich breitzumachen. Dabei wandeln sie sich von gutmütigen Keimen zu gefährlichen, Infektionen auslösenden Invasoren.

Auf das Konto des Antibiotika-Mißbrauchs ging auch die Zunahme der Bakterienresistenzen. Die Keime paßten sich dem Antibiotika-Beschuß an, entwickelten Eigenschaften, die sie vor den Medikamenten schützten. Die Antibiotika wurden dadurch „stumpf". Inzwischen hat wohl der Appell der Experten nach mehr Zurückhaltung und kritischerem Einsatz der Antibiotika eine Verhaltensänderung eingeleitet. Der Hospitalismus gehört deswegen zwar noch nicht der Vergangenheit an, er erreicht aber keine krisenhaften Ausmaße mehr. Noch besser wäre die Situation freilich, wenn sich mehr Infektionsexperten um diese Probleme kümmern würden. Das Hygienebewußtsein – eine noch wiederholt vorgebrachte Klage – läßt auch heute noch vielfach zu wünschen übrig.

Flugzeug mit totem Piloten im Toplitzsee gefunden

KURT POLLAK, Wien

Wieder einmal steht Hitlers angeblich im Toplitzsee versunkener Goldschatz im Mittelpunkt wilder Spekulationen. Ein wissenschaftliches Forschungsprojekt führte am Wochenende zu der Entscheidung, Froschmänner im Auftrag des österreichischen Innenministeriums auf den Seegrund tauchen zu lassen, um den endgültigen Wahrheitsbeweis oder dessen Gegenteil zu erbringen. Ausschlaggebend für das neue „Unternehmen Toplitzsee" waren die als sensationell bezeichneten Entdeckungen des deutschen Unterwasserforschers Hans Fricke, der mit seinem Tauchboot „Geo" seit einer Woche im Toplitzsee in einer Tiefe zwischen 60 und 103 Metern unterwegs ist. Ursprünglich war er nicht nur heißen Quellen, sondern auch einer biologischen Rarität – einem Wurm, der ausschließlich hier lebt, auf der Spur. Doch am Wochenende entdeckte der Forscher im Scheinwerfer seines Tauchbootes zwischen versunkenen Baumstämmen nicht nur geheimnisvolle Kisten auf dem Seegrund, sondern auch ein Flugzeug, in dessen Cockpit der tote Pilot sitzt. Eine zweite Leiche war neben der versunkenen Maschine zu sehen. Fricke filmte den Fund und alarmierte die Behörden. Ob es sich bei dem Flugzeug um jene Kurier-Maschine handelt, die in den letzten Kriegswochen mit Nazi-Geheimdokumenten vollgepackt zum Toplitzsee unterwegs war und seither als verschollen gilt, soll nun endgültig durch eine Tauchaktion der österreichischen Behörden geklärt werden. Bei dem Unternehmen sollen auch die Kisten geborgen werden.

Miß aus Berlin

AP, Badgastein

Zur „Miß Germany" 1983 ist am Wochenende in Badgastein die Berliner Rechtsanwaltsgehilfin Loana Radecki (20) gewählt worden. Die 180 Zentimeter große blonde Siegerin mit den Maßen 93-64-93 gewann ein Auto sowie 100 000 Mark an Werbeverträgen und nimmt kommende Woche am Miß-Universum-Wettbewerb teil.

Elefanten griffen an

dpa, Jakarta

Etwa 20 amoklaufende Elefanten haben in der Region Lampung in Südsumatra Dörfer angegriffen, Häuser und Gärten niedergetrampelt und die Dorfbewohner durch die Straßen getrieben. Nach Angaben von Tierschützern waren in den vergangenen Monaten zahlreiche Zuwanderer in die Region geströmt und hatten sich in Elefantenrevieren angesiedelt. Dies könne die Wut der Tiere ausgelöst haben, hieß es.

Gibraltar-Brücke

AP, New York

Eine Brücke über die Straße von Gibraltar ist am Wochenende in einem von den Vereinten Nationen in New York veröffentlichten Bericht befürwortet worden. Eine solche Landverbindung zwischen Europa und Afrika wäre nach Ansicht der Experten, die den Bericht ausarbeiteten, besser als ein ebenfalls erwogener Tunnel unter der rund 50 Kilometer langen und 13 bis 37 Kilometer breiten Wasserstraße.

Raffinerie in Flammen

AFP, Havana

Mehrere Schwerverletzte hat in der Nacht zum Samstag ein Großbrand in Kubas bedeutendster Erdölraffinerie gefordert. Wie es heißt, stehen in der Raffinerie „Nico Lopez" in der Hauptstadt Havana zwei riesige Treibstofftanks in Flammen. Hunderten von Feuerwehrleuten gelang es bis gestern nicht, das Feuer unter Kontrolle zu bekommen.

Dörfer unter Wasser

dpa, New York

Ein Dammbruch im US-Bundesstaat Utah sowie randvolle Reservoirs am Colorado-Fluß entlang der Grenze von Arizona und Kalifornien haben verheerende Überflutungen angerichtet. Die gewaltigen Wassermassen sind die Folge einer Rekord-Schneeschmelze in den Rocky Mountains. Ein Damm brach rund 160 Kilometer südwestlich der Stadt Salt Lake City unter dem Druck des Schmelzwassers und überflutete die beiden Wüsten-Ortschaften Desert und Oasis.

ZU GUTER LETZT

Aus einer Landwirtschafts-Reportage der Ostberliner „Wochenpost": „Melkermeister wie Fritz Taulin gaben jahrelang den Ton an und stachelten andere an, ihre sehr hohe Milchleistung zu erreichen."

Probleme mit „Autoland" bringen das Shuttle-Programm noch mehr in Verzug

Ausweichlandung von Challenger wirkt sich auch auf Spacelab-Einsatz aus

A. BÄRWOLF, Hamburg

Die zweite unplanmäßige Ausweichlandung eines amerikanischen Raumflugzeugs aus Wettergründen an einem nicht geplanten Landeplatz bei sieben Einsätzen zeigt die Wetterabhängigkeit des bemannten geflügelten Satelliten, der ohne Motorkraft die Landepiste auf Leben oder Tod beim allerersten Versuch erreichen muß. Ganz offensichtlich hat die Nasa noch kein Vertrauen in das vollautomatische Mikrowellen-Landesystem, das den Raumflieger Spaceshuttle auch bei Nacht und Nebel ohne Zutun der Piloten bis zum Ausrollen führen würde.

Hindernis Bodennebel

Bei den sechs Wüstenlandungen, die der geplatzten Landung von Shuttle 7 am Startort in Florida vorausgegangen waren, hatten die Piloten der Raumflugzeuge nach dem automatischen Abfangmanöver durch das Mikrowellen-System etwa in 70 Meter Höhe immer die Handsteuerung übernommen und waren bei guter Sicht manuell gelandet. Das System „Autoland" muß aber voll funktionsfähig sein, wenn vom 34. Flug an das dritte Raumflugzeug „Discovery" nach geheimer Mission auf dem kalifornischen Luftwaffenstützpunkt Vandenberg landen wird. Hier ist Bodennebel mit Sichtverhältnissen *von weniger als 100 Metern* keine Seltenheit.

So schiebt denn auch die abgeblasene Shuttle-Landung in Florida Flug Nummer acht weiter in den August und Flug Nummer neun mit dem eine Milliarde Dollar teuren europäischen Spacelab an Bord weiter in den Herbst. Schon jetzt steht fest, daß beide Unternehmen mit einer Hypothek auf die Reise gehen werden: Shuttle 8 wird mit dem ersten farbigen amerikanischen Astronauten, dem promovierten Laser-Spezialisten Guion Bluford, ohne den Daten-Relais-Satelliten fliegen, der für das Spacelab-Unternehmen so wichtig gewesen wäre. Der Datensatellit kann nicht mitgenommen werden, weil die Ingenieure bis heute noch nicht wissen, warum die Raketenstufe Vera, die im April beim Shuttle-Flug Nr. 6 den ersten Datensatelliten auf eine falsche, unterdessen aber langsam korrigierte Bahn geschossen hatte. Aber mit nur einem Satelliten als Relais-Station für seine „schnellen" Daten kann Spacelab nicht voll ausgenutzt werden.

Unterdessen konzentrieren sich die Arbeiten der US-Luftwaffe auf die Auswertung der Experimente, die Astronaut Fabian zusammen mit der Physikerin Sally Ride bei der Aussetzung des deutschen Satelliten SPAS mit dem 15 Meter langen Roboterarm des Raumflugzeugs unternommen hatte. Die Greiferversuche mit dem Kunstmond aus München haben eine viel größere militärische Bedeutung als die PR-Leute der Nasa zugeben möchten. Dabei hat Luftwaffenoberst John Fabian, der als Tankerpilot Tausende von Flugstunden auf dem Buckel und einen Doktorgrad der Astronautik in der Schublade hat, die Basis für eine Menge Möglichkeiten geschaffen:

- Der Shuttle inspiziert bei einem militärischen Auftrag von Vandenberg aus auf polaren Bahnen einen „fremden" Satelliten, der auf Grund seiner Bahncharakteristiken Offensivpotential besitzt. Während eines engen Verbandsfluges mit dem fremden Satelliten wird dessen Sensorenbestückung optisch untersucht. Gleichzeitig sprechen die eigenen Meßgeräte auf ausgesendete elektromagnetische Energie an.

Zahlreiche Möglichkeiten

- Mit dem Greifer wird der Fremdsatellit leicht angeschoben. Dadurch läßt sich die Masse bestimmen. Die Masse läßt wiederum auf den wahrscheinlichen Inhalt schließen. Die Massenbestimmung läßt auch Schlüsse auf einen bestimmten Bombentyp zu.
- Mit dem mechanischen Arm des Shuttle kann an dem Fremdsatelliten eine kleine Sprengladung angebracht werden. Die Sprengladung kann später gezündet werden.
- Der fremde Satellit kann leicht abgebremst werden. Damit tritt er früher in die Erdatmosphäre ein und verglüht.
- Der Fremdsatellit wird „entschärft", in die Ladeluke gepackt und zur Erde gebracht.



Stein-Way
Am Toten Meer fotografiert von RUDOLF DIETRICH

LEUTE HEUTE

Zweiter Versuch?

Christina Onassis wird in Kürze ihren dritten Ehemann, den Russen **Sergej Kauzow**, ein zweites Mal heiraten. Das berichtete die Londoner „Daily Mail" am Wochenende unter Berufung auf amerikanische Quellen. Nach einem engen Freund des Paares haben sich die beiden wieder „Hals über Kopf verliebt" und planen „Sommerflitterwochen". Kauzow war erst vor zwei Monaten an die Seite von Christina geeilt, als die Reedermillionärin als Folge von zwei in die Brüche gegangenen Liebesaffären an Depressionen litt.

Sophia spielt Callas

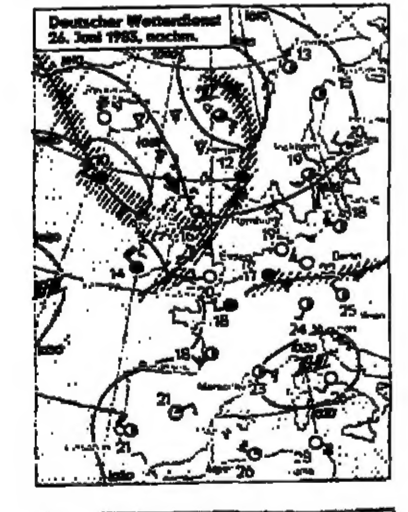
Der britische Regisseur **Ken Russell** hat am Wochenende bestätigt, das **Sophia Loren** die Callas in *einem Film über das Leben der Diva* spielen wird. Russell führt Regie. Produzent ist der Amerikaner **Roger Gimble**. Bis vor wenigen Tagen war das noch ein vages Projekt – jetzt sei, so Russell, die Summe von fünf Millionen Dollar aufgebracht, die der Film kosten soll.

Dritter Anlauf

Deutschlands Adel ist von einer Sorge befreit: Beim dritten „Anlauf" schafften es **Fürstin Gloria** und Fürst **Johannes von Thurn und Taxis** in Regensburg, dem ebenso traditionsreichen wie geldschweren Haus wieder einen Erbprinzen zu geben. Nach den zwei Töchtern kam am Freitagabend der Stammhalter zur Welt – pünktlich zum Auftakt des diesjährigen Bürgerfestes in der historischen Altstadt. Er wiegt exakt 3480 Gramm und erfreut sich bester Gesundheit.

WETTER: Bewölkt

Wetterlage: Der Ausläufer eines Islandstiefs überquert am Montag die größten Teile Deutschlands von Nordwesten her.



Vorhersage für Montag:
Im Norden Übergang zu wechselnder Bewölkung und einzelne Schauer, sonst meist stark bewölkt und gelegentlich leichter Regen. Im Südosten noch einzelne Gewitter. Tageshöchsttemperaturen 17 bis 22 Grad. Im Norden mäßiger bis frischer, sonst meist schwacher, in Gewitternähe böig auffrischender Wind um Nordwest.

Weitere Aussichten:
Wechselnd wolkig mit einzelnen Schauern, kühler.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	22°	Kairo	29°
Bonn	19°	Kopenh.	18°
Dresden	24°	Las Palmas	20°
Essen	17°	London	20°
Frankfurt	21°	Madrid	21°
Hamburg	19°	Mailand	25°
List/Sylt	17°	Mallorca	25°
München	24°	Moskau	11°
Stuttgart	24°	Nizza	23°
Algier	26°	Oslo	18°
Amsterdam	19°	Paris	18°
Athen	25°	Prag	24°
Barcelona	25°	Rom	26°
Brüssel	19°	Stockholm	19°
Budapest	26°	Tel Aviv	27°
Bukarest	27°	Tunis	28°
Helsinki	20°	Wien	25°
Istanbul	25°	Zürich	23°

Sonnenaufgang* **am Dienstag:** 5.08 Uhr, Untergang: 21.42 Uhr; **Mondaufgang:** 0.03 Uhr, Untergang: 7.43 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Bleifreies Benzin hilft bald der Berliner Luft

Großversuch: Schadstoffe werden um 90 Prozent verringert

F. DIEDERICHS, Berlin

Berlin hat jetzt als erstes Bundesland einen dreijährigen Versuch zum Einsatz von bleifreiem Benzin gestartet, bei dem die Schadstoffe aus den Autoabgasen um bis zu 90 Prozent verringert werden sollen. Das vom Senator für Umweltschutz, der Technischen Universität Berlin (TU), dem ADAC und mehreren Industrieunternehmen getragene Projekt sieht vor, daß zehn ADAC-Straßenwachtfahrzeuge in der dreijährigen Testphase auf Wirtschaftlichkeit, Umweltfreundlichkeit und Verschleiß untersucht werden.

Die Verwendung von bleifreiem Benzin ist nach Meinung wissenschaftlicher Experten der TU Berlin Vorbedingung für den Einsatz sogenannter Abgas-Katalysatoren, die bei dem Test ebenfalls benutzt werden. Mit Hilfe dieser in den USA konzipierten Aggregaten werden dem Abgas rund 90 Prozent der Kohlenmonoxid-, Stickstoff- und Kohlenwasserstoffanteile entzogen.

Berlins Umweltschutzsenator Horst Vetter (FDP), dessen Verwaltung den Test mit rund 200 000 Mark unterstützt, sieht in Berlin rund 60 Prozent der Schadstoff-Emissionen durch Fahrzeuge verursacht. Daraus resultiert auch die Forderung des Berliner Senats, auf bundesweiter Ebene eine drastische Senkung der Abgaswerte der Kraftfahrzeuge zu erreichen.

Die in die Straßenwachtfahrzeuge eingebaute Katalysator-Anlage würde nach Angaben der Berliner Umweltexperten den Verkaufspreis eines Autos um rund 1250 Mark erhöhen. Den Mehrkosten sollen allerdings Einsparungen bei der Wertung und eine längere Lebensdauer von Auspuffanlage und Zündkerzen gegenüberstehen. Der Fahrbetrieb mit bleifreiem Benzin, gekoppelt mit den Abgas-Katalysatoren, wird momentan als einzige Methode angesehen, alle Abgaskomponenten aus Otto-Motoren um 80 bis 90 Prozent zu senken.

Derzeit betrachtet es die Mineralöl-Industrie lediglich als eine „Preisfrage", Blei völlig aus dem Benzin verschwinden zu lassen. Technisch ist heute Blei ersetzbar durch allerdings teurere Methanol- oder Ätherzusätze, die das Benzin ebenso klopffest wie Bleizusätze machen.

Konfuzius' 76. Nachfahre verdient viel Geld als Lehrer

Auch Kong Lingpeng wurde inzwischen rehabilitiert

AFP, Peking

Kong Lingpeng hat eigenen Worten nach nie in seinem Leben bereut, der 76. direkte Nachfahre des großen chinesischen Philosophen Konfuzius zu sein. Grund dazu hätte er genug gehabt. Während der Kulturrevolution brachte ihm sein berühmter Urahne die Ungnade der Rotgardisten ein. Inzwischen ist Konfuzius rehabilitiert und Kong konnte aufatmen.

„Ich hatte das gleiche Schicksal wie die meisten chinesischen Intellektuellen", sagt der heute 64jährige Kong, den ausländische Journalisten in diesen Tagen zum ersten Mal besuchen durften. Damals, in der blutigen Zeit zwischen 1966 und 1976, forderten die Anhänger Maos: „Laßt uns den Konfuzius-Laden kaputtschlagen." Die Lehre von „Meister Kong", wie der von 551 bis 479 vor Christi Geburt lebende Philosoph mit richtigem Namen hieß, war in den Augen der Rotgardisten das Symbol verhaßter bourgoiser Intelligenz.

Kong Lingpeng wurde nach dem Tode Maos gleichzeitig mit Konfuzius rehabilitiert. Seit der Machtübernahme *Deng Xiaopings* gilt „Meister Kong" offiziell wieder als „großer Philosoph, großer Denker und großer Erzieher". Sein 76. Nachfahre sitzt heute in der „beratenden Konferenz des chinesischen Volkes", einer Versammlung ohne Entscheidungsgewalt, deren Mitglieder jedoch einen beneidenswerten sozialen Status haben.

Im täglichen Leben ist Kong Lehrer im Institut für Außenhandel in Schanghai. Mit monatlich 270 Juean (135 Dollar) verdient er das Fünffache des chinesischen Durchschnittslohns. Die Konfuzius-Lehre enthält seinen Worten nach „positive Elemente", wie etwa die Bedeutung, die der Erziehung beigemessen werde, und die Notwendigkeit, Führungsposten *mit kompetenten Leuten zu besetzen*. Abgelehnt werden müsse hingegen der „feudalistische Aspekt", der es den „reaktionären Kräften" ermöglicht hätte, China jahrhundertelang zu beherrschen, meint Kong im Einklang mit der offiziellen Anschauung.

Fünf von ursprünglich sieben Geschwistern Kong Lingpengs leben heute noch in der Volksrepublik China. Die meisten von ihnen sind Lehrer.